

# Finanzbericht 2007



# Deutsche Bank

## DER KONZERN IM ÜBERBLICK

	2007	2006
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	89,40 €	101,34 €
Aktienkurs höchst	118,51 €	103,29 €
Aktienkurs tiefst	81,33 €	80,74 €
Ergebnis je Aktie (basic)	13,65 €	12,96 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) <sup>1</sup>	13,05 €	11,48 €
Ausstehende Aktien (basic, Durchschnitt), in Mio	474	468
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	496	521
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	18,0 %	20,4 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	24,3 %	28,0 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>2</sup>	29,2 %	32,7 %
Nettovermögen je ausgegebene Stammaktie <sup>3</sup>	69,84 €	62,42 €
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) <sup>4</sup>	77,54 €	69,48 €
Aufwand-Ertrag-Relation <sup>5</sup>	69,6 %	69,7 %
Personalaufwandsquote <sup>6</sup>	42,7 %	43,9 %
Sachaufwandsquote <sup>7</sup>	26,9 %	25,8 %
	<b>in Mio €</b>	<b>in Mio €</b>
Erträge insgesamt	30.745	28.494
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	612	298
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern	8.749	8.339
Gewinn nach Steuern	6.510	6.079
	<b>31.12.2007</b>	<b>31.12.2006</b>
	<b>in Mrd €</b>	<b>in Mrd €</b>
Bilanzsumme	2.020	1.584
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	37,0	32,8
BIZ-Kernkapitalquote (Tier-1)	8,6 %	8,5 %
	<b>Anzahl</b>	<b>Anzahl</b>
Niederlassungen	1.889	1.717
davon in Deutschland	989	934
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	78.291	68.849
davon in Deutschland	27.779	26.401
Langfristrating		
Moody's Investors Service	Aa1	Aa3
Standard & Poor's	AA	AA-
Fitch Ratings	AA-	AA-

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung.

2 Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2007: 35.888 Mio €; 2006: 29.751 Mio €) bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair-Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2007: 3.841 Mio €; 2006: 2.667 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (2007: 2.200 Mio €; 2006: 1.615 Mio €).

3 Nettovermögen je ausgegebene Stammaktie ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausgegebenen Stammaktien (beide zum Bilanzstichtag).

4 Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

5 Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

6 Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

7 Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt plus zinsunabhängige Erträge.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

# Inhalt

## 01 // Lagebericht

---

Lagebericht	3
Risikobericht	59

## 02 // Konzernabschluss

---

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	102
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	103
Konzernbilanz	104
Konzern-Kapitalflussrechnung	105
Konzernanhang	106

## 03 // Bestätigungen

---

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	251
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	252
Bericht des Aufsichtsrats	253

## 04 // Corporate-Governance-Bericht

---

Vorstand und Aufsichtsrat	260
Rechnungslegung und Transparenz	268
Wirtschaftsprüfung und Controlling	269
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex	271

## 05 // Ergänzende Informationen

---

Vorstand	274
Aufsichtsrat	275
Regional Advisory Boards	277
Der Konzern im Fünfjahresvergleich	281
Patronatserklärung	282
Glossar	283
Impressum/Publicationen	288

# Lagebericht

## 01 //

---

Geschäft und Rahmenbedingungen	3
Überblick zur Ertragslage	4
Segmentergebnisse	12
Konzernbereiche	14
Liquiditäts- und Kapitalmanagement	27
Außerbilanzielle Transaktionen mit nicht konsolidierten Gesellschaften	27
Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen	35
Langfriststratings	36
Vermögenslage	36
Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen	38
Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht	39
Vergütungsbericht	44
Mitarbeiter und soziale Verantwortung	51
Gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility)	52
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	53
Ausblick	53
Risiko- und Kapitalmanagement	59
Arten von Risiken	60
Risikosteuerungsinstrumente	62
Kreditrisiko	63
Marktrisiko	83
Liquiditätsrisiko	92
Operationelles Risiko	97
Gesamtrisikoposition	99

# Lagebericht

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Notes) gesehen werden. Unsere Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 wurden von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

## GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

### GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 2.020 Mrd€ (Stand: 31. Dezember 2007) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2006 beschäftigte die Bank 78.291 Mitarbeiter (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften), die in 76 Ländern und 1.889 Niederlassungen (52 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen an.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert. Zwei dieser Bereiche sind weiter in Unternehmensbereiche unterteilt. Zum 31. Dezember 2007 hatte die Bank folgende Konzernbereiche:

- Corporate and Investment Bank (CIB) mit den beiden Unternehmensbereichen
  - Corporate Banking & Securities (CB&S)
  - Global Transaction Banking (GTB)
- Private Clients and Asset Management (PCAM) mit den beiden Unternehmensbereichen
  - Asset and Wealth Management (AWM)
  - Private & Business Clients (PBC)
- Corporate Investments (CI)

Zur Organisation gehört auch die Infrastrukturgruppe, die interne Dienstleistungsfunktionen sowie das Corporate Center umfasst. Darüber hinaus wurde die Organisation um eine regionale Managementstruktur erweitert, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und neuen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Grundlage dafür sind:

- Töchter und Filialen in vielen Ländern,
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern,
- ein oder mehrere Ansprechpartner zur Betreuung unserer Kunden in jedem übrigen Land.

## ÜBERBLICK ZUR ERTRAGSLAGE

Die Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2007 insgesamt positiv entwickelt und erreichte ein überdurchschnittliches Wachstum von 4,9 %. Während die Wachstumsraten in den Märkten der Schwellenländer weiterhin bei fast 8 % lagen, verlangsamte sich das Wachstum in den Industrienationen, insbesondere in den USA. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg dort in 2007 nur um durchschnittlich 2,2 %, nach 2,9 % in 2006. Im Gegensatz dazu konnte im Euroraum wiederum ein Wachstum von 2,7 % erzielt werden. In Deutschland verringerte sich das Wachstum zwar von 2,9 % auf 2,5 %. Darin war jedoch eine Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte Anfang 2007 verkräftet.

Im Bankensektor waren die beiden Jahreshälften 2007 extrem unterschiedlich. Das erste Halbjahr war durch ein günstiges Geschäftsumfeld und robuste Kapitalmärkte gekennzeichnet. Wir erzielten in allen Konzernbereichen sehr gute Geschäftsergebnisse und erreichten einen Rekord für ein Vorsteuerergebnis im ersten Halbjahr. In der zweiten Jahreshälfte löste dagegen die Krise am US-amerikanischen Markt für Kredite geringer Bonität („Subprime“) erhebliche Verunsicherung aus. Dies führte zu erhöhter Volatilität an den Finanzmärkten und zu einem Vertrauensschwund der Investoren. Unerwartet hohe Verluste bei zahlreichen Marktteilnehmern sowie eine hohe Unsicherheit hinsichtlich des Eintretens weiterer Verluste trockneten den Interbanken-, den Verbriefungs- und den Syndizierungsmarkt aus. Die Ergebnisse unserer kapitalmarktbezogenen Geschäftsaktivitäten wurden von dieser Marktsituation im zweiten Halbjahr beeinträchtigt. Durch ein konsequentes Risikomanagement konnten diese Beeinträchtigungen begrenzt und teilweise durch die Ergebnisse anderer Bereiche in CIB, PCAM und CI ausgeglichen werden. Dies unterstreicht die Vorteile unseres diversifizierten globalen Geschäftsportfolios. Das Jahr 2007 war trotz dieser Herausforderungen eines der besten Geschäftsjahre in der Geschichte der Deutschen Bank. Wir konnten die Ergebnisse gegenüber 2006 verbessern und gleichzeitig unsere Wettbewerbsposition stärken.

Das Ergebnis vor Steuern von 8,7 Mrd € in 2007 nahm gegenüber 2006 um 5 % zu. Die Erträge stiegen um 8 % auf 30,7 Mrd €. In 2007 lag die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) bei 29 % nach 33 % in 2006. Dieser Rückgang ist vor allem auf einen Anstieg des durchschnittlichen Active Equity von 25,5 Mrd € in 2006 auf 29,8 Mrd € in 2007 zurückzuführen. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital) belief sich in 2007 auf 24 % und in 2006 auf 28 %. Der Gewinn nach Steuern stieg gegenüber dem Vorjahr um 7 % auf 6,5 Mrd €. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) wuchs um 14 % auf 13,05 €.

Im Konzernbereich CIB lagen die Erträge mit 19,1 Mrd € um 2 % über dem Vorjahreswert. Zuwächse bei den Erträgen aus Transaction Services und dem Beratungsgeschäft glichen einen Rückgang im Emissionsgeschäft (Debt), vor allem in Leveraged Finance, aus. Die Gesamterträge aus Sales & Trading blieben in CIB auf Vorjahresniveau. Dabei kompensierten höhere Erträge aus unseren kundenbezogenen Geschäftsfeldern wie dem Devisen-, Geldmarkt-, Zins- und Aktiengeschäft Rückgänge im Handel mit Kreditprodukten, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit den Problemen an den Kreditmärkten in der zweiten Jahreshälfte standen. Im Konzernbereich PCAM stiegen die Erträge vor allem infolge akquisitionsbedingten und organischen Wachstums um 814 Mio €. Im Konzernbereich CI lagen die Erträge um 943 Mio € über dem Vorjahreswert. Dazu trugen vor allem höhere Gewinne aus dem Verkauf von Teilen unseres Industriebeteiligungsportfolios bei.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich in 2007 auf 21,4 Mrd € gegenüber 19,9 Mrd € im Vorjahr. Der darin enthaltene Personalaufwand wuchs um 5 %. In dem Anstieg spiegelten sich eine um 9.442 gestiegene Mitarbeiterzahl

sowie höhere Aufwendungen für aktienbezogene Vergütungen, nach der Neudefinition der Vorruhestandsregelungen für den DB Equity Plan 2007, wider. Der Sachaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr vor allem akquisitionsbedingt um 13 %.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Berichtsjahr 612 Mio€ gegenüber 298 Mio€ in 2006. Diese Zunahme war in erster Linie auf Akquisitionen und organisches Wachstum in PBC sowie die Bildung einer Risikovorsorge für eine einzelne Geschäftsbeziehung in CIB zurückzuführen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für 2007 und 2006.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in €	in %
Zinsüberschuss	8.849	7.008	1.841	26
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	612	298	314	105
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>8.237</b>	<b>6.710</b>	<b>1.527</b>	<b>23</b>
Provisionsüberschuss	12.289	11.195	1.094	10
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.175	8.892	- 1.717	- 19
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	793	591	202	34
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	353	419	- 66	- 16
Sonstige Erträge	1.286	389	897	N/A
<b>Zinsunabhängige und ähnliche Erträge insgesamt</b>	<b>21.896</b>	<b>21.486</b>	<b>410</b>	<b>2</b>
<b>Summe Erträge insgesamt</b>	<b>30.133</b>	<b>28.196</b>	<b>1.937</b>	<b>7</b>
Personalaufwand	13.122	12.498	624	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	7.954	7.069	885	13
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	193	67	126	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	128	31	97	N/A
Restrukturierungsaufwand	- 13	192	- 205	N/A
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>21.384</b>	<b>19.857</b>	<b>1.527</b>	<b>8</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>8.749</b>	<b>8.339</b>	<b>410</b>	<b>5</b>
Ertragsteueraufwand	2.239	2.260	- 21	- 1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>6.510</b>	<b>6.079</b>	<b>431</b>	<b>7</b>
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	36	9	27	N/A
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	6.474	6.070	404	7

N/A – nicht aussagefähig

## FINANZERGEBNISSE

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

### ZINSÜBERSCHUSS

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Zinsüberschuss.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	67.706	58.275	9.431	16
Summe der Zinsaufwendungen	58.857	51.267	7.590	15
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>8.849</b>	<b>7.008</b>	<b>1.841</b>	<b>26</b>
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt <sup>1</sup>	1.226.191	1.071.617	154.574	14
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt <sup>1</sup>	1.150.051	1.005.133	144.918	14
Zinsertragssatz <sup>2</sup>	5,52 %	5,44 %	0,08 Ppkt.	1
Zinsaufwandssatz <sup>3</sup>	5,12 %	5,10 %	0,02 Ppkt.	–
Zinsspanne <sup>4</sup>	0,40 %	0,34 %	0,06 Ppkt.	18
Zinsmarge <sup>5</sup>	0,72 %	0,65 %	0,07 Ppkt.	11

Ppkt. – Prozentpunkte

1 Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

2 Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

3 Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

4 Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

5 Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich im Geschäftsjahr 2007 auf 8,8 Mrd € und verbesserte sich damit um 1,8 Mrd € (26 %) gegenüber dem Vorjahr. Das durchschnittliche Volumen an verzinslichen Aktiva wuchs um 154,6 Mrd €, das der verzinslichen Passiva um 144,9 Mrd €. Die Zinsspanne erhöhte sich um sechs Basispunkte und unsere Zinsmarge stieg um sieben Basispunkte. Der Anstieg des Zinsüberschusses war zu großen Teilen auf unsere Aktivitäten im Bereich Sales & Trading (Debt) zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde durch damit in Verbindung stehende rückläufige Ergebnisse aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen weitgehend ausgeglichen. Im Kreditgeschäft stiegen die Zinserträge im Jahresvergleich. Dazu trugen sowohl höhere Zinssätze als auch höhere durchschnittliche Volumina bei. Letztere resultierten zum Teil aus der Akquisition von Berliner Bank und norisbank. Unsere Refinanzierungskosten erhöhten sich geringfügig um zwei Basispunkte, was vor allem den Anstieg der Zinssätze auf Kundeneinlagen und längerfristige Finanzierungen widerspiegelt.

Darüber hinaus wird die Entwicklung unseres Zinsüberschusses von der Bilanzierung einiger unserer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivate, die nicht Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken unserer Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivate erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft für Zinsrisiken. In diesem Fall werden erhaltene beziehungsweise gezahlte Zinsen aus den Derivaten unter den Zinserträgen und -aufwendungen ausgewiesen. Dort gleichen sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten aus („Hedge Accounting“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsergebnisse aus den Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.



**ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN/VERPFLICHTUNGEN**

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in €	in %
CIB – Sales & Trading (Equity)	3.335	2.441	894	37
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.858	5.919	– 2.061	– 35
Sonstige	– 18	531	– 549	N/A
<b>Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen</b>	<b>7.175</b>	<b>8.892</b>	<b>– 1.717</b>	<b>– 19</b>

N/A – nicht aussagefähig

Das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) sank um 2,1 Mrd€ (35 %). Diese Entwicklung resultierte vorwiegend aus einer schwächeren Performance in unserem kreditbezogenen Geschäft infolge der außergewöhnlich schwierigen Marktsituation im zweiten Halbjahr 2007. Der Anstieg des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Bereich Sales & Trading (Equity) war auf deutliche Verbesserungen im kundenbezogenen Geschäft zurückzuführen und wurde teilweise im Zinsüberschuss aus diesen Handelsaktivitäten ausgeglichen. Zu dem Rückgang des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Position „Sonstige“ haben in erster Linie Marktwertverluste aus Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft im Geschäftsjahr 2007 beigetragen (nach Berücksichtigung von Provisionserträgen und Gewinnen aus Verkäufen). Dies war die Folge der schwierigen Marktsituation in Leveraged Finance seit dem zweiten Halbjahr 2007.

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum Fair Value klassifizierten Finanzinstrumenten (zum Beispiel Kupon- und Dividendenerträge) sowie die Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedern wir die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nicht nach der Art der erzielten Erträge, sondern nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

## ZINSÜBERSCHUSS UND ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN/VERPFLICHTUNGEN

Die folgende Tabelle untergliedert die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen und innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in €	in %
Zinsüberschuss	8.849	7.008	1.841	26
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.175	8.892	- 1.717	- 19
<b>Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt</b>	<b>16.024</b>	<b>15.900</b>	<b>124</b>	<b>1</b>
<b>Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt<sup>1</sup>:</b>				
Sales & Trading (Equity)	3.117	2.613	504	19
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.483	8.130	- 648	- 8
Sales & Trading insgesamt	10.600	10.743	- 144	- 1
Kreditgeschäft <sup>2</sup>	499	490	9	2
Transaction Services	1.297	1.074	223	21
Sonstige Produkte <sup>3</sup>	- 118	435	- 554	N/A
Corporate and Investment Bank insgesamt	12.278	12.743	- 465	- 4
Private Clients and Asset Management	3.529	3.071	457	15
Corporate Investments	157	3	154	N/A
Consolidation & Adjustments	61	83	- 22	- 27
<b>Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt</b>	<b>16.024</b>	<b>15.900</b>	<b>124</b>	<b>1</b>

N/A – nicht aussagefähig

1 Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „Segmentberichterstattung“.

2 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

3 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

**CORPORATE AND INVESTMENT BANK (CIB).** Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von Sales & Trading-Produkten belief sich 2007 auf 10,6 Mrd € und ging damit im Vergleich zum Vorjahr um 144 Mio € (1 %) zurück. Diese Entwicklung spiegelt die bereits genannte schwierige Marktsituation für unser kreditbezogenes Geschäft in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) in der zweiten Jahreshälfte 2007 sowie Verbesserungen im kundenbezogenen Geschäft im Bereich Sales & Trading (Equity) wider. Der Anstieg in Transaction Services um 223 Mio € (21 %) war auf höhere Kundensichteinlagen infolge gesteigener Zahlungsverkehrstransaktionen im Cash Management und neue Mandate bei Domestic-Custody-Produkten zurückzuführen. Zu dem Rückgang bei den Sonstigen Produkten trugen in erster Linie negative Marktwertanpassungen auf Kredite und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft bei.

**PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT (PCAM).** Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg in 2007 auf 3,5 Mrd €. Die wesentlichen Faktoren für den Anstieg um 457 Mio € (15 %) gegenüber dem Vorjahr lagen in der Akquisition der Berliner Bank und der norisbank sowie in gestiegenen Volumina aus organischem Wachstum.

**CORPORATE INVESTMENTS (CI).** Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erhöhte sich um 154 Mio€. Diese Entwicklung war insbesondere auf Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in China zurückzuführen.

#### RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2007 auf 612 Mio€ gegenüber 298 Mio€ im Vorjahr. Dies spiegelt Nettozuführungen von 109 Mio€ im Konzernbereich CIB (einschließlich einer signifikanten Neubildung für eine einzelne Geschäftsbeziehung, der teilweise Auflösungen gegenüberstanden) wider, verglichen mit Nettoauflösungen von 94 Mio€ im Vorjahr. Im Konzernbereich PCAM stieg die Risikovorsorge im Berichtsjahr um 28 % auf 501 Mio€, überwiegend aufgrund von Neubildungen im Unternehmensbereich PBC.

Weitere Informationen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind im Risikobericht enthalten.

#### ÜBRIGE ZINSUNABHÄNGIGE ERTRÄGE

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in €	in %
Provisionsüberschuss <sup>1</sup>	12.289	11.195	1.094	10
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	793	591	202	34
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	353	419	- 66	- 16
Sonstige Erträge	1.286	389	897	N/A
<b>Übrige zinsunabhängige Erträge</b>	<b>14.721</b>	<b>12.594</b>	<b>2.127</b>	<b>17</b>
N/A – nicht aussagefähig				
1 Einschließlich:				
	2007	2006	in €	in %
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	427	436	- 9	- 2
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	3.376	3.293	83	3
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	162	182	- 20	- 11
<b>Insgesamt</b>	<b>3.965</b>	<b>3.911</b>	<b>54</b>	<b>1</b>
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	2.515	2.220	295	13
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	2.982	2.489	493	20
<b>Insgesamt</b>	<b>5.497</b>	<b>4.709</b>	<b>788</b>	<b>17</b>
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.827	2.575	252	10
<b>Provisionsüberschuss insgesamt</b>	<b>12.289</b>	<b>11.195</b>	<b>1.094</b>	<b>10</b>

**PROVISIONSÜBERSCHUSS.** Der Provisionsüberschuss lag 2007 mit 12,3 Mrd€ um 1,1 Mrd€ (10 %) über dem Vorjahreswert. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften stieg gegenüber 2006 um 54 Mio€. Im Emissions- und Beratungsgeschäft erhöhte sich der Provisionsüberschuss um 295 Mio€. Dieser Anstieg resultierte vor allem aus dem Beratungsgeschäft von CIB. Der Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften wuchs um 493 Mio€, insbesondere durch Produkte im Bereich Sales & Trading (Equity) von CIB. Dies war hauptsächlich auf gestiegene Volumina und auf erhöhte Marktaktivität in Asien zurückzuführen. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen lag 252 Mio€ über dem Vorjahreswert, im Wesentlichen durch Zuwächse in Sales & Trading (Equity) von CIB und in PBC in Deutschland.

**ERGEBNIS AUS ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN.** Das Ergebnis lag in 2007 mit 793 Mio€ um 202 Mio€ (34 %) über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg spiegelt vor allem Gewinne von 626 Mio€ aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen im Bereich CI wider. Die größten Verkaufsgewinne resultierten aus der Reduzierung unserer Anteile an der Allianz SE und der Linde AG sowie aus der Veräußerung unserer Beteiligung an der Fiat S.p.A. In den Sales & Trading-Bereichen von CIB ergaben sich in 2007 aus solchen Vermögenswerten Veräußerungsgewinne und Wertminderungen in gleicher Höhe. In 2006 war das Ergebnis im Wesentlichen auf die Sales & Trading-Bereiche von CIB sowie auf Gewinne in CI zurückzuführen, von denen der größte einzelne Gewinn in Höhe von 92 Mio€ aus dem Teilverkauf unserer Beteiligung an der Linde AG resultierte.

**ERGEBNIS AUS NACH DER EQUITY METHODE BILANZIERTEN BETEILIGUNGEN.** Der Gewinn aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen erreichte im Berichtsjahr 353 Mio€ gegenüber 419 Mio€ in 2006. Hierzu haben im Wesentlichen CI sowie das RREEF-Alternative-Investments-Geschäft in AM beigetragen. Das Ergebnis von CI enthielt im Berichtsjahr einen Gewinn von 178 Mio€ aus unserer Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (der zu einer Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill von CI und dadurch zu einer Goodwillabschreibung von 54 Mio€ führte). Im Geschäftsjahr 2006 trug ein Gewinn von 131 Mio€ aus der Veräußerung unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG wesentlich zum Ergebnis von CI bei.

**SONSTIGE ERTRÄGE.** Die sonstigen Erträge beliefen sich 2007 auf insgesamt 1,3 Mrd€, was einem Anstieg von 898 Mio€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Diese Zunahme war auf eine Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street, auf höhere Erträge aus konsolidierten Investments und auf gestiegene Versicherungsbeiträge nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

### ZINSUNABHÄNGIGE AUFWENDUNGEN

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			in €	in %
Personalaufwand	13.122	12.498	624	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand <sup>1</sup>	7.954	7.069	885	13
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	193	67	126	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	128	31	97	N/A
Restrukturierungsaufwand	- 13	192	- 205	N/A
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt</b>	<b>21.384</b>	<b>19.857</b>	<b>1.527</b>	<b>8</b>

N/A – nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Einschließlich:

	2007	2006	in €	in %
EDV-Aufwendungen	1.867	1.585	282	18
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.347	1.198	149	12
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.257	1.203	54	4
Kommunikation und Datenadministration	680	634	46	7
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	539	503	36	7
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	437	431	6	1
Marketingaufwendungen	411	365	46	13
Sonstige Aufwendungen	1.416	1.150	266	23
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	7.954	7.069	885	13

**PERSONALAUFWAND.** Der Personalaufwand stieg im Jahresvergleich um 624 Mio€ oder 5%. Dies war zum einen auf höhere Aufwendungen für Gehälter zurückzuführen, die teilweise aus der um 9.442 gestiegenen Mitarbeiterzahl (auf Vollzeitbasis) resultierten. Zum anderen trugen höhere Aufwendungen aufgrund aktienbasierter Vergütungen, infolge der Neudefinition der Vorruhestandsregeln für den DB Equity Plan 2007, zu dieser Entwicklung bei. Darüber hinaus erhöhten sich die Abfindungszahlungen im Berichtsjahr um 72 Mio€.

**SACHAUFWAND UND SONSTIGER AUFWAND.** Der Sach- und sonstige Aufwand lag 2007 um 885 Mio€ (13%) über dem Wert des Vorjahres. Dieser Anstieg ging im Wesentlichen mit der Ausweitung der Geschäftsvolumina einher und wurde insbesondere bei den EDV-Aufwendungen sowie den Mieten und Aufwendungen für Gebäude wirksam. Der Anstieg bei den sonstigen Aufwendungen um 266 Mio€ reflektierte eine im Vorjahr aufgelöste Rückstellung im Zusammenhang mit dem offenen Immobilienfonds grundbesitz-invest. Ferner stieg der Aufwand durch die Konsolidierung von einem Infrastrukturinvestment in 2007, das für einen RREEF-Fonds bestimmt war. Der damit verbundene Aufwand wurde größtenteils in den Sonstigen Erträgen ausgeglichen.

**AUFWENDUNGEN IM VERSICHERUNGSGESCHÄFT.** Der Anstieg um 126 Mio€ (188%) im Berichtsjahr resultierte im Wesentlichen aus der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im vierten Quartal 2007. Diese Aufwendungen wurden hauptsächlich durch das zugehörige Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sowie durch Beiträge im Versicherungsgeschäft kompensiert.

**WERTMINDERUNG AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE.** Im Berichtsjahr wurden eine Abschreibung von 74 Mio€ auf bestimmte immaterielle Vermögenswerte in AM sowie eine Goodwillabschreibung von 54 Mio€ in CI vorgenommen. Im Vorjahr wurde eine Goodwillabschreibung von 31 Mio€ im Zusammenhang mit einer konsolidierten Private-Equity-Beteiligung in CI verbucht.

**RESTRUKTURIERUNGSAUFWAND.** Das Business Realignment Program wurde abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden verbliebene Rückstellungen von 13 Mio€ aufgelöst, während in 2006 Neubildungen von 192 Mio€ vorgenommen wurden.

#### **ERTRAGSTEUERAUFWAND**

In 2007 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 2,2 Mrd€ im Vergleich zu 2,3 Mrd€ im Vorjahr. Dieser Rückgang war insbesondere durch folgende Faktoren begünstigt: die deutsche Unternehmensteuerreform, die Nutzung von Verlusten, die erfolgreiche Beilegung von Steuerverfahren, den Ansatz von Steuererstattungen infolge von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zur Unvereinbarkeit bestimmter steuerlicher Regelungen in Deutschland mit europäischem Recht sowie Steuerforderungen aus dem Berichtsjahr und aus Vorjahren. Im Vorjahr wurde der Steueraufwand im Wesentlichen durch folgende Sachverhalte reduziert: Zum einen führte eine Änderung der deutschen Steuergesetzgebung für Ausschüttungsguthaben früherer Jahre zu einer vorzeitigen Bilanzierung von Erstattungsansprüchen aus Körperschaftsteuerguthaben, zum anderen wurden Steuerprüfungen in einigen Regionen mit akzeptablen Ergebnissen abgeschlossen. Die effektive Steuerquote betrug 25,6% im Jahr 2007 und 27,1% im Jahr 2006.

## SEGMENTERGEBNISSE

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu folgenden Sachverhalten sind in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen in unserer Organisationsstruktur,
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Bereichsergebnisse,
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme,
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss nach IFRS,
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten bereinigten Finanzaufgaben und
- Erläuterung der einzelnen Positionen, um welche die Ergebnisse bereinigt werden.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2007 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

2007	Corporate and Invest- ment Bank	Private Clients and Asset Man- agement	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolida- tion & Ad- justments	Konzern insgesamt
in Mio € (außer Prozentangaben)						
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>19.092</b>	<b>10.129</b>	<b>1.517</b>	<b>30.738</b>	<b>7</b>	<b>30.745<sup>1</sup></b>
<b>Risikovor-sorge im Kreditgeschäft</b>	<b>109</b>	<b>501</b>	<b>3</b>	<b>613</b>	<b>- 1</b>	<b>612</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>13.802</b>	<b>7.561</b>	<b>220</b>	<b>21.583</b>	<b>- 200</b>	<b>21.384</b>
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	73	-	188	5	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	74	54	128	-	128
Restrukturierungsaufwand	- 4	- 9	- 0	- 13	-	- 13
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>34</b>	<b>8</b>	<b>- 5</b>	<b>37</b>	<b>- 37</b>	<b>-</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>5.147</b>	<b>2.059</b>	<b>1.299</b>	<b>8.505</b>	<b>244</b>	<b>8.749</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	72 %	75 %	15 %	70 %	N/A	70 %
Aktiva <sup>2</sup>	1.895.756	156.391	13.002	2.011.654	8.695	2.020.349
Durchschnittliches Active Equity <sup>3</sup>	20.714	8.539	473	29.725	121	29.846
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>4</sup>	25 %	24 %	N/A	29 %	N/A	29 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio € sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio €. Diese Positionen werden zur Berechnung unserer Target Definition nicht berücksichtigt.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [2]. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 24 %.

2006	Corporate and Invest- ment Bank	Private Clients and Asset Man- agement	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolida- tion & Ad- justments	Konzern insgesamt
in Mio € (außer Prozentangaben)						
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>18.802</b>	<b>9.315</b>	<b>574</b>	<b>28.691</b>	<b>- 197</b>	<b>28.494<sup>1</sup></b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>- 94</b>	<b>391</b>	<b>2</b>	<b>298</b>	<b>- 0</b>	<b>298</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>12.789</b>	<b>7.000</b>	<b>214</b>	<b>20.003</b>	<b>- 147</b>	<b>19.857</b>
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	63	-	63	4	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	31	31	-	31
Restrukturierungsaufwand	99	91	1	192	-	192
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>23</b>	<b>- 11</b>	<b>- 3</b>	<b>10</b>	<b>- 10</b>	<b>-</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>6.084</b>	<b>1.935</b>	<b>361</b>	<b>8.380</b>	<b>- 41</b>	<b>8.339</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	68 %	75 %	37 %	70 %	N/A	70 %
Aktiva <sup>2</sup>	1.468.321	130.642	17.783	1.576.714	7.779	1.584.493
Durchschnittliches Active Equity <sup>3</sup>	17.105	7.206	1.057	25.368	100	25.468
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>4</sup>	36 %	27 %	34 %	33 %	N/A	33 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf einer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO von 131 Mio €, Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € sowie Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten aufgrund von Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in Höhe von 125 Mio € entstanden waren. Diese Positionen werden zur Berechnung unserer Target Definition nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [2]. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 28 %.

**KONZERNBEREICHE****KONZERNBEREICH CORPORATE AND INVESTMENT BANK**

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate and Investment Bank für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
<b>Erträge insgesamt:</b>		
Sales & Trading (Equity)	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.407	9.016
Emissionsgeschäft (Equity)	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	714	1.331
Beratung	1.089	800
Kreditgeschäft	974	946
Transaction Services	2.585	2.228
Sonstige Produkte	- 151	- 318
<b>Summe Erträge insgesamt</b>	<b>19.092</b>	<b>18.802</b>
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	12.278	12.743
<b>Risikoversorge im Kreditgeschäft</b>	<b>109</b>	<b>- 94</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>13.802</b>	<b>12.789</b>
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	-
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-
Restrukturierungsaufwand	- 4	99
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>34</b>	<b>23</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>5.147</b>	<b>6.084</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	72 %	68 %
Aktiva	1.895.756	1.468.321
Durchschnittliches Active Equity <sup>1</sup>	20.714	17.105
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	25 %	36 %

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Nachfolgend stellen wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank dar.



**UNTERNEHMENSBEREICH CORPORATE BANKING & SECURITIES**

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
<b>Erträge insgesamt:</b>		
Sales & Trading (Equity)	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.407	9.016
Emissionsgeschäft (Equity)	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	714	1.331
Beratung	1.089	800
Kreditgeschäft	974	946
Sonstige Produkte	- 151	- 318
<b>Summe Erträge insgesamt</b>	<b>16.507</b>	<b>16.574</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>102</b>	<b>- 65</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>12.169</b>	<b>11.236</b>
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	-
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-
Restrukturierungsaufwand	- 4	77
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>34</b>	<b>23</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>4.201</b>	<b>5.379</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	68 %
Aktiva	1.881.638	1.459.190
Durchschnittliches Active Equity <sup>1</sup>	19.619	16.041
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	21 %	34 %

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Die Erträge von 16,5 Mrd€ waren im Berichtsjahr geringfügig niedriger als im Vorjahr. Höheren Erträgen aus gestiegenen Geschäftsvolumina in den klassischen kundenbezogenen Produktbereichen standen Verluste und Marktwertanpassungen im dritten Quartal 2007 in einigen Sales & Trading-Bereichen sowie bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Bereich, die unten weiter beschrieben werden, entgegen. Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtsjahr 4,2 Mrd€. Das waren 1,2 Mrd€, oder 22 %, weniger als im Vorjahr. Der Rückgang war auf einen Anstieg der zinsunabhängigen Aufwendungen hauptsächlich wegen höherer Mitarbeiterzahlen und auf einen Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) betragen im Berichtsjahr 8,4 Mrd€, was einem Rückgang von 609 Mrd€ oder 7 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Erträge in Sales & Trading (Equity) lagen auf einem Rekordniveau von 4,6 Mrd€, um 574 Mio€ oder 14 % höher als im Vorjahr.

Die Ergebnisse in Sales & Trading waren trotz außergewöhnlich herausfordernder Marktbedingungen in der zweiten Jahreshälfte insgesamt vergleichbar mit denen des Vorjahres.

Während des dritten und vierten Quartals des Berichtsjahres haben Befürchtungen hinsichtlich weiterer Kreditausfälle bei Subprime-Krediten im US-amerikanischen Wohnimmobiliensektor zu einer erheblichen Verschlechterung am Markt für Subprime- und andere Kredite geführt. Die Auswirkungen davon waren in manchen Fällen eine Erhöhung der Risikoprämien sowie ein Rückgang der Liquidität. Während dieser schwierigen Periode berichteten wir geringere

Verluste in den Geschäftsbereichen Collateralized Debt Obligations („CDOs“) und bei verbrieften US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten als einige unserer Wettbewerber, obwohl die Investment-Banking-Branche in diesen Sektoren mit wesentlichen Problemen konfrontiert war. Dies lag in der relativen Größe unseres Engagements, der erworbenen Absicherung und erheblichen Veräußerungsaktivitäten begründet.

Im dritten Quartal 2007 haben wir Verluste von 1,6 Mrd € im Relative-Value-Handel mit Schuld- und Eigenkapitaltiteln, im CDO-Korrelationshandel und im Handel mit verbrieften Wohnungsbaukrediten („RMBS“) ausgewiesen. Davon entfielen 726 Mio € auf den CDO-Korrelationshandel und RMBS, die vornehmlich durch Risikopositionen im Zusammenhang mit Subprime-Wohnungsbaukrediten geprägt waren. Im vierten Quartal erzielten die CDO- und RMBS-Geschäftsbereiche insgesamt positive Ergebnisse nach Berücksichtigung von Gewinnen aus Absicherungsgeschäften.

In anderen Bereichen profitierte CB&S von der Breite und der Vielfalt seiner Global-Markets-Plattform. So haben vor allem die Marktführerschaft in Produktbereichen wie dem Devisen-, Zins- und Geldmarktgeschäft und eine starke Position im Emerging-Markets-Geschäft dazu beigetragen, dass das schwächere Ergebnis im Geschäft mit Kreditprodukten kompensiert werden konnte. Das kundenbezogene Geschäft blieb weiterhin die dominierende Ertragsquelle für Sales & Trading-Erträge im Bereich CB&S. Die Gewinne im designierten Eigenhandel gingen sowohl in absoluten Zahlen als auch hinsichtlich ihres prozentualen Anteils an den Erträgen gegenüber denen des Jahres 2006 zurück. Ursache dafür sind die Marktverwerfungen in der zweiten Jahreshälfte.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft von 2,7 Mrd € lagen um 226 Mio € oder 8 % unter denen des Vorjahres. Dieser Rückgang im Jahresvergleich war hauptsächlich auf die Verschlechterung am Markt für kreditfinanzierte Unternehmensübernahmen im Zuge der allgemeinen Verwerfungen an den Kreditmärkten zurückzuführen, die in der zweiten Jahreshälfte zu beobachten waren. Im Berichtsjahr wurden negative Marktwertanpassungen von 759 Mio € (ohne Berücksichtigung von Provisionen und Absicherungsgeschäften: 1,4 Mrd €) auf Kredite und Finanzierungszusagen im Leveraged-Finance-Geschäft vorgenommen.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft lagen bei 1,0 Mrd € und überstiegen den Vorjahreswert um 28 Mio € (3 %). Darin enthalten sind Veräußerungsgewinne im Zusammenhang mit restrukturierten Krediten. Belastend wirkten sich Effekte aus der Anwendung der Fair Value Option auf höhere Volumina neu begebener Kredite aus.

Für das Gesamtjahr 2007 ergaben sich für die Sonstigen Produkte negative Erträge in Höhe 151 Mio €. Sie verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr um 167 Mio €. Dieser Entwicklung lagen in erster Linie höhere Erträge in Verbindung mit der Akquisition von Abbey Life im vierten Quartal 2007 zugrunde, die in den zinsunabhängigen Aufwendungen, unter den Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, ausgeglichen werden.

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde im Berichtsjahr eine Nettozuführung von 102 Mio € ausgewiesen, im Vergleich zu einer Nettoauflösung von 65 Mio € im Vorjahr. Die Nettobelastung war primär auf die Bildung einer Risikovorsorge für ein einzelnes Engagement zurückzuführen.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 12,2 Mrd €, was einem Anstieg von 933 Mio € oder 8 % entspricht. Dies war in erster Linie auf eine höhere Mitarbeiterzahl, die beschleunigte Aufwandserfassung aktienbasierter Vergütungen, die erstmalige Konsolidierung von Akquisitionen und gestiegene Geschäftsvolumina zurückzuführen.

Die anhaltenden Verwerfungen an den Kreditmärkten und die damit einhergehenden Liquiditätsengpässe könnten sich auf die verbliebenen Risikopositionen in einigen Kernbereichen von CB&S auswirken, insbesondere in den Bereichen Credit Structuring, Leveraged Finance und Commercial Real Estate. Die folgenden Paragraphen fassen unsere Bestände in solchen Risikopositionen zum Jahresende 2007 zusammen.

**WESENTLICHE RISIKOPPOSITIONEN IM CDO HANDELS- UND EMISSIONSGESCHÄFT:** Die Aktivitäten im Handels- und Emissionsgeschäft von CDOs umfassen verschiedene Kategorien von Vermögenswerten. Dabei steht das Management unseres verbleibenden Exposure im Zusammenhang mit Wohnungsbaukrediten im US-amerikanischen Subprime-Markt weiterhin unter besonderem Fokus.

Die folgende Tabelle fasst die Risikopositionen für diese Vermögenswerte in unseren CDO-Handelsbereichen am 31. Dezember 2007 zusammen.

<b>CDO-Subprime-Risikopositionen (bilanziert als „zum Fair Value bewertet“) in Mio €</b>	<b>Subprime ABS CDO Bruttorisikoposition 31.12.2007</b>	<b>Hedges und sonstige Absicherungen 31.12.2007</b>	<b>Subprime ABS CDO Nettorisikoposition 31.12.2007</b>
<b>Super Senior Tranchen:</b>			
Art der zugrunde liegenden Besicherung: High-Grade	–	–	–
Art der zugrunde liegenden Besicherung: Mezzanine	1.778	– 938	840
<b>Super Senior Tranchen insgesamt</b>	<b>1.778</b>	<b>– 938</b>	<b>840</b>
Mezzanine Tranchen	1.086	– 922	164
<b>Super Senior und Mezzanine Tranchen insgesamt</b>	<b>2.864</b>	<b>– 1.860</b>	<b>1.004</b>
Sonstige Nettorisikoposition im CDO-Geschäft			186
<b>Nettorisikoposition im CDO-Subprime-Handelsbereich</b>			<b>1.190</b>

Die Nettorisikoposition stellt den theoretisch möglichen Verlust zum 31. Dezember 2007 dar, falls die Subprime-Wertpapiere und damit in Zusammenhang stehende ABS-CDOs komplett ausfielen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden könnten. Sie stellt damit keine Indikation für unsere Gesamtrisikoposition zum Bilanzstichtag dar, sondern ist lediglich eine Aggregation aller Positionen, die mit dem US-amerikanischen Subprime-Markt für Wohnungsbaukredite im Zusammenhang stehen. Ihre einzelnen Bruttobestandteile beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen darstellen, hängen die tatsächlichen zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den eintretenden Marktbewegungen ab, inklusive der relativen Marktbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten unserer Risikopositionen und von der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen.

Im Zuge ihrer Geschäftstätigkeit übernehmen unsere CDO-Handelsbereiche auch Risikopositionen, die auf Wohnungsbaukrediten besserer Qualität (einschließlich Alt-A) und anderen Vermögenswerten (einschließlich gewerblicher Immobilienkredite, Trust Preferred Securities und Collateralized Loan Obligations) basieren. Diese Positionen werden üblicherweise durch Transaktionen mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente abgesichert.

Zusätzlich zu den aufgeführten Risikopositionen im Handel fasst die nachfolgende Tabelle unsere restlichen Risikopositionen am US-amerikanischen Subprime-ABS-CDO-Markt zusammen, die wir als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte bilanziert haben. Diese Risikopositionen entstehen in erster Linie aus Finanzierungstransaktionen für bestimmte Vermögenswerte. Im Ergebnis vor Steuern in 2007 waren Bruttobelastungen aus solchen Vermögenswerten von 207 Mio € enthalten. Das potenzielle ökonomische Risiko wird grundsätzlich durch zusätzliche Shortpositionen in unseren Handelsbüchern abgesichert.

CDO-Subprime-Risikopositionen (bilanziert als „zur Veräußerung verfügbar“) in Mio €	Risikoposition 31.12.2007
Zur Veräußerung verfügbar bilanzierte Vermögenswerte	499
Shortpositionen im Handelsbestand	– 446
<b>Nettorisikoposition</b>	<b>53</b>

**SONSTIGE RISIKOPPOSITIONEN IM US-AMERIKANISCHEN HYPOTHEKENMARKT:** Wir sind im Markt mit US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten auch im Handel, bei der Emission und mit der Verbriefung von Wohnungsbaukrediten („RMBS“) aktiv. Das Engagement aus diesem Geschäft ist in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Es enthält weder Collateralized Mortgage Obligations („CMOs“) öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren.

Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt in Mio €	Risikoposition 31.12.2007
Alt-A	7.908
Subprime	216
Sonstige	1.679
<b>Sonstige Bruttovermögenswerte in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten</b>	<b>9.803</b>
Hedges und sonstige Absicherungen	–7.592
Handelspositionen (Netto)	803
<b>Nettorisikoposition</b>	<b>3.014</b>

Die Nettorisikoposition stellt die Marktwerte der jeweiligen Risikopositionen in RMBS-Schuldverschreibungen, -Krediten und -Kreditanteilen abzüglich der Marktwerte damit im Zusammenhang stehender Absicherungsgeschäfte dar. Die Handelspositionen entstehen aus dem Market-making sowie aus Sekundäraktivitäten in kreditrisikosensitiven Produkten im Hypothekenmarkt in den USA. Absicherungsgeschäften liegen verschiedene Marktinstrumente zugrunde. Dazu gehören auch auf Referenzschuldner bezogene Credit Default Swaps („CDS“), Kreditversicherungen von Monolinern und Indexkontrakte. Ähnlich wie bei den vorab beschriebenen CDO-Handelsbereichen unterliegen auch diese Portfolios Risiken, die sich aus absoluten und relativen Marktbewegungen ergeben.

**RISIKOPPOSITIONEN GEGENÜBER MONOLINERN:** Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monoline-Versicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den CDOs oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Diese Entwicklung hat zur Verunsicherung darüber geführt, ob Monoliner ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Sicherheiten erfüllen können. Dies könnte auch dazu führen, dass die Bonität einiger dieser Versicherer herabgestuft wird.

Die folgende Tabelle fasst unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnimmobilienkrediten, zum 31. Dezember 2007 zusammen. Die gezeigten Beträge beziehen sich auf die von Monolinern garantierten Werte unter Berücksichtigung der aktuellen Marktwerte der gesicherten Vermögenspositionen.

<b>Risikoposition gegenüber Monolinern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite</b>	<b>Marktwert der erworbenen Absicherung 31.12.2007</b>
in Mio €	
Super Senior ABS CDO	805
Sonstige Subprime	69
Alt-A	229
<b>Wert der erworbenen CDS-Absicherung</b>	<b>1.103</b>

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Absicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente ökonomisch abgesichert.

Zum 31. Dezember 2007 haben wir Bewertungsanpassungen von 82 Mio€ für Ausfallrisiken in diesen Positionen vorgenommen. Diese beinhalten die vollständige Abschreibung des Exposure gegenüber einem einzelnen Monoline-Kontrahenten. Die Bewertungsanpassungen wurden auf der Basis einer Bonitätsprüfung jedes einzelnen Kontrahenten vorgenommen.

Zusätzlich zu den in obiger Tabelle ausgewiesenen Beträgen, die sich auf Aktivitäten mit Wohnungsbaukrediten beziehen, hatten wir zum 31. Dezember 2007 ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern aus anderen versicherten Vermögenswerten von 1,2 Mrd €, unter Berücksichtigung der Marktwerte dieser Vermögenswerte. Diese sonstigen Vermögenswerte resultieren aus kundenbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, Trust Preferred Securities, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen Sektors.

**RISIKOPPOSITIONEN IM BEREICH COMMERCIAL REAL ESTATE (CRE):** Im Commercial-Real-Estate-Geschäft entstehen Risiken aus den im Bestand befindlichen Krediten, Vermögenswerten, die zur Verbriefung gehalten werden, und CMBS-Papieren. Die folgende Tabelle ist eine Zusammenfassung unserer Bruttoisikoposition zum 31. Dezember 2007 für verbrieft und nicht verbrieft Kredite, die teilweise oder vollständig durch gewerbliche Immobilien oder Pools gewerblicher Hypotheken besichert sind.

<b>Commercial-Real-Estate-Risikoposition</b>	<b>Bruttoisikoposition 31.12.2007</b>
in Mio €	
Kredite	15.999
Nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen	1.166
<b>Commercial-Real-Estate-Risikopositionen insgesamt</b>	<b>17.165</b>
davon:	
in Nordamerika	8.366
in Europa	8.799
(davon in Deutschland: 6.873 Mio €)	

<b>Marktwertabschreibungen auf Kredite und Kreditzusagen</b>	<b>2007</b>
in Mio €	
Nettomarktwertabschreibungen vor Absicherungsgeschäften	– 386
Bruttomarktwertabschreibungen vor Provisionen und Absicherungsgeschäften	– 558

Die zum 31. Dezember 2007 entstandenen Marktwertverluste waren hauptsächlich Folge der illiquiden Marktbedingungen, mit denen wir ab der zweiten Jahreshälfte konfrontiert waren. Diese beeinträchtigten unsere Möglichkeit, gewerbliche Immobilienkredite zu verbriefen. Den Marktwertverlusten standen teilweise Gewinne aus Absicherungsgeschäften entgegen. Im Gesamtjahr 2007 war der Bereich CRE profitabel. Zu Beginn des Jahres 2008 setzte sich die Erhöhung der Risikoprämien bei gewerblichen Immobilienkrediten fort. Wenn diese Entwicklung anhält, können weitere Wertanpassungen auf Kredite, die nicht veräußert werden, erforderlich sein. Unter Umständen können diese nicht vollständig durch Gewinne aus Absicherungsgeschäften oder durch Veräußerung von Immobilien und Hypotheken, die diese Risiken absichern, ausgeglichen werden. Für weitere Informationen siehe Risikobericht.

**RISIKOPOSITIONEN IM LEVERAGED-FINANCE-BEREICH:** Die folgende Tabelle ist eine Zusammenfassung unserer Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich, die sich aus Krediten und Kreditzusagen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen (inklusive Private-Equity-Transaktionen und sonstiger Buy-Out-Vereinbarungen) ergeben. Des Weiteren enthält die Tabelle die auf diese Positionen in 2007 entstandenen Wertminderungen.

<b>Leveraged-Finance-Risikoposition</b> in Mio €	<b>Bruttorisikoposition</b> <b>31.12.2007</b>
Kredite	15.317
Nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen	20.897
<b>Leveraged-Finance-Risikoposition insgesamt</b>	<b>36.214</b>
davon:	
in Nordamerika	26.620
in Europa	8.959
In Asien/Pazifik	635
<b>Marktwertabschreibungen auf Kredite und Kreditzusagen</b> in Mio €	<b>2007</b>
Nettomarktwertabschreibungen vor Absicherungsgeschäften	– 759
Bruttomarktwertabschreibungen vor Provisionen und Absicherungsgeschäften (auf zum 31.12.2007 bestehende Kredite und Kreditzusagen)	– 1.351

Von dem Gesamtbestand der Kredite und Kreditzusagen wurden 34,9 Mrd € im Handelsbestand – und somit zum Fair Value – und 1,3 Mrd € zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die schwierigen Marktbedingungen für Leveraged Finance-Aktivitäten haben sich Anfang des Jahres 2008 fortgesetzt. Sollten sich diese Marktbedingungen nicht verbessern, können weitere Abschreibungen auf Kreditzusagen im Leveraged Finance-Bereich erforderlich werden. Sollten Kreditzusagen neu verhandelt werden oder Unternehmensübernahmen nicht zustande kommen, würde dies ebenfalls die Bewertung der Positionen beeinflussen.

**UNTERNEHMENSBEREICH GLOBAL TRANSACTION BANKING**

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
<b>Erträge insgesamt:</b>		
Transaction Services	2.585	2.228
Sonstige Produkte	–	–
<b>Summe Erträge insgesamt</b>	<b>2.585</b>	<b>2.228</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>7</b>	<b>– 29</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>1.633</b>	<b>1.552</b>
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–
Restrukturierungsaufwand	– 1	22
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>945</b>	<b>705</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	63 %	70 %
Aktiva	32.083	25.646
Durchschnittliches Active Equity <sup>1</sup>	1.095	1.064
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	86 %	66 %

<sup>1</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Das Ergebnis vor Steuern im Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) verbesserte sich im Geschäftsjahr 2007 um 241 Mio € (34 %) auf den Rekordwert von 945 Mio €. Diese Entwicklung resultierte aus zweistelligen Ergebnissteigerungen in allen Regionen.

Die Erträge erhöhten sich in 2007 um 16 % auf 2,6 Mrd €. Alle Regionen trugen zu diesem Anstieg von 357 Mio € bei und alle Produkte konnten zweistellige Wachstumsraten erreichen. Im Cash Management erhöhten sich die Erträge aufgrund höherer Kundenverbindlichkeiten und eines starken Anstiegs der Zahlungsverkehrsvolumina signifikant. Darin spiegelt sich zum einen der Trend bei Banken und Unternehmen, Aktivitäten bei ausgewählten Anbietern von Transaction-Banking-Diensten zu bündeln, zum anderen die Einführung des einheitlichen Eurozahlungsverkehrsraums (SEPA) wider. Des Weiteren trug die Nutzung weiterer Geschäftsmöglichkeiten in den Emerging Markets wie Brasilien, Russland und der Türkei zur positiven Entwicklung bei. Das Ertragswachstum in Trade Finance war hauptsächlich auf starke Geschäftsaktivitäten in EMEA zurückzuführen. In Trust & Securities Services stiegen die Erträge in den Regionen Asien/Pazifik und EMEA, insbesondere wegen signifikanter neuer Mandate und sonstiger Zuflüsse im dortigen Wertpapierverwahrungsgeschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergab im Gesamtjahr eine Nettozuführung von 7 Mio € nach einer Nettoauflösung von 29 Mio € in 2006.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen in GTB lagen mit 1,6 Mrd € um 80 Mio € (5 %) über dem Wert des Vorjahres. Der Anstieg war in erster Linie auf einen Anstieg der Mitarbeiterzahlen, höhere leistungsabhängige Vergütungen sowie transaktionsbezogene Aufwendungen infolge gestiegener Geschäftsvolumina zurückzuführen.

**KONZERNBEREICH PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT**

In der nachstehenden Tabelle sind die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2007	2006
<b>Erträge insgesamt:</b>		
Portfolio/Fund Management	3.062	3.089
Brokeragegeschäft	2.172	1.910
Kredit-/Einlagengeschäft	3.173	2.774
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	979	899
Sonstige Produkte	742	643
<b>Summe Erträge insgesamt</b>	<b>10.129</b>	<b>9.315</b>
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.529	3.071
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>501</b>	<b>391</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>7.561</b>	<b>7.000</b>
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	73	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	74	–
Restrukturierungsaufwand	– 9	91
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>8</b>	<b>– 11</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.059</b>	<b>1.935</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	75 %	75 %
Aktiva	156.391	130.642
Durchschnittliches Active Equity <sup>1</sup>	8.539	7.206
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	24 %	27 %
Invested Assets (in Mrd €) <sup>2</sup>	952	908

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

2 Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Nachfolgend erläutern wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management.



**UNTERNEHMENSBEREICH ASSET AND WEALTH MANAGEMENT**

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2007	2006
<b>Erträge insgesamt:</b>		
Portfolio/Fund Management (AM)	2.351	2.470
Portfolio/Fund Management (PWM)	414	332
<b>Portfolio/Fund Management insgesamt</b>	<b>2.765</b>	<b>2.802</b>
Brokeragegeschäft	964	811
Kredit-/Einlagengeschäft	223	191
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	22	18
Sonstige Produkte	401	345
<b>Summe Erträge insgesamt</b>	<b>4.374</b>	<b>4.166</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>1</b>	<b>- 1</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>3.453</b>	<b>3.284</b>
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	73	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	74	-
Restrukturierungsaufwand	- 8	43
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>7</b>	<b>- 11</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>913</b>	<b>894</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	79 %	79 %
Aktiva	39.081	35.922
Durchschnittliches Active Equity <sup>1</sup>	5.109	4.917
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	18 %	18 %
Invested Assets (in Mrd €) <sup>2</sup>	749	732

<sup>1</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

<sup>2</sup> Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Geschäftsjahr 2007 erzielte AWM ein Ergebnis vor Steuern von 913 Mio€. Dies entspricht einem Anstieg von 19 Mio€ (2 %) gegenüber dem Vorjahr. Das Ergebnis für 2007 enthielt eine Wertminderung von 74 Mio€ im Zusammenhang mit einer Abschreibung von immateriellen Vermögenswerten im Geschäftsbereich Asset Management (AM). In 2006 beinhaltete das Ergebnis vor Steuern Restrukturierungsaufwendungen von 43 Mio€ und Gewinne aus der Veräußerung von Geschäftsfeldern von 43 Mio€.

Die Erträge in 2007 lagen mit 4,4 Mrd€ um 208 Mio€ (5 %) über dem Vorjahreswert.

Im Portfolio/Fund Management (AM) fielen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um 119 Mio€ (5 %) auf 2,4 Mrd€, was im Wesentlichen auf niedrigere erfolgsabhängige Provisionen im Alternative-Investments-Geschäft zurückzuführen war. Dieser Rückgang wurde teilweise durch höhere erfolgsabhängige Provisionen und gestiegene Managementprovisionen im Geschäft mit Privatkunden und institutionellen Anlegern kompensiert.

Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management in Private Wealth Management (PWM) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 81 Mio€ (24 %) auf 414 Mio€. Dieser Zuwachs ist auf höhere Invested Assets infolge der Akquisition von Tilney sowie auf den Anfang 2006 begonnenen Ausbau der Kundenbetreuerzahl zurückzuführen.

Die Erträge aus dem Brokeragegeschäft lagen mit 964 Mio€ um 154 Mio€ (19 %) über dem Vorjahreswert. Die Zunahme war hauptsächlich auf gestiegene transaktionsbezogene Erträge zurückzuführen, die auch eine hohe Kundennachfrage nach Alternative Investments und anderen innovativen Anlageprodukten widerspiegeln.

Die Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft von 223 Mio€ stiegen um 31 Mio€ (16 %) infolge höherer Volumina und Margen sowohl bei Krediten als auch bei Einlagen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten in Höhe von 401 Mio€ lagen um 57 Mio€ (16 %) über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus der Konsolidierung eines Infrastrukturinvestments im Jahresverlauf, das für einen RREEF-Fonds in AM bestimmt war.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2007 mit 3,5 Mrd€ um 169 Mio€ oder 5 % über dem Vorjahreswert. Dies war im Wesentlichen auf die Abschreibung in Höhe von 74 Mio€ auf immaterielle Vermögenswerte in AM sowie auf die Akquisitions- und Wachstumsstrategie von PWM zurückzuführen und wurde teilweise durch einen Rückgang der Restrukturierungsaufwendungen kompensiert.

Die Aufwand-Ertrag-Relation von 79 % blieb 2007 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Invested Assets in AWM stiegen im Berichtsjahr um 17 Mrd€ auf 749 Mrd€. In AM lagen die Invested Assets 2007 mit 555 Mrd€ um 12 Mrd€ (2 %) über dem Vorjahreswert. Der Anstieg der Vermögenswerte in 2007 war auf Nettomittelzuflüsse in Höhe von 27 Mrd€ zurückzuführen. In PWM stiegen die Invested Assets von 189 Mrd€ in 2006 auf 194 Mrd€ zum Jahresende 2007, vor allem durch Nettomittelzuflüsse von 13 Mrd€. Aufgrund des starken Euro wurde dieser Anstieg durch Währungsumrechnungseffekte auf in US-Dollar gehaltene Volumen gemindert.

**UNTERNEHMENSBEREICH PRIVATE & BUSINESS CLIENTS**

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2007	2006
<b>Erträge insgesamt:</b>		
Portfolio/Fund Management	297	287
Brokeragegeschäft	1.208	1.099
Kredit-/Einlagengeschäft	2.950	2.583
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	958	881
Sonstige Produkte	341	299
<b>Summe Erträge insgesamt</b>	<b>5.755</b>	<b>5.149</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>501</b>	<b>391</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>4.108</b>	<b>3.717</b>
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–
Restrukturierungsaufwand	– 1	49
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.146</b>	<b>1.041</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	71 %	72 %
Aktiva	117.533	94.760
Durchschnittliches Active Equity <sup>1</sup>	3.430	2.289
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	33 %	45 %
Invested Assets (in Mrd €) <sup>2</sup>	203	176
Kreditvolumen (in Mrd €)	87	79
Einlagenvolumen (in Mrd €)	96	72

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

2 Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2007 mit 1,1 Mrd€ um 105 Mio€ (10 %) über dem Vorjahresergebnis. In 2006 enthielt das Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,0 Mrd€ Restrukturierungsaufwendungen von 49 Mio€.

Die Erträge von 5,8 Mrd€ nahmen gegenüber dem Vorjahr um 606 Mio€ (12 %) zu. Der Anstieg resultierte vor allem aus der Akquisition der norisbank (seit November 2006 konsolidiert) und der Berliner Bank (seit Januar 2007 konsolidiert).

Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management und dem Brokeragegeschäft stiegen um 11 Mio€ beziehungsweise um 109 Mio€. Die Steigerungen spiegeln die erfolgreiche Platzierung unserer innovativen Vermögensanlageprodukte und gestiegene Kundenumsätze wider. Darüber hinaus trugen die Akquisitionen der Berliner Bank und der norisbank zu dem Ertragsanstieg bei.

Die Erträge im Kredit-/Einlagengeschäft trugen in 2007 am stärksten zum Wachstum bei. Die Steigerung von 367 Mio€ (14 %) war vor allem auf die vorgenannten Akquisitionen zurückzuführen.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr, der Kontoführung und den übrigen Finanzdienstleistungen erhöhten sich um 76 Mio€ (9 %). Wesentliche Ursache waren die Akquisitionen, aber auch gestiegene Erträge aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten in 2007 infolge eines höheren Absatzes von rentenbezogenen Produkten.

Die Erträge aus sonstigen Produkten lagen mit 341 Mio€ in 2007 um 43 Mio€ (14 %) über dem Vorjahreswert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg 2007 um 109 Mio€ (28 %) auf 501 Mio€, vor allem durch die Akquisitionen der norisbank und der Berliner Bank.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen von 4,1 Mrd€ waren um 391 Mio€ (11 %) höher als im Jahr 2006. Dieser Anstieg war vor allem auf die genannten Akquisitionen und zusätzlich auf damit verbundene Integrationskosten zurückzuführen. Die höheren Aufwendungen reflektieren des Weiteren unsere Wachstumsinvestitionen in Schwellenländern, zu denen das Filialbank- und das Kreditkartengeschäft in Indien und China gehören, sowie den Ausbau des Filialnetzes und die Erweiterung des Angebots an Konsumentenkreditprodukten in Polen.

In 2007 betrug die Aufwand-Ertrag-Relation 71 % und war damit gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

Die Invested Assets erreichten zum Ende des Berichtsjahres 203 Mrd€. Von dem Zuwachs von 28 Mrd€ (16 %) entfielen 19 Mrd€ auf Nettomittelzuflüsse. Der übrige Anstieg war auf Marktwertentwicklungen und die Akquisitionen zurückzuführen.

Die Zahl der Kunden in PBC belief sich am Ende des Jahres 2007 auf 13,8 Mio. Das entspricht einer Zunahme um 1 Mio Neukunden (bereinigt um die Effekte aus der Akquisition der Berliner Bank und den Verkauf der Kreditkartenabwicklung in Italien). Die Zuwächse wurden im Wesentlichen in Deutschland und Indien erzielt.

#### KONZERNBEREICH CORPORATE INVESTMENTS

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
<b>Erträge insgesamt:</b>	<b>1.517</b>	<b>574</b>
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	157	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3	2
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>220</b>	<b>214</b>
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	54	31
Restrukturierungsaufwand	– 0	1
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>– 5</b>	<b>– 3</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.299</b>	<b>361</b>
Aufwand-Ertrag-Relation	15 %	37 %
Aktiva	13.002	17.783
Durchschnittliches Active Equity <sup>1</sup>	473	1.057
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	N/A	34

N/A – nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Der Konzernbereich CI verzeichnete 2007 ein Ergebnis vor Steuern von 1,3 Mrd€ im Vergleich zu 361 Mio€ im Vorjahr.

Die Erträge von 1,5 Mrd€ in 2007 waren um 943 Mio€ höher als im Jahr 2006. Die Erträge beinhalteten Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 626 Mio€ (vor allem Allianz SE, Linde AG und Fiat S.p.A.) und ein Ergebnis von 178 Mio€ aus der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (was zu einer Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill von CI und dadurch zu einer Abschreibung von 54 Mio€ führte). Des Weiteren wurden Dividenderträge von 141 Mio€ sowie weitere Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. erzielt. Darüber hinaus beinhalteten die Erträge einen Gewinn von 313 Mio€ aus der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street.

In den Erträgen des Jahres 2006 waren ein Gewinn von 131 Mio€ aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG, ein Gewinn von 92 Mio€ aus dem Teilverkauf unserer Beteiligung an der Linde AG und Dividenderträge von 122 Mio€ enthalten.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen 2007 auf 220 Mio€ nach 214 Mio€ in 2006. Dieser Anstieg resultierte aus höheren Goodwillabschreibungen in 2007, die durch Kostensenkungen in anderen Aufwandskategorien ausgeglichen wurden.

Am Ende des Geschäftsjahres 2007 belief sich der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios von CI auf 631 Mio€. Davon entfielen 51 % auf Beteiligungen im Immobilienbereich, 43 % auf direkte Private-Equity-Beteiligungen und 6 % auf indirekte Private-Equity- und andere Beteiligungen. Zum Jahresende 2006 betrug der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios 895 Mio€.

#### **CONSOLIDATION & ADJUSTMENTS**

Erläuterungen zu „Consolidation & Adjustments“ im Rahmen unserer Segmentberichterstattung sind in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

#### **LIQUIDITÄTS- UND KAPITALMANAGEMENT**

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikomanagementreport und in der Note [36] des Konzernabschlusses enthalten.

#### **AUSSERBILANZIELLE TRANSAKTIONEN MIT NICHT KONSOLIDierten GESELLSCHAFTEN**

##### **EINLEITUNG**

Wir führen bestimmte Geschäftsaktivitäten mit nicht konsolidierten Gesellschaften durch, die als außerbilanzielle Transaktionen qualifizieren können. Der Nominalwert der im Rahmen dieser Transaktionen bestehenden Finanzinstrumente sowie deren Fair-Value-Veränderungen werden in unserem Abschluss nicht reflektiert. Die folgende Darstellung ist hauptsächlich auf außerbilanzielle Transaktionen mit Zweckgesellschaften (SPEs) begrenzt. Obwohl Geschäftsbeziehungen zu diesen Gesellschaften in verschiedener Form bestehen können, so handelt es sich primär um Liquiditätsfazilitäten und Garantien. Wo angebracht, umfasst die nachfolgende Darstellung auch Informationen zu bestimmten in der Konzernbilanz erfassten Instrumenten, und zwar primär zu Liquiditätsarrangements, die in Total Return Swaps, geschriebene Verkaufsoptionen sowie in bestimmte andere Arten von Garantien eingebettet sind.

Wir stellen nicht konsolidierten Gesellschaften vor allem in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduit-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentfonds, die verwaltet, aber nicht konsolidiert werden, sowie Immobilienleasinggesellschaften, finanzielle Unterstützung bereit. Zweckgesellschaften sind ein kritischer Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Investitionsmärkte, einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren den Zugang zu spezifischen Cashflows und Risiken ermöglichen, die im Rahmen des Verbriefungsprozesses kreiert werden. Da wir die Mehrzahl der von uns gesponserten Conduitprogramme konsolidieren, beschränken sich die nachfolgenden Informationen auf Transaktionen mit von uns gesponserten Gesellschaften, die nicht konsolidiert werden. Wir stellen außerdem sowohl den von uns als auch den von Dritten gesponserten Verbriefungsprogrammen Finanzierungen zur Verfügung.

Unsere Rechnungslegungsgrundsätze bezüglich der Konsolidierung von SPEs sowie der Überprüfung der Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen werden in Note [1] des Konzernabschlusses dargestellt.

Die Zwecke, Risiken und Auswirkungen außerbilanzieller Vereinbarungen werden in den nachfolgenden Abschnitten beschrieben. Bis jetzt hatten diese Vereinbarungen keine materiellen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Ratings sowie Dividenden.

Alle Bilanz- und Nominalwerte werden zum 31. Dezember 2007 dargestellt. Alle auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung bezogenen Werte und die angegebenen Cashflows beziehen sich auf den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007.

#### **VOM KONZERN GESPONSERTE ASSET-BACKED COMMERCIAL PAPER (ABCP) CONDUITS**

Wir legen eigene Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“) auf, die wir auch verwalten. Diese Programme gewähren unseren Kunden Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützen wir den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen seitens eines Commercial Paper Conduit („Conduit“), der anschließend zur Finanzierung dieses Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft, die durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert sind. Die Conduits benötigen ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten, um ein hohes Rating („Investment Grade Rating“) für das Commercial Paper aufrechtzuerhalten. Wir stellen diesen Gesellschaften Liquidität bereit.

Einige Conduits werden weiterhin bilanziell nicht erfasst, weil wir sie nicht kontrollieren. Ihre Vermögenswerte in Höhe von insgesamt 4,8 Mrd € bestehen aus Wertpapieren, die durch außerhalb der USA begebene Hypotheken auf Wohnimmobilien unterlegt sind und die von Warehouse SPEs begeben werden, welche die Verkäufer gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere müssen über ein Rating von mindestens AA- verfügen. Das zur Erreichung des Ratings erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekenversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den SPEs übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der von diesen bilanziell nicht erfassten Conduits emittierten Commercial Paper beträgt einen Monat bis drei Monate.

Während des Geschäftsjahres 2007 waren diese Conduits keinen wesentlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, wengleich sich die Bonitätsabstände („Credit Spreads“) der von ihnen emittierten Commercial Paper allgemein vergrößert hatten, wobei die daraus entstandenen Kosten an die ursprünglichen Verkäufer der Vermögenswerte weitergegeben wurden. Unser Engagement bei diesen Gesellschaften ist auf die Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die wir ihnen als Finanzierungshilfe im Falle von Marktstörungen zugesagt haben. Die zugesagten Liquiditätsfazilitäten belaufen sich auf insgesamt 6,3 Mrd € und werden allein von uns bereitgestellt. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerten besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Im Falle eines deutlichen Wertrückgangs der Vermögenswerte könnten zur Rückzahlung der in Anspruch genommenen Gelder nicht mehr genug Mittel zur Verfügung stehen.

Zum 31. Dezember 2007 hielten wir von diesen nicht konsolidierten Gesellschaften emittierte Commercial Paper in Höhe von 1,0 Mrd €, die wir auf freiwilliger Basis zu üblichen Geschäftsbedingungen als Händler von Commercial Paper erworben haben. Darüber hinaus erwarben wir mittelfristige Schuldverschreibungen in Höhe von 0,5 Mrd €, die von einer SPE begeben worden waren, deren Emissionen gewöhnlich von den Conduits erworben wurden. Da diese Schuldverschreibungen 100 % der von der SPE emittierten Schuldtitel entsprechen, wird diese SPE konsolidiert. Diese Gesellschaft hält Vermögenswerte, die mit Hypotheken geringerer Bonität auf Wohnimmobilien unterlegt sind. Die zuvor zugunsten dieser Gesellschaft bestehende Liquiditätsfazilität musste Ende 2007 neu ausgehandelt werden. In Anbetracht der Refinanzierungskonditionen beschlossen wir, von der bisherigen außerbilanziellen zu einer bilanziellen Finanzierung zu wechseln. Wir erfassten infolge dieses Kaufs beziehungsweise aufgrund des Haltens der Commercial Paper keine Abschreibungen.

Unsere Erträge aus diesen Transaktionen beliefen sich im Geschäftsjahr 2007 auf insgesamt 6 Mio €. Im Zusammenhang mit den außerbilanziellen Transaktionen mit diesen Gesellschaften sind keine Verluste entstanden. Die den Conduits bereitgestellten Cashflows beliefen sich im Geschäftsjahr 2007 auf insgesamt 1,1 Mrd €. Dieser Betrag beinhaltet den Erwerb der von den SPEs begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 0,5 Mrd €.

#### **ABCP CONDUITS DRITTER**

Neben dem Sponsoring unserer eigenen Commercial-Paper-Programme unterstützen wir Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement ihrer Commercial-Paper-Programme. (Dieser Abschnitt schließt von Dritten gesponserte kanadische ABCP Conduits aus, die weiter unten separat erörtert werden.)

Unsere Unterstützung der Conduits Dritter erfolgt vor allem zu Finanzierungszwecken durch die Zusage von Liquiditätsfazilitäten (3,1 Mrd €) und von Wertpapierpensionsgeschäften (0,5 Mrd €), die für den Fall von Verwerfungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst, es sei denn, eine eventuelle Zahlung ist wahrscheinlich und deren Höhe abschätzbar, sodass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss.

Wir stützen darüber hinaus den Marktwert durch Total-Return-Swap-Geschäfte, die auf spezifische Vermögenswerte bezogen sind, welche die Conduits von Dritten erworben haben (Nominalwert: 3,6 Mrd €). Die Total Return Swaps sind mit Liquiditätsverkaufsoptionen („Liquidity Puts“) ausgestattet, durch die ein Conduit die zugrunde liegenden Vermögenswerte an uns verkaufen kann, falls er das zur Finanzierung der betreffenden Vermögenswerte dienende Commercial Paper nicht refinanzieren kann. Die Total Return Swaps sind Derivate und werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden.

Da auch andere Finanzdienstleister Liquiditätsfinanzierungen anbieten, sind wir nicht die einzige Institution, die Liquidität bereitstellt. Unsere Ansprüche sind anderen Ansprüchen im Rang gleichgestellt. Inanspruchnahmen von Liquiditätsfazilitäten werden mit identifizierten Pools der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert. Daher unterliegt eine in Anspruch genommene Fazilität Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stehen. Eine Änderung des Werts sonstiger in den Conduits gehaltener Vermögenswerte wird keine Auswirkung auf unser Kreditrisiko haben. Die nachfolgenden Informationen zu unseren Unterstützungsaktivitäten für diese Gesellschaften sind deshalb auf die zu unseren Ansprüchen in Beziehung stehenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beschränkt. Wir machen keine Angaben zu Vermögenswerten von Conduits, an denen wir keine Ansprüche halten und deren Risiken wir nicht ausgesetzt sind.

Unsere Ansprüche an die Conduits werden durch Aktien, Anleihen, verbriefte Immobilienkredite für gewerbliche und private Zwecke und durch Forderungen aus Kraftfahrzeugleasing- und Kreditkartengeschäften unterlegte Kredite sowie Studenten- und Konsumentenkredite unterstützt. Unter Berücksichtigung unserer derivativen Sicherungsgeschäfte besteht eine Nettoposition in Höhe von 0,5 Mrd € in Bezug auf US-Hypotheken mit minderer Bonität („Subprime“), die unsere außerbilanziellen Ansprüche besichern. Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit dieser Vermögenswerte variiert erheblich, ist jedoch durchweg deutlich länger als die der kurzfristigen Commercial Paper, die von den Conduits emittiert werden. Die durchschnittliche Laufzeit der von diesen außerbilanziell erfassten Conduits emittierten Commercial Paper beträgt einen Monat bis drei Monate.

In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2007 war der weltweite Markt für ABCP Conduits durch eine signifikant geringere Liquidität und höhere Finanzierungskosten sowie in einigen Fällen durch Abschreibungen der Vermögenswerte gekennzeichnet. Auf Vermögenswerte, die unsere Ansprüche besichern, wurden keine spezifischen aus Kreditrisiken resultierenden Abschreibungen vorgenommen. Wir haben von Conduits emittierte Commercial Paper in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd € und bestimmte zugrunde liegende Vermögenswerte in Höhe von 3,3 Mrd € erworben und Kredite in Höhe von insgesamt 0,8 Mrd € herausgelegt. Diese Zahlungsmittelabflüsse beliefen sich auf insgesamt 7,6 Mrd € und verstehen sich zusätzlich zu den oben genannten außerbilanziellen Engagements. Für den Kauf der Commercial Paper und Vermögenswerte sowie die Herauslegung der Kredite gab es zwei Gründe. Erstens ist einer unserer Bereiche als Händler für bestimmte Commercial Paper der Conduits tätig und hat die Papiere im Rahmen seiner Handelsaktivitäten auf freiwilliger Basis zu üblichen Geschäftsbedingungen gekauft. Zweitens wurden, da die Conduits ihre Commercial Paper nicht am Markt erneuern konnten, wegen einer vorzeitigen Kündigung im Rahmen eines Total Return Swap mit den Conduits Commercial Paper und Vermögenswerte gekauft sowie Kredite begeben. Wir haben aufgrund sich kompensierender Absicherungsgeschäfte per saldo keine Verluste aus den Total Return Swaps erfasst.

Unsere Erträge aus diesen bilanzunwirksamen Transaktionen beliefen sich im Geschäftsjahr 2007 auf insgesamt 4 Mio €. Im Geschäftsjahr 2007 wurde in Bezug auf eine Geschäftsbeziehung mit einem einzelnen Conduit Dritter eine Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 188 Mio € erfasst.



### VON DRITTEN GESPONSERTE KANADISCHE ABCP CONDUITS

Wir unterhalten ebenfalls Geschäftsbeziehungen zu von Dritten gesponserten ABCP Conduits in Kanada. Diese Conduits verfolgen ähnlich wie andere ABCP-Conduit-Programme die grundsätzliche Anlagestrategie, einen Gewinn aus der Differenz zwischen der relativ günstigen Finanzierung und der höheren Rendite für gehaltene Vermögenswerte zu erzielen. Auch weisen sie eine äquivalente Inkongruenz der Liquidität von längerfristigen Vermögenswerten und kurzfristigen Finanzierungen von Commercial Paper auf. Ein Hauptunterschied zu den vorgenannten Conduits ist jedoch, dass es sich bei den Vermögenswerten in der Regel um eine Kombination von als Sicherheit dienenden Anleihen mit AAA-Rating und Portfolio Credit Default Swaps auf Super Senior Tranchen handelt, die an einen Pool von Corporate Credit Default Swaps geknüpft sind, üblicherweise mit einem Hebel („Leverage“) zur Renditesteigerung. Bei den Geschäften werden in der Regel auslösende Ereignisse („Trigger“) festgelegt, bei denen wir unter bestimmten Marktbedingungen zusätzliche Sicherheiten fordern können. Weniger gängige Transaktionen beinhalten Sicherheiten in Form von verbrieften Wohnungsbaukrediten oder Credit Default Swaps auf Mezzanine Tranchen. Gelegentlich fehlen Leverage, Trigger für die Stellung zusätzlicher Sicherheiten oder eine Liquiditätsunterstützung.

Ein weiterer entscheidender Unterschied ist, dass die Conduits neben den vorrangigen kurzfristigen Commercial Paper auch nachrangige Titel und/oder mittelfristige Schuldverschreibungen begeben. Ein Teil der Commercial Paper ist ferner verlängerbar, das heißt, die Laufzeit der Wertpapiere kann zu vorab festgelegten Konditionen vom Emittenten über das ursprüngliche Fälligkeitsdatum hinaus verlängert werden. Die nachrangigeren Titel erhalten den Residualertrag, tragen die erste Verlusttranche und stellen zusätzlich zu anderen Credit Enhancements und den Liquiditätsfazilitäten das Kapital zur Unterstützung des Ratings der Conduits zur Verfügung.

Wir nehmen bei keinem dieser kanadischen Conduits Managementaufgaben wahr, stellen jedoch Portfolio Credit Default Swaps und/oder Liquiditätsfazilitäten bereit. In manchen Fällen stellen wir als Einziger Liquidität bereit, in anderen kann es mehrere Vertragspartner geben. Die nachfolgenden Informationen erläutern unsere Unterstützungsaktivitäten für diese Gesellschaften, welche auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beschränkt sind, die zu unseren Ansprüchen in Beziehung stehen. Wir machen keine Angaben zu Vermögenswerten von Conduits, an denen wir keine Ansprüche halten und deren Risiken wir nicht ausgesetzt sind.

Gemäß den Bedingungen der verschiedenen zugesagten Liquiditätsfazilitäten und geschriebenen Liquidity Puts sind die Conduits berechtigt, bestehende Commercial Paper oder von ihnen gehaltene Vermögenswerte zu vorab festgelegten Konditionen an uns zu verkaufen. Die Liquiditätsfazilitäten können nur in Anspruch genommen werden, wenn eine allgemeine Marktstörung („General Market Disruption“/„GMD“) vorliegt, das heißt wenn alle Marktteilnehmer generell nicht mehr dazu in der Lage sind, die Gesamtheit ihrer fällig werdenden Commercial Paper auf dem Commercial-Paper-Markt zu erneuern.

Am kanadischen ABCP-Conduit-Markt waren in der zweiten Jahreshälfte 2007 erhebliche Liquiditätsprobleme festzustellen. Die im Falle einer GMD von uns zugesagten Liquiditätsfazilitäten wurden in diesem Zeitraum nicht in Anspruch genommen. Im August 2007 schlossen 22 Conduits, deren Commercial-Paper-Investoren und deren Banken, uns eingeschlossen, den sogenannten „Montreal Accord“, in dem sie gemeinsam eine Stillhaltefrist vereinbarten, um während dieser Zeit die Konditionen der von den SPEs begebenen Verbindlichkeiten neu zu verhandeln. Während dieser Stillhaltefrist (60 Tage) konnten die Banken keine zusätzlichen Sicherheiten fordern und die Zweckgesellschaften durften während dieser Stillhaltefrist sowie für weitere 150 Tage nach deren Ablauf ihre Optionen auf liquide Mittel/Liquiditätsfazilitäten nicht ziehen. Die Stillhaltefrist wurde seither zweimal bis zum 22. Februar 2008 verlängert und

Stillhaltevereinbarungen über dieses Datum hinaus werden auf täglicher Basis neu vereinbart. Die von uns an die Conduits vergebenen Liquiditätsfazilitäten beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 5,5 Mrd € und repräsentierten Ansprüche an den Vermögenswerten der Conduits in Höhe von 8,3 Mrd €. Ferner halten wir von diesen Zweckgesellschaften begebene Commercial Paper in Höhe von 90 Mio €. Aufgrund der Stillhaltevereinbarung können aus diesen Liquiditätsfazilitäten keine Beträge in Anspruch genommen werden. Bis zum Ende der Verlängerungsfrist werden alle Liquiditätsfazilitäten ausgelaufen sein.

Am 23. Dezember 2007 wurde ein Rahmenvertrag veröffentlicht, der die Konditionen der vorgeschlagenen Restrukturierung dieser Conduits beschreibt, auf die sich Investoren und Banken grundsätzlich geeinigt haben. Gemäß diesem Rahmenvertrag würden die gehaltenen Vermögenswerte und begebenen Verbindlichkeiten der Zweckgesellschaften in zwei „Master Vehicles“ zusammengefasst. Die begebenen Verbindlichkeiten würden in vorrangige und nachrangige Verbindlichkeiten der neuen Zweckgesellschaften restrukturiert. Eine neue Sicherheitenfazilität („Margin Facility“) würde eingerichtet werden, zu der wir gemäß der vorgeschlagenen Restrukturierung einen Beitrag von 1,6 Mrd € leisten und eine angemessene Marktrendite erhalten würden. Der Rahmenvertrag würde darüber hinaus revidierte Trigger für die Leistung zusätzlicher Sicherheiten enthalten.

Wir haben ferner eine vergleichbare Stillhaltevereinbarung mit einer anderen Zweckgesellschaft außerhalb des Montreal Accord geschlossen, wobei Liquiditätsfazilitäten von insgesamt 0,1 Mrd € und Ansprüche auf Vermögenswerte in Höhe von 0,4 Mrd € bestehen.

Aus den Liquiditätsfazilitäten und verkauften Optionen haben wir im Geschäftsjahr 2007 Gebühren von 9 Mio € erhalten. Obgleich die gegenwärtig vorgeschlagene Restrukturierung keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2008 hätte, werden die Verhandlungen fortgesetzt und somit könnten weitere Änderungen der vorgeschlagenen Restrukturierung unsere Ergebnisrechnung in der Zukunft beeinflussen.

#### **VON DRITTEN GESPONSERTE VERBRIEFUNGEN**

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die wir Finanzierungsmittel bereitstellen, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset-backed Securities (vorwiegend verbrieft gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften gekoppelt ist. Die gesamten Vermögenswerte dieser Gesellschaften betragen 30,2 Mrd €.

Die von uns für diese Gesellschaften bereitgestellten Finanzierungen können verschiedene Formen annehmen: Finanzierungslinien („Warehousing“) in der Aufbauphase der Verbriefung (4,8 Mrd €, davon 1,5 Mrd € in Anspruch genommen), durch die verbriefenden Zweckgesellschaften begebene Variable Funding Notes („VFNs“), bei denen der Käufer der Notes eine Finanzierungszusage bis zu einem vorab definierten Betrag gibt (8,1 Mrd €, davon 5,0 Mrd € in Anspruch genommen), sowie fortlaufende Liquiditätszusagen (1,9 Mrd €, davon 0,1 Mrd € in Anspruch genommen).

Alle zugesagten Beträge können nach Ermessen des Investmentmanagers in Anspruch genommen werden. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der Zweckgesellschaften abgesichert, sodass Inanspruchnahmen eventuellen Wertschwankungen dieser Vermögenswerte unterliegen. Diese Liquiditätsfazilitäten sind vorrangig zu den begebenen Schuldtiteltranchen beziehungsweise gleichrangig mit den Ansprüchen aller anderen Anbieter von Liquidität.

Die große Bandbreite der verschiedenen Verbriefungsgesellschaften führt dazu, dass die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der Vermögenswerte und deren Rating ebenfalls stark variieren. In der Regel weist die bereitgestellte Finanzierung die gleiche gewichtete Laufzeit wie die Vermögenswerte auf und zum 31. Dezember 2007 hatten die Zweckgesellschaften keine Liquiditätsprobleme. Die Ratings variieren von B- bis AAA.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2007 vergrößerten sich die Credit Spreads aller Verbriefungsgesellschaften. Im Geschäftsjahr 2007 erfassten wir Verluste in Höhe von 302 Mio € aus im Rahmen dieser außerbilanziellen Transaktionen in Anspruch genommenen Beträgen. Wir haben diesen Zweckgesellschaften keine zusätzliche finanzielle Unterstützung aufgrund der allgemeinen Marktstörung zukommen lassen und halten einen unwesentlichen Anteil der von diesen Zweckgesellschaften begebenen Papiere. Im Geschäftsjahr 2007 haben wir Erträge aus Kreditbereitstellungsprovisionen von 62 Mio € infolge unserer Finanzierungsvereinbarungen mit diesen Gesellschaften eingenommen. Unsere Nettozahlungsströme an die Zweckgesellschaften betragen im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 4,9 Mrd €.

#### **INVESTMENTFONDS**

Wir bieten Kunden Investmentfondsprodukte an, die, basierend auf den von den Fonds gehaltenen Vermögenswerten, Renditen erzielen. Einige dieser Fonds enthalten eine Garantieklausel, die den Investoren zu bestimmten Zeitpunkten einen Mindestwert des Nettofondsvermögens garantiert. Die Höhe der Rendite, die die Anleger erhalten, liegt zwischen dem garantierten Mindestbetrag und einer bestimmten Referenzrendite. Darüber hinausgehende Renditen werden mit uns geteilt. Die übrigen Fonds enthalten keine entsprechende Garantieklausel. Unser Risiko als Garantieggeber besteht darin, dass wir die Anleger entschädigen müssen, falls zum Garantiestichtag die Marktwerte der Produkte unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhalten wir Management- und gelegentlich erfolgsabhängige Gebühren.

Von uns übernommene Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum Fair Value erfasst, wobei Änderungen des Fair Value erfolgswirksam ausgewiesen werden.

Während des Geschäftsjahres 2007 haben wir diesen Investmentfonds nach freiem Ermessen Mittel in Höhe von 49 Mio € zugeführt, wenn die tatsächlichen Renditen unter den ursprünglich prognostizierten Werten, jedoch immer noch über den jeweiligen Garantieschwellen lagen. Im Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2007 wurde dieser Betrag als Aufwand ausgewiesen.

Das verwaltete Vermögen in Fonds mit Wertgarantie und/oder Fonds, bei denen Ertragszuschüsse geleistet wurden, beträgt insgesamt 29,8 Mrd €. Das Anlagevermögen der Fonds setzt sich aus variabel verzinslichen Schuldtiteln, Asset-backed Securities (in erster Linie verbriefte private und gewerbliche Immobilienkredite sowie Collateralized Bond Obligations), sonstigen Anlagen in Fonds, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Barmitteln zusammen. Keiner dieser Pools von Vermögenswerten beinhaltet Risiken aus Subprime-Engagements.

Die durchschnittliche Laufzeit der Vermögenswerte beträgt ungefähr zwei bis drei Jahre und das Rating liegt zwischen BBB und AAA, wobei 60 % der Vermögenswerte ein Rating von AAA oder AA aufweisen und der Anteil mit BBB-Rating auf 5 % beschränkt ist.

Die Finanzierung wird über Beteiligungen externer Investoren an den Fonds sichergestellt. Bis zum Tag der Fälligkeit oder der Auflösung der Fonds haben die Fondsanteile keine vertragliche Fälligkeit und können stattdessen jederzeit ohne Einschränkung von den Investoren zurückgegeben werden. Wir halten keine Anteile an diesen Fonds.

Im Geschäftsjahr 2007 haben wir für die oben genannten Fonds Management- und erfolgsabhängige Gebühren in Höhe von 111 Mio € eingenommen. Für die im Laufe des Jahres nach freiem Ermessen zugeführten Mittel wurde ein Aufwand in Höhe von 49 Mio € erfasst. Abgesehen von diesen Beträgen haben wir im Geschäftsjahr 2007 keine weiteren Zahlungsmittelflüsse mit diesen Einheiten verbucht.

#### **IMMOBILIEN SPEs UND GESCHLOSSENE FONDS**

Immobilienleasinggesellschaften stellen Finanzierungen für den Kauf von Immobilien bereit, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses an Dritte vermietet werden. Die Leasingfinanzierungen werden in erster Linie für Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturanlagen verwendet. Bei den Gesellschaften handelt es sich entweder um Corporate SPEs oder um Personengesellschaften. Die SPEs finanzieren sich über Schuldtitel, die von einer oder mehreren Finanzinstitutionen bereitgestellt werden, und die geschlossenen Fonds über eine Kombination aus Kommanditanteilen und Fremdkapital. Das Kreditrisiko des Leasingnehmers in Bezug auf die SPEs wird von den Kreditgebern getragen, die bei Zahlungsverzug des Leasingnehmers Rückgriff auf das Leasingvermögen als Sicherheit haben, beziehungsweise bei einem geschlossenen Fonds durch die Eigenkapitalgeber. Wir verwalten die Leasinggesellschaften und erhalten Gebühren für diese Dienstleistung.

Wir schließen zwei wesentliche Arten außerbilanzieller Transaktionen mit diesen Fonds ab. Erstens verpflichtet sich der Leasingnehmer gemäß den Bedingungen bestimmter deutscher Leasingvereinbarungen, die Leasingzahlungen auch für den Fall in vorab vereinbarter Höhe zu zahlen, dass der Leasinggegenstand teilweise oder komplett beschädigt oder zerstört wird. Im Gegenzug verpflichtet sich die leasinggebende SPE, den Leasingnehmer für zu viel geleistete Mietzahlungen zu entschädigen. Wir garantieren, dass die gemäß dieser Vereinbarung bestehenden Verpflichtungen von der leasinggebenden Gesellschaft erfüllt werden. Der Nominalwert dieser Garantien beträgt 0,5 Mrd €. Zweitens geben wir den Investoren für einige der geschlossenen Fonds eine Option, ihre Beteiligung an dem Fonds entweder durch Verkauf ihres Kommanditanteils oder des Leasinggegenstands am Ende der ersten Mietdauer zu bestimmten eingeschränkten Bedingungen und einem vorab vereinbarten Preis an ein Unternehmen unseres Konzerns zu verkaufen. Somit tragen wir das Risiko, dass der Marktwert des Leasinggegenstands am Ende der Mietdauer unter den Optionspreis fällt. Zum 31. Dezember 2007 beträgt der Nominalwert der Verkaufsoptionen 0,6 Mrd €.

Das Gesamtvermögen in Immobilienleasinggesellschaften beläuft sich auf 1,2 Mrd €, wobei die Laufzeit im Durchschnitt zehn bis zwölf Jahre beträgt. Die Bonität der Leasingnehmer des Finanzierungsleasingvermögens variiert zwischen BB und AAA. Im Geschäftsjahr 2007 traten keine wesentlichen Probleme bezüglich der Bonität oder des Marktwerts dieser Vermögenswerte auf.

Die von Finanzinstitutionen für das Immobilienvermögen bereitgestellte Finanzierung erfolgt in Form von langfristigen Schuldtiteln und bei geschlossenen Fonds in Form von Kommanditeinlagen. Die gesamte Finanzierung ist so angelegt, dass sie die gleiche Laufzeit wie die vertraglich festgelegten oder erwarteten Fälligkeiten der Vermögenswerte aufweist. Die Finanzierung für alle Gesellschaften wird über die erwartete Laufzeit zugesagt. Bei den Finanzierungsvereinbarungen mit diesen Gesellschaften traten keinerlei Probleme auf. Wir halten Fremd- und Eigenkapitalanteile in vernachlässigbarer Höhe an den Gesellschaften und haben im Geschäftsjahr 2007 keinerlei finanzielle Unterstützung bereitgestellt.

Wir haben von diesen Immobilienleasinggesellschaften beziehungsweise geschlossenen Immobilienfonds im Geschäftsjahr 2007 3 Mio€ an Verwaltungsgebühren eingenommen. Im Zusammenhang mit diesen Transaktionen entstanden für uns während des Geschäftsjahres 2007 keine signifikanten Verluste. Abgesehen von den genannten Beträgen haben wir im Geschäftsjahr 2007 keine weiteren Zahlungsmittelflüsse mit diesen Einheiten verbucht.

#### ÜBERBLICK ZU VERTRAGLICHEN VERPFLICHTUNGEN

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2007 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus spezifischen vertraglichen Verpflichtungen.

Vertragliche Verpflichtungen	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1–3 Jahre	3–5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten	126.703	23.256	34.729	34.979	33.739
Verpflichtungen aus hybriden Kapitalinstrumenten	6.345	–	4.008	518	1.819
Langfristige zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen <sup>1</sup>	52.725	11.393	17.560	10.251	13.521
Finanzleasingverpflichtungen	732	199	94	92	347
Operating-Lease-Verpflichtungen	4.243	639	1.027	762	1.815
Kaufverpflichtungen	3.050	618	1.341	776	315
Langfristige Einlagen	39.952	–	15.498	7.158	17.296
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	6.927	871	1.711	971	3.374
<b>Insgesamt</b>	<b>240.677</b>	<b>36.976</b>	<b>75.968</b>	<b>55.507</b>	<b>72.226</b>

<sup>1</sup> Beinhaltet zum Fair Value klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den obigen Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 421 Mio€ für Capital Leases und in Höhe von 253 Mio€ für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Die sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten umfassen hauptsächlich Verpflichtungen zum Erwerb Eigener Aktien sowie Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft. Diese Rückstellungen sind in der Spalte „Mehr als 5 Jahre“ ausgewiesen, da sie ihrem Wesen nach langfristig sind und die tatsächlichen Zahlungstermine im Einzelnen noch nicht feststehen. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Notes) des Konzernabschlusses: Note [11] zu finanziellen Verpflichtungen, die zum Fair Value bewertet sind, Note [20] zu Leasingverpflichtungen, Note [24] zu Einlagen, Note [27] zu langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten und Note [28] zur Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien.

## LANGFRISTRATINGS

Die Beibehaltung unserer Kreditwürdigkeit ist wesentlicher Teil des Mehrwerts, den wir unseren Kunden, Anleihegläubigern und Aktionären anbieten. Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Langfristratings.

	31.12.2007	31.12.2006
Moody's Investors Service, New York <sup>1</sup>	Aa1	Aa3
Standard & Poor's, New York <sup>2</sup>	AA	AA-
Fitch Ratings, New York <sup>3</sup>	AA-	AA-

1 Das ‚Aa1‘-Rating von Moody's kennzeichnet Anleihen, die in allen Kriterien hohe Qualitätsanforderungen erfüllen. Moody's stuft ‚Aa‘-Anleihen niedriger ein als die höchstbewerteten Anleihen (die ein ‚Aaa‘ erhalten), da Sicherheitsmargen eventuell nicht so hoch wie bei ‚Aaa‘-Papieren sind, die Schwankungsbreite schützender Faktoren größer ist oder es sonstige Kriterien gibt, die die langfristigen Risiken höher erscheinen lassen als bei ‚Aaa‘-Papieren. Die Zahl 1 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am oberen Ende der ‚Aa‘-Kategorie einstuft.

2 Das ‚AA‘-Rating von Standard & Poor's kennzeichnet einen Schuldner mit sehr guten Fähigkeiten, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Das ‚AA‘-Rating ist die zweithöchste Kategorie der von Standard & Poor's vergebenen Ratings. Standard & Poor's weist darauf hin, dass ein mit ‚AA‘ bewerteter Schuldner sich nur geringfügig von einem Schuldner mit dem höchsten Rating unterscheidet.

3 Ein ‚AA‘-Rating von Fitch Ratings belegt eine sehr hohe Bonität. Das ‚AA‘-Rating von Fitch Ratings kennzeichnet die sehr geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten ‚AA‘-Ratings auf eine sehr hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Die Beeinträchtigung dieser Fähigkeit durch vorhersehbare Ereignisse ist gering. Die ‚AA‘-Kategorie ist die zweithöchste Ratingkategorie von Fitch Ratings, das Minuszeichen zeigt die Einstufung am unteren Ende der ‚AA‘-Kategorie an.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Dokuments lagen keinerlei Änderungen der oben genannten Ratings vor.

Jedes Rating verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns das Rating mitgeteilt wurde. Sie sollten jedes Rating getrennt bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Ratings die jeweiligen Erklärungen der Ratingagenturen heranziehen. Die Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Sie sollten diese langfristigen Bonitätsratings nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere ansehen.

## VERMÖGENSLAGE

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage.

In Mio €	2007	2006
Summe der Aktiva	2.020.349	1.584.493
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte	1.474.103	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	42.294	38.037
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	198.892	178.524
Summe der Verbindlichkeiten	1.981.883	1.551.018
Einlagen	457.946	411.916
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten	966.177	694.619
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	178.741	102.200
Langfristige Verbindlichkeiten	126.703	111.363
Eigenkapital	38.466	33.475
Kernkapital (Tier-1)	28.320	23.539
Ergänzungskapital (Tier-2)	9.729	10.770

Die Bilanzsumme des Konzerns belief sich zum Jahresende auf 2.020,3 Mrd € und stieg im Vergleich zum Vorjahresende um 435,9 Mrd € oder 28 % (2006: 1.584,5 Mrd €).

Zu dem Anstieg der Bilanzsumme trugen die zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte mehr als 80 % bei. Im Wesentlichen war dies auf um 281,2 Mrd € höhere Handelsaktiva (hauptsächlich durch positive Marktwerte von Derivaten) und um 88,3 Mrd € gestiegene zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte (vornehmlich bei Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen) zurückzuführen. Darüber hinaus wuchsen die Forderungen aus dem Kreditgeschäft um 20,4 Mrd € auf 198,9 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus organischem Wachstum und der Akquisition der Berliner Bank in PBC sowie aus höheren Volumina bei Investment Grade Loans und Handelsfinanzierungen in CIB. Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung, insbesondere aus Prime-Brokerage-Geschäften, wuchsen um 37,2 Mrd € auf 151,2 Mrd € am Jahresende 2007.

Die Summe der Passiva erhöhte sich zum 31. Dezember 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 430,9 Mrd € (28 %) auf 1.981,9 Mrd €. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf die zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen zurückzuführen, die um 271,6 Mrd € stiegen. Darin enthalten war eine Zunahme der negativen Marktwerte aus Derivaten in Höhe von 216,1 Mrd €. Zudem stiegen die Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) um 76,5 Mrd € infolge größerer Refinanzierungserfordernisse durch den Ausbau der Summe der Aktiva. Die verzinslichen Einlagen und die langfristigen Verbindlichkeiten stiegen um 46,2 Mrd € beziehungsweise 15,3 Mrd €. Die Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten war hauptsächlich auf einige volumenstarke Emissionen im zweiten Halbjahr 2007 zurückzuführen, da wir uns die komparativen Kostenvorteile von längerfristigen gegenüber kurzfristigen Finanzierungen zunutze machten.

Das Eigenkapital belief sich zum Jahresende 2007 auf 38,5 Mrd € und lag damit um 5,0 Mrd € (15 %) höher als im Vorjahr (2006: 33,5 Mrd €). Zu dieser Entwicklung trug in erster Linie der Gewinn von 6,5 Mrd € bei. Ferner ergab sich ein positiver Effekt von 0,8 Mrd € durch veränderte Handelsaktivitäten des Konzerns mit Derivaten auf Eigene Aktien, der als Verminderung des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals verbucht wurde. Außerdem nahmen die Minderheitsanteile um 0,7 Mrd € zu, was vor allem auf die Konsolidierung von Unternehmen, bei denen der Konzern nicht der einzige Anteilseigner ist, zurückzuführen war. Diese Faktoren wurden teilweise durch Positionen ausgeglichen, die das den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital verringerten. Dazu zählten hauptsächlich die in 2007 für das Geschäftsjahr 2006 gezahlte Bardividende von 2,0 Mrd € und negative Effekte aus Wechselkursänderungen (insbesondere des US-Dollar und des Britischen Pfund) von 1,7 Mrd €.

Das aufsichtsrechtliche Kapital gemäß den Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht stieg im Berichtsjahr um 3,7 Mrd € auf 38,0 Mrd €. Während das Kernkapital (Tier-1) um 4,8 Mrd € anstieg, ging das Ergänzungskapital (Tier-2) infolge auslaufender nachrangiger Verbindlichkeiten um 1,1 Mrd € zurück. Der Anstieg der Gewinnrücklagen, der teilweise durch die Dividendenabgrenzung und Aktienrückkäufe kompensiert wurde, sowie neu emittierte nicht kumulative Vorzugsaktien waren die wesentlichen Faktoren für den Anstieg des Kernkapitals (Tier-1).

## WESENTLICHE RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE UND -EINSCHÄTZUNGEN

Die in Note [1] des Konzernabschlusses dargelegten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind für das Verständnis unseres Geschäftsergebnisses und der Finanzlage des Konzerns von maßgeblicher Bedeutung. Die Anwendung einiger dieser Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen. Da sich diese Einschätzungen auf zukünftige Ereignisse beziehen können, deren Auswirkungen sich nicht mit Sicherheit vorhersagen lassen, können sie in den einzelnen Rechnungsperioden abweichen, wenn sich die zugrunde gelegten Bedingungen ändern. Die Einschätzungen können sich ferner erheblich auf die Finanzlage auswirken oder die Finanzlage selbst beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen, wenn sich die jeweiligen Umstände und zugrunde liegenden Bedingungen ändern.

Die Auswahl der als wesentlich zu betrachtenden Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen wird mit dem Prüfungsausschuss abgestimmt. Wir haben die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

- Bestimmung des Fair Value
- Risikovorsorge im Kreditgeschäft
- Wertminderung (Impairment) anderer Vermögenswerte
- Wertberichtigungen latenter Steuerforderungen
- ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie aus Steuerrisiken

Zusätzliche Informationen zu wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen sind in dem entsprechenden Abschnitt unseres SEC-Berichts nach Form 20-F vom 26. März 2008 dargestellt.



**ANGABEN NACH § 315 ABSATZ 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT****ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS**

Zum 31. Dezember 2007 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 1.357.824.256,00 €, eingeteilt in 530.400.100 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in der Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

**BESCHRÄNKUNGEN, DIE STIMMRECHTE ODER DIE ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN BETREFFEN**

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2007 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

**BETEILIGUNGEN AM KAPITAL, DIE MEHR ALS 10 % DER STIMMRECHTE ÜBERSCHREITEN**

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

**AKTIEN MIT SONDERRECHTEN, DIE KONTROLLBEFUGNISSE VERLEIHEN**

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

**ART DER STIMMRECHTSKONTROLLE, WENN ARBEITNEHMER AM KAPITAL BETEILIGT SIND UND IHRE KONTROLLRECHTE NICHT UNMITTELBAR AUSÜBEN**

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

**BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ERNENNUNG UND ABERUFUNG VON VORSTANDSMITGLIEDERN**

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

#### **BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ÄNDERUNG DER SATZUNG**

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

#### **BEFUGNIS DES VORSTANDS, AKTIEN AUSZUGEBEN ODER ZURÜCKZUKAUFEN**

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2007 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 454.000.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2011 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

<b>Genehmigtes Kapital</b>	<b>Befristet bis</b>
128.000.000 € <sup>1</sup>	30. April 2008
198.000.000 €	30. April 2009
128.000.000 € <sup>1</sup>	30. April 2011

<sup>1</sup> Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden

Die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage um bis zu 85.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam. Es kann bis zum 30. April 2012 ausgenutzt werden.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2008 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 15 % über- und nicht um mehr als 10 % unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- und Call-Optionen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- und Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 31. Oktober 2008 enden.

Der bei Ausübung der Optionen zu zahlende Kaufpreis für die Aktien darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionskurse der Deutsche Bank-Aktien im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

#### **WESENTLICHE VEREINBARUNGEN, DIE UNTER DER BEDINGUNG EINES KONTROLLWECHSELS INFOLGE EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS STEHEN**

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

**ENTSCHÄDIGUNGSVEREINBARUNGEN FÜR DEN FALL EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS**

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im nachfolgenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5 bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

## VERGÜTUNGSBERICHT

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, die auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des § 314 Abs. 1 Nr. 6 HGB, des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) 17, „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

### GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DIE MITGLIEDER DES VORSTANDS

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats ist für die Festlegung der Struktur der Vergütung der Mitglieder des Vorstands zuständig und legt die Höhe der Vergütung für den Vorstand fest. Die Struktur der Vorstandsvergütung wird regelmäßig auf Vorschlag des Präsidialausschusses im Aufsichtsratsplenium beraten und überprüft.

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2007 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung (einschließlich der in 2008 für das Geschäftsjahr 2007 gewährten erfolgsabhängigen Bestandteile) von insgesamt 33.182.395 € (2006: 32.901.538 €) erhalten. Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden überwiegend erfolgsorientierten Komponenten zusammen:

in €	2007	2006
Erfolgsunabhängige Komponenten:		
Grundgehalt	3.883.333	4.081.111
Sonstige Leistungen	466.977	526.369
Erfolgsbezogene Komponenten	17.360.731	18.332.086
Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung	11.471.354	9.961.972
<b>Gesamtvergütung</b>	<b>33.182.395</b>	<b>32.901.538</b>

Die Zahlen beziehen sich auf Vorstandsmitglieder, die im jeweiligen Berichtsjahr tätig waren.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

**ERFOLGSUNABHÄNGIGE KOMPONENTEN.** Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen.

Das Grundgehalt der Mitglieder des Vorstands wird auf Basis einer Analyse der Gehälter festgesetzt, die in einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer internationaler Unternehmen an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt.

Die sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

**ERFOLGSBEZOGENE KOMPONENTEN.** Die erfolgsbezogenen Komponenten bestehen aus einer Bonuszahlung in bar und dem Mid-Term Incentive („MTI“). Maßgeblich für die erfolgsabhängige jährliche Bonuszahlung in bar ist das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Als weiteren Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Vorstandsmitglieder ein erfolgsabhängiges Mid-Term Incentive, das – bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum – aus

dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet wird. Die MTI-Zahlung besteht aus einer Barvergütung (rund ein Drittel) und aktienbasierten Vergütungselementen (rund zwei Drittel), welche langfristige Risikokomponenten enthalten und im nachfolgenden Absatz erläutert werden.

**KOMPONENTEN MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG.** Die Mitglieder des Vorstands erhalten als Teil ihres Mid-Term Incentive aktienbasierte Vergütungselemente (DB Equity Units) im Rahmen des DB Global Partnership Plans. Der endgültige Wert der den Vorstandsmitgliedern gewährten aktienbasierten Vergütungsbestandteile wird vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung abhängen, sodass diese eine langfristige Anreizwirkung entfalten.

Im Februar 2008 wurden den in 2007 tätigen Vorstandsmitgliedern für ihre Leistung im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 150.008 Aktienrechte (DB Equity Units) gewährt (2006: 86.499). Die Aktien aus diesen Rechten, deren Erhalt an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, werden am 1. August 2011 zugeteilt.

Weitere Informationen zu diesen Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans ausgeben werden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

#### VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES VORSTANDS

Unsere in 2007 tätigen Vorstandsmitglieder erhielten für die Jahre 2007 und 2006 die nachstehenden Vergütungskomponenten:

Mitglieder des Vorstands	in €	Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgs- bezogene Komponenten	Komponenten mit langfristi- ger Anreiz- wirkung <sup>1</sup>	Gesamt- vergütung
		Grundgehalt	Sonstige Leistungen			
Dr. Josef Ackermann	2007	1.150.000	151.517	8.148.725	4.531.250	13.981.492
	2006	1.150.000	156.930	8.134.813	3.770.000	13.211.743
Dr. Hugo Bänziger <sup>2</sup>	2007	800.000	73.451	2.713.368	2.031.250	5.618.069
	2006	528.889	40.359	1.615.194	1.117.278	3.301.720
Anthony Di Iorio <sup>2</sup>	2007	800.000	50.806	2.713.368	2.031.250	5.595.424
	2006	528.889	35.217	1.615.194	1.117.278	3.296.578
Dr. Tessen von Heydebreck <sup>3</sup>	2007	333.333	61.145	1.071.902	846.354	2.312.734
	2006	800.000	147.918	2.884.938	1.690.000	5.522.856
Hermann-Josef Lamberti	2007	800.000	130.058	2.713.368	2.031.250	5.674.676
	2006	800.000	94.390	2.884.938	1.690.000	5.469.328

<sup>1</sup> Die Anzahl der 2008 an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde mittels Division der genannten Eurowerte durch den Betrag von 76,47 €, dem durchschnittlichen Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie an den 10 Handelstagen vor dem 5. Februar 2008 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Herr Dr. Ackermann 59.255, Herr Dr. Bänziger 26.562, Herr Di Iorio 26.562, Herr Dr. von Heydebreck 11.067 und Herr Lamberti 26.562. Die Anzahl der 2007 an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde mittels Division der genannten Eurowerte durch den Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie am 1. Februar 2007 in Höhe von 108,49 € ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Herr Dr. Ackermann 34.749, Herr Dr. Bänziger 10.298, Herr Di Iorio 10.298, Herr Dr. von Heydebreck 15.577 und Herr Lamberti 15.577.

<sup>2</sup> Mitglied des Vorstands seit 4. Mai 2006.

<sup>3</sup> Mitglied des Vorstands bis 24. Mai 2007.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur dem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versor-

gungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

2007 ergab sich für die erläuterten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 354.291 €, für Herrn Dr. Bänziger von 501.906 €, für Herrn Di Iorio von 345.271 €, für Herrn Dr. von Heydebreck von 94.980 € und für Herrn Lamberti von 307.905 €. 2006 ergab sich für die vorgenannten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 389.403 €, für Herrn Dr. Bänziger von 112.893 €, für Herrn Di Iorio von 85.918 €, für Herrn Dr. von Heydebreck von 238.937 € und für Herrn Lamberti von 338.710 €.

Zum 31. Dezember 2007 wiesen die Versorgungskonten der gegenwärtigen Vorstandsmitglieder folgende Guthaben aus: 3.782.588 € für Herrn Dr. Ackermann, 785.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 414.094 € für Herrn Di Iorio und 3.770.174 € für Herrn Lamberti. Zum 31. Dezember 2006 hatten die Versorgungskonten folgende Guthaben ausgewiesen: 3.434.713 € für Herrn Dr. Ackermann, 158.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 79.334 € für Herrn Di Iorio und 3.352.174 € für Herrn Lamberti. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein derzeitiges Vorstandsmitglied aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2007 oder 31. Dezember 2006 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger, Herrn Di Iorio und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand, nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.



Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Dienstverträge haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus und MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus, MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

#### AKTIENBESITZ DER MITGLIEDER DES VORSTANDS

Am 29. Februar 2008 beziehungsweise 28. Februar 2007 hielten die Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien, Aktienrechten aus DB Equity Units und Performanceoptionen:

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl DB Equity Units <sup>1</sup>	Anzahl Performanceoptionen
Dr. Josef Ackermann	2008	275.421	192.945	–
	2007	232.903	176.208	–
Dr. Hugo Bänziger	2008	31.219	103.881	–
	2007	10.734	112.114	59.286
Anthony Di Iorio	2008	16.363	69.598	–
	2007	7.330	60.234	16.676
Hermann-Josef Lamberti	2008	74.445	86.491	–
	2007	55.385	78.989	30.697
<b>Insgesamt</b>	<b>2008</b>	<b>397.448</b>	<b>452.915</b>	<b>–</b>
Insgesamt	2007	306.352	427.545	106.659

<sup>1</sup> Einschließlich der Aktienrechte (Restricted Equity Units) der Herren Dr. Bänziger und Di Iorio, die diese im Zusammenhang mit dem vor der Ernennung als Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten DB Equity Units und Restricted Equity Units haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. In der Folge werden die letzten Aktienrechte am 1. August 2011 fällig und zugeteilt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 29. Februar 2008 insgesamt 397.448 Aktien, was rund 0,07 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 28. Februar 2007 hielten sie insgesamt 306.352 Aktien, was rund 0,06 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Im Rahmen des DB Global Partnership Plans erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Geschäftsjahren 2002 bis 2004 Performanceoptionen. Für jede Performanceoption wurde ein Partnership Appreciation Right gewährt. Nach dem Jahr 2004 wurden keine weiteren Performanceoptionen gewährt. Zum 31. Dezember 2006 hielten die Mitglieder des Vorstands die folgenden Performanceoptionen:

	Ausübungspreis in €	Anzahl Performanceoptionen
Dr. Josef Ackermann	N/A	–
Dr. Hugo Bänziger	89,96	59.286
Anthony Di Iorio	89,96	6.854
	47,53	9.822
Hermann-Josef Lamberti	89,96	16.056
	76,61	14.641

N/A – nicht anwendbar

Alle oben genannten Performanceoptionen wurden am 25. Mai 2007 ausgeübt. Der Aktienkurs am Ausübungstag betrug 111,46 €.

Der Aufwand im Geschäftsjahr 2007 für im Geschäftsjahr 2007 sowie in Vorjahren für ihre Tätigkeit als Vorstand gewährte Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug für Herrn Dr. Ackermann 3.199.221 €, für Herrn Dr. Bänziger 403.758 €, für Herrn Di Iorio 403.758 €, für Herrn Dr. von Heydebreck 1.434.133 € und für Herrn Lamberti 1.434.133 €. Im Geschäftsjahr 2006 betrug der entsprechende Aufwand für diese Komponenten für Herrn Dr. Ackermann 3.210.564 €, für Herrn Dr. von Heydebreck 1.440.380 € und für Herrn Lamberti 1.440.380 €. Herr Dr. Bänziger und Herr Di Iorio wechselten erst 2006 in den Vorstand, sodass in diesem Jahr kein Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung für ihre Vorstandstätigkeit entstand.

Weitere Informationen zu den Aktienrechten (DB Equity Units), Performanceoptionen und Partnership Appreciation Rights, die im Rahmen des DB Global Partnership Plans gewährt wurden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

#### **GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DIE MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS**

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen. Gründe für die Neuregelung waren insbesondere die gestiegenen Anforderungen und Aufgaben, die Entwicklung der Bank und ihres Umfelds, die Praxis in Deutschland sowie bei den europäischen Wettbewerbern und die Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die feste Vergütung wurde verdoppelt, um den gestiegenen Kontrollaufgaben des Aufsichtsrats Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wurde die dividendenabhängige Vergütung mehr als halbiert und der Schwellenwert, ab dem eine dividendenabhängige Vergütung gezahlt wird, deutlich angehoben. Die am langfristigen Unternehmenserfolg orientierte Komponente wurde neu strukturiert: Die bisher an der Kursentwicklung einer Vergleichsgruppe orientierte Vergütungskomponente richtet sich nunmehr nach dem Durchschnittswert des bereinigten Gewinns pro Aktie der letzten drei Geschäftsjahre. Für diesen Vergütungsbestandteil wurde ebenfalls ein entsprechender Schwellenwert festgelegt. Darüber hinaus wurde die intensiverte Kontroll- und Beratungstätigkeit in den Ausschüssen eines komplexen, weltweit tätigen Finanzdienstleistungsunternehmens durch deutliche Erhöhung der Zuschläge für den Vorsitz und die Mitgliedschaft in den Ausschüssen berücksichtigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhielt bisher für den Vorsitz das Dreifache der Vergütung sowie zusätzlich für seine Tätigkeit in allen Ausschüssen

die entsprechenden Zuschläge. Die neuen Vergütungsregeln tragen seiner herausgehobenen Aufgabe mit dem Vierfachen der Vergütung eines einfachen Aufsichtsratsmitglieds Rechnung, schließen aber gleichzeitig für ihn jegliche Zuschläge für die Ausschusstätigkeit aus.

Für das Geschäftsjahr 2007 gelten damit die folgenden Regelungen: Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung in Höhe von je 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Abs. 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihr Mitarbeitergehalt. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Auf sämtliche Vergütungen einschließlich des Sitzungsgelds für den neuen Nominierungsausschuss, der am 30. Oktober 2007 gebildet wurde, haben die Mitglieder des Nominierungsausschusses verzichtet.

**VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007**

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2008 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2007 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2008 für seine Tätigkeit im Jahr 2007 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2008 der vorgeschlagenen Dividende von 4,50 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 6.022.084 € (2006: 3.388.583 €). Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer):

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2007				Vergütung für das Geschäftsjahr 2006			
	Fest	Variabel <sup>6</sup>	Sitzungs- geld	Insgesamt	Fest	Variabel	Sitzungs- geld	Insgesamt
Dr. Clemens Börsig <sup>1</sup>	240.000	400.667	22.000	662.667	85.000	228.167	11.000	324.167
Heidrun Förster	210.000	350.583	16.000	576.583	60.000	169.000	16.000	245.000
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	300.500	11.000	491.500	52.500	149.750	10.000	212.250
Ulrich Hartmann	120.000	200.333	9.000	329.333	37.500	111.250	9.000	157.750
Gerd Herzberg <sup>2</sup>	60.000	100.167	5.000	165.167	17.500	53.667	2.000	73.167
Sabine Horn	120.000	200.333	10.000	330.333	37.500	111.250	11.000	159.750
Rolf Hunck	120.000	200.333	12.000	332.333	37.500	111.250	10.000	158.750
Sir Peter Job	180.000	300.500	16.000	496.500	45.000	130.500	16.000	191.500
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	200.333	8.000	328.333	37.500	111.250	10.000	158.750
Ulrich Kaufmann	120.000	200.333	9.000	329.333	37.500	111.250	11.000	159.750
Peter Kazmierczak <sup>3</sup>	60.000	100.167	5.000	165.167	27.500	84.333	5.000	116.833
Maurice Lévy <sup>4</sup>	60.000	100.167	4.000	164.167	17.500	53.667	2.000	73.167
Henriette Mark	60.000	100.167	5.000	165.167	30.000	92.000	5.000	127.000
Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h. Heinrich von Pierer	120.000	200.333	10.000	330.333	37.500	111.250	11.000	159.750
Gabriele Platscher	60.000	100.167	5.000	165.167	30.000	92.000	6.000	128.000
Karin Ruck	60.000	100.167	5.000	165.167	30.000	92.000	6.000	128.000
Dr. Theo Siegert <sup>5</sup>	60.000	100.167	5.000	165.167	12.500	38.333	2.000	52.833
Tilman Todenhöfer	120.000	200.333	10.000	330.333	37.500	111.250	11.000	159.750
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Jürgen Weber	60.000	100.167	4.000	164.167	30.000	92.000	5.000	127.000
Leo Wunderlich	60.000	100.167	5.000	165.167	30.000	92.000	6.000	128.000
<b>Total</b>	<b>2.190.000</b>	<b>3.656.084</b>	<b>176.000</b>	<b>6.022.084</b>	<b>730.000</b>	<b>2.146.167</b>	<b>183.000</b>	<b>3.041.167</b>

1 Neues Mitglied seit 4. Mai 2006.

2 Neues Mitglied seit 2. Juni 2006.

3 Neues Mitglied seit 1. Februar 2006.

4 Neues Mitglied seit 1. Juni 2006.

5 Neues Mitglied seit 16. Juli 2006.

6 Die variable Vergütung für ein einfaches Mitglied von 100.167 € setzt sich aus einem dividendenabhängigen Betrag von 35.000 € und einem am langfristigen Unternehmenserfolg geknüpften Betrag von 65.167 € zusammen.

## MITARBEITER UND SOZIALE VERANTWORTUNG

### MITARBEITER

Zum 31. Dezember 2007 beschäftigte die Bank insgesamt 78.291 Mitarbeiter, verglichen mit 68.849 zum 31. Dezember 2006. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf der Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2007 und 2006.

Mitarbeiter <sup>1</sup>	31.12.2007	31.12.2006
Deutschland	27.779	26.401
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika <sup>2</sup>	21.989	20.025
Asien/Pazifik	15.080	10.723
Nordamerika <sup>3</sup>	13.088	11.369
Südamerika	355	331
<b>Mitarbeiter insgesamt</b>	<b>78.291</b>	<b>68.849</b>

1 Vollzeitkräfte.

2 Beinhaltet Israel, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die zuvor als Teil von Asien/Pazifik berichtet wurden.

3 Vorwiegend USA; Nordamerika beinhaltet Mexiko, das zuvor als Teil von Südamerika berichtet wurde.

Die Zahl unserer Mitarbeiter stieg 2007 um 9.422 oder 13,7 % auf 78.291 Mitarbeiter. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Umsetzung der Wachstumsstrategien in unseren Geschäftsbereichen einschließlich Akquisitionen und der damit verbundenen Expansion in den Wachstumsmärkten der Welt zurückzuführen. Ohne Investments und Divestments erhöhte sich die Anzahl unserer Mitarbeiter um 6.726. Darüber hinaus wurden Stellen an kostengünstigeren Standorten, insbesondere im Infrastrukturbereich, geschaffen. Der größte Teil dieser Expansion, über 40 %, erfolgte in den Wachstumsmärkten im asiatisch-pazifischen Raum.

### LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER NACH BEENDIGUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSSES

Wir bieten eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

Grundsätzlich umfasst der global koordinierte Rechnungslegungsprozess alle leistungsdefinierten Pläne mit einer Verpflichtungshöhe im Sinne der Defined Benefit Obligation (DBO) von mehr als 1 Mio€. Die Bewertungen durch lokale Aktuar in den einzelnen Ländern werden von unserem globalen Aktuar nachgeprüft.

Durch die Anwendung einer globalen Richtlinie zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsparameter stellen wir sicher, dass diese gemäß den Grundsätzen der bestmöglichen Einschätzung und Planfortführung unvoreingenommen gewählt und aufeinander abgestimmt sind.

Eine weitergehende Erörterung unserer Pläne für Leistungen an Mitarbeiter ist in den Erläuterungen des Finanzberichts unter Note [32] zu finden.

## **GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG (CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY)**

Corporate Social Responsibility bedeutet für uns verantwortungsbewusstes Handeln gegenüber Aktionären und Kunden ebenso wie gegenüber Mitarbeitern und der Gesellschaft. Auf unsere geschäftliche Praxis übertragen heißt dies, bei der Verfolgung ökonomischer Ziele immer auch die ökologische, soziale und ethische Dimension unseres Handelns mit zu berücksichtigen. Wir engagieren uns zudem mit einer Vielzahl gemeinnütziger Aktivitäten: mit Spenden und Sponsorships, mit eigenen Projekten und durch das ehrenamtliche Engagement unserer Mitarbeiter. Mit einem Fördervolumen von mehr als 82 Mio € im Jahr 2007 ist die Bank zusammen mit ihren Stiftungen und gemeinnützigen Gesellschaften ein weltweit aktiver, nachhaltig engagierter Unternehmensbürger.

Weitere Informationen hierzu finden sich im Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung“, der im Internet unter <http://www.db.com/csr> abrufbar ist.

## EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Die Finanzmärkte blieben Anfang 2008 weiterhin den außergewöhnlich schwierigen Bedingungen ausgesetzt, die in der zweiten Jahreshälfte 2007 begonnen hatten und die in den direkt davon betroffenen Bereichen zu erheblich niedrigeren Geschäftsvolumina geführt hatten. Zu diesen hauptsächlich betroffenen Bereichen zählt das Geschäftsfeld Leveraged Finance. Der Preisverfall in diesem Marktsegment hat sich auch über den Bilanzstichtag hinaus fortgesetzt. Dies dürfte dazu führen, dass der Konzern zusätzliche Abschreibungen auf seine Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich vornehmen muss, sollte sich keine Verbesserung der Marktbedingungen einstellen. Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern Risikopositionen in diesem Bereich von 36,2 Mrd €. Die Höhe der finanziellen Auswirkung potenzieller weiterer Wertanpassungen auf unsere Ergebnisse in 2008 wird von der Höhe der Risikopositionen und von den Marktpreisen zum jeweiligen Bilanzstichtag abhängen und kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

## AUSBLICK

### DIE WELTWIRTSCHAFT

Der kurzfristige Ausblick für die Weltwirtschaft lässt im Vergleich zu den Vorjahren ein leicht verlangsamtes Wachstum erwarten. Nach fünf Jahren mit durchschnittlich 4,75 % Wachstum wird die weltweite Wirtschaftsleistung 2008 voraussichtlich um etwa 4 % wachsen. Diese Entwicklung ergibt sich primär aus einer abnehmenden Wachstumsdynamik in den Vereinigten Staaten infolge der Subprime-Krise, einer starken Korrektur im Immobiliensektor, geringerer Konsumausgaben als Reaktion auf striktere Kreditvergabe und Inflationsdruck durch nachhaltig hohe Preise für Rohöl und andere Rohstoffe. Nach einem Wachstum von 2,2 % in 2007 wird die US-Wirtschaft 2008 voraussichtlich noch um 1,5 % wachsen. Die Federal Reserve hat mit Zinssenkungen und die Regierung mit Steuersenkungen zur Belebung der Wirtschaft reagiert. Diese Maßnahmen dürften kurzfristig zu einer Belebung führen. Die strukturellen Probleme der USA, wie zum Beispiel die niedrige Sparquote, werden dadurch aber nicht adressiert. Die US-Wirtschaft dürfte in 2009 etwa 1,75 % wachsen, die Arbeitslosenquote dürfte aber weiter steigen.

In Europa stellt der starke Euro eine zusätzliche Belastung dar. Das Wachstum in der Eurozone dürfte mit etwas mehr als 1,5 % etwa einen Prozentpunkt unter dem Wert von 2007 liegen. In Europas größter Volkswirtschaft Deutschland dürfte das kräftige Wachstum der vergangenen zwei Jahre nicht aufrechterhalten werden können. Nach 2,5 % in 2007 dürfte das Wachstum im laufenden und im nächsten Jahr voraussichtlich eher 1,5 % betragen. In Abwesenheit gegenläufiger fiskalpolitischer Maßnahmen dürfte der private Konsum – begünstigt durch weitere Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt – zum ersten Mal in sechs Jahren mit der gleichen Rate wachsen wie das BIP und somit deutlich zum Wachstum beitragen.

Der Rest der Welt wird sich nicht vollständig von den Auswirkungen der Wachstumsverlangsamung in den USA entkoppeln können. In Asien, Lateinamerika, Osteuropa und im Nahen Osten dürfte das Wirtschaftswachstum 2008 um 0,5 bis 0,75 Prozentpunkte niedriger ausfallen als 2007. Getragen von China und Indien dürfte das Wachstum in Asien dank struktureller Verbesserungen dennoch weiter hoch bleiben. Das reale BIP in dieser Region dürfte 2008 mit etwa 7,75 % wachsen nach 8,25 % in 2007.

Als Ergebnis gestiegener Preise für Rohöl, Nahrungsmittel und andere wichtige Rohstoffe stieg die Inflation in 2007 in vielen Industrienationen spürbar an. Die Inflationsrate betrug 3 % in der Eurozone und 4 % in den USA. In 2008 sollte

sich der Preisdruck im Zuge der Wachstumsverlangsamung abschwächen. Inflation könnte demnach die Europäische Zentralbank daran hindern, der amerikanischen Federal Reserve auf ihrem Weg der leichteren Geldpolitik zu folgen.

Risiken für die Weltwirtschaft gehen unter anderem von stärkeren wirtschaftlichen Turbulenzen, andauernden Schwierigkeiten auf den globalen Finanzmärkten, geopolitischer Instabilität und möglichen terroristischen Aktivitäten aus. Diese Faktoren könnten zu starken Schwankungen an den Finanzmärkten führen. Weiter steigende Preise bei Rohöl und anderen Rohstoffen sowie ein Anhalten der Immobilien- und Subprime-Krise stellen weitere Risiken für die Weltwirtschaft dar. Diese könnten starke Verwerfungen im Finanzsektor, eine Rezession in den USA und im Ergebnis eine stärkere Abschwächung der Weltwirtschaft auslösen.

## **DIE BANKENBRANCHE**

Der Ausblick für die Bankenbranche wird sowohl von kurzfristigen als auch von längerfristigen Trends beeinflusst.

Die weitergehenden Auswirkungen der amerikanischen Subprime-Krise dürften zumindest kurzfristig die globalen Finanzmärkte und die Bankenbranche weiter belasten. Schwächeres Wirtschaftswachstum, Turbulenzen an den Finanzmärkten, sinkende Immobilienpreise und schwierigere Finanzierungsbedingungen könnten sowohl die Beratungs- und Übernahmeaktivitäten im Unternehmenssektor als auch die Finanzen der Privathaushalte beeinflussen und damit die Gewinne der Banken beeinträchtigen.

Die Liquiditätslage im Geld- und Interbankenmarkt war in der zweiten Jahreshälfte 2007 sehr angespannt, was sich auch Anfang 2008 kaum ändern dürfte. Die Risikoneigung von Investoren und Kreditgebern dürfte voraussichtlich geringer ausfallen als in 2006 und der ersten Hälfte 2007 und die Refinanzierungskosten im Finanzsystem entsprechend beeinflussen. Dadurch dürften die Umsätze in bestimmten Bereichen von strukturierten Kreditfinanzierungen und riskanteren Schuldverschreibungen, insbesondere bei Wertpapieren, die durch Subprime-Hypotheken besichert sind, erheblich zurückgehen. Die Ergebnisse und die Kapitalbasis einiger Banken wurden in 2007 durch Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Positionen in bestimmten Bereichen erheblich belastet. Insbesondere waren Positionen in Subprime-Hypotheken, verwandten Produkten, einschließlich Collateralized Debt Obligations („CDOs“) und Residential Mortgage-backed Securities („RMBS“), und Risikopositionen gegenüber verwandten Sektoren im Finanzsystem wie zum Beispiel Monoline-Versicherern betroffen. Falls sich das Umfeld nicht verbessern sollte, sind hier weitere Belastungen zu erwarten.

Im Firmenkundengeschäft dürfte die reduzierte Risikoneigung von Finanzinstituten die Finanzierung verschiedener Aktivitäten im Unternehmenssektor, einschließlich Übernahmen, beeinträchtigen, insbesondere bei Transaktionen mit hohem Fremdkapitalanteil. Darüber hinaus dürften kurzfristig Volatilität und Unsicherheit an den Finanzmärkten das Emissionsgeschäft mit Aktien und Schuldverschreibungen beeinflussen. Angesichts anhaltender Nervosität von Investoren dürften Banken mit hohen Volumina von Krediten oder Kreditzusagen im Bereich Leveraged Finance Schwierigkeiten bei der Platzierung dieser Kredite bei Investoren haben. Andererseits bleiben die weltweit bekannt gegebenen, noch nicht abgewickelten Firmenübernahmen im historischen Vergleich stabil, wenn auch niedriger als in 2007. Die Marktaktivität in diesem Geschäftsfeld wird in den schnell wachsenden Volkswirtschaften in Asien und in den energieproduzierenden Staaten stark bleiben.

Im Privatkundengeschäft dürften Konsumfinanzierungen und Hypothekenkredite von einem herausfordernden Kreditumfeld mit strikterer Kreditvergabe geprägt sein, insbesondere in den etablierten Volkswirtschaften, die einen hohen



Verschuldungsgrad der privaten Haushalte und stagnierende oder fallende Immobilienpreise aufweisen. Die Turbulenzen an den Aktienmärkten könnten die Verunsicherung der Privatinvestoren weiter erhöhen und sich dadurch negativ auf den Absatz von Spar- und Anlageprodukten auswirken. In der Mehrheit der wachstumsstarken Schwellenländer dürften allerdings der steigende private Wohlstand und der Bedarf an privater Altersvorsorge die Nachfrage sowohl nach Konsumentenkrediten als auch nach Spar- und Altersvorsorgeprodukten positiv beeinflussen.

Darüber hinaus bleibt die Bankenbranche auch weiterhin verschiedenen regulatorischen Veränderungen ausgesetzt. Dazu zählen beispielsweise die Einführung von Basel II oder die Umsetzung der Finanzmarkttrichtlinie MiFID. Mögliche regulatorische Maßnahmen als Reaktion auf die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten sind derzeit noch nicht absehbar. Allerdings können, zusätzlich zu freiwilligen Maßnahmen, striktere regulatorische Anforderungen und damit verbundene höhere Compliancekosten nicht ausgeschlossen werden.

Neben diesen kurzfristigen Faktoren wird der Ausblick für den Bankensektor von mehreren längerfristigen Trends bestimmt, die bereits in den vergangenen Jahren erkennbar waren. Erstens wird die Globalisierung anhalten, die Weltwirtschaft wird stärker integriert, Handelsschranken werden abgebaut und wachstumsstarke Schwellenländer gewinnen an Bedeutung. Zweitens wird die Bedeutung der weltweiten Kapitalmärkte als Mittel zur Finanzierung unternehmerischer Aktivitäten weiter zunehmen – in einem Umfeld, in dem Risikoerwägungen die Expansion von Bankbilanzen durch traditionelles Kreditgeschäft begrenzen und in dem die Nachfrage von Investoren nach Kapitalmarktprodukten hoch bleibt. Und drittens wächst das investierte Vermögen weltweit als Ergebnis steigender Nachfrage nach privater Altersvorsorge in den etablierten Volkswirtschaften und der Entstehung neuen Wohlstands in Wachstumsregionen.

#### **DER DEUTSCHE BANK-KONZERN**

Der Ausblick für die Deutsche Bank als führende globale Investmentbank mit einem bedeutenden Privatkundengeschäft sollte im Kontext der oben beschriebenen kurz- und längerfristigen Trends gesehen werden.

In Corporate and Investment Banking werden die Volumina in den Märkten, die 2007 besonders stark von den Marktturbulenzen betroffen waren, voraussichtlich zumindest kurzfristig erheblich niedriger ausfallen. Hierzu zählen insbesondere das Geschäft mit strukturierten Finanzierungen und andere Subprime-nahe Bereiche. Unser Geschäft in Global Markets sollte allerdings von seinem hochgradig diversifizierten Geschäftsmodell mit einer starken Stellung in den Finanzmärkten der Schwellenländer, wo positive Wachstumsaussichten anhalten, profitieren. Darüber hinaus verzeichneten unsere kundenbezogenen Handelsbereiche, einschließlich Fremdwährungen und Zinsprodukte, in der jüngsten Phase der Marktturbulenzen hohe Umsätze und werden voraussichtlich auch weiterhin den Ausblick für die Handelsbereiche positiv beeinflussen. Das Corporate-Finance-Geschäft würde, wie zuvor erwähnt, durch eine Reduzierung der Aktivitäten im Unternehmenssektor oder einen Rückgang im Emissionsgeschäft mit Aktien und Anleihen negativ beeinflusst. Das Geschäft würde ebenfalls unter anhaltender Zurückhaltung der Investoren im Bereich Leveraged Finance leiden. Angesichts unserer führenden Position in Europa, wo wir im Emissionsgeschäft mit Aktien und Anleihen sowie bei der Übernahmeberatung nach Provisionsaufkommen an erster Stelle liegen, erwarten wir allerdings, von einer „Flucht in Qualität“ durch Firmenkunden profitieren zu können. Darüber hinaus beeinflusst die anhaltende Dynamik in energieproduzierenden Staaten und im asiatisch-pazifischen Raum, verbunden mit einer hohen Aktivität im Unternehmenssektor, den Ausblick für unser Geschäft positiv. Unser Transaction Banking Geschäft, mit seiner schon starken Position in Europa wird voraussichtlich von seinen Investitionen der vergangenen Jahre in etablierte Märkte wie auch in Wachstumsmärkte profitieren. Ein sinkendes Zinsniveau könnte hier allerdings die Erträge in einigen Geschäftsfeldern beeinträchtigen.

In Private Clients and Asset Management erwarten wir kurzfristig positive Effekte, sowohl durch die Integration der in den Jahren 2006 und 2007 getätigten Akquisitionen als auch durch organisches Wachstum. Dazu dürften auch die Nettomittelzuflüsse von 59 Mrd€ in 2007 beitragen. Ein schwächeres Wirtschaftswachstum in den etablierten Volkswirtschaften, die Verunsicherung von Investoren angesichts volatiler Aktienmärkte und eine striktere Kreditvergabe könnten allerdings die Dynamik unseres Geschäfts mit Privatkunden abschwächen. Positive Geschäftsaussichten ergeben sich nicht zuletzt durch unsere Investitionen in das Vertriebsnetz und in die Ausweitung unserer Kundenbasis in den wichtigen asiatischen Märkten China und Indien, wo die Dynamik sowohl im wirtschaftlichen Umfeld als auch in der Anlegeraktivität hoch bleiben dürfte.

Die Deutsche Bank hat ihre Kapitalbasis in 2007 gestärkt. Unsere Wertberichtigungen und Handelsverluste als Folge der Marktturbulenzen in der zweiten Jahreshälfte waren erheblich niedriger als bei einigen anderen führenden internationalen Banken. Dadurch verfügt die Deutsche Bank über die notwendige Kapitalstärke und das Potenzial, um weiter in den Ausbau der Geschäftsfelder zu investieren, Marktanteile zu gewinnen und letztlich die Wettbewerbsposition in Kerngeschäftsfeldern zu stärken. Die positiven Aussichten für die Deutsche Bank stützen sich dabei auf eine solide Refinanzierungsbasis durch Kundeneinlagen und andere hochwertige unbesicherte Finanzierungsinstrumente. Diese Basis sollte sich positiv auf zukünftige Liquiditätsmaßnahmen auswirken.

Längerfristig sollte die Deutsche Bank von ihrer Positionierung in Bezug auf die zuvor beschriebenen längerfristigen Trends profitieren. Im Zuge der fortgesetzten Globalisierung erweist sich das globale Netzwerk der Deutschen Bank zunehmend als Wettbewerbsvorteil. Wir sind in 76 Ländern der Welt präsent, einschließlich aller größeren wachstumsstarken Schwellenmärkte. Mehr als 70 % unserer Erträge im Jahr 2007 wurden außerhalb Deutschlands erwirtschaftet. Im Zuge des fortgesetzten Wachstums der weltweiten Kapitalmärkte gewinnt unser Investment-Banking-Geschäft weiter an Bedeutung. Hier hilft auch unsere Präsenz in den wichtigen Kapitalmärkten der Schwellenländer. Bezogen auf das Wachstum der weltweit angelegten Vermögen haben wir mit unserem Vermögensverwaltungsgeschäft, mit Invested Assets von 952 Mrd€ zum Jahresende 2007, eine günstige Positionierung für längerfristiges Wachstum erreicht.

Als Teil der Phase drei unserer Managementagenda, die im Oktober 2006 veröffentlicht wurde, haben wir uns zum Ziel gesetzt, ein zweistelliges prozentuales Wachstum des Ergebnisses je Aktie (verwässert) und eine nachhaltige Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von mindestens 25 % über den Geschäftszyklus zu erreichen. Zusätzlich haben wir eine „Vision“ kommuniziert, nach der wir einen Vorsteuergewinn (gemäß unserer Zielgrößendefinition) von 8,4 Mrd€ für das Jahr 2008 anstreben. Seit Mitte 2007 haben die außerordentlich schwierigen Bedingungen an den Kapitalmärkten zu erheblich niedrigeren Geschäftsvolumina in den unmittelbar betroffenen Bereichen und zu Besorgnis über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und Geschäftsentwicklung geführt. Zu den hauptsächlich betroffenen Bereichen zählen die Geschäftsfelder Leveraged Finance und strukturierte Finanzierungen. Neben reduzierter Aktivität und rückläufigen Erträgen in diesen und anderen Bereichen können anhaltend schwierige Marktbedingungen dazu führen, dass Abschreibungen auf die Buchwerte einiger unserer Portfolios, einschließlich auf Kredite und Kreditzusagen im Bereich Leveraged Finance, vorgenommen werden müssen. Diese negativen Effekte auf unsere Ertragslage können möglicherweise nicht durch Erfolge in anderen Geschäftsbereichen aufgefangen werden, insbesondere für den Fall, dass die Annahmen für ein verlangsamtes, aber anhaltendes Wirtschaftswachstum in 2008 sich als falsch erweisen und das wirtschaftliche Umfeld sich stärker eintrübt. Diese Umstände könnten die Erreichung unseres veröffentlichten Gewinnziels negativ beeinflussen.

### **CORPORATE AND INVESTMENT BANKING**

Unser Geschäftsbereich **CORPORATE BANKING AND SECURITIES (CB&S)** umfasst die Geschäftsfelder Sales & Trading Equity, Debt und sonstige Produkte, das Emissionsgeschäft mit Aktien und Schuldverschreibungen sowie die Beratung von Unternehmen bei M&A- und anderen Aktivitäten. In unseren Handelsbereichen werden voraussichtlich die Marktvolumina insbesondere in den Bereichen erheblich niedriger ausfallen, die unmittelbar von der Subprime-Krise betroffen sind. Hierzu zählen das Geschäft mit Residential Mortgage-backed Securities („RMBS“), Collateralized Debt Obligations („CDOs“) und andere Bereiche im Handel mit strukturierten Kreditprodukten. Andererseits verzeichnete der kundenbezogene Handel mit Produkten wie Währungen, Staatsanleihen, Zinsswaps und Geldmarktinstrumenten seit Mitte 2007 gestiegene Umsätze und verbesserte Margen und beeinflusst damit den Ausblick für das Geschäft in CIB positiv. Darüber hinaus wird der Ausblick für unser Sales & Trading-Geschäft von den Investitionen der vergangenen Jahre, insbesondere in den Handel mit Rohstoffen und Wertpapieren aus Schwellenländern, gestützt. Im Zuge der Marktturbulenzen können sich auch Möglichkeiten eröffnen, um Marktanteile in strategisch wichtigen Geschäftsfeldern wie Prime Brokerage zu gewinnen.

Der Ausblick für unser Geschäft in Corporate Finance dürfte von niedrigeren Volumina sowohl im Aktien- wie auch im Anleiheemissionsgeschäft beeinflusst werden, die eine Folge der zuvor erwähnten Unsicherheit an den Kapitalmärkten sind. Unser Leveraged-Finance-Geschäft wird angesichts der bereits erwähnten Zurückhaltung der Investoren und eines niedrigeren Niveaus an Transaktionen mit hohem Fremdfinanzierungsanteil bei Finanzinvestoren Bedingungen vorfinden, die wesentlich unvorteilhafter sein dürften als in 2006 und der ersten Hälfte 2007. Diese Faktoren dürften nicht nur zu niedrigeren Neuemissionen im Bereich Leveraged Finance führen, sondern könnten auch unsere Erträge durch Abschreibungen von bestehenden Krediten und Kreditzusagen belasten. Verbliebene zur Veräußerung bestimmte Kredite könnten darüber hinaus unsere Kapitalquote negativ beeinflussen. Andererseits profitiert unser Ausblick von den vergleichsweise robusten Bedingungen im Unternehmenssektor der wichtigsten europäischen Märkte, einschließlich unseres Heimatmarkts Deutschland, und von der anhaltenden Dynamik der Unternehmensaktivität in schnell wachsenden Schwellenländern, insbesondere in Osteuropa und im asiatisch-pazifischen Raum.

Der Ausblick für unser Geschäft in **GLOBAL TRANSACTION BANKING (GTB)** wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die Einführung des einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums (SEPA) eröffnet einem führenden Anbieter von Cash-Management-Lösungen wie der Deutschen Bank Chancen, um Kunden in diesem sich verändernden Umfeld zu begleiten. Der Ausblick für unser Custodygeschäft profitiert von den Investitionen der vergangenen Jahre, sowohl in Deutschland (einschließlich des Mittelstandsegments) als auch in schnell wachsenden Märkten wie Asien. Das anhaltende Wachstum des Welthandels stützt den Ausblick für unser Trade-Finance-Geschäft, auch wenn dieses Geschäft zu einem gewissen Grad unter der anhaltenden Schwäche des US-Dollar leiden dürfte. Nicht zuletzt hätte auch ein niedrigeres Zinsumfeld einen negativen Einfluss auf das Zinsergebnis in GTB.

Längerfristig wird der Ausblick für CIB von dem zuvor beschriebenen Wachstumstrend der weltweiten Kapitalmärkte, einschließlich der Kapitalmärkte in den wachstumsstarken Schwellenländern, gestützt. Als führende Investmentbank (gemessen nach Erträgen) ist CIB gut positioniert, um von diesem Trend zu profitieren.

### **PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT**

In **ASSET AND WEALTH MANAGEMENT (AWM)** wird unser kurzfristiger Ausblick durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die Erträge in unserem Geschäft mit Publikumsfonds und mit Immobilieninvestments könnten durch die Verunsicherung der privaten Investoren angesichts der aktuellen Turbulenzen an den Kapitalmärkten sowie durch Belastungen im Immobiliensektor auf einigen wichtigen Märkten beeinträchtigt werden. Korrekturen an wichtigen Aktien-

märkten könnten sich negativ auf Einnahmen auswirken, die von der Wertentwicklung des verwalteten Vermögens abhängig sind. Positive Auswirkungen auf die Ertragsentwicklung erwarten wir hingegen aus den Investitionen der vergangenen Jahre in Produktentwicklung und Vertriebskapazitäten und aus den Nettomittelzuflüssen von 27 Mrd € in 2007. Längerfristig ist unser Asset-Management-Geschäft in Bezug auf globale Branchentrends gut aufgestellt. Dazu gehören das Wachstum des Markts für private Altersvorsorge in Europa, der steigende Wohlstand in Schwellenländern, die Institutionalisierung der Vermögensanlage in Alternative Investments und das Outsourcing des Anlagemanagements in der Versicherungsbranche. Dank unseres starken Vertriebsnetzes in Europa, unserer Plattform für Alternative Investments, unserer Investitionen in Asien einschließlich der Partnerschaft mit Harvest Fund Management in China und unserer führenden Position (gemessen an Invested Assets) im Anlagemanagement von Versicherungen werden diese Trends den Ausblick für das Asset Management positiv beeinflussen.

In Private Wealth Management (PWM) wird der Ausblick kurzfristig durch die Nettomittelzuflüsse von 13 Mrd € in 2007 und durch die Investitionen der vergangenen Jahre in unsere Plattform positiv beeinflusst. Allerdings könnte die erwähnte Verunsicherung der privaten Investoren angesichts anhaltender Turbulenzen an den Finanzmärkten diese Dynamik wie auch die Wertentwicklung der verwalteten Vermögen beeinträchtigen. Längerfristig profitiert der Ausblick für PWM jedoch vom Wachstumstrend der weltweit investierten Vermögenswerte, insbesondere in stark wachsenden Schwellenländern und energieproduzierenden Staaten, die einen rasanten Anstieg des Wohlstands und einen Zuwachs in der Zahl der besonders vermögenden Investoren erfahren haben. Dank unserer Investitionen der vergangenen Jahre in die Betreuungskapazität in diesen Märkten, insbesondere in Asien, sowie der gestärkten Zusammenarbeit zwischen PWM und CIB, haben wir die Chance, diesen Trend zu unserem Vorteil zu nutzen.

Auch in **PRIVATE & BUSINESS CLIENTS (PBC)** wird der Ausblick für unseren Heimatmarkt Deutschland von den Investitionen der vergangenen Jahre in die Vertriebskapazität geprägt. Dazu gehören die Ausweitung unseres Filialnetzes, Neueinstellungen und Vertriebspartnerschaften. Darüber hinaus erwarten wir positive Effekte aus neuen Produkten für bestimmte Kundensegmente. Die Erträge in Deutschland dürften auch von den jüngsten Übernahmen der Berliner Bank und der norisbank profitieren. Die Berliner Bank verstärkt unsere Präsenz im Großraum Berlin, während die norisbank unsere Position im „Consumer Banking“ verbessert. In den europäischen Märkten außerhalb Deutschlands profitiert PBC von den Investitionen zur Erweiterung des Vertriebs. So hat sich in Polen das PBC-Filialnetz seit 2004 auf 63 Filialen verdoppelt, und Konsumentenkredite werden durch ein Netz von 66 spezialisierten Kreditshops unter der Marke ‚db-kredyt‘ vertrieben. In den asiatischen Kernmärkten sollte PBC von anhaltendem Wirtschaftswachstum, zunehmendem Wohlstand und einer steigenden Nachfrage nach Bankdienstleistungen durch Privatkunden profitieren. Der Ausblick für PBC in diesen Märkten, insbesondere in China und Indien, wird auch durch die jüngsten Investitionen gestützt. In Indien erreicht PBC mittlerweile mehr als 500.000 Kunden über 10 Filialen und ein Netz von Finanzmaklern. In China ist PBC sowohl über unsere Partnerschaft mit der Hua Xia Bank als auch über drei Filialen mit einem umfassenden Produktangebot für Kunden präsent. Unser Anlagegeschäft mit Privatkunden könnte allerdings unter den zuvor erwähnten Turbulenzen an den Finanzmärkten leiden und unser Konsumentenkreditgeschäft könnte vom zuvor angesprochenen schwierigeren Umfeld bei der Kreditvergabe betroffen sein. Darüber hinaus könnte auch ein verstärkter Konditionenwettbewerb unsere Margen reduzieren.

Längerfristig wird der Ausblick für PBC durch den anhaltenden Wachstumstrend bei den investierten Vermögen von Privatanlegern positiv beeinflusst, sowohl als Antwort auf den steigenden Bedarf an privater Altersvorsorge als auch als Antwort auf Vermögenszuwächse in den etablierten Volkswirtschaften wie auch in den wachstumsstarken Schwellenländern der Welt.

# Risikobericht

## RISIKO- UND KAPITALMANAGEMENT

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind.

## GRUNDSÄTZE FÜR DAS RISIKO- UND KAPITALMANAGEMENT

Unser Risiko- und Kapitalmanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft unser Risiko- und Kapitalprofil in regelmäßigen Zeitabständen.
- Wir managen Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie unser Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die wir üblicherweise innerhalb unseres Rahmenwerks für Handelsengagements steuern.
- Die Struktur unserer Legal, Risk & Capital-Funktion ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Die Legal, Risk & Capital-Funktion ist unabhängig von den Konzernbereichen.

## ORGANISATION DES RISIKO- UND KAPITALMANAGEMENTS

Der Chief Risk Officer, ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für das Risikomanagement in Bezug auf unsere Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten im Konzern. Im Jahr 2007 haben wir die Rechts- und Complianceabteilungen mit der bestehenden Risiko- und Kapitalmanagementfunktion zusammengelegt und eine integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion gebildet.

Zwei funktionale Komitees sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion. Der Vorsitz des Capital and Risk Committee liegt beim Chief Risk Officer mit dem Chief Financial Officer als Stellvertreter. Zu den Aufgaben des Capital and Risk Committee zählen die Planung des Risikoprofils und der Kapitalbasis, die laufende Überwachung der Kapitalkapazität sowie die Optimierung der Refinanzierung. Des Weiteren ist der Chief Risk Officer Vorsitzender des Risk Executive Committee, das für die konzernweite Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist. Die beiden Deputy Chief Risk Officers, die unmittelbar an den Chief Risk Officer berichten, gehören zu den stimmberechtigten Mitgliedern des Risk Executive Committee.

Es sind dedizierte Legal, Risk & Capital-Einheiten mit den folgenden Aufgaben etabliert:

- die Steuerung der Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche im Einklang mit der vom Capital and Risk Committee festgelegten Risikoneigung;
- die Formulierung und Umsetzung von angemessenen Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätzen, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- die Genehmigung von Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Liquiditätsrisikolimiten;
- die regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, und
- die Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalsteuerungssysteme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Das Group Reputational Risk Committee („GRRC“) ist ein offizielles Unterkomitee des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Das GRRC prüft und entscheidet endgültig alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Unterstützung erhält die Legal, Risk & Capital-Funktion von Finance und von der Revision. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und von der Legal, Risk & Capital-Funktion. Finance hilft bei der Quantifizierung und Verifizierung der eingegangenen Risiken und ist für die Qualität und die Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft, ob unsere internen Kontrollen mit den internen und aufsichtsrechtlichen Standards übereinstimmen.

## ARTEN VON RISIKEN

Die bedeutendsten Risiken, denen unser Geschäft ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken, Reputationsrisiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

### BANKBETRIEBLICHE RISIKEN

Unsere Risikomanagementprozesse unterscheiden vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko.

- Das **KREDITRISIKO** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Das Kreditrisiko ist für uns das größte Einzelrisiko. Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:
  - **AUSFALLRISIKO** ist das Risiko, dass unsere Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
  - **LÄNDERRISIKO** ist das Risiko, dass uns in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

- **ABWICKLUNGSRISIKO** ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Ein Abwicklungsrisiko entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- Das **MARKTRISIKO** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.
- Das **LIQUIDITÄTSRISIKO** ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.
- Das **OPERATIONELLE RISIKO** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäftsrisiko und das Reputationsrisiko.

#### **REPUTATIONSRIKIO**

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unsere Organisation negativ beeinflusst wird.

#### **ALLGEMEINES GESCHÄFTSRISIKO**

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund veränderter Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen einstellen, können diese Risiken unsere Ertragslage beeinträchtigen.

#### **VERSICHERUNGSRIKIO**

Das Versicherungsrisiko des Konzerns erhöhte sich mit der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007. Der Konzern hält ferner eine Eigenkapitalbeteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen, das die Risiken aus leistungsdefinierten Pensionsplänen sowie die Verantwortung für künftig zu leistende Pensionszahlungen übernimmt. Wir sind daher folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **STERBLICHKEITS- UND INVALIDITÄTSRISIKEN** – Die Anzahl der Versicherungsansprüche im Todesfall ist höher/niedriger als erwartet, und es werden ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht. Ferner übersteigt/unterschreitet die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen. Diese Risiken werden durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren gemindert. Die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten werden jährlich überprüft.
- **LANGLEBIGKEITSRIKIO** – Die Lebenserwartung steigt schneller/langsamer als angenommen und wirkt sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen aus. Dieses Risiko wird unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchenkennzahlen und aufkommender Trends sorgfältig beobachtet.
- **KOSTEN** – Die Verwaltung von Versicherungsverträgen verursacht höhere/niedrigere Kosten als erwartet. Diese werden durch Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget überwacht. Die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen werden untersucht und Abhilfemaßnahmen ergriffen. Das Kostenrisiko wird auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcing-Vereinbarung reduziert, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.

- **BESTANDSRISIKO** – Der Prozentsatz der stornierten Verträge ist höher/niedriger als erwartet. Die Bestandsraten werden unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren bewertet.

## RISIKOSTEUERUNGSMASCHINEN

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente ständig überprüfen, damit wir sie bei Bedarf sich ändernden Marktgegebenheiten anpassen können. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die wir derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwenden:

- **ÖKONOMISCHES KAPITAL**. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfallrisiko, das Transferrisiko und das Abwicklungsrisiko – als Komponenten des Kreditrisikos – sowie für das Marktrisiko, das operationelle Risiko und für das allgemeine Geschäftsrisiko. Wir verwenden das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung der Risikopositionen der Bank von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Ferner nutzen wir das Ökonomische Kapital (sowie Goodwill und sonstige nicht abschreibungsfähige immaterielle Vermögenswerte) für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftssparten. Dadurch können wir die risikobereinigte Performance der einzelnen Geschäftseinheiten beurteilen, die eine zentrale Rolle im Rahmen der Steuerung unserer Finanzressourcen zur Optimierung des Mehrwerts für unsere Aktionäre darstellt. Zudem setzen wir das Ökonomische Kapital – insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität unserer Kundenbeziehungen ein. Für eine quantitative Darstellung unseres Ökonomischen Kapitalbedarfs siehe auch im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“.
- **ERWARTETER VERLUST**. Wir nutzen den Erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der Erwartete Verlust misst den Verlust unseres Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts werden Kreditrisikoprüfungen, erhaltene Sicherheiten, Fristigkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Durchschnittswerten unserer historisch erlittenen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen. Wir setzen den Erwarteten Verlust als Instrument in unseren Risikomanagementprozessen ein und er ist auch Bestandteil unseres Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko bestimmen wir den Erwarteten Verlust aus statistischen Durchschnitten unserer internen Verlusthistorie, jüngeren Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen.
- **VALUE-AT-RISK**. Wir verwenden ein Value-at-Risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind die Basis sowohl für die interne als auch für die externe (aufsichtsrechtliche) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedin-



gungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) in diesem Portfolio.

- **STRESSTESTS.** Unsere Analyse der Kredit-, Markt-, operationellen und Liquiditätsrisiken ergänzen wir um Stresstests. Für das Marktrisikomanagement führen wir Stresstests durch, da die Value-at-Risk-Berechnung auf relativ kurzfristigen historischen Daten basiert, ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgeht. Die Value-at-Risk-Berechnung spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte unserer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft sowohl unsere hochliquiden wie auch unsere weniger liquiden Handelspositionen sowie unsere Investments. Mithilfe von Stresstests ermitteln wir die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen erforderlich ist. Für das Kreditrisikomanagement führen wir Stresstests durch, um den Einfluss von Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf unser Kreditengagement beziehungsweise auf Teile davon einzuschätzen. Auch Änderungen in Bezug auf die Bonitätsbeurteilung unseres Portfolios werden berücksichtigt. Für das Liquiditätsrisikomanagement verwenden wir Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Für das operationelle Risikomanagement führen wir Stresstests in Bezug auf unser Ökonomisches Kapitalmodell durch, um dessen Sensitivitäten bei Änderungen wesentlicher Modellkomponenten einzuschätzen. Unter anderem ermöglichen es uns die Ergebnisse dieser Stresstests einzuschätzen, welchen Einfluss wesentliche Änderungen in Häufigkeit und/oder Schwere von Ereignissen aus dem Bereich der operationellen Risiken auf unseren Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken haben.
- **AUFSICHTSRECHTLICHE RISIKOPOSITION.** Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über verschiedene Kenngrößen, die in Note [36] des Konzernabschlusses näher erläutert werden.

## KREDITRISIKO

Das Kreditrisiko ist unser größtes Risiko. Wir messen und steuern es anhand der nachstehenden Grundsätze:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung unserer einzelnen Kreditengagements müssen im Rahmen unserer Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien erfolgen.
- Jede Kreditgewährung an einen Geschäftspartner und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) ihm gegenüber erfordern die Kreditgenehmigung durch eine angemessene Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Unsere Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe fassen wir auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachten wir Kreditnehmer, die durch mindestens ein von uns festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile unserer gewährten Kredite haften.

### **KREDITRISIKOEINSTUFUNG**

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Unsere 26-stufige Ratingskala ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf der Grundlage statistischer Analysen historischer Ausfälle unseres Portfolios gebildet wurde. Mit dieser Skala werden uns eine Vergleichbarkeit unserer internen Ratings mit der Marktpraxis sowie eine verbesserte Vergleichbarkeit unserer verschiedenen Unterportfolios ermöglicht. Einige Ausfallratings ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleichen wir unsere Einschätzungen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings.

### **KREDITLIMITE**

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir bereit sind, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren.

### **ÜBERWACHUNG DES AUSFALLRISIKOS**

Unsere Kreditengagements werden mithilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir frühzeitig Kreditengagements erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung unserer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, werden frühzeitig identifiziert, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen noch zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Problemkredite ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. Wenn wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

### **ÜBERWACHUNG VON GEHANDELTEN KREDITRISIKEN**

Die Firmenausfallrisiken in den Developed-Markets-Handelsbüchern werden in einer dedizierten Risikomanagementeinheit überwacht, in der Kredit- und Marktrisiko-Expertenwissen kombiniert sind. Zum Risikomanagement dieser Positionen verwenden wir angemessene Portfoliolimite und kreditrisikoeinstufungsbezogene Schwellenwerte auf Einzelkreditnehmerbasis, die mit unseren Instrumenten für das Marktrisiko-Management kombiniert werden. Positionen außerhalb dieses Zuständigkeitsbereichs werden risikoseitig weiterhin durch unsere entsprechenden Kredit- und Marktrisiko-Einheiten gemanagt.

### **LOAN EXPOSURE MANAGEMENT GROUP**

Im Rahmen unseres gesamten Risikomanagements ist die Loan Exposure Management Group (LEMG) vor allem zuständig für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Invest-

ment-Grade-Kreditportfolios sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mithilfe von besicherten Kreditverbriefungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Der Nominalbetrag der Aktivitäten der LEMG zur Risikoreduzierung ist um 23 % von 38,3 Mrd € am 31. Dezember 2006 auf 47,0 Mrd € am 31. Dezember 2007 gestiegen.

Zum Jahresende 2007 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalwert von 31,6 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2006 betrug diese Position 24,8 Mrd €.

Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden mit dem Fair Value bewertet.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2007 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 15,3 Mrd € vorwiegend durch mit Finanzgarantien und in geringerem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegte synthetische besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, bei denen das First Loss Piece verkauft wurde. Zum 31. Dezember 2006 betrug diese Position 13,4 Mrd €. Außerdem hat die LEMG mittels Credit-Linked Notes Kredite und ausleihebezogene Zusagen in Höhe von 74 Mio € zum 31. Dezember 2007 abgesichert. Zum 31. Dezember 2006 betrug diese Position 121 Mio €. Die Verringerung des Kreditrisikos mittels Credit-Linked Notes beziehungsweise mit Finanzgarantien unterlegter synthetischer besicherter Kreditverbriefungen adressiert das Kreditrisiko der zugrunde liegenden weniger liquiden Positionen.

Unsere Adaption von IFRS in 2007 hat es LEMG ermöglicht, die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen zum Fair Value zu nutzen, sofern die Kriterien des Standards erfüllt werden. Per Dezember 2006 hat LEMG Kredite und ausleihebezogene Zusagen mit einem Nominalvolumen von 33,8 Mrd € zur Bewertung zum Fair Value designiert. Das Nominalvolumen der Kredite und ausleihebezogenen Zusagen zum Fair Value erhöhte sich im Jahr 2007 auf 44,7 Mrd € durch Generierung neuer Transaktionen, von denen die qualifizierenden auch zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden. Durch die Bewertung von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen zum Fair Value hat LEMG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus den Asymmetrien reduziert, die zwischen den zum Fair Value bewerteten derivativen Hedges und den Krediten und ausleihebezogenen Zusagen entstanden, als Letztere noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

**KREDITRISIKOENGAGEMENT**

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der Bruttobetrag des Engagements wird ohne Berücksichtigung etwaiger Sicherheiten, „Credit Enhancements“ oder Transaktionen zur Verringerung des Kreditrisikos berechnet. In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft, wie in unserer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen Kreditzusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Regressansprüche aus Garantien, Haftungsübernahmeerklärungen und Kreditbriefen.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-Counter(OTC)-Derivatetransaktionen nach Netting. Diese werden in unserer Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Netting.

In den nachstehenden Tabellen sind folgende Produkte nicht berücksichtigt, obwohl wir sie bei der Überwachung unserer Kreditrisiken mit berücksichtigen: die Barreserve, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten und Forderungen aus Zinsabgrenzungen (diese betragen zum 31. Dezember 2007 37,8 Mrd € und 32,3 Mrd € zum 31. Dezember 2006), zukünftige Verpflichtungen aus Repos und Reverse Repos in Höhe von 56,3 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 33,2 Mrd € zum 31. Dezember 2006, „Handelbare Aktiva“, die Anleihen und andere Zinstitel sowie handelbare Kredite beinhalten, die in unserer Bilanz als Handelsaktiva oder als zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere ausgewiesen werden, in Höhe von 457,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 395,8 Mrd € zum 31. Dezember 2006 sowie zum Fair Value bewertete Kredite in Höhe von 21,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 6,2 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

Die nachstehende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz.

Kreditrisikoprofil nach Regionen in Mio €	Kredite <sup>1</sup>		Unwiderrufliche Kreditzusagen <sup>2</sup>		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate <sup>3</sup>		Insgesamt	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Osteuropa	4.334	2.608	1.694	1.273	1.479	827	989	742	8.496	5.450
Westeuropa	141.572	131.830	47.948	52.902	29.021	28.212	47.956	29.328	266.496	242.272
Afrika	747	616	224	117	801	355	595	437	2.366	1.525
Asien/Pazifik	15.006	12.591	9.688	10.753	5.672	3.331	8.887	7.334	39.253	34.009
Nordamerika	37.087	30.937	68.495	75.552	12.407	10.013	37.776	19.145	155.766	135.647
Mittel- und Südamerika	1.754	1.538	375	628	480	308	1.035	973	3.643	3.447
Sonstige <sup>4</sup>	97	74	87	107	46	–	643	253	873	434
<b>Insgesamt</b>	<b>200.597</b>	<b>180.194</b>	<b>128.511</b>	<b>141.331</b>	<b>49.905</b>	<b>43.047</b>	<b>97.881</b>	<b>58.212</b>	<b>476.894</b>	<b>422.784</b>

1 Beinhaltet IFRS wertgeminderte Kredite über 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen im Konsumentenkreditengagement über 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen für OTC-Derivate, soweit anwendbar.

4 Beinhaltet supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner.

Kreditrisikoprofil nach Branchen in Mio €	Kredite <sup>1</sup>		Unwiderrufliche Kreditzusagen <sup>2</sup>		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate <sup>3</sup>		Insgesamt	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Banken und Versicherungen	12.850	12.364	28.286	35.726	11.005	8.216	61.052	37.457	113.193	93.764
Verarbeitendes Gewerbe	16.067	13.727	24.271	24.364	11.508	9.658	3.608	2.645	55.454	50.394
Private Haushalte	70.863	69.583	3.784	3.730	1.724	1.228	1.497	780	77.867	75.321
Öffentliche Haushalte	5.086	4.153	1.023	2.411	888	686	5.553	4.231	12.550	11.481
Handel	8.916	10.515	5.840	5.373	3.496	2.533	854	809	19.105	19.230
Gewerbliche Immobilien	16.476	14.042	3.144	3.560	1.902	1.933	461	540	21.983	20.075
Sonstige <sup>4</sup>	70.339	55.810	62.162	66.166	19.383	18.792	24.857	11.750	176.740	152.519
<b>Insgesamt</b>	<b>200.597</b>	<b>180.194</b>	<b>128.511</b>	<b>141.331</b>	<b>49.905</b>	<b>43.047</b>	<b>97.881</b>	<b>58.212</b>	<b>476.894</b>	<b>422.784</b>

1 Beinhaltet IFRS wertgeminderte Kredite über 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen im Konsumentenkreditengagement über 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen für OTC-Derivate, soweit anwendbar.

4 Kredite in Sonstige einschließlich Leasingfinanzierungen.

Unsere auf Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate bezogenen Kreditengagements gegenüber den zehn größten Kreditnehmern umfassten 6% unseres gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien am 31. Dezember 2007. Diese Engagements gegenüber den zehn größten Kreditnehmern sind typischerweise mit gut gerateten Kreditnehmern oder bezogen auf strukturierte Transaktionen, die einen hohen Grad an Besicherung ausweisen.

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.
- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe, Kreditlinien sowie Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.

#### FIRMENKREDITENGAGEMENT

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Firmenkreditengagementkategorien nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

Diese Tabelle zeigt den Anstieg unseres Firmenkreditbuchs sowie die anhaltend gute Kreditqualität unserer ausleihebezogenen Kreditrisikoengagements. Die gegenüber 2006 eingetretene Veränderung der Bonität unseres Firmenkreditportfolios im Jahr 2007 ist das Ergebnis unserer konsequenten Risikodisziplin.

Das belegt auch der Zuwachs unserer Firmenkredite mit Investment Grade Rating, deren Anteil am gesamten Firmenkreditbuch von 65 % am 31. Dezember 2006 auf 70 % am 31. Dezember 2007 angestiegen ist.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse in Mio €	Kredite <sup>1</sup>		Unwiderrufliche Kreditzusagen <sup>2</sup>		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate <sup>3</sup>		Insgesamt	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
AAA-AA	22.765	20.225	28.969	34.172	7.467	5.774	54.164	28.255	113.366	88.427
A	30.064	17.615	31.087	38.356	15.052	13.548	21.092	16.238	97.294	85.757
BBB	30.839	31.893	35.051	34.986	13.380	13.364	8.706	7.194	87.975	87.436
BB	26.590	26.301	25.316	26.536	9.146	6.170	10.018	5.351	71.069	64.358
B	6.628	5.271	7.431	6.254	4.252	3.589	2.601	1.060	20.912	16.175
CCC und schlechter	3.342	5.188	657	1.027	609	602	1.300	114	5.908	6.931
<b>Insgesamt</b>	<b>120.228</b>	<b>106.494</b>	<b>128.511</b>	<b>141.331</b>	<b>49.905</b>	<b>43.047</b>	<b>97.881</b>	<b>58.212</b>	<b>396.525</b>	<b>349.084</b>

1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie CCC und schlechter IFRS wertgeminderte Kredite über 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 1,6 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen im Konsumentenkreditengagement über 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen für OTC-Derivate, soweit anwendbar.

## KONSUMENTENKREDITENGAGEMENT

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentenkreditengagement, Konsumentenkredite, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befinden, sowie die Nettokreditkosten. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement (in Mio €)		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Konsumentenkreditengagement Deutschland	56.504	53.446	1,68 %	1,90 %	0,64 %	0,59 %
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	14.489	12.261	1,96 %	2,21 %	1,76 %	1,53 %
Immobilienfinanzierungen	42.015	41.185	1,58 %	1,80 %	0,26 %	0,31 %
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	23.864	20.253	1,24 %	1,04 %	0,55 %	0,38 %
<b>Konsumentenkreditengagement insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>80.368</b>	<b>73.699</b>	<b>1,55 %</b>	<b>1,66 %</b>	<b>0,62 %</b>	<b>0,53 %</b>

1 Beinhaltet IFRS wertgeminderte Kredite über 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

Das Volumen unseres Konsumentenkreditengagements erhöhte sich im Jahr 2007 um 6,7 Mrd € oder 9 % gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte sowohl aus einer Ausweitung unseres Portfolios außerhalb Deutschlands (um 3,6 Mrd €) mit starken Zuwächsen in Italien (um 1,7 Mrd €), Spanien (um 1,0 Mrd €) und Polen (um 608 Mio €) als auch innerhalb Deutschlands aus der Erstkonsolidierung der Berliner Bank (um 1,7 Mrd €). Die gesamten Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements erhöhten sich im Vergleich zu 2006 als Reflexion unserer Strategie der Ausweitung der margenstärkeren Konsumentenfinanzierungen. In Deutschland wurde der Anstieg der Nettokreditkosten für Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen durch die gekauften Kredite bei norisbank und Berliner Bank getrieben und durch einen Rückgang bei Immobilienfinanzierungen nur teilweise kompensiert. Außerhalb Deutschlands war der Anstieg der Nettokreditkosten im Wesentlichen von unserem Konsumentenkreditengagement in Italien getrieben. In Deutschland reduzierten sich Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig waren, von 1,90 % auf 1,68 %, was das Geschäftswachstum und unser diszipliniertes Risikomanagement widerspiegelt. Der angestiegene Anteil von Krediten

außerhalb Deutschlands, die 90 Tage oder mehr überfällig waren, resultierte vor allem aus unseren Immobilienfinanzierungen in Spanien.

#### **KREDITENGAGEMENT AUS DERIVATEN**

Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kreditrisikos sind wir üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag der International Swaps and Derivatives Association für Derivate). Mithilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte genettet werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (sogenanntes Close-out Netting). Für Teile unseres Geschäfts mit Derivaten schließen wir auch sogenannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen wir für sämtliche dieser Vereinbarung unterliegenden Transaktionen die fälligen Zahlungen eines Tages in derselben Währung zur Verringerung unseres Kapitalausfallrisikos verrechnen.

Zur internen Messung von Kreditengagements setzen wir Nettingverfahren nur dann ein, wenn wir sie für die jeweilige Jurisdiktion und den jeweiligen Geschäftspartner für rechtlich durchsetzbar halten. Wir gehen auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um unser derivatebezogenes Kreditrisiko zu verringern. Diese Sicherheitenvereinbarungen führen in der Regel zur Risikominderung durch periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass die Sicherheitenvereinbarung durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in unseren Engagementmessverfahren wider.

Da der Wiederbeschaffungswert unseres Portfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Veränderungen der Transaktionen im Portfolio schwankt, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Wir messen unser potenzielles künftiges Engagement anhand von separaten Limiten. Die Analyse unseres potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen wir die unmittelbare Auswirkung von extremen Marktereignissen auf unsere Engagements messen können (wie beispielsweise Eventrisiken in unserem Emerging-Markets-Portfolio).

#### **BEHANDLUNG VON KREDITAUSFÄLLEN IM DERIVATEGESCHÄFT**

Anders als im Fall unseres Standardkreditgeschäfts haben wir in der Regel mehrere Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Transaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen.

Sollte die Kündigung der Transaktionen beziehungsweise der entsprechenden Rahmenvereinbarung zu einer verbleibenden Nettoverpflichtung des Geschäftspartners führen, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um und steuern sie im Rahmen unseres regulären Spezialkreditmanagements. Infolgedessen zeigen wir keine leistungsgestörten Derivate.

Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2007.

31.12.2007 in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
<b>Zinsbezogene Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
FRA's	2.528.018	136.002	514	2.664.534	1.631	- 1.777	- 146
Zinsswaps (gleiche Währung)	10.152.957	10.751.638	8.353.640	29.258.235	289.573	- 293.223	- 3.649
Zinsoptionenkäufe	153.287	577.440	757.539	1.488.266	34.876	-	34.876
Zinsoptionenverkäufe	282.071	609.398	855.179	1.746.647	-	- 37.798	- 37.798
Sonstige Zinsgeschäfte	-	-	-	-	-	-	-
Börsengehandelte Produkte:							
Zinsfutures	415.050	99.189	867	515.106	-	-	-
Zinsoptionenkäufe	155.816	13.494	-	169.310	352	-	352
Zinsoptionenverkäufe	93.063	18.640	-	111.703	-	- 300	- 300
<b>Zwischensumme</b>	<b>13.780.263</b>	<b>12.205.800</b>	<b>9.967.738</b>	<b>35.953.801</b>	<b>326.432</b>	<b>- 333.098</b>	<b>- 6.666</b>
<b>Währungsbezogene Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
Devisentermingeschäfte	607.058	47.826	4.159	659.043	9.148	- 9.077	71
Cross Currency Swaps	1.797.862	569.054	379.216	2.746.132	47.709	- 48.683	- 974
Devisenoptionenkäufe	362.173	85.209	23.969	471.352	12.035	-	12.035
Devisenoptionenverkäufe	382.422	88.371	25.449	496.242	-	- 11.764	- 11.764
Börsengehandelte Produkte:							
Devisenfutures	9.652	597	35	10.285	-	-	-
Devisenoptionenkäufe	2.606	10	-	2.616	13	-	13
Devisenoptionenverkäufe	1.401	-	-	1.401	-	- 36	- 36
<b>Zwischensumme</b>	<b>3.163.174</b>	<b>791.068</b>	<b>432.828</b>	<b>4.387.071</b>	<b>68.905</b>	<b>- 69.560</b>	<b>- 655</b>
<b>Aktien-/indexbezogene Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
Aktientermingeschäfte	2.816	-	-	2.816	47	- 24	23
Aktien-/Indexswaps	95.637	37.668	8.633	141.938	6.048	- 5.685	363
Aktien-/Indexoptionenkäufe	147.055	93.230	23.686	263.970	39.385	-	39.385
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	156.430	119.771	35.365	311.566	-	- 47.533	- 47.533
Börsengehandelte Produkte:							
Aktien-/Indexfutures	42.090	-	-	42.090	-	-	-
Aktien-/Indexoptionenkäufe	182.829	63.994	9.778	256.601	20.393	-	20.393
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	172.540	64.863	11.967	249.370	-	- 24.194	- 24.194
<b>Zwischensumme</b>	<b>799.397</b>	<b>379.526</b>	<b>89.428</b>	<b>1.268.351</b>	<b>65.873</b>	<b>- 77.436</b>	<b>- 11.563</b>
<b>Kreditderivate</b>	<b>236.587</b>	<b>3.428.971</b>	<b>1.492.936</b>	<b>5.158.493</b>	<b>119.238</b>	<b>- 106.410</b>	<b>12.828</b>
<b>Sonstige Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
Edelmetallgeschäfte	53.091	33.606	5.287	91.984	5.684	- 4.456	1.227
Sonstige Geschäfte	108.803	186.371	8.565	303.739	17.831	- 18.084	- 253
Börsengehandelte Produkte:							
Futures	17.723	7.028	37	24.788	66	- 87	- 22
Optionenkäufe	12.402	5.525	10	17.938	1.560	-	1.560
Optionenverkäufe	12.113	5.289	156	17.558	-	- 1.712	- 1.712
<b>Zwischensumme</b>	<b>204.132</b>	<b>237.819</b>	<b>14.055</b>	<b>456.006</b>	<b>25.140</b>	<b>- 24.339</b>	<b>801</b>
<b>OTC-Geschäft insgesamt</b>	<b>17.066.267</b>	<b>16.764.555</b>	<b>11.974.136</b>	<b>45.804.957</b>	<b>583.204</b>	<b>- 584.514</b>	<b>- 1.309</b>
<b>Börsengehandeltes Geschäft insgesamt</b>	<b>1.117.286</b>	<b>278.629</b>	<b>22.850</b>	<b>1.418.765</b>	<b>22.384</b>	<b>- 26.329</b>	<b>- 3.945</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>18.183.553</b>	<b>17.043.184</b>	<b>11.996.986</b>	<b>47.223.723</b>	<b>605.588</b>	<b>- 610.843</b>	<b>- 5.255</b>
<b>Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen</b>					<b>120.265</b>		



### WEITERVERKAUFSRISIKO

Wir gehen häufig große Zusagen mit der Absicht ein, einen Großteil der zugrunde liegenden Risiken an Dritte weiterzuverkaufen oder zu streuen. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Unter normalen Marktbedingungen erfolgt der Ab- oder Weiterverkauf der Risiken in der Regel innerhalb von 90 Tagen nach dem Tag des Geschäftsabschlusses. Unser größtes Risiko beim Weiterverkauf von Risiken steht in Verbindung mit dem Leveraged-Finance- und Immobiliengeschäft (insbesondere mit gewerblichen Immobilienfinanzierungen).

Zu Risikomanagementzwecken gilt der Gesamtbetrag dieser Zusagen als Kreditengagement, das einer formellen Kreditgenehmigung bedarf. Diese Genehmigung umfasst auch unseren geplanten Haltebestand. Beträge, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden als Handelsaktiva klassifiziert und zum Fair Value bewertet. Die voraussichtlichen Kursschwankungen werden mithilfe unseres Prozesses zur Steuerung von Marktrisiken überwacht. Um sich gegen eine Wertminderung solcher Beträge zu schützen, kann der Konzern Hedges zu marktüblichen Konditionen zur Absicherung von Marktrisiken (in der Regel auf Basis der entsprechenden Indizes) abschließen, die ebenfalls in unserem Prozess zur Steuerung von Marktrisiken erfasst werden.

Die Marktverwerfungen im Berichtsjahr führten am Markt zu einer Neubewertung der Risiken und einer Einschränkung der Liquidität. Daraus wiederum ergaben sich Verzögerungen beim Weiterverkauf unserer Kredit- und Anleiheengagements in diesen Geschäftsfeldern sowie die Notwendigkeit einer Wertanpassung einzelner Bestände.

Zum 31. Dezember 2007 beliefen sich unsere ausstehenden Gesamtzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft auf 36,2 Mrd €. Davon waren 15,3 Mrd € ausgezahlt und 20,9 Mrd € noch nicht in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2007 beliefen sich die Abschreibungen für diese Positionen auf insgesamt 759 Mio € nach Berücksichtigung von Provisionserträgen und Veräußerungsgewinnen.

### LÄNDERRISIKO

Zur Steuerung des Länderrisikos stützen wir uns auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- **GESAMTENGAGEMENT GEGENÜBER GESCHÄFTSPARTNERN.** Hierzu zählen wir alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die wir für gefährdet halten, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Country Risk Event“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatserklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- **TRANSFERRISIKOENGAGEMENT.** Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen nicht in der Lage ist, Devisen zu beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige zu übertragen („Transfer Risk Event“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten, die von einer unserer Stellen in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- **EVENT-RISK-SZENARIEN MIT HOHEM STRESSFAKTOR.** Wir verwenden Stresstests zur Messung von potenziellen Risiken unserer Handelspositionen und betrachten diese als Marktrisiken.

## LÄNDERRISIKORATINGS

Unsere Länderrisikoratings sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Diese Ratings werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team im Kreditrisikomanagement ermittelt. Sie beinhalten:

- **SOVEREIGNRATING.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung beziehungsweise seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **TRANSFERRISIKORATING.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt.
- **EVENT-RISK-RATING.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu größeren Störungen der Marktrisikofaktoren eines Landes kommt.

Sämtliche Sovereign- und Transferrisikoratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, überprüft. Zudem überprüft unser Länderrisiko-Research-Team mindestens vierteljährlich unsere Ratings für die wichtigsten Emerging-Markets-Länder. Ratings für Länder, die wir für besonders volatil halten, sowie sämtliche Event-Risk-Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleichen wir unsere internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

## LÄNDERRISIKOLIMITE

Unser Länderrisikoengagement steuern wir mithilfe eines Rahmenwerks von Limiten. Die Bank begrenzt und überwacht ihr Engagement in Emerging Markets besonders intensiv. Wir definieren Emerging Markets als Lateinamerika (einschließlich der Karibik), Asien (ohne Japan), Osteuropa, den Mittleren Osten und Afrika. Die Limite überprüfen wir mindestens einmal im Jahr zusammen mit den Länderrisikoratings. Länderrisikolimiten werden entweder vom Vorstand oder im Rahmen delegierter Kompetenz vom Group Credit Policy Committee festgelegt.

## ÜBERWACHUNG DES LÄNDERRISIKOS

Unsere Konzernbereiche sind verantwortlich für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grundlage von Daten, die Finance zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Informationen zum Transferisiko.

**LÄNDERRISIKOENGAGEMENT**

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des gesamten Nettoengagements gegenüber Geschäftspartnern in Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten) sowie die nach Regionen gegliederten Inanspruchnahmen des Netto-Transferrisikoengagements gegenüber Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten).

<b>Emerging Markets Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern</b>		
in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	22.000	11.511
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern (ohne OTC-Derivate)	16.580	8.895

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

<b>Emerging Markets Inanspruchnahme des Netto-Transferrisikoengagements</b>		
in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Afrika	508	352
Asien (ohne Japan)	3.277	1.558
Osteuropa	1.856	1.079
Lateinamerika	658	411
Mittlerer Osten	2.931	1.492
<b>Netto-Transferrisikoengagement gegenüber Emerging Markets insgesamt</b>	<b>9.230</b>	<b>4.892</b>

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Zum 31. Dezember 2007 betrug unser Netto-Transferrisikoengagement gegenüber Emerging-Markets-Ländern (ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern) 9,2 Mrd €. Es erhöhte sich um 89 % oder 4,3 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2006. Dieser Zuwachs war das Ergebnis einer selektiven Engagementausweitung in bevorzugten Emerging-Markets-Ländern aufgrund verbesserter Kreditqualität.

**PROBLEMKREDITE**

Im Einklang mit dem Industry Guidance der Securities and Exchange Commission verfolgen wir weiterhin die Überwachung und die Berichterstattung von Problemkrediten.

Unsere Problemkredite umfassen Kredite, für welche die Zinsabgrenzung eingestellt ist, sowie Kredite, deren Zins- und/oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, für die wir die Zinsen aber weiterhin abgrenzen, sowie notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung. In den Problemkrediten sind sämtliche Kredite enthalten, bei denen das Management aufgrund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass die Kreditnehmer ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können.

Zusätzlich hatten wir zum 31. Dezember 2007 zur Veräußerung verfügbare Kredite im Wert von 7 Mio € sowie leistungsgestörte Leasingfinanzierungen im Wert von 1 Mio €, die leistungsgestört waren. Diese Beträge sind nicht in unseren Problemkrediten enthalten.

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Problemkredite zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2006 sowie IFRS wertgeminderte Kredite.

in Mio €	31.12.2007			31.12.2006		
	Einzel bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt	Einzel bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	1.702	1.129	2.831	1.828	1.092	2.920
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	30	191	220	4	181	185
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	93	–	93	109	–	109
<b>Problemkredite insgesamt</b>	<b>1.824</b>	<b>1.320</b>	<b>3.144</b>	<b>1.941</b>	<b>1.273</b>	<b>3.214</b>
davon: IFRS wertgeminderte Kredite	1.516	1.129	2.645	1.625	1.092	2.717

Die Verringerung der Problemkredite im Jahr 2007 um 70 Mio€ ist auf Bruttoabschreibungen in Höhe von 752 Mio€, einen Wechselkursbedingten Rückgang von 26 Mio€ und einen Nettoanstieg der Problemkredite um 708 Mio€ zurückzuführen. Der Rückgang der Problemkredite ist vollständig auf unsere einzeln bewerteten Problemkredite zurückzuführen, bei denen es Bruttoabschreibungen in Höhe von 244 Mio€, einen Wechselkursbedingten Rückgang von 26 Mio€ sowie einen Nettoanstieg um 153 Mio€ gab. Im kollektiv bewerteten Kreditportfolio wurden Abschreibungen über 508 Mio€ durch Nettozugänge von 555 Mio€ überkompensiert. In den kollektiv bewerteten Problemkrediten in Höhe von 1,3 Mrd€ sind am 31. Dezember 2007 Kredite von 1,2 Mrd€ enthalten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, sowie Kredite von 147 Mio€, die weniger als 90 Tage überfällig sind, bei denen es jedoch nach Einschätzung des Managements angemessen war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Unsere Zusagen, neue Gelder an Kreditnehmer mit Problemkrediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf 129 Mio€, was einem Anstieg von 83 Mio€ gegenüber dem 31. Dezember 2006 entspricht. Von diesen Zusagen entfiel 1 Mio€ auf Kreditnehmer mit notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung, die damit 3 Mio€ unter dem Stand vom 31. Dezember 2006 lagen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Problemkredite in den letzten zwei Jahren insgesamt, aufgeteilt nach deutschen und ausländischen Geschäftspartnern, nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Kredite ohne Zinsabgrenzung:		
Inländische Kunden	1.913	2.167
Ausländische Kunden	918	753
<b>Kredite ohne Zinsabgrenzung insgesamt</b>	<b>2.831</b>	<b>2.920</b>
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung:		
Inländische Kunden	199	183
Ausländische Kunden	21	2
<b>Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung insgesamt</b>	<b>220</b>	<b>185</b>
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung:		
Inländische Kunden	49	85
Ausländische Kunden	44	24
<b>Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung insgesamt</b>	<b>93</b>	<b>109</b>

#### KREDITE OHNE ZINSABGRENZUNG

Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn:

- die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist noch sich im Inkassoprozess befindet oder
- es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cashflows ratsam war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Wenn für einen Kredit die Zinsabgrenzung eingestellt worden ist, beinhaltet der Buchwert des Kredits abgegrenzte Zinsen. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen werden als Ermäßigung der Kapitalforderung gebucht.

Zum 31. Dezember 2007 betragen unsere gesamten Kredite ohne Zinsabgrenzung 2,8 Mrd€, was einem Nettorückgang von 89 Mio€ oder 3 % gegenüber 2006 entspricht. Nahezu der gesamte Nettorückgang der Kredite ohne Zinsabgrenzung erfolgte bei einzeln bewerteten Krediten, wobei Abschreibungen die Nettozugänge mehr als kompensierten, sowie einem wechselkursbedingten Rückgang.

#### KREDITE 90 TAGE ODER MEHR ÜBERFÄLLIG, MIT ZINSABGRENZUNG

Es handelt sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen wir aber noch Zinsen abgrenzen. Diese Kredite sind werthaltig abgesichert und befinden sich im Inkassoprozess.

Im Jahr 2007 erhöhten sich unsere 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung um 35 Mio€ oder 19 % gegenüber 2006.

### **NOTLEIDENDE KREDITE IM PROZESS DER RESTRUKTURIERUNG**

Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung sind Kredite, die wir aufgrund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert haben. Dabei wurden Konditionen vereinbart, die wir sonst nicht in Betracht gezogen hätten.

Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, behandeln wir den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung – es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken.

Im Jahr 2007 reduzierte sich das Volumen der notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung um 16 Mio € oder 15 % gegenüber 2006.

### **WERTGEMINDERTE KREDITE**

Wir betrachten unter IFRS Kredite als wertgemindert, wenn wir einen objektiven Hinweis erkennen, dass ein Wertminderungsverlust eingetreten ist. Während wir die Wertminderungen für unser Firmenkreditengagement individuell bewerten, betrachten wir unsere Kredite in unserem Konsumentenkreditengagement als wertgemindert, wenn der Kreditvertrag mit dem Kunden gekündigt wurde.

Zum 31. Dezember 2007 betragen unsere wertgeminderten Kredite 2,6 Mrd €, was einem Nettorückgang von 72 Mio € oder 3 % gegenüber 2006 entspricht. Nahezu der gesamte Nettorückgang der wertgeminderten Kredite erfolgte in unserem Firmenkreditengagement, wobei Abschreibungen die Nettozugänge mehr als kompensierten, sowie einem Wechselkursbedingten Rückgang.

### **KREDITAUSFÄLLE UND WERTBERICHTIGUNGEN**

Wir beurteilen regelmäßig, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist (Verlustereignis),
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Wir errichten eine Wertberichtigung für Kreditausfälle, die unsere Schätzung der Wertminderungen innerhalb unseres Kreditportfolios reflektiert. Die Verantwortung für die Ermittlung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Kreditrisikomanagement. Die Bestandteile unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle sind die einzelnen sowie die kollektiv ermittelten Wertberichtigungen. Zunächst beurteilen wir für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

### **EINZELN ERMITTELTE WERTBERICHTIGUNGEN**

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis und damit eine Wertminderung eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen regelmäßig überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse berücksichtigt wie beispielsweise erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, zum Beispiel Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem beizulegenden Wert ermittelt. Der beizulegende Wert wird als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits ermittelt, wobei auch Cashflows aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten für Aneignung und Verkauf einbezogen werden. Der Buchwert der Kredite wird mittels eines Wertberichtigungskontos reduziert, der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Sämtliche Kreditengagements, die bereits auf Einzelbasis wertberichtigt wurden, sowie alle auf unserer „Watchlist“ geführten Engagements werden regelmäßig einer Neubewertung unterzogen.

### **KOLLEKTIV ERMITTELTE WERTBERICHTIGUNGEN**

Im Rahmen der kollektiven Beurteilung von Wertminderungen werden Wertberichtigungen für Kredite gebildet, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der kollektiv ermittelte Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen.

- Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Länderrisiken. Dabei handelt es sich um Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der vorherrschenden wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden.
- Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der für kleinere homogene Kredite die auf Portfolioebene eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis historischer Erfahrungswerte ermittelt.
- Die dritte Komponente umfasst eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten eingetretenen Verluste, die weder auf individueller Basis als wertgemindert identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertgeminderten Kredite werden auf Veränderungen des rückzahlbaren Betrags untersucht. Jede Veränderung gegenüber einem bereits erfassten Wertminderungsverlust wird als Veränderung des Wertberichtigungsbestands erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

#### RICHTLINIEN FÜR ABSCHREIBUNGEN

In der Regel wird ein Kredit gegen den gebildeten Wertberichtigungsbestand abgeschrieben, wenn wir keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr sehen und sämtliche Sicherheiten verwertet oder auf uns übertragen wurden.

#### WERTBERICHTIGUNG FÜR KREDITAUSFÄLLE

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle nach der Branche des Kreditnehmers sowie die prozentualen Anteile unseres gesamten Kreditportfolios, die zu den angegebenen Zeitpunkten auf die verschiedenen Branchen entfielen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (außer Prozentangaben)	31.12.2007		31.12.2006	
<b>Inländische Kunden</b>				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand:				
Banken und Versicherungen	–	–	–	1 %
Verarbeitendes Gewerbe	176	4 %	246	4 %
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	24	6 %	26	7 %
Private Haushalte – Hypothekenkredite	5	17 %	10	18 %
Öffentliche Haushalte	–	2 %	–	1 %
Handel	88	2 %	109	2 %
Gewerbliche Immobilien	127	5 %	160	6 %
Sonstige	189	6 %	172	8 %
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand inländische Kunden insgesamt	609		723	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	481		443	
<b>Inländische Kunden insgesamt</b>	<b>1.090</b>	<b>42 %</b>	<b>1.166</b>	<b>46 %</b>
<b>Ausländische Kunden:</b>				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand	321		262	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	294		242	
<b>Ausländische Kunden insgesamt</b>	<b>615</b>	<b>58 %</b>	<b>504</b>	<b>54 %</b>
<b>Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt</b>	<b>1.705</b>	<b>100 %</b>	<b>1.670</b>	<b>100 %</b>
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	930		985	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	775		684	
<b>Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt</b>	<b>1.705</b>		<b>1.670</b>	



**VERÄNDERUNGEN IM WERTBERICHTIGUNGSBESTAND**

Erhöhungen unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle gehen als Erhöhung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2007			2006		
	Einzel bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt	Einzel bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>985</b>	<b>684</b>	<b>1.670</b>	<b>1.124</b>	<b>708</b>	<b>1.832</b>
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	146	505	651	16	336	352
Nettoabschreibungen	- 149	- 378	- 527	- 116	- 328	- 444
Abschreibungen	- 244	- 508	- 752	- 272	- 460	- 732
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	95	130	225	156	132	288
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 52	- 36	- 88	- 39	- 32	- 70
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>930</b>	<b>775</b>	<b>1.705</b>	<b>985</b>	<b>684</b>	<b>1.670</b>

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle nach Branchen für die angegebenen Zeiträume. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (außer Prozentangaben)	2007	2006
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>1.670</b>	<b>1.832</b>
<b>Abschreibungen:</b>		
Inländische Kunden		
Banken und Versicherungen	– 1	– 2
Verarbeitendes Gewerbe	– 58	– 78
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	– 287	– 244
Private Haushalte – Hypothekenkredite	– 26	– 35
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	– 28	– 40
Gewerbliche Immobilien	– 41	– 96
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstige	– 76	– 102
Inländische Kunden insgesamt	– 518	– 596
Ausländische Kunden:	0	0
Ohne Leasingfinanzierungen	– 232	– 135
Leasingfinanzierungen	– 2	– 1
Ausländische Kunden insgesamt	– 234	– 136
<b>Abschreibungen insgesamt</b>	<b>– 752</b>	<b>– 732</b>
<b>Eingänge aus abgeschriebenen Krediten:</b>		
Inländische Kunden		
Banken und Versicherungen	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	21	19
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	63	46
Private Haushalte – Hypothekenkredite	–	8
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	10	9
Gewerbliche Immobilien	9	16
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstige	49	56
Inländische Kunden insgesamt	153	155
Ausländische Kunden:	0	0
Ohne Leasingfinanzierungen	71	133
Leasingfinanzierungen	1	–
Ausländische Kunden insgesamt	72	133
<b>Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt</b>	<b>225</b>	<b>288</b>
<b>Nettoabschreibungen</b>	<b>– 527</b>	<b>– 444</b>
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	651	352
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	– 88	– 70
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>1.705</b>	<b>1.670</b>
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	0,28 %	0,25 %

Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle war am 31. Dezember 2007 mit 1,7 Mrd€ nahezu unverändert gegenüber dem für Ende 2006 ausgewiesenen Bestand.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2007 betragen 752 Mio€, was einem Anstieg von 20 Mio€ oder 3 % gegenüber 2006 entspricht. 244 Mio€ der Abschreibungen für 2007 betrafen unser Firmenkreditengagement und 508 Mio€ entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement.

Unsere Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen 651 Mio€ im Jahr 2007 und lagen damit um 299 Mio€ oder 85 % über dem Betrag des Vorjahres. Dies resultiert insbesondere aus einem einzelnen Geschäftspartner in unserem Konzernbereich Corporate and Investment Bank sowie unserer Wachstumsstrategie im Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Im Jahr 2007 war unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle überwiegend von unserem Konsumentenkreditengagement geprägt.

Am 31. Dezember 2007 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 930 Mio€ – eine Ermäßigung um 55 Mio€ oder 6 % gegenüber 2006. Die Veränderung des Wertberichtigungsbestands beinhaltet Nettoabschreibungen von 149 Mio€, einen Rückgang um 52 Mio€ aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten sowie Zuführungen zu Wertberichtigungen von 146 Mio€, die 130 Mio€ höher ausfielen als im Vorjahr. Einzeln ermittelte Wertberichtigungen bildeten die größte Komponente unseres Bestands an Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Am 31. Dezember 2007 betrug unser Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen 775 Mio€, was einem Anstieg um 91 Mio€ gegenüber dem Vorjahresbestand entsprach, der nahezu vollständig von unserem Portfolio an kleineren standardisierten homogenen Krediten getrieben wurde.

Unser Wertberichtigungsbestand betrug am 31. Dezember 2006 1,7 Mrd€ und lag somit um 9 % unter dem zu Beginn 2006 ausgewiesenen Bestand von 1,8 Mrd€. Diese Abnahme ging vor allem auf Abschreibungen, die unsere Netto Neubildungen übertrafen, zurück.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2006 betragen 732 Mio€. 272 Mio€ der Abschreibungen für 2006 betrafen unser Firmenkreditengagement, hauptsächlich resultierend aus unseren deutschen und amerikanischen Portfolios, und 460 Mio€ entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement.

Unsere Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen 352 Mio€ im Jahr 2006 und spiegeln unser konsequentes Kreditrisikomanagement, die Erfolge unserer Workoutaktivitäten und das günstige Kreditumfeld wider. Im Jahr 2006 war unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle überwiegend von unserem Konsumentenkreditengagement geprägt.

Am 31. Dezember 2006 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 985 Mio€. Der Rückgang in 2006 um 139 Mio€ beinhaltet Nettoabschreibungen von 116 Mio€, Zuführungen zu Wertberichtigungen von 16 Mio€ sowie einen Rückgang um 39 Mio€ aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten. Einzeln ermittelte Wertberichtigungen bildeten die größte Komponente unseres Bestands an Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Am 31. Dezember 2006 betrug unser Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen 684 Mio€ und lag somit geringfügig unter dem Stand zu Beginn des Jahres 2006 (708 Mio€). Veränderungen in dieser Komponente beinhalten 336 Mio€ Zuführungen zu Wertberichtigungen, die durch Nettoabschreibungen von 328 Mio€ kompensiert wurden, sowie einen Nettorückgang von 32 Mio€ aufgrund Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

### AUSLÄNDISCHE KOMPONENTE DES WERTBERICHTIGUNGSBESTANDS

Die nachstehende Tabelle analysiert die Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2007 entfielen 36 % unseres gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden.

in Mio €	2007	2006
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>504</b>	<b>476</b>
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	316	60
Nettoabschreibungen	- 162	- 3
Abschreibungen	- 234	- 136
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	72	133
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	- 43	- 29
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>615</b>	<b>504</b>

### RÜCKSTELLUNGEN FÜR AUSSERBILANZIELLE VERPFLICHTUNGEN IM KREDITGESCHÄFT

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen umfassen.

in Mio €	2007			2006		
	Einzel bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt	Einzel bewertet	Kollektiv bewertet	Insgesamt
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>127</b>	<b>129</b>	<b>256</b>	<b>184</b>	<b>132</b>	<b>316</b>
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 32	- 6	- 38	- 56	2	- 53
Veränderungen des Konsolidierungskreises	7	3	10	1	-	1
Wechselkursänderungen	- 1	- 8	- 8	- 2	- 5	- 7
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>101</b>	<b>118</b>	<b>219</b>	<b>127</b>	<b>129</b>	<b>256</b>

### ABWICKLUNGSRISIKO

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung der Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko („Settlement Risk“) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren beziehungsweise anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle leiten, die als Vertreter beider Parteien operiert und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen aus der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar („Free Settlement“). In solchen Fällen können wir eine Minderung des Abwicklungsrisikos anstreben, indem wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für im „Free Settlement“-Verfahren getätigte Geschäfte bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich: entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimiten oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Wir aggregieren Abwicklungsrisikolimiten nicht mit anderen Kreditengagements für Kreditgenehmigungszwecke, berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

## MARKTRISIKO

Nahezu alle unsere Geschäfte unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen. Wir unterscheiden vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat (einschließlich Credit-Spread-Risiken).

## GRUNDKONZEPT DES MARKTRISIKOMANAGEMENTS

Wir gehen Marktrisiken sowohl bei Handels- als auch Nichthandelsgeschäften ein. Wir übernehmen Risiken durch Market-making und das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Wir nutzen eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, mit der wir alle Marktrisiken sowohl in unseren Handels- als auch Nichthandelsportfolios beschreiben und aggregieren. Value-at-Risk stellt unsere primäre Messgröße zur Steuerung der handelsbezogenen Marktrisiken dar. Unsere Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital reflektieren auch Basisrisiken in unserem Handelsgeschäft.

Der Vorstand und das Risk Executive Committee, unterstützt vom Market Risk Management als Teil unserer unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, legen ein konzernweites Value-at-Risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter unterteilt.

Unser Value-at-Risk-Ausweis für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis unseres eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt. Das Modell wurde seither periodisch verfeinert und die Modellgenehmigung wurde aufrechterhalten.

Unsere Value-at-Risk-Angaben sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche Darstellung des Marktrisikos sowohl für die interne Risikosteuerung als auch für die externe Offenlegung und für aufsichtsrechtliche Zwecke sicherzustellen. Das Value-at-Risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag Anfang 2007 bei 90 Mio€ und wurde am 27. Februar 2007 auf 105 Mio€ angehoben. Das Value-at-Risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns betrug Anfang 2007 92 Mio€ und wurde am 27. Februar 2007 auf 110 Mio€ erhöht (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 %, wie weiter unten beschrieben, und einer Haltedauer von einem Tag).

### BESONDERHEITEN DER DEUTSCHEN AUFSICHTSRECHTLICHEN MARKTRISIKOMELDUNG

Nach deutschem Bankaufsichtsrecht gelten für die Marktrisikomeldung spezifische Regeln, die insbesondere die Konsolidierung von Unternehmen, die Berechnung der Gesamtmarktrisikoposition sowie die Definition von Handels- und Nichthandelsaktiva betreffen.

- **KONSOLIDIERUNG.** Für deutsche bankaufsichtliche Meldezwecke werden nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes alle Tochterunternehmen konsolidiert, bei denen es sich um Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen oder Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten handelt. Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors werden nicht konsolidiert.
- **GESAMTMARKTRISIKOPOSITION.** Bei unserem Marktrisikoaussweis schließen wir Positionen in fremder Währung aus, die nach deutschem Bankaufsichtsrecht von der Berechnung der Währungsgesamtposition ausgeschlossen werden dürfen. Hierbei handelt es sich um Währungspositionen, die für die bankaufsichtliche Berichterstattung vom Eigenkapital abgezogen oder in vollem Umfang mit Eigenkapital unterlegt werden, sowie Beteiligungen einschließlich Anteilen an verbundenen Unternehmen in fremder Währung, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden (strukturelle Währungspositionen). Unsere größten strukturellen Währungspositionen ergeben sich aus unseren Beteiligungen an Unternehmen in den Vereinigten Staaten.
- **DEFINITION VON HANDELS- UND NICHTHANDELSAKTIVA.** Die bankaufsichtliche Definition des Handels- und Anlagebuchs entspricht im Wesentlichen der Definition der Handels- und Nichthandelsaktiva nach IFRS. Aufgrund spezifischer Unterschiede zwischen dem bankaufsichtlichen und dem bilanziellen Regelwerk werden jedoch bestimmte Aktiva für Zwecke der Marktrisikomeldung dem Handelsbuch zugeordnet, obwohl diese nach IFRS als Nichthandelsaktiva klassifiziert sind. Umgekehrt werden bestimmte Aktiva dem Anlagebuch zugewiesen, obwohl diese nach IFRS Handelsaktiva darstellen.

### VALUE-AT-RISK-ANALYSE

Der Value-at-Risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-Risk ermöglicht es uns, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der Marktrisikoschätzungen über die Zeit und mit den tatsächlichen täglichen Handelsergebnissen.

Wir berechnen den Value-at-Risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99 % gemäß den Bestimmungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Für interne Meldezwecke legen wir eine Haltedauer von einem Tag zugrunde. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Unser Value-at-Risk-Modell ist konzipiert, alle wesentlichen Risikofaktoren unter Annahme normaler Marktbedingungen zu berücksichtigen. Beispiele solcher Risikofaktoren sind Zinssätze (einschließlich Credit Spreads), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nichtlineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird.

Unsere Value-at-Risk-Berechnungen erfolgen mithilfe des Monte Carlo-Simulationsverfahrens, wobei wir annehmen, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen. In 2007 wurden alle Risiken, die bisher mithilfe der Varianz-Kovarianz-Methode quantifiziert wurden, so unsere spezifischen Zinsrisiken in einigen Portfolios wie beispielsweise im Credit Trading, in das Monte Carlo-Verfahren einbezogen.

Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikofaktoren. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken nehmen wir hingegen an, dass beide Risikokomponenten unkorreliert sind.

### **BACK-TESTING**

Wir benutzen in unseren Handelsbereichen ein Back-testing-Verfahren, um die Vorhersagekraft unserer Value-at-Risk-Berechnungen zu überprüfen. Bei diesem Verfahren vergleichen wir in erster Linie die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-hold-Annahme (entsprechend den deutschen bankaufsichtlichen Vorgaben) mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten.

Ein Komitee, das von Market Risk Management geleitet wird und dem auch Market Risk Operations und Finance angehören, bespricht vierteljährlich die Back-testing-Ergebnisse für den Konzern und für einzelne Geschäftsbereiche. Das Komitee analysiert die aufgetretenen Ertragsschwankungen und überprüft die Prognosegüte unseres Value-at-Risk-Modells. Dies wiederum erlaubt es uns, den Risikomessprozess zu verbessern.

### **STRESSTESTS UND ÖKONOMISCHES KAPITAL**

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-Risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, führen wir auch Stresstests durch, bei denen unsere Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall unseres Value-at-Risk-Modells abgedeckt werden, bewertet werden.

Die Quantifizierung von Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, das nach unserer Einschätzung zur Deckung der Marktrisiken aller von uns gehaltenen Positionen benötigt wird. Hierbei werden die zugrunde liegenden Risikofaktoren, die sich auf die verschiedenen Produkte auswirken, extrem ausgelenkt, das heißt einer plötzlichen Veränderung gemäß vordefinierten Szenarien unterzogen. Stressszenarien leiten wir aus historischen Worst-Case-Szenarien ab, berücksichtigen aber auch strukturelle Veränderungen der Märkte und der Liquidität.

So berechnen wir beispielsweise für alle Emerging Markets länderspezifische Event-Risk-Szenarien und überprüfen die Ergebnisse dieser Event-Risk-Analysen täglich. Darüber hinaus prüft ein Spezialistenkomitee auf monatlicher Basis Länderratings und Szenario-Loss-Limite. Ad-hoc-Prüfungen werden nach Bedarf durchgeführt.

Zusätzlich zu den länderspezifischen Event-Risk-Szenarien für Emerging Markets werden die Positionen aller bedeutenden Portfolios in regelmäßigen Abständen Stressszenarien unterworfen. Dies geschieht für die Handelsportfolios auf wöchentlicher Basis und für die Nichthandelsportfolios auf monatlicher Basis.

Unsere Stressszenarien umfassen:

- Preis- und Volatilitätsrisiken für Zinsen (inklusive Credit-Spread-Risiken), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise für Industrieländer. Dabei berücksichtigen wir sowohl Handels- und Nichthandelsbestände an Wertpapieren und Investments als auch Handelsportfolios in Derivaten. Dabei werden zahlreiche Basisrisiken erfasst.
- Risiken in Emerging Markets, einschließlich sinkender Aktienkurse, steigender Zinssätze und Währungsabwertungen;
- Risiken aus Änderungen der emittentenbezogenen Renditedifferenzen (Credit Spreads) für Anleihen, Kreditderivate und handelbare Kredite aus Industrie- und Emerging-Markets-Ländern;
- Underwritingrisiken im Anleihe- und Aktienemissionsgeschäft in Industrieländern.

Wir berechnen das Ökonomische Kapital, indem wir die Verluste aus diesen Stressszenarien aggregieren. Dabei benutzen wir Korrelationen, die extreme Marktbedingungen widerspiegeln (anstelle von Korrelationen, die bei normalen Marktbedingungen gelten und in unserem Value-at-Risk-Modell benutzt werden). Unser Modell zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals berücksichtigt auch Liquiditätsschocks, die am Markt auftreten können, und sich auf die Preise bestimmter Aktiva, insbesondere komplexerer und strukturierter Produkte, auswirken können.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für die Marktrisiken in unseren Handelsbereichen lag zum Jahresende 2007 bei 1,8 Mrd € und überstieg den Vorjahreswert von 1,6 Mrd € aufgrund von Änderungen im Risikoprofil.

#### **GRENZEN UNSERER EIGENEN RISIKOMODELLE**

Wenngleich wir davon überzeugt sind, dass unsere eigenen Marktrisikomodelle einen hohen Standard aufweisen, entwickeln wir diese Modelle ständig weiter und stellen erhebliche Ressourcen für ihre Überprüfung und Verbesserung bereit.

Die Ergebnisse unserer Stresstests und unsere Abschätzungen für das Ökonomische Kapital sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Anzahl unserer Stresstests und durch die Tatsache limitiert, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus unseren Marktrisikopositionen größer ausfällt als durch unser Ökonomisches Kapital abgeschätzt. Darüber hinaus überprüfen und verbessern wir unsere Stresstests fortwährend, um sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken erfasst und mögliche extreme Marktveränderungen im Modell abgebildet werden.

Bei unseren Value-at-Risk-Analysen sollten ferner die Grenzen der zugrunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden. So sollte der Value-at-Risk nicht als Maß für den Maximalverlust verstanden werden, der bei unseren Marktrisikopositionen auftreten kann. Zu den begrenzenden Faktoren der Value-at-Risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.



- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-Risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum geschlossen oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos während illiquider Zeitperioden, in denen ein Schließen oder Absichern der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99 % werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Wir berechnen den Value-at-Risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements nehmen wir keine untertägigen Value-at-Risk-Berechnungen vor.
- Value-at-Risk erfasst nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios und kann demzufolge zu einer Unterschätzung potenzieller Verluste führen. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in unser Value-at-Risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

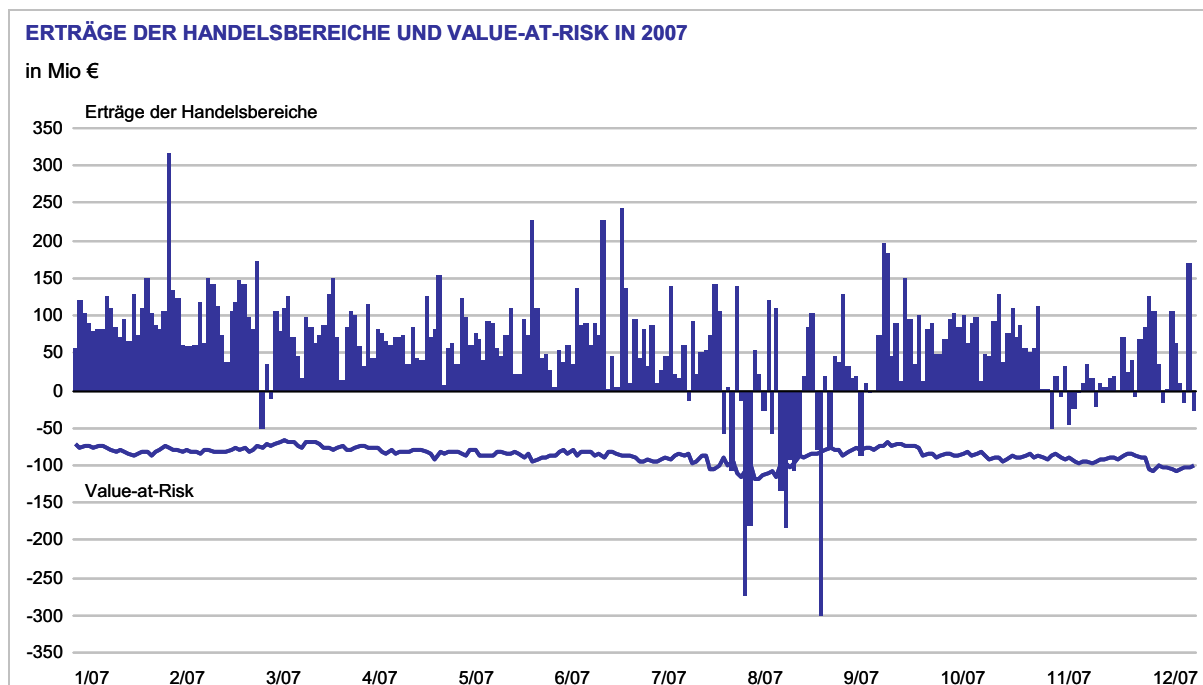
Im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-Risk-Methode ergänzen wir unsere Value-at-Risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

#### VALUE-AT-RISK DER HANDELSBEREICHE DES KONZERNBEREICHS CORPORATE AND INVESTMENT BANK

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Unser handelsbezogenes Marktrisiko außerhalb dieser Handelsbereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen einfach addieren, so würde dies die Annahme widerspiegeln, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handels- bereiche	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwaren- preisrisiko	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
in Mio €												
Durchschnitt	85,6	69,5	- 57,7	- 49,2	61,5	51,0	55,6	41,7	15,3	14,1	11,0	11,8
Maximum	118,8	82,0	- 76,8	- 65,5	95,9	66,1	90,5	60,2	28,9	46,2	18,0	25,0
Minimum	66,5	58,3	- 40,4	- 38,5	42,7	42,1	43,5	31,4	5,9	4,5	5,7	5,2
Jahresende	100,6	76,9	- 59,7	- 44,0	90,8	50,3	49,5	53,0	11,3	12,2	8,7	5,4

Das folgende Schaubild zeigt den aggregierten täglichen Value-at-Risk der Handelsbereiche in 2007, unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten, sowie die tatsächlichen Erträge der Handelsbereiche im Jahresverlauf.



Unser Value-at-Risk für die Handelsbereiche bewegte sich in einem Band zwischen 67 Mio€ bis 119 Mio€. Der durchschnittliche Value-at-Risk betrug im Jahr 2007 86 Mio€ und lag somit um 23 % über dem Vorjahresdurchschnitt von 69 Mio€.

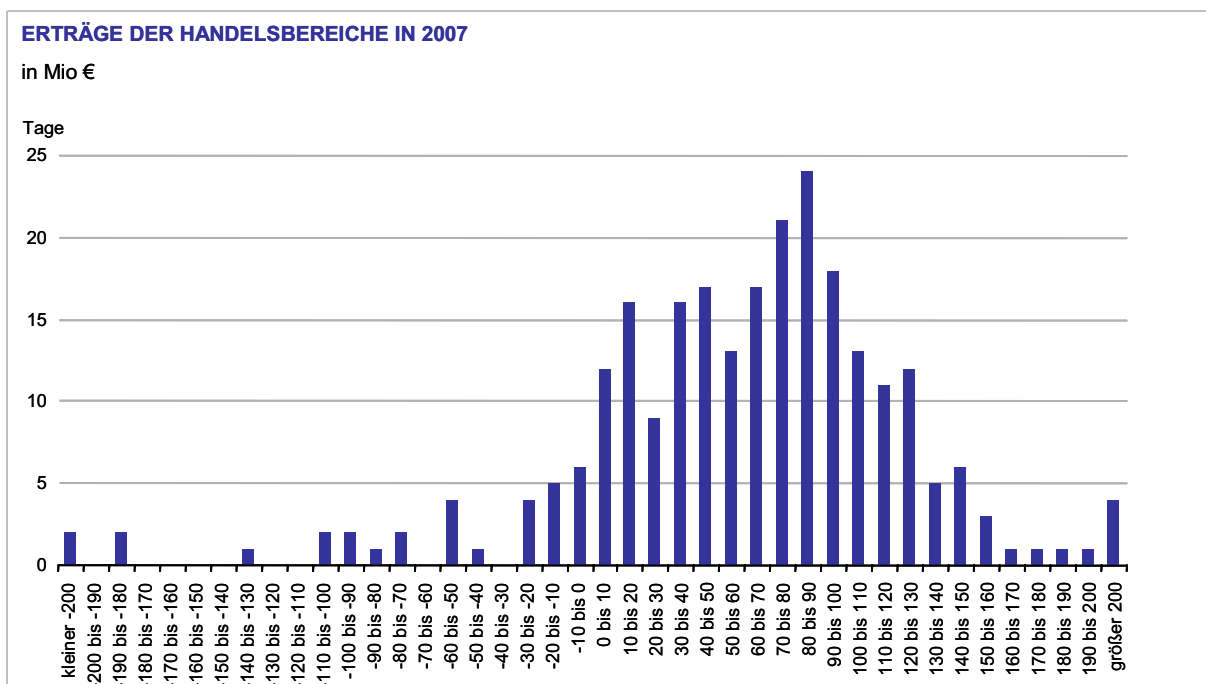
Neben dem selektiven Ausbau unserer Zinsrisikoengagements und/oder Aktienkursrisikopositionen in der ersten Jahreshälfte 2007 erklärt sich der Value-at-Risk-Anstieg in 2007 hauptsächlich durch die steigende Volatilität der Märkte sowie in einem geringeren Maß durch eine verfeinerte Value-at-Risk-Messung in der zweiten Jahreshälfte. Das Value-at-Risk-Maximum für das Gesamtjahr 2007 lag bei 119 Mio€. Das Maximum trat in der Mitte des dritten Quartals auf und spiegelt unter anderem die bewusste Entscheidung der Bank wider, zu dieser Zeit Optionsgeschäfte zur Absicherung gegen fallende Märkte einzugehen, die zu einem erhöhten Volatilitätsrisiko und Zeitwertverfall führten.

In 2007 erzielten unsere Handelsbereiche an über 87 % der Handelstage (über 96 % in 2006) einen positiven Ertrag. Darüber hinaus kam es an zehn Handelstagen in 2007 zu einem tatsächlichen Verlust, der die Value-at-Risk-Prognose für diesen Tag übertraf, während dies an keinem Tag in 2006 zu beobachten war.

Im Rahmen unseres aufsichtsrechtlichen Back-testing wurden in 2007 insgesamt 12 Ausreißer beobachtet, das heißt hypothetische Buy-and-hold-Verluste, die den prognostizierten Gesamt-Value-at-Risk für die Handelsbereiche überstiegen. Obwohl wir glauben, dass die Mehrzahl dieser Ausreißer vor allem auf extreme Ereignisse außerhalb normaler Marktbedingungen zurückzuführen ist, führen wir eine Neubewertung unserer Modellannahmen und –parameter

durch im Hinblick auf mögliche Verbesserungen bei Vorliegen ungewöhnlicher Marktbedingungen – wie jenen in den letzten beiden Quartalen des Jahres 2007. Bei einem Value-at-Risk-Modell mit einem Konfidenzniveau von 99 % sind pro Jahr statistisch zwei bis drei Ausreißer zu erwarten. In Anbetracht der vorgenannten extremen Ereignisse sind wir davon überzeugt, dass unser Value-at-Risk-Modell unter normalen Marktbedingungen auch weiterhin ein geeignetes Maß für unser handelsbezogenes Marktrisiko darstellen wird.

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche in 2007. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde. Das Balkendiagramm bestätigt den Effekt, den die extremen Marktbedingungen im Sommer 2007 auf unsere Erträge hatten.



#### MARKTRISIKO IN UNSEREN NICHTHANDELSPORTFOLIOS

Gemessen am Ökonomischen Kapital, hat sich das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios von 1,4 Mrd € zum Jahresende 2006 auf 1,7 Mrd € zum Jahresende 2007 erhöht.

#### MANAGEMENT UNSERER NICHTHANDELSPORTFOLIOS

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt unsere Aktivitäten im Bereich der Nichthandelsportfolios. Es ist zuständig für die Koordination der konzernweiten Risikoneigung, der Kapitalerfordernisse und des Refinanzierungsbedarfs, basierend auf den Geschäftsstrategien für den Konzern, die Konzernbereiche und die untergeordneten Geschäftsbereiche. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die regelmäßige Überprüfung der Engagements in unseren Nichthandelsportfolios sowie der damit zusammenhängenden Stresstestergebnisse, Überprüfungen der Rentabilität unserer Akquisitionen und Beteiligungen, die Zuteilung von Risikolimiten für die Geschäftsbereiche im vom Vorstand vorgegebenen Rahmen sowie die Genehmigung von Richtlinien für die Nichthandelsportfolios, die durch das Risk Executive

Committee ratifiziert werden. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen den beiden Komitees gewährleistet wird.

Unser dediziertes Investment & Asset Risk Management Team ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der Nichthandelsportfolios, einschließlich von Buchwerten, Schätzungen des Ökonomischen Kapitals, Limitauslastungen, Ertragsprüfungen und geplanter Aktivitäten.

#### **BEWERTUNG DES MARKTRISIKOS IN UNSEREN NICHTHANDELSPORTFOLIOS**

Aufgrund der besonderen Eigenschaften unserer Nichthandelsportfolios und der teilweise fehlenden Preistransparenz benutzen wir für unsere Nichthandelsportfolios als Risikomaß nicht den Value-at-Risk. Stattdessen verwenden wir zur Bewertung des Marktrisikos in diesen Portfolios Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios aktiv überwachen und steuern. So benutzen wir beispielsweise für unsere Industriebeteiligungen individuelle Preisschocks in Höhe von 23 % bis 51 %, die auf historisch beobachteten Marktwertänderungen basieren. Bei Private-Equity-Engagements werden alle Positionen Stressbewegungen unterworfen, die sich zum einen aus der Anwendung unseres Ökonomischen Kapitalmodells für Kreditrisiken und zum anderen aus Marktpreisschocks von bis zu 100 %, je nach Vermögensgegenstand, ableiten. Siehe hierzu auch „Risikosteuerungsinstrumente – Ökonomisches Kapital“ und „Marktrisiko – Stresstests und Ökonomisches Kapital“.

#### **NICHT HANDELSBEZOGENES MARKTRISIKO NACH RISIKOKLASSE**

Das größte Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios ist das Aktienkursrisiko. Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Geschäftsbereich Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und ist in unsere handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen einbezogen. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken im Allgemeinen durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, so dass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur minimale Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten ergeben.

#### **NICHT HANDELSBEZOGENES MARKTRISIKO NACH KONZERNBEREICH**

Alle Konzernbereiche halten und steuern nicht handelsbezogene Marktrisiken. Gemessen am Ökonomischen Kapital geht der Konzernbereich Corporate and Investment Bank das größte nicht handelsbezogene Marktrisiko im Konzern ein, das hauptsächlich aus Principal Investments stammt. Der Konzernbereich Corporate Investments geht nicht handelsbezogene Marktrisiken durch Industriebeteiligungen, Private Equity Investments und sonstige Unternehmensbeteiligungen ein. Das nicht handelsbezogene Marktrisiko im Konzernbereich Private Clients and Asset Management resultiert vor allem aus Eigenanlagen in Immobilien, Hedge- und Investmentfonds, die der Unterstützung des Client-Asset-Management-Geschäfts dienen und vorwiegend die Form von Minderheitsbeteiligungen bei Fondsgründungen oder Kapitalbeteiligungen bei bestehenden Fonds annehmen.

**BUCHWERT UND ÖKONOMISCHER KAPITALBEDARF FÜR UNSERE NICHTHANDELSPORTFOLIOS**

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere wichtigsten Industriebeteiligungen, sonstigen Unternehmensbeteiligungen sowie Alternative Assets.

Nichthandelsportfolios in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1</sup>	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1</sup>
Wichtigste Industriebeteiligungen	5,1	5,0	0,1	0,2
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	3,3	2,8	0,7	0,6
Alternative Assets:	3,9	2,6	0,9	0,6
Principal Investments	1,6	1,2	0,5	0,4
Immobilien	2,0	1,1	0,3	0,1
Hedgefonds <sup>2</sup>	0,3	0,3	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>12,3</b>	<b>10,4</b>	<b>1,7</b>	<b>1,4</b>

<sup>1</sup> Änderungen der Buchwerte und des Ökonomischen Kapitalbedarfs reflektieren die Umstellung auf IFRS.

<sup>2</sup> Am 31. Dezember 2007 bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 46 Mio € und am 31. Dezember 2006 von 40 Mio €.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2007 auf insgesamt 1,7 Mrd € und fiel somit um 329 Mio € oder 24 % höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2006. Der Anstieg steht hauptsächlich mit dem höheren Risiko unseres Alternative-Assets-Portfolios in Verbindung.

- **WICHTIGSTE INDUSTRIEBETEILIGUNGEN.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf von 75 Mio € zum Jahresende 2007 war in erster Linie auf unsere neu erworbene indirekte Beteiligung an EADS N.V. zurückzuführen, deren Marktwert sich zum Jahresende 2007 auf 133 Mio € belief. Der Ökonomische Kapitalbedarf für unsere übrigen Industriebeteiligungen ist aufgrund weiter gestiegener unrealisierter Gewinne bei unserer Beteiligung an der Daimler AG, die den Hauptbeitrag zum Ökonomischen Kapitalbedarf des Vorjahres lieferte, sowie dem Abbau unserer Beteiligungen an Allianz SE und Linde AG weiter gesunken.
- **SONSTIGE UNTERNEHMENSBEILIGUNGEN.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf von 729 Mio € für unsere sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2007 ist weiterhin überwiegend durch unsere Eigenanlagen in Investmentfonds sowie einige andere Unternehmensbeteiligungen verursacht. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 144 Mio € im Vergleich zum Jahresende 2006 spiegelt in erster Linie den Kauf von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wider.
- **ALTERNATIVE ASSETS.** Unsere Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out Funds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out Funds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem Infrastructure Asset im Geschäftsbereich Asset Management (für das ein Weiterverkauf gegenwärtig beabsichtigt ist) sowie aus dem wachsenden Private-Equity-Portfolio im Geschäftsbereich Global Markets. Unser Alternative-Assets-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei risikoärmeren Infrastructure Assets auf, bleibt aber insgesamt gut diversifiziert und besteht weiterhin überwiegend aus Principal Investments und Immobilieninvestments.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationsnutzen zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt.

## WICHTIGSTE INDUSTRIEBETEILIGUNGEN

Die nachstehende Tabelle zeigt die Beteiligungssätze und die Marktwerte der wichtigsten Industriebeteiligungen, die zum Jahresende 2007 direkt und/oder indirekt gehalten wurden, sowie die entsprechenden Beteiligungen zum Jahresende 2006. Unser Konzernbereich Corporate Investments beabsichtigt gegenwärtig, den Verkauf der meisten seiner börsennotierten Beteiligungen im Laufe der kommenden Jahre fortzusetzen, abhängig vom rechtlichen Umfeld und von den Marktbedingungen.

Wichtigste Industriebeteiligungen		Kapitalbeteiligung (in %)		Marktwert (in Mio €)	
		31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Name	Sitzland				
Daimler AG	Deutschland	4,4	4,4	2.967	2.103
Allianz SE	Deutschland	1,7	2,2	1.154	1.494
Linde AG	Deutschland	5,2	7,8	789	983
EADS N.V.	Niederlande	0,8	–	133	–
Sonstige	N/A	N/A	N/A	37	394
<b>Insgesamt</b>				<b>5.081</b>	<b>4.975</b>

N/A – nicht aussagefähig

## LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2007 hat unser Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

### KONZEPT DES LIQUIDITÄTSRISIKOMANAGEMENTS

Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, unsere Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die zugrunde liegenden Richtlinien werden regelmäßig von dem Capital and Risk Committee überprüft und genehmigt. In den Richtlinien werden die auf den Konzern anzuwendenden Methoden festgelegt.

Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt untertägig mit der Steuerung der Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows unter Berücksichtigung unseres Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften unseres Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Schließlich umfasst die strategische Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie.

Unser cashflowbezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Die Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen, Fallstudien von Liquiditätskrisen oder hypothetischen Modellen.

### **KURZFRISTIGE LIQUIDITÄT**

Unser Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit können wir unsere kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows unserer bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Wir modellieren das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres tatsächlichen Verhaltens. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen unseren Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

### **UNBESICHERTE FINANZIERUNGSMITTEL**

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Instrument, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Capital and Risk Committee setzt für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite, um unseren Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

### **LIQUIDITÄT DER AKTIVA**

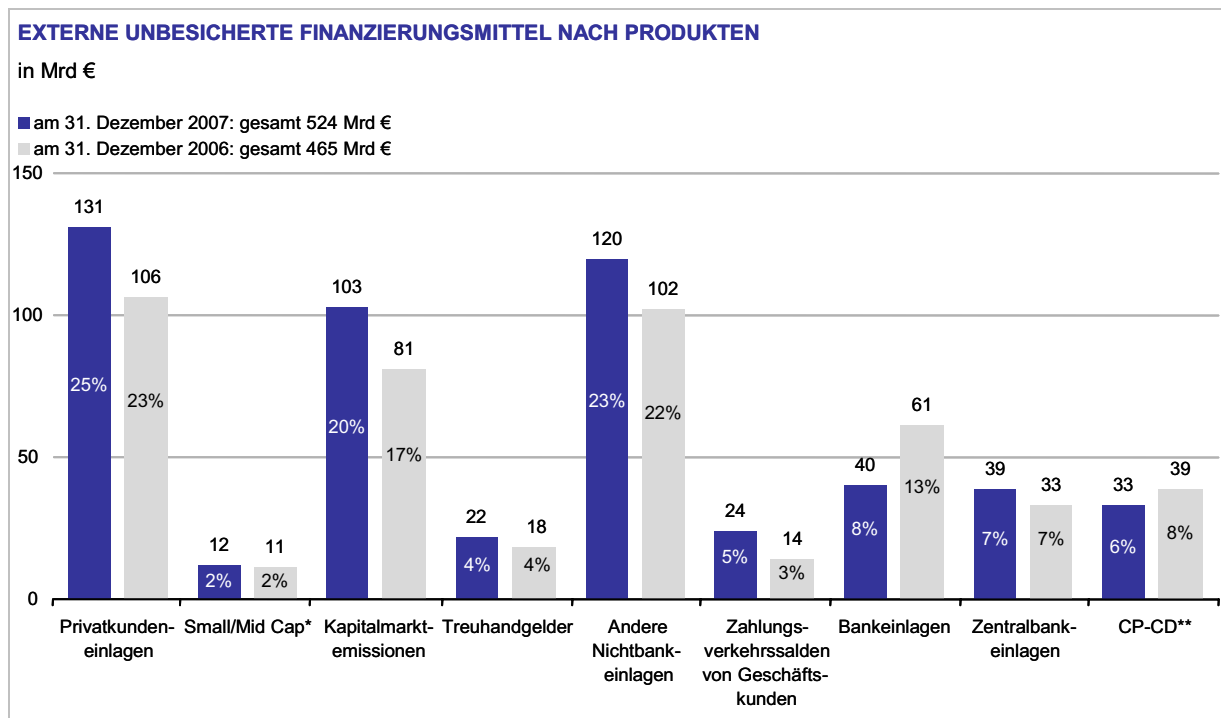
Mit dieser Komponente bestimmen wir die Volumina und Verbuchungsorte unseres konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die wir nutzen können, um Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennen wir in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen. Zusätzlich unterhalten wir ein Portfolio von hochliquiden Wertpapieren in den führenden Weltwährungen zur Stellung von Sicherheiten für Barmittelerfordernisse im Rahmen der Clearingaktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen Währungen. Auch zur Unterstützung unseres Liquiditätsprofils im Falle von potenziell sich verschlechternden Marktbedingungen, wie es im zweiten Halbjahr 2007 global zu beobachten war, haben wir diese zweckbestimmten Portfolios um 7,8 Mrd € auf 25,4 Mrd € am 31. Dezember 2007 erhöht.

### **DIVERSIFIKATION DER FINANZIERUNGSMITTEL**

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Liquiditätsrisikomanagements. Unsere Kernfinanzierungsquellen sind Privatkunden-, Mittelstands- und Treuhandgelder sowie langfristige Kapitalmarktmittel. Kundeneinlagen, Gelder institutioneller Anleger sowie Interbankeneinlagen sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen unbesicherten Finanzierungsmittel, die zur Liquiditätsrisikoposition beitragen (was zum Beispiel sich selbst finanzierende strukturierte Anteile nicht mit einschließt), zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2006, jeweils in Mrd€, sowie als prozentualer Anteil an den externen unbesicherten Verbindlichkeiten insgesamt.



\* Bezeichnet Einlagen mittelständischer deutscher Firmenkunden.

\*\* Commercial Paper/Certificates of Deposit mit einer Fälligkeit von einem Jahr oder weniger.

## LIQUIDITÄTSABLAUFILANZ

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, haben wir individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Immobilienfinanzierungen und Retaileinlagen), ordnen wir entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee unsere Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Insgesamt hat Treasury im Jahr 2007 Kapitalmarktinstrumente in Höhe von etwa 44,6 Mrd€ begeben und damit die ursprüngliche Zielgröße von 23 Mrd€ nach oben korrigiert. Diese erhöhte Kapitalmarktemission war eine von einer



ganzen Reihe von Maßnahmen im Zuge der sich verschlechternden Marktbedingungen in der zweiten Jahreshälfte zur Stärkung unserer stabilen Liquiditätsposition, um existierende Zusagen zu refinanzieren, Neugeschäft zu ermöglichen und uns auf andere Eventualitäten vorzubereiten.

Für Informationen bezüglich des Laufzeitprofils unserer langfristigen Verbindlichkeiten verweisen wir auf Note [27] des Konzernabschlusses.

#### **STRESSTESTS UND SZENARIOANALYSE**

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen. Diese Szenarien beinhalten jetzt auch die Herausforderungen, die sich in der Finanzmarktkrise 2007 ergeben haben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, mangelnde Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen. Die hypothetischen Modelle beinhalten interne Szenarien wie operationelle Risiken, Bonitätsherabstufung der Bank durch die Ratingagenturen um drei Stufen sowie externe Szenarien wie Marktrisiko, Emerging-Markets-Krise und systemischen Schock. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Verkauf von Wertpapieren, ein Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung und eine Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten (Positionsschließung).

Diese Analyse ist in das bestehende Liquiditätsrisikomanagement-Konzept vollständig integriert. Wir verfolgen unsere vertraglichen Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden die einzelnen Stressfälle auf jedes Produkt an. Diese Analyse wird durch die Bestimmung der Liquidität der Aktiva ergänzt.

Unsere Stresstestanalysen geben Auskunft darüber, ob wir unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnten, und dienen als wichtige Informationen zur Festlegung unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Analyse monatlich durch.

Die nachstehende Übersicht veranschaulicht unsere Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2007. Für jedes Szenario zeigt sie unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses und wie viel Liquidität wir zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können.

Szenario	Finanzierungslücke <sup>1</sup> (in Mrd €)	Positions- schließung <sup>2</sup> (in Mrd €)	Auswirkung auf Liquidität <sup>3</sup>
Marktrisiko	5,5	98,9	allmählich ansteigend
Emerging Markets	27,7	117,1	allmählich ansteigend
Systemischer Schock	20,4	70,9	temporäre Störung
Operationelles Risiko	13,9	106,7	temporäre Störung
Ratingherabstufung um eine Stufe	28,1	129,3	allmählich ansteigend
Ratingherabstufung um drei Stufen	108,6	129,3	ansteigend und stabilisierend

1 Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

2 Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung und Liquidität der Aktiva.

3 Wir untersuchen, ob unser Liquiditätsrisiko vorübergehend ist und sich im Zeitablauf verschlechtert oder verbessert.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachten wir es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern zu diskutieren. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern.

Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir halten alle anwendbaren Liquiditätsbestimmungen ein.

## KAPITALMANAGEMENT

Treasury verantwortet das konzernweite sowie das lokale Kapitalmanagement. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund wird das Kapital von Treasury regelmäßig den Geschäftsbereichen neu zugeordnet.

Treasury implementiert unsere Kapitalstrategie, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Unser Ziel ist es, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf des Kapitals unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das nach den Regeln der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ermittelte aufsichtsrechtliche Kapital sowie schließlich das Ökonomische Kapital. Unter Basel I betrug der Zielkorridor der BIZ-Kernkapitalquote 8 bis 9 % und dieser wird auch zukünftig mit der Einführung von Basel II seit dem 1. Januar 2008 angestrebt.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung unseres Finanzierungsplans und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung unseres Kapitals und unserer Liquidität werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Das Kapitalmanagement im Jahr 2007 umfasste den Abschluss des Aktienrückkaufprogramms 2006/07 und den Start des Aktienrückkaufprogramms 2007/08. Im Rahmen des im Mai 2007 abgeschlossenen Programms 2006/07 wurden 14,1 Millionen Aktien zurückgekauft. Auf Basis der auf der ordentlichen Hauptversammlung 2007 erteilten und Ende Oktober 2008 auslaufenden Ermächtigung, 10 % der insgesamt emittierten Aktien zurückzukaufen, wurde im Mai 2007 das Aktienrückkaufprogramm 2007/08 gestartet. Das Programm dient unter anderem dazu, Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsprogrammen zu bedienen, und ermöglicht uns, Kapitalbedarf und -ausstattung in Einklang zu bringen. Die Rückkäufe wurden durch laufende Gewinne finanziert. Bis zum 31. Dezember 2007 wurden 6,3 Millionen Aktien (ungefähr 1,2 % unseres Gezeichneten Kapitals) im Rahmen des Programms 2007/08 zurückgekauft. Insgesamt wurden 2007 im Zuge unserer Aktienrückkaufprogramme 11,3 Millionen Aktien zurückgekauft (2006: 28,8 Millionen).

Im Geschäftsjahr 2007 haben wir hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 1,3 Mrd€ begeben (2006: 1,1 Mrd€). Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital belief sich am 31. Dezember 2007 auf insgesamt 5,6 Mrd€, verglichen mit 4,5 Mrd€ zum 31. Dezember 2006.

Eine Innovation in 2007 war unsere erstmalige Contingent-Capital-Emission. Uns steht es frei, diese Form des Kapitals bei Bedarf in hybrides Tier-1-Kapital umzuwandeln und somit flexibles Kapital zu bilden, um der ratingabhängigen Bemessung unserer Risikoposition unter Basel II zu entsprechen. Wir haben in 2007 zwei Emissionen in Höhe von 200 Mio€ und 800 Mio US-\$ begeben.

## **OPERATIONELLES RISIKO**

Wir definieren das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäftsrisiko und das Reputationsrisiko.

## **ORGANISATIONSSTRUKTUR**

Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion innerhalb der Deutschen Bank. Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied des Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Das Operational Risk Management Committee ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und setzt sich aus Vertretern des Operational Risk Management sowie Operational Risk Officers aus den Geschäftsbereichen und ausgewählten Vertretern der Infrastrukturbereiche zusammen. Das Operational Risk Management Committee ist das Hauptentscheidungs-gremium für alle Fragen des operationellen Risikomanage-

ments. Es verabschiedet Konzernrichtlinien für die Erkennung, Messung, Bewertung, Berichterstattung und Überwachung von operationellen Risiken.

Das Operational Risk Management ist für die Definition des Risikorahmenwerks für operationelle Risiken sowie dazugehöriger Richtlinien verantwortlich, während die Verantwortung für die Umsetzung des Rahmenwerks und das tagtägliche Management operationeller Risiken bei unseren Geschäftsbereichen liegt. Dieses Business-Partnership-Modell führt zu einer engen Überwachung und zu einem verstärkten Bewusstsein für operationelle Risiken. Das Operational Risk Management ist in globale Relationship Teams und ein zentrales Methodenteam aufgeteilt. Die globalen Relationship Teams, die entsprechend unserer divisionalen und regionalen Struktur aufgestellt sind, überwachen und unterstützen die Umsetzung des Risikorahmenwerks der Bank für operationelle Risiken. Das zentrale Methodenteam entwickelt und implementiert das Instrumentarium für Management und Berichterstattung der operationellen Risiken, einschließlich der Methodik zum Advanced Measurement Approach (AMA). Dies beinhaltet ebenfalls die Überwachung der aufsichtsrechtlichen Auflagen, die Durchführung von Analysen zur Schaffung von Mehrwert und die Festsetzung von Verlustschwellen.

#### **STEUERUNG UNSERES OPERATIONELLEN RISIKOS**

Wir steuern das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikoneigung festlegen und Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikoverringering definieren können.

Wir wenden verschiedene Techniken zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos an. Einige Beispiele:

- Wir führen „Self-Assessments“ nach einem Bottom-up-Ansatz durch. Das Resultat ist ein spezifisches operationelles Risikoprofil für jede Geschäftssparte, welches die Bereiche mit einem hohen Risikopotenzial deutlich hervorhebt.
- Wir dokumentieren Verluste aus operationellen Risiken in unserer Datenbank „db-Incident Reporting System“.
- Wir erfassen und überwachen wichtige operationelle Risikoidikatoren mit dem Instrument „db-Score“.
- Alle Maßnahmen, die wir durch „Self-Assessments“ oder Überwachung von Risikoidikatoren identifizieren, werden in „db-Track“ erfasst. In „db-Track“ überwachen wir fortlaufend den Umsetzungsfortschritt dieser Maßnahmen.

Im Jahr 2007 haben wir unsere Methodik zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das operationelle Risiko weiter verfeinert und haben im Dezember 2007 die Genehmigung der BaFin für den Advanced Measurement Approach (AMA) erhalten.

Ausgehend von der Organisationsstruktur, den Governancestrukturen und vorhandenen Systemen zur Identifizierung und Steuerung der operationellen Risiken und mit Unterstützung der für spezifische operationelle Risikoarten zuständigen Kontrollfunktionen (wie Compliance, Corporate Security & Business Continuity) streben wir eine Optimierung des operationellen Risikomanagements an. Künftige operationelle Risiken, die wir durch zukunftsgerichtete Analyse identifizieren, werden mithilfe von vorbeugenden Maßnahmen wie der Entwicklung von Back-up-Systemen und Krisenplänen gesteuert. Wenn es uns erforderlich erscheint, schließen wir Versicherungen für operationelle Risiken ab.

## GESAMTRISIKOPOSITION

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2006, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird. Das Liquiditätsrisiko ist in dieser Gesamtposition nicht enthalten.

Ökonomischer Kapitalbedarf in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Kreditrisiko	8.506	7.351
Marktrisiko <sup>1</sup> :	3.481	2.994
Marktrisiko aus Handelspositionen	1.763	1.605
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen <sup>1</sup>	1.718	1.389
Operationelles Risiko	3.974	3.323
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	- 2.651	- 2.158
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	13.310	11.509
Geschäftsrisiko	301	226
<b>Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>13.611</b>	<b>11.735</b>

<sup>1</sup> Änderungen des ökonomischen Kapitalbedarfs für 2006 reflektieren die Umstellung auf IFRS.

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Am 31. Dezember 2007 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf insgesamt 13,6 Mrd € und lag somit um 1,9 Mrd € oder 16 % über dem Stand von 11,7 Mrd € am 31. Dezember 2006.

Der Anstieg des Ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko um 1,2 Mrd € oder 16 % spiegelt im Wesentlichen den Volumensanstieg in Derivaten und im ausleihebezogenen Kreditrisiko, primär in unserem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities wider.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktrisiken stieg um 487 Mio € oder 16 % auf 3,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007 an. Dieser Anstieg ist hauptsächlich durch das nicht handelsbezogene Marktrisiko verursacht, das sich um 329 Mio € oder 24 % erhöhte und primär das gestiegene Risiko unseres Alternative-Assets-Portfolios widerspiegelt. Das Ökonomische Kapital für das handelsbezogene Marktrisiko erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2006 infolge eines veränderten Risikoprofils um 158 Mio € oder 10 %.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko stieg um 651 Mio € oder 20 % auf 4,0 Mrd € zum 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg ist auf zwei Faktoren zurückzuführen. Ein Faktor hängt mit methodischen Verbesserungen zusammen, insbesondere der verbesserten Modellierung der „Qualitativen Ergänzung (QE)“. Wir schätzen, dass der Ökonomische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko zum 31. Dezember 2006 circa 3,8 Mrd € betragen hätte, wenn wir zu diesem Zeitpunkt bereits die methodischen Verbesserungen der QE angewandt hätten. Der zweite Faktor ist eine realistischere Abbildung unseres Risikoprofils auf Basis einer erweiterten Zeitreihe historischer interner und externer Verluste.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko stieg um 493 Mio€ oder 23 % auf 2,7 Mrd€ zum 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg wurde getrieben von und war vollständig im Einklang mit dem erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf der oben aufgeführten Risikoarten.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf unserer Segmente zum 31. Dezember 2007.

31.12.2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Konzern insgesamt <sup>1</sup>
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio €								
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	10.533	430	10.963	871	1.566	2.437	207	13.611

<sup>1</sup> Enthält 5 Mio € aus Consolidation & Adjustments.

Die Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch Verfeinerungen unserer Risikomessmethoden verändern.

# Konzernabschluss

## 02 //

---

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	102
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	103
Konzernbilanz	104
Konzern-Kapitalflussrechnung	105
Konzernanhang	106

# Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	[Notes]	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	[3]	67.706	58.275
Zinsaufwendungen	[3]	58.857	51.267
<b>Zinsüberschuss</b>	[3], [6]	<b>8.849</b>	<b>7.008</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[16]	612	298
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>		<b>8.237</b>	<b>6.710</b>
Provisionsüberschuss	[4]	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	[5], [6]	7.175	8.892
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	[7]	793	591
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	[14]	353	419
Sonstige Erträge	[8]	1.286	389
<b>Zinsunabhängige Erträge insgesamt</b>		<b>21.896</b>	<b>21.486</b>
Personalaufwand	[31], [32]	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	[9]	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	[40]	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	[21]	128	31
Restrukturierungsaufwand	[25]	- 13	192
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt</b>		<b>21.384</b>	<b>19.857</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>		<b>8.749</b>	<b>8.339</b>
Ertragsteueraufwand	[33]	2.239	2.260
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>6.510</b>	<b>6.079</b>
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis		36	9
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		6.474	6.070

## ERGEBNIS JE AKTIE

in €	[Notes]	2007	2006
<b>Ergebnis je Aktie:</b>	[10]		
Basic		13,65	12,96
Verwässert <sup>1</sup>		13,05	11,48
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		474,2	468,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		496,1	521,2

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Note [10] enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.



## Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen

in Mio €	2007	2006
<b>In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Jahresüberschuss</b>	<b>6.510</b>	<b>6.079</b>
<b>Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern</b>		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	1.022	1.101
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 793	- 651
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 19	- 68
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	13	- 8
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 1.696	- 708
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 5	8
Steuern auf Positionen, die direkt im Eigenkapital erfasst oder aus dem Eigenkapital reklassifiziert wurden	215	- 25
<b>Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern</b>	<b>- 1.263</b>	<b>- 351</b>
<b>Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen</b>	<b>5.247</b>	<b>5.728</b>
Zurechenbar:		
den Minderheitsanteilen	43	6
den Deutsche Bank Aktionären	5.204	5.722

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

# Konzernbilanz

in Mio €	[Notes]	31.12.2007	31.12.2006
<b>Aktiva:</b>			
Barreserve		8.632	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		21.615	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[18]	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	[18]	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2007 158 Mrd € (2006: 87 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[11], [18], [35]	1.474.103	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2007 17 Mio € (2006: 23 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[13], [18]	42.294	38.037
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	[14]	3.366	2.541
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	[15], [16]	198.892	178.524
Sachanlagen	[19]	2.409	3.241
Immaterielle Vermögenswerte	[21]	9.383	8.612
Sonstige Aktiva	[22], [23]	182.897	139.021
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	[33]	2.428	2.120
Steuerforderungen aus latenten Steuern	[33]	4.772	4.332
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>2.020.349</b>	<b>1.584.493</b>
<b>Passiva:</b>			
Einlagen	[24]	457.946	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[18]	178.741	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[18]	9.565	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	[11], [35]	966.177	694.619
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[26]	53.410	48.433
Sonstige Passiva	[23]	171.509	144.129
Rückstellungen	[25]	1.295	1.768
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	[33]	4.515	4.033
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	[33]	2.124	2.285
Langfristige Verbindlichkeiten	[27]	126.703	111.363
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	[27]	6.345	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28]	3.553	4.327
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>		<b>1.981.883</b>	<b>1.551.018</b>
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	[29]	1.358	1.343
Kapitalrücklage	[30]	15.808	15.246
Gewinnrücklagen	[30]	25.116	20.451
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	[29]	- 2.819	- 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28]	- 3.552	- 4.307
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	[30]	3.635	3.208
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	[30]	- 52	- 45
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	[30]	- 2.450	- 760
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	[30]	1.133	2.403
<b>Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital</b>		<b>37.044</b>	<b>32.758</b>
Minderheitsanteile	[30]	1.422	717
<b>Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile</b>	[30]	<b>38.466</b>	<b>33.475</b>
<b>Summe der Passiva</b>		<b>2.020.349</b>	<b>1.584.493</b>

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

# Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2007	2006
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>6.510</b>	<b>6.079</b>
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	651	352
Restrukturierungsaufwand	- 13	30
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equity Methode		
bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 1.907	- 913
Latente Ertragsteuern, netto	- 918	165
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.731	1.355
Anteilige Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 358	- 207
<b>Jahresüberschuss, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten</b>	<b>5.696</b>	<b>6.861</b>
Anpassungen aufgrund eines Nettoanstiegs/-rückgangs beziehungsweise einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	7.588	- 3.318
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	5.146	- 11.394
Handelsaktiva	- 302.932	- 87.409
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (exkl. Investitionstätigkeit)	- 75.775	- 19.064
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 22.185	- 14.403
Sonstige Aktiva	- 42.674	- 30.083
Einlagen	47.464	35.720
Handelsspassiva	205.814	25.243
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (exkl. Finanzierungstätigkeit)	70.232	41.518
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	69.072	18.955
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	6.531	7.452
Sonstige Passiva	21.133	30.079
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	22.935	10.480
Sonstige, per saldo	- 1.255	527
<b>Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>	<b>16.790</b>	<b>11.164</b>
Cashflow aus Investitionstätigkeit		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	12.470	11.952
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	8.179	6.345
Verkauf von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	1.331	3.897
Verkauf von Sachanlagen	987	123
Erwerb von:		
zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte)	- 25.230	- 22.707
Nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 1.265	- 1.668
Sachanlagen	- 675	- 606
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 648	- 1.120
Sonstige, per saldo	463	314
<b>Nettocashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>- 4.388</b>	<b>- 3.470</b>
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	429	976
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten (inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 2.809	- 1.976
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	1.874	1.043
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities inkl. zum Fair Value bewerteter finanzieller Verbindlichkeiten)	- 420	- 390
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	389	680
Kauf Eigener Aktien	- 41.128	- 38.830
Verkauf Eigener Aktien	39.729	36.380
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	- 13	- 26
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	585	130
Gezahlte Bardividende	- 2.005	- 1.239
<b>Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>- 3.369</b>	<b>- 3.252</b>
<b>Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente</b>	<b>- 289</b>	<b>- 510</b>
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.744	3.932
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	17.354	13.422
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	26.098	17.354
<b>Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet</b>		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	2.806	3.102
Gezahlte Zinsen	58.097	49.921
Erhaltene Zinsen und Dividenden	67.706	58.275
<b>Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten</b>		
Barreserve	8.632	7.008
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 4.149 Mio € per 31.12.2007 und von 8.853 Mio € per 31.12.2006)	17.466	10.346
<b>Insgesamt</b>	<b>26.098</b>	<b>17.354</b>

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

# Konzernanhang

## Konzernanhang

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	107
[2] Segmentberichterstattung	136

## Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[3] Zinsüberschuss	146
[4] Provisionsüberschuss	147
[5] Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	147
[6] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen	148
[7] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	149
[8] Sonstige Erträge	149
[9] Sachaufwand und sonstiger Aufwand	150
[10] Ergebnis je Aktie	150

## Anhangangaben zur Bilanz

[11] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	152
[12] Fair Value von Finanzinstrumenten	155
[13] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	162
[14] Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	163
[15] Forderungen aus dem Kreditgeschäft	165
[16] Risikovorsorge im Kreditgeschäft	165
[17] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	166
[18] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte	167
[19] Sachanlagen	168
[20] Leasingverhältnisse	169
[21] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	170
[22] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	176
[23] Sonstige Aktiva und Passiva	177
[24] Einlagen	178
[25] Rückstellungen	178
[26] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	181
[27] Langfristige Verbindlichkeiten und Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	181

## Zusätzliche Anhangangaben

[28] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	182
[29] Stammaktien	183
[30] Veränderung des Eigenkapitals	185
[31] Aktienbasierte Vergütungen	186
[32] Leistungen an Arbeitnehmer	191
[33] Ertragsteuern	196
[34] Akquisitionen und Veräußerungen	200
[35] Derivative Finanzinstrumente	206
[36] Aufsichtsrechtliches Kapital	209
[37] Risikoangaben	212
[38] Geschäfte mit nahe stehenden Dritten	228
[39] Informationen zu Tochtergesellschaften	231
[40] Versicherungs- und Investmentverträge	232
[41] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	235
[42] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB	237
[43] Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	238
[44] Überleitung zwischen vorherigen Rechnungslegungsgrundsätzen und IFRS	239

## **[1] WESENTLICHE RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE**

### **GRUNDLAGE DER DARSTELLUNG**

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttersgesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate and Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [2] dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt und steht in Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Da der Konzern die von der EU bei der Übernahme von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, eingeräumte Ausnahmeregelung („Carve-out“) für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“) nicht nutzt, erfüllt der Konzernabschluss vollständig die Regelungen der vom IASB veröffentlichten IFRS. In Einklang mit IFRS 4, „Insurance Contracts“, hat der Konzern seine bisherigen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß US GAAP auf die Bilanzierung von Versicherungsverträgen angewandt.

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 konsistent angewandt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, die Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

### **UMSTELLUNG AUF IFRS**

#### **ERSTANWENDUNG VON IFRS**

Bis zum 31. Dezember 2006 erstellte der Konzern seinen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit US GAAP. Am Umstellungsstichtag auf IFRS, dem 1. Januar 2006, wandte der Konzern bei der Erstellung seiner Eröffnungsbilanz die Vorschriften von IFRS 1, „First Time Adoption of IFRS“, an. Bestimmte Rechnungslegungsgrundsätze nach IFRS, die der Konzern bei Erstellung dieser Eröffnungsbilanz anwandte, weichen von den zum gleichen Datum angewandten US GAAP Rechnungslegungsgrundsätzen ab. Die damit verbundenen Anpassungen resultieren aus Geschäftsvorfällen und Transaktionen vor dem Stichtag für die Umstellung auf IFRS. Den Anforderungen von IFRS 1 entsprechend wurden diese Anpassungen zum 1. Januar 2006 direkt in den Gewinnrücklagen (oder, sofern angemessen, in einer anderen Eigenkapitalkategorie) erfasst. Dies resultiert aus der generellen Regelung in IFRS 1, die IFRS rückwirkend anzuwenden. Abweichend von dieser Vorschrift verlangt, beziehungsweise erlaubt IFRS 1 einige Ausnahmen.

Die vom Konzern im Rahmen der Erstanwendung in Anspruch genommenen Ausnahmen werden nachstehend erläutert. Weitere Wahlrechte des IFRS 1, die hier nicht erläutert werden, sind für die Geschäftsaktivitäten des Konzerns nicht wesentlich.

**UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE:** IFRS 3, „Business Combinations“, wurde nicht rückwirkend auf Unternehmenszusammenschlüsse angewendet, die vor dem Umstellungsstichtag auf IFRS durchgeführt wurden.

**FAIR VALUE ODER NEUBEWERTUNG ALS ANGENOMMENE ANSCHAFFUNGS- ODER HERSTELLUNGSKOSTEN:** Der Konzern legte die US GAAP-Buchwerte (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) aller zu den Sachanlagen zählenden Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Umstellung auf IFRS als deren angenommene Anschaffungs- und Herstellungskosten zugrunde.

**MITARBEITERVERGÜTUNGEN:** Der Konzern hat für die leistungsorientierten Pensionspläne sowie sonstigen Versorgungszusagen sämtliche kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zum Umstellungsstichtag auf IFRS im Konzerneigenkapital erfasst.

**KUMULIERTE UMRECHNUNGSDIFFERENZEN:** Der Konzern hat sich dafür entschieden, den Betrag der kumulierten Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe in der Eröffnungsbilanz auf null zurückzusetzen.

**KLASSIFIZIERUNG BEREITS BILANZierter FINANZINSTRUMENTE:** Der Konzern klassifizierte im Rahmen der Umstellung auf IFRS bestimmte bereits bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, wie jeweils angebracht, entweder als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

**AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN:** Der Konzern wandte IFRS 2, „Share-based Payment“, mit Wirkung vom 7. November 2002 an.

**BEWERTUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN ZUM FAIR VALUE BEI ERSTMALIGEM ANSATZ:** Der Konzern legte für Transaktionen ab dem 25. Oktober 2002 die spezifischen Regelungen in IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, zugrunde. Sie erfordern, die beim erstmaligen Ansatz entstehenden Gewinne aus dem Handel mit Finanzinstrumenten („Trade Date Profit“), die zum Fair Value ausgewiesen sind, abzugrenzen, wenn der Wert aus nicht beobachtbaren Parametern oder Preisen abgeleitet wurde.

**AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN:** Der Konzern wandte die Ausbuchungsanforderungen von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, prospektiv lediglich für Transaktionen an, die an oder nach dem 1. Januar 2004 abgeschlossen wurden.

#### AUSWIRKUNGEN DER UMSTELLUNG AUF IFRS

Die Note [44] beinhaltet eine Beschreibung der wichtigsten Unterschiede zwischen den vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen nach IFRS und nach US GAAP. Überleitungen der Konzernbilanzen von US GAAP auf IFRS zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006 sind ebenfalls in Note [44] enthalten ebenso wie die Überleitung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 und die Überleitung des Konzerneigenkapitals zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006. Während der Erstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 wurden Anpassungen bezüglich der Umstellung von US GAAP auf IFRS identifiziert. Die vorher nicht testierten Finanzinformationen gemäß IFRS im Bericht des Konzerns zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS sowie in den folgenden Zwischenberichten wurden entsprechend angepasst. Die Auswirkungen dieser Anpassungen sind in den in Note [44] enthaltenen Überleitungen dargestellt.

#### GRUNDSÄTZE DER KONSOLIDIERUNG

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

#### TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Tochtergesellschaften des Konzerns sind diejenigen Einheiten, welche von ihm beherrscht werden. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann, was in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen wird. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von Zweckgesellschaften aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine SPE zu konsolidieren ist, ist eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (a) ob die Aktivitäten der SPE zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (b) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (c) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht und (d) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr besteht.

Der Konzern wird mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen überprüfen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der SPE ergibt, sich die Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer SPE aufgrund der aktuellen Marktbedingungen ändern oder sonstige Faktoren vorliegen, die zu ursprünglich nicht vorhergesehenen Aktivitäten zwischen dem Konzern und der SPE führen. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem:

- Veränderungen der vom Konzern an der SPE gehaltenen Anteile;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der SPE;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer SPE, und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die SPE zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende SPEs führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der SPE vorgenommen.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition bemessen sich nach den Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der direkt mit der Akquisition verbundenen Kosten. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den sonstigen Erträgen erfasst werden.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung werden konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze angewandt. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Kapitalerhöhung behandelt.



Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

#### ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN UND GEMEINSCHAFTLICH GEFÜHRTE UNTERNEHMEN

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equity Methode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equity Methode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen. Unrealisierte Gewinne aus Transaktionen werden in Höhe des Anteils des Konzerns am Beteiligungsunternehmen eliminiert.

Nach dieser Methode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition angefallenen Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten Unternehmens oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten Unternehmens oder eines gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

## WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds, in dem die Gesellschaft tätig ist, entspricht.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst. Wird der Vermögenswert verkauft, werden die Umrechnungsdifferenzen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst und anschließend im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

## ZINSEN, GEBÜHREN UND PROVISIONEN

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmt werden kann, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

**ZINSÜBERSCHUSS** – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei der Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzins herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agien und Disagien.

**PROVISIONSÜBERSCHUSS** – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres Fair Value keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum Fair Value bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Vertragsverhältnisse, die die Lieferung mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das anhaltende Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Gesamtarrangements in keinem wesentlichen Verhältnis zu den bereits erbrachten Leistungen steht. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente untersucht. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt. Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem Fair Value anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

## FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen; Forderungen aus dem Kreditgeschäft; zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt und nachträglich nicht mehr geändert.

Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte sowie Begebungen und Rückerwerbe finanzieller Verpflichtungen, die als zum Fair Value bewertet eingestuft werden, beziehungsweise Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen oder die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

## ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder klassifiziert diese als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten.

**HANDELSAKTIVA UND -PASSIVA** – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise für kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen.

## ZUM FAIR VALUE KLASSIFIZIERTE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

– Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung klar ist, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum Fair Value bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der Fair Value verlässlich bestimmbar ist. Gewinne und Verluste aus der anschließenden Neubewertung der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

### KREDITZUSAGEN

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

### FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Kredite werden bei der Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen, der den dem Kreditnehmer herausgelegten Geldern zuzüglich des Saldos aus direkten inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen entspricht. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

### ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne (Verluste) ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Eigenkapital ausgewiesen werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts als Bestandteil des Gesamtveräußerungsergebnisses in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

### FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten, unter Anwendung der Effektivzinsmethode, bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

### ERMITTLUNG DES FAIR VALUE

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Das Verfahren zur Bestimmung des Fair Value beinhaltet auch eine angemessene Anpassung der mithilfe des Bewertungsmodells ermittelten Ergebnisse, um Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquiditäts- und Kreditrisiken (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken als auch das eigene Kreditrisiko der Bank im Zusammenhang mit finanziellen Verbindlichkeiten) zu berücksichtigen.

### ERFASSUNG DES „TRADE DATE PROFIT“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risikoprofile der Finanzinstrumente, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit der Instrumente ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

### BILANZIERUNG VON DERIVATEN UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs- und Kreditrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

### EINGEBETTETE DERIVATE

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert.

### BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN („HEDGE ACCOUNTING“)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder verbindlichen Zusagen („Fair Value Hedges“); (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinsli-

chen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Cash Flow Hedges“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation“).

Wird Hedge Accounting angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie die Risikomanagementziele und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen. Teil dieser Dokumentation ist eine Einschätzung darüber, inwiefern das Sicherungsinstrument zu Beginn und im weiteren Verlauf der Absicherung Änderungen des Fair Value, Schwankungen der Cashflows oder Effekte aus der Umrechnung der Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe (jeweils bezogen auf das abgesicherte Risiko) in hohem Maße kompensieren kann. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Hedgeeffektivität immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließende Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value ebenfalls in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen ist.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, wird die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltene zinsbezogene Anpassung des Fair Value über seine Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Veräußerung oder Rückführung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umbucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zusammen mit den Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in



den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für nichtmonetäre zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, zum Beispiel Eigenkapitaltitel, werden die aus dem Fremdwährungsrisiko resultierenden Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeordnet. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich in der Regel als Unterschiedsbetrag zwischen den Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ergebniswirksam erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Ist der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr wahrscheinlich, werden die Beträge in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation“) wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

#### **WERTMINDERUNGEN (IMPAIRMENT) FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE**

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

#### **WERTMINDERUNG VON KREDITEN UND RÜCKSTELLUNGEN FÜR AUSSERBILANZIELLE VERPFLICHTUNGEN IM KREDITGESCHÄFT**

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenem Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen im Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und kann diese Verringerung objektiv auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückgeführt werden, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

#### WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so ist der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Eigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen (Verlusten) erfasst wurde, in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Eigenkapital umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts. Wertminderungen von als zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Wertminderungen von Schuldtiteln werden ergebniswirksam rückgängig gemacht, sofern der Wertanstieg objektiv mit einem spezifischen nach der ergebniswirksam erfassten Wertminderung eingetretenen Ereignis im Zusammenhang steht.

#### AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND VERPFLICHTUNGEN

##### AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen hat oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesem Vermögenswert verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern die übertragenen Vermögenswerte aus, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Wird die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert beibehalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

#### VERBRIEFUNGSTRANSAKTIONEN

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft („SPE“), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, sofern die transferierten Vermögenswerte als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden.

#### AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben

Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

#### **FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN AUS WERTPAPIERPENSIONSGESCHÄFTEN**

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt, und zum Fair Value in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

#### **WERTPAPIERLEIHE**

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Bilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

### AUFRECHNUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

### SACHANLAGEN

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattungen drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 15 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst, werterhöhende Umbauten werden aktiviert. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

### ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Bilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den Fair Value oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Fair Value. Wenn der Konzern dieses spezifische Wahlrecht nutzt, beauftragt er externe Immobilienexperten zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des Fair Value herangezogen.

### **GOODWILL UND SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE**

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Anschaffungskosten einschließlich der dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten den Reinvermögenswert des erworbenen Unternehmens zum Erwerbszeitpunkt übersteigen. Der Reinvermögenswert entspricht dem vom Konzern erworbenen Anteil am Netto-Fair-Value der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie Eventualverbindlichkeiten.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf der Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („Cash Generating Units“) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die Cash Generating Units des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Goodwill einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Goodwill bei der Feststellung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbegrenzte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von ein bis drei Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die im Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden.

#### **FINANZGARANTIE**

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen, der üblicherweise der erhaltenen Prämie entspricht. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen.



## LEASINGGESCHÄFTE

### LEASINGGEBER

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der vermietete Vermögenswert ausgebucht und eine Forderung bilanziert, deren Höhe dem Barwert der Leasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Zinssatz, entspricht. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Operating Lease anfallen, werden dem Bilanzwert des vermieteten Vermögenswerts zugeschlagen und linear über die Laufzeit des Leasingvertrags als Aufwand erfasst.

### LEASINGNEHMER

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem Fair Value des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

### SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN

Sofern eine Sale-und-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem Fair Value, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem Fair Value, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst,

während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den Fair Value, wird der den Fair Value übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

## MITARBEITERVERGÜTUNGEN

### PENSIONSUSAGEN

Der Konzern bietet den Mitarbeitern bestimmter Konzerngesellschaften beitrags- und leistungsdefinierte Versorgungspläne an. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pläne nach dem Ansammlungsverfahren („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Vorruhestand, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10 %-„Korridor“-Methode erfasst. Demnach wird ein Teil der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn die kumulativen nicht berücksichtigten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorangegangenen Berichtsperiode jeweils den höheren Wert von a) 10 % des Barwerts der Pensionsverpflichtung zu diesem Zeitpunkt (vor Abzug des Planvermögens) und b) 10 % des Fair Value des Planvermögens, sofern vorhanden, zu diesem Zeitpunkt überschritten haben. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert („funded“).

### SONSTIGE VERSORGUNGSZUSAGEN

Darüber hinaus unterhalten Konzerngesellschaften unternehmensintern finanzierte („unfunded“), beitragspflichtige Gesundheitsfürsorgepläne für pensionierte Mitarbeiter. Diese sonstigen Versorgungszusagen werden im Wesentlichen gegenüber pensionierten Mitarbeitern mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten abgegeben. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der anspruchsberechtigten medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts erstattet. Der Konzern dotiert diese Pläne in Abhängigkeit von den zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Versorgungszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens bewertet. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10 %-„Korridor“-Methode erfasst.

### AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value wird als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

#### **VERPFLICHTUNG ZUM ERWERB EIGENER AKTIEN**

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird. Für Terminkäufe auf Minderheitsanteile von Konzerngesellschaften erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt, und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

## ERTRAGSTEUERN

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (i) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (ii) sie von derselben Steuerbehörde erhoben beziehungsweise geschuldet werden, (iii) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (iv) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und Cash Flow Hedges, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Eigenkapital bilanziert und erst dann in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf der Basis des aktuel-

len Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Gewinn- und Verlust-Rechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen „Versicherungsnehmersteuer“ („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

### **RÜCKSTELLUNGEN**

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird eine Forderung dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

### **KAPITALFLUSSRECHNUNG**

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

### **VERSICHERUNGSGESCHÄFT**

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab.

**VERSICHERUNGSVERTRÄGE** – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Verpflichtungen aus

Versicherungsverträgen werden gemäß den US GAAP-Regelungen für Versicherungsgeschäfte bilanziert.

**NICHT ÜBERSCHUSSBERECHTIGTE INVESTMENTVERTRÄGE („INVESTMENTVERTRÄGE“)** – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

#### VERSICHERUNGSVERTRÄGE

Beiträge für langfristige Versicherungsverträge werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Im Fall von Einmalprämien entspricht der Zeitpunkt der Ertragserfassung dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge storniert werden, weil die Beiträge nicht erbracht werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge als auch die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal Life Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenem Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen, einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Gegenwärtig sind die aktivierten Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft nicht wesentlich.

#### INVESTMENTVERTRÄGE

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden. Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum Fair Value unter den zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum Fair Value bilanziert und die damit verbundenen Fair-Value-Änderungen werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der entsprechenden Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

#### RÜCKVERSICHERUNGSGESCHÄFT

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden hingegen brutto ausgewiesen. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

#### ERSTMALS ANGEWENDETE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN

##### IFRS 7

Im August 2005 veröffentlichte der IASB den IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“ („IFRS 7“). Dieser Standard ersetzt IAS 30, „Disclosures in the Financial Statements of Banks and Similar Financial Institutions“, und die Offenlegungsvorschriften der bisherigen Fassung von IAS 32, „Financial Instruments: Disclosure and Presentation“. IFRS 7 verlangt Angaben über die Bedeutung von Finanzinstrumenten für die Vermögens- und Ertragslage eines Unternehmens, qualitative und quantitative Angaben über die mit Finanzinstrumenten verbundenen Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiken sowie über die Art und Weise der Steuerung dieser Risiken. IFRS 7 tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen. Die Erstanwendung von IFRS 7 hatte – abgesehen von der Erweiterung der Anhangangaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

**IAS 1**

Darüber hinaus veröffentlichte der IASB im August 2005 eine Änderung zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements: Capital Disclosures“ („IAS 1“). IAS 1 verlangt Angaben zum Eigenkapital eines Unternehmens und dessen Steuerung. Diese Änderungen treten ebenfalls für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen. Die Erstanwendung von IAS 1 hatte – abgesehen von der Erweiterung der Anhangangaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

**IFRS 8**

Im November 2006 veröffentlichte der IASB den IFRS 8, „Operating Segments“ („IFRS 8“), der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. IFRS 8 löst IAS 14, „Segment Reporting“, ab. Er folgt dem sogenannten „Management Approach“, dem zufolge als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente interne Berichte zugrunde zu legen sind, die der sogenannte „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig verwendet, um Entscheidungen über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment zu treffen sowie dessen Performance zu beurteilen. IFRS 8 tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist jedoch zulässig. IFRS 8 wird seit dem 1. Januar 2007 angewandt. Daher wurden die in der Konzernbilanz für das Geschäftsjahr 2006 enthaltenen Vergleichsinformationen über die operativen Segmente gemäß den Anforderungen von IFRS 8 dargestellt.

**NEUE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN****IFRIC 14**

Im Juli 2007 veröffentlichte das International Financial Reporting Interpretations Committee („IFRIC“) die Interpretation IFRIC 14, „IAS 19 – The Limit on a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction“ („IFRIC 14“). IFRIC 14 enthält allgemeine Leitlinien zur Bestimmung der Obergrenze des Überschussbetrags eines Pensionsfonds, der nach IAS 19, „Employee Benefits“, als Vermögenswert erfasst werden kann. Die Interpretation beschreibt ebenfalls, wie sich eine gesetzliche oder vertragliche Mindestfinanzierungsvorschrift auf die Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten eines Pensionsplans auswirken kann. Nach IFRIC 14 hat der Arbeitgeber keine weitere Verbindlichkeit anzusetzen, es sei denn, die nach den Mindestfinanzierungsvorschriften zu zahlenden Beiträge können nicht an die Gesellschaft zurückerstattet werden. IFRIC 14 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRIC 14 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Erstanwendung von IFRIC 14 auf den Konzernabschluss.

**IFRS 3 UND IAS 27**

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Minderheitsanteile entweder zum Fair Value im Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, an dem der Erwerber einen beherrschenden



Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Minderheitsanteilen im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragene Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, im Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die an oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden. IFRS 3 R und IAS 27 R sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 3 R und IAS 27 R auf den Konzernabschluss.

#### IAS 32 UND IAS 1

Im Februar 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 32, „Financial Instruments: Presentation“, und IAS 1, „Presentation of Financial Statements“: „Puttable Financial Instruments and Obligations Arising on Liquidation“. Die geänderten Vorschriften sehen unter bestimmten Bedingungen eine Klassifizierung von zum Fair Value kündbaren Finanzinstrumenten und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen, als Eigenkapital vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Anwendung dieser Änderungen auf den Konzernabschluss.

## [2] SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf IFRS 8, „Operating Segments“, der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. Er folgt dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

### SEGMENTE

Der Konzern hat die Segmente auf Basis der Organisationsstruktur in der internen Managementberichterstattung identifiziert.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die weiter in Unternehmensbereiche untergliedert sind. Zum 31. Dezember 2007 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich **CORPORATE AND INVESTMENT BANK (CIB)** beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden von mittelständischen Firmen bis zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten Finanzprodukte weltweit an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter, strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandleistungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich **PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT (PCAM)** sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in zwei globalen Unternehmensbereichen – Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) – gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management (AM), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich **CORPORATE INVESTMENTS (CI)** steuert bestimmte Alternative Assets der Bank sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Struktur der Segmente können aus veränderten Managementverantwortlichkeiten, wofür die Vorperioden der aktuellen Darstellung angepasst werden, sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren.

Im ersten Quartal 2007 veränderte sich die Managementverantwortlichkeit für bestimmte Aufgaben im Transaktionsmanagement, die organisatorisch auf den Geschäftsbereich Global Markets in CIB ausgerichtet wurden und diesem zur Handelsunterstützung dienen. Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Im Oktober 2007 erwarb der Konzern die Abbey Life Assurance Company Limited, eine Gesellschaft in Großbritannien die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Das erworbene Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S integriert.
- Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit Anima S.G.R.p.A. ein. Das Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Im Juli 2007 erwarb RREEF Private Equity einen wesentlichen Anteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist. Das erworbene Geschäft wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Juli 2007 gab der Konzern den Abschluss der Akquisition des grenzüberschreitenden Custodygeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi A.S. bekannt. Es wird erwartet, dass der Kundentransfer im April 2008 abgeschlossen ist. Das Geschäft wird in den Unternehmensbereich GTB einbezogen.
- Im Juli 2007 schloss RREEF Infrastructure die Akquisition von Maher Terminals LLC ab, eines privaten Betreibers von Containerterminals in Nordamerika. Durch diesen Kauf soll das Gründungsvermögen für den North America Infrastructure Fund bereitgestellt werden, das dem Unternehmensbereich AWM zuzurechnen ist. Mit Wirkung vom 9. Oktober 2007 wurde die Gesellschaft entkonsolidiert, nachdem Teile, wie vorgesehen, in den Fonds eingebracht worden waren.
- Im Juni 2007 schloss der Konzern den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Das Geschäft war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im April 2007 vereinbarte AM mit den anderen Anteilseignern von Harvest Fund Management, einer Publikumsfondsgesellschaft in China, seinen Anteil auf 30 % zu erhöhen. Diese Beteiligung wird im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das „Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane“ („ICBPI“). Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs PBC.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf Wohnimmobilien spezialisierten Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ab. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern den Erwerb der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich PBC integriert wurde. Diese Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt.

- Im November 2006 erwarb der Konzern die norisbank vom DZ Bank-Konzern, die dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet wurde.
- Im Oktober 2006 gab der Konzern die Übernahme der britischen Vermögensverwaltungsgesellschaft Tilney Group Limited bekannt. Diese Transaktion wurde im Dezember 2006 abgeschlossen. Die Übernahme ist ein wichtiges Element der PWM-Strategie, die Präsenz in spezifischen Kernmärkten (Onshore) auszubauen sowie die Geschäftsaktivitäten in verschiedenen Kundensegmenten, einschließlich unabhängiger Vermögensverwalter, auszuweiten.
- Im Oktober 2006 hat der Konzern 49 % von BankAmericard an ICBPI verkauft.
- Im Juli 2006 wurde die Deutsche Wohnen AG nach der Beendigung des Beherrschungsvertrags mit der DB Real Estate Management GmbH entkonsolidiert. Die Deutsche Wohnen AG ist eine Immobilieninvestmentgesellschaft und war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Mai 2006 hat der Konzern den Erwerb des Depository-and-Clearing-Centre-Geschäfts in Großbritannien von der JPMorgan Chase & Co. abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Februar 2006 hat der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“), einer Investmentbank in Russland, abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im ersten Quartal 2006 schloss der Konzern den Verkauf der EUROHYPO AG an die Commerzbank AG ab, deren Geschäftsaktivitäten dem Konzernbereich CI zugeordnet waren.

#### **BEMESSUNG VON SEGMENTGEWINNEN ODER -VERLUSTEN**

Wie beschrieben zeigt die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden in der Sektion „Consolidation & Adjustments“ berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung bei der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Minderheitsanteile. Diese werden im Ergebnis vor Steuern der Segmente berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments in das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis umgliedert werden.

Ergebnisse aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter (einschließlich des Corporate Center), die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen

in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge x Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichtssysteme folgen der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung sind, wird daher der Zinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet.

Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Ergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- **DURCHSCHNITTLICHES ACTIVE EQUITY:** Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Konkurrenten vergleichbar zu sein, und legt dieses der Berechnung verschiedener Kennziffern zugrunde. Allerdings stellt das Active Equity keine Messgröße nach IFRS dar. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit den Kennzahlen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Zu den Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, gehören die unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten und die Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern und im Durchschnitt). Ebenso zu bereinigen ist die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen wird und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity des Konzerns auf die Segmente und „Consolidation & Adjustments“ erfolgt im Verhältnis ihrer ökonomischen Risiken, die sich aus dem Ökonomischen Kapital, Goodwill und anderen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten zusammensetzen. Der zuzurechnende Gesamtbetrag entspricht dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns. Letzterer leitet sich aus einer BIZ-Kernkapitalquote (Tier-1) von 8,5 % ab, die den Mittelwert unseres Zielkorridors von 8,0 % bis 9,0 % darstellt. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den zuzurechnenden Gesamtbetrag, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.
- **EIGENKAPITALRENDITE IN % BASIEREND AUF DEM DURCHSCHNITTLICHEN ACTIVE EQUITY** ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern ohne Minderheitsanteile am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf der Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

## SEGMENTERGEBNISSE

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Invest- ments <sup>5</sup>	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Trans- action Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Manage- ment	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (außer Prozentangaben)								
<b>Erträge insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>16.507</b>	<b>2.585</b>	<b>19.092</b>	<b>4.374</b>	<b>5.755</b>	<b>10.129</b>	<b>1.517</b>	<b>30.738</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>102</b>	<b>7</b>	<b>109</b>	<b>1</b>	<b>501</b>	<b>501</b>	<b>3</b>	<b>613</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>12.169</b>	<b>1.633</b>	<b>13.802</b>	<b>3.453</b>	<b>4.108</b>	<b>7.561</b>	<b>220</b>	<b>21.583</b>
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	50	8	58	20	82	102	17	177
Abfindungszahlungen	100	7	107	28	27	55	–	162
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	–	116	73	–	73	–	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	74	–	74	54	128
Restrukturierungsaufwand	– 4	– 1	– 4	– 8	– 1	– 9	–	– 13
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>34</b>	<b>–</b>	<b>34</b>	<b>7</b>	<b>–</b>	<b>8</b>	<b>– 5</b>	<b>37</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>4.201</b>	<b>945</b>	<b>5.147</b>	<b>913</b>	<b>1.146</b>	<b>2.059</b>	<b>1.299</b>	<b>8.505</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	74	63	72	79	71	75	15	70
Aktiva <sup>2,3</sup>	1.881.638	32.083	1.895.756	39.081	117.533	156.391	13.002	2.011.654
Investitionen in langlebige Aktiva	351	87	438	2	62	65	–	503
Risikogewichtete Positionen (BIZ-Risikopositionen)	218.663	18.363	237.026	15.864	69.722	85.586	4.891	327.503
Durchschnittliches Active Equity <sup>4</sup>	19.619	1.095	20.714	5.109	3.430	8.539	473	29.725
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	21	86	25	18	33	24	N/A	29
<b>1 beinhaltet:</b>								
Zinsüberschuss	4.362	1.106	5.467	165	3.083	3.248	– 5	8.710
Erträge mit externen Kunden	16.691	2.498	19.189	4.615	5.408	10.023	1.492	30.703
Intersegmenterträge	– 184	87	– 97	– 241	347	106	25	34
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	51	2	52	114	2	116	184	352
<b>2 beinhaltet:</b>								
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	2.430	39	2.469	560	45	605	221	3.295

N/A – nicht aussagefähig

<sup>3</sup> Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

<sup>4</sup> Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

<sup>5</sup> Die Erträge von CI beinhalten Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 626 Mio € (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE), ein Ergebnis von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) von 178 Mio € und einen Veräußerungsgewinn von 313 Mio € aus Immobilien (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street; nach konzerninternen Provisionszahlungen).

2006	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments <sup>5</sup>	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (außer Prozentangaben)								
<b>Erträge insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>16.574</b>	<b>2.228</b>	<b>18.802</b>	<b>4.166</b>	<b>5.149</b>	<b>9.315</b>	<b>574</b>	<b>28.691</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>- 65</b>	<b>- 29</b>	<b>- 94</b>	<b>- 1</b>	<b>391</b>	<b>391</b>	<b>2</b>	<b>298</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>11.236</b>	<b>1.552</b>	<b>12.789</b>	<b>3.284</b>	<b>3.717</b>	<b>7.000</b>	<b>214</b>	<b>20.003</b>
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	57	25	82	33	84	117	17	216
Abfindungszahlungen	97	3	99	12	10	22	-	121
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	63	-	63	-	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	31	31
Restrukturierungsaufwand	77	22	99	43	49	91	1	192
<b>Minderheitsanteile</b>	<b>23</b>	<b>-</b>	<b>23</b>	<b>- 11</b>	<b>-</b>	<b>- 11</b>	<b>- 3</b>	<b>10</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>5.379</b>	<b>705</b>	<b>6.084</b>	<b>894</b>	<b>1.041</b>	<b>1.935</b>	<b>361</b>	<b>8.380</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	68	70	68	79	72	75	37	70
Aktiva <sup>2,3</sup>	1.459.190	25.646	1.468.321	35.922	94.760	130.642	17.783	1.576.714
Investitionen in langlebige Aktiva	573	2	575	5	383	388	-	963
Risikogewichtete Positionen (BIZ-Risikopositionen)	177.651	14.240	191.891	12.335	63.900	76.234	5.395	273.520
Durchschnittliches Active Equity <sup>4</sup>	16.041	1.064	17.105	4.917	2.289	7.206	1.057	25.368
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	34	66	36	18	45	27	34	33
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	3.097	890	3.987	162	2.767	2.928	1	6.916
Erträge mit externen Kunden	16.894	2.060	18.954	4.435	4.724	9.159	543	28.656
Intersegmenterträge	- 320	168	- 152	- 269	425	156	31	35
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	72	1	74	142	3	145	197	416
2 beinhaltet:								
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	1.624	38	1.662	588	8	596	207	2.465

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Die Erträge von CI beinhalten einen Gewinn aus dem Verkauf unserer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG von 131 Mio € und einen Gewinn von 92 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG).

**ÜBERLEITUNG DER SEGMENTERGEBNISSE AUF DEN KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS**

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und –aktiva auf den nach IFRS erstellten Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 übergeleitet.

in Mio €	2007			2006		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt <sup>1</sup>	30.738	7	30.745	28.691	- 197	28.494
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	613	- 1	612	298	- 0	298
Zinsunabhängige Aufwendungen	21.583	- 200	21.384	20.003	- 147	19.857
Minderheitsanteile	37	- 37	-	10	- 10	-
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>8.505</b>	<b>244</b>	<b>8.749</b>	<b>8.380</b>	<b>- 41</b>	<b>8.339</b>
Aktiva	2.011.654	8.695	2.020.349	1.576.714	7.779	1.584.493
Risikogewichtete Positionen (BIZ-Risikopositionen)	327.503	1.315	328.818	273.520	1.939	275.459
Durchschnittliches Active Equity	29.725	121	29.846	25.368	100	25.468

1 Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich das Ergebnis vor Steuern in Consolidation & Adjustments auf 244 Mio €. Darin enthalten waren Corporate Items in Höhe von 279 Mio € und negative Anpassungen von 35 Mio € aus Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode zur Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre sowie wegen Erstattungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Die Anpassungen der Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen zu Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, verringerten die Erträge in 2007 um circa 100 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse für den IFRS-Konzernabschluss führte unter Consolidation & Adjustments zu einem Anstieg von etwa 30 Mio € in 2007.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich im Jahr 2007 auf 39 Mio €.
- Der Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen erhöhte sich in 2007 auf 69 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen (netto) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva und Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter Auslandstöchter.



Für 2006 wurde in Consolidation & Adjustments ein Verlust vor Steuern von 41 Mio € berichtet. Darin enthalten waren negative Anpassungen von 307 Mio € aus Bewertungsunterschieden zwischen der Managementberichterstattung und IFRS sowie Corporate Items in Höhe von 267 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer Rückstellungsauflösung bezüglich grundbesitz-invest, des offenen Immobilienfonds des Konzerns in Deutschland, sowie wegen Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA. Die Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Durch Überleitungen von Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, fielen die Erträge um ungefähr 210 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien im Unternehmensbereich CB&S führten zu einer Verringerung von 100 Mio €.
- Überleitungspositionen im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen verminderten die Erträge um 40 Mio €.
- Der Zinsüberschuss stieg aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen um 67 Mio €.
- Durch Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zwecks Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten entstanden waren, erhöhten sich die Erträge um 125 Mio €.
- Die übrigen Erträge resultierten aus anderen Corporate Items, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen.

Aktiva und Risikopositionen enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity unter Consolidation & Adjustments reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Note unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

**ANGABEN AUF UNTERNEHMENSEBENE**

Der Konzern weist die Erträge für Produkt- und Leistungsgruppen nach Konzernbereich auf der Grundlage der Managementbilanzierungssysteme des Konzerns separat aus. Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

in Mio €	<b>Corporate and Investment Bank</b>	
	<b>2007</b>	<b>2006</b>
Sales & Trading (Equity)	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	8.407	9.016
<b>Sales &amp; Trading insgesamt</b>	<b>13.020</b>	<b>13.055</b>
Emissionsgeschäft (Equity)	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	714	1.331
<b>Emissionsgeschäft insgesamt</b>	<b>1.575</b>	<b>2.091</b>
Beratung	1.089	800
Kreditgeschäft	974	946
Transaction Services	2.585	2.228
Sonstige Produkte	- 151	- 318
<b>Insgesamt</b>	<b>19.092</b>	<b>18.802</b>

in Mio €	<b>Private Clients and Asset Management</b>	
	<b>2007</b>	<b>2006</b>
Portfolio/Fund Management	3.062	3.089
Brokeragegeschäft	2.172	1.910
Kredit-/Einlagengeschäft	3.173	2.774
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	979	899
Sonstige Produkte	742	643
<b>Insgesamt</b>	<b>10.129</b>	<b>9.315</b>

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und Consolidation & Adjustments werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortlichkeit für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2007	2006
Deutschland:		
CIB	2.921	2.265
PCAM	5.514	4.922
<b>Deutschland insgesamt</b>	<b>8.434</b>	<b>7.187</b>
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:		
CIB	7.721	6.836
PCAM	2.816	2.661
<b>Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>10.537</b>	<b>9.497</b>
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):		
CIB	4.628	6.810
PCAM	1.331	1.350
<b>Amerika insgesamt</b>	<b>5.959</b>	<b>8.160</b>
Asien/Pazifik:		
CIB	3.823	2.891
PCAM	468	381
<b>Asien/Pazifik insgesamt</b>	<b>4.291</b>	<b>3.273</b>
CI	1.517	574
Consolidation & Adjustments	7	- 197
<b>Konsolidierte Nettoerträge insgesamt<sup>2</sup></b>	<b>30.745</b>	<b>28.494</b>

1 Großbritannien trug in den Geschäftsjahren 2007 und 2006 mehr als 60 % zu diesen Erträgen bei.

2 Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten unserer Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

# Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

## [3] ZINSÜBERSCHUSS

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2007	2006
<b>Zinsen und ähnliche Erträge:</b>		
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	1.384	1.358
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.090	1.245
Forderungen aus Wertpapierleihen	3.784	3.551
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	45.951	39.195
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.596	1.357
Dividenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	200	207
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.901	9.344
Sonstige	2.800	2.018
<b>Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt</b>	<b>67.706</b>	<b>58.275</b>
<b>Zinsaufwendungen:</b>		
Verzinsliche Einlagen	17.371	14.025
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	6.869	5.788
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	996	798
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	24.020	22.631
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.665	2.708
Langfristige Verbindlichkeiten	4.912	3.531
Hybride Kapitalinstrumente	339	267
Sonstige	1.685	1.519
<b>Zinsaufwendungen insgesamt</b>	<b>58.857</b>	<b>51.267</b>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>8.849</b>	<b>7.008</b>

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2007 auf 57 Mio € (2006: 47 Mio €).

**[4] PROVISIONSÜBERSCHUSS**

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2007	2006
<b>Provisionsertrag und -aufwand:</b>		
Provisionsertrag	15.199	13.418
Provisionsaufwand	2.910	2.223
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>12.289</b>	<b>11.195</b>

in Mio €	2007	2006
<b>Provisionsüberschuss:</b>		
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.965	3.911
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	5.497	4.709
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	2.827	2.575
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>12.289</b>	<b>11.195</b>

**[5] ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN/  
VERPFLICHTUNGEN**

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2007	2006
<b>Handelsergebnis:</b>		
Sales & Trading (Equity)	3.797	2.441
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	- 427	6.004
Sales & Trading insgesamt	3.370	8.445
Sonstige	548	423
<b>Handelsergebnis insgesamt</b>	<b>3.918</b>	<b>8.868</b>
<b>Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:</b>		
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verpflichtungen:		
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	- 41	7
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	33	- 13
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	- 570	136
Einlagen	10	- 40
Langfristige Verbindlichkeiten	3.782 <sup>1</sup>	- 47
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	43	- 19
<b>Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>3.257</b>	<b>24</b>
<b>Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen</b>	<b>7.175</b>	<b>8.892</b>

<sup>1</sup> Beinhaltet Gewinne in Höhe von 3,5 Mrd € aus strukturierten Verbriefungen, die im Handelsergebnis unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) aufgrund von Fair-Value-Anpassungen auf korrespondierende Instrumente ausgeglichen werden. Für weitere Informationen siehe Note [11].

## [6] ZINSÜBERSCHUSS UND ERGEBNIS AUS ZUM FAIR VALUE BEWERTETEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN/VERPFLICHTUNGEN NACH KONZERNBEREICHEN

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Kupon- und Dividenden-erträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedern wir die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nicht nach der Art der erzielten Erträge, sondern nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss sowie das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

in Mio €	2007	2006
Zinsüberschuss	8.849	7.008
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.175	8.892
<b>Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>16.024</b>	<b>15.900</b>
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:		
Sales & Trading (Equity)	3.117	2.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.483	8.130
Sales & Trading insgesamt	10.600	10.743
Kreditgeschäft <sup>1</sup>	499	490
Transaction Services	1.297	1.074
Übrige Produkte <sup>2</sup>	- 118	435
Corporate and Investment Bank insgesamt	12.278	12.743
Private Clients and Asset Management	3.529	3.071
Corporate Investments	157	3
Consolidation & Adjustments	61	83
<b>Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>16.024</b>	<b>15.900</b>

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

**[7] ERGEBNIS AUS ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN**

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2007	2006
<b>Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:</b>		
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	- 192	24
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	8	24
Wertminderungen	- 200	-
Wertaufholungen	-	-
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	944	530
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	1.004	540
Wertminderungen	- 60	- 10
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	- 12	- 2
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	- 8	- 2
Wertminderungen	- 4	-
Wertaufholungen	-	-
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	53	39
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	60	50
Wertminderungen	- 7	- 11
<b>Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten</b>	<b>793</b>	<b>591</b>

**[8] SONSTIGE ERTRÄGE**

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2007	2006
<b>Sonstige Erträge:</b>		
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	29	43
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	8	28
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	321	52
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	44	80
Beiträge im Versicherungsgeschäft <sup>1</sup>	134	47
Übrige sonstige Erträge <sup>2</sup>	750	139
<b>Sonstige Erträge insgesamt</b>	<b>1.286</b>	<b>389</b>

1 Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien.

2 Die 2007 ausgewiesenen übrigen sonstigen Erträge enthielten einen Gewinn von 317 Mio € im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street in New York und 148 Mio € sonstige Erträge aus konsolidierten Investments. Die 2006 ausgewiesenen übrigen sonstigen Erträge beinhalten die Erstattung von 125 Mio € aus Versicherungsansprüchen in Bezug auf Verluste aus Betriebsunterbrechungen sowie von Kosten, die uns infolge der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 entstanden waren.

**[9] SACHAUFWAND UND SONSTIGER AUFWAND**

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2007	2006
<b>Sachaufwand und sonstiger Aufwand:</b>		
EDV-Aufwendungen	1.867	1.585
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.347	1.198
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.257	1.203
Kommunikation und Datenadministration	680	634
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	539	503
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	437	431
Marketingaufwendungen	411	365
Sonstige Aufwendungen	1.416	1.150
<b>Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt</b>	<b>7.954</b>	<b>7.069</b>

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen, Steuern und Versicherungen, operative Verluste sowie sonstige mitarbeiterbezogene Aufwendungen (zum Beispiel für Weiterbildung, Betriebskantine und andere). Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus Kosten im Zusammenhang mit Akquisitionen und bestimmten konsolidierten Investments.

**[10] ERGEBNIS JE AKTIE**

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeleiteter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.



Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie.

in Mio €	2007	2006
<b>Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)</b>	<b>6.474</b>	<b>6.070</b>
Verwässerungseffekt aus:		
Termingeschäften und Optionen	–	– 88
wandelbaren Schuldtiteln	–	3
<b>Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie</b>	<b>6.474</b>	<b>5.985</b>
Anzahl der Aktien in Mio		
<b>Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie</b>	<b>474,2</b>	<b>468,3</b>
Verwässerungseffekt aus:		
Termingeschäften	0,3	23,1
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	1,8	3,4
wandelbaren Schuldtiteln	0,7	1,0
gewährten Aktienrechten	18,6	24,5
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,5	0,9
Potenziell verwässernde Stammaktien	21,9	52,9
<b>Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie</b>	<b>496,1</b>	<b>521,2</b>
in €	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic)	13,65	12,96
Ergebnis je Aktie (verwässert)	13,05	11,48

Zum 31. Dezember 2007 waren die folgenden Instrumente ausstehend und könnten in der Zukunft eine verwässernde Wirkung haben. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2007	2006
Terminkäufe	39,4	58,6
geschriebene Verkaufsoptionen	0,2	11,7
geschriebene Kaufoptionen	0,7	10,6
gewährte Aktienrechte	0,7	0,5

# Anhangangaben zur Bilanz

## [11] ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERPFLICHTUNGEN

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Handelsaktiva:</b>		
Wertpapiere	449.684	425.123
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	603.059	375.589
Sonstige Handelsaktiva <sup>1</sup>	104.236	75.093
<b>Handelsaktiva insgesamt</b>	<b>1.156.979</b>	<b>875.805</b>
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:</b>		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	211.142	159.441
Forderungen aus Wertpapierleihen	69.830	62.195
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	21.522	6.226
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	14.630	983
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>317.124</b>	<b>228.845</b>
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>1.474.103</b>	<b>1.104.650</b>

<sup>1</sup> Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 102.093 Mio € zum 31.12.2007 (2006: 73.876 Mio €).

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Handelspassiva:</b>		
Wertpapiere	106.225	130.979
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	608.528	392.466
Sonstige Handelspassiva	830	183
<b>Handelspassiva insgesamt</b>	<b>715.583</b>	<b>523.628</b>
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:</b>		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	184.943	136.068
Kreditzusagen	526	158
Langfristige Verbindlichkeiten	52.327	32.300
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.002	2.465
<b>Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>240.798</b>	<b>170.991</b>
Investmentverträge <sup>1</sup>	9.796	–
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>966.177</b>	<b>694.619</b>

<sup>1</sup> Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

## ZUM FAIR VALUE KLASSIFIZIERTE KREDITE UND KREDITZUSAGEN

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum Fair Value klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem Fair Value. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich 2007 auf 302 Mrd € (2006: 228 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko führen.

Das in den zum Fair Value klassifizierten Kreditbeziehungen enthaltene Kreditrisiko wird auf vielerlei Weise gemindert, unter anderem durch den Erwerb von Credit Default Swaps als Kreditsicherungsinstrumente, das Halten von Kreditsicherheiten oder die Emission von Verpflichtungen, die mit dem Kreditrisiko in Verbindung stehen. Das in Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen enthaltene Kreditrisiko wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert.

Zur Reduzierung des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Verpflichtungen aus Kreditzusagen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, erwarb der Konzern Credit Default Swaps für Kreditbeziehungen mit einem Nominalwert von 46,8 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 33,8 Mrd € zum 31. Dezember 2006. Der Nominalwert von Kreditderivaten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, betrug 28,1 Mrd € in 2007 (2006: 18,5 Mrd €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der in Anspruch genommenen Kredite entsprach einem Verlust von 98,5 Mio € zum 31. Dezember 2007 und einem Gewinn von 21,9 Mio € zum 31. Dezember 2006. Der Fair Value für in Anspruch genommene Kredite reduzierte sich aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 110,6 Mio € (2006: Anstieg um 21,9 Mio €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen entsprach einem Verlust von 331,7 Mio € zum 31. Dezember 2007 und einem Gewinn von 100 Mio € zum 31. Dezember 2006. Der Fair Value für nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen reduzierte sich aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 371,7 Mio € (2006: Anstieg um 100 Mio €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der Kreditderivate, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen zum Fair Value klassifizierten Krediten eingesetzt wurden, entsprach einem Gewinn von 63,6 Mio € zum 31. Dezember 2007 (2006: Rückgang um 21,3 Mio €). Der Fair Value für diese Kreditderivate stieg aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 80,4 Mio € (2006: Rückgang um 21,3 Mio €).

Die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der Kreditderivate, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, entsprach einem Gewinn von 212,5 Mio € zum 31. Dezember 2007 und einem Verlust von 97,2 Mio € zum 31. Dezember 2006. Der Fair Value stieg aufgrund von Veränderungen des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 269,3 Mio € (2006: Rückgang um 97,2 Mio €).

Die Fair-Value-Änderung der Kredite und Kreditzusagen, die aus der Änderung des Kontrahentenrisikos resultiert, wird als der nicht auf Veränderungen von Marktrisikobedingungen zurückgehende Anteil der Fair-Value-Änderung bestimmt. Für besicherte Kredite einschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen dient die erhaltene Kreditsicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Reverse Repos enthaltenen Kontrahentenrisiko ergab, war aufgrund der erhaltenen Kreditsicherheit unwesentlich.

#### **ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN**

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Der Fair Value von direkt vom Konzern begebenen strukturierten Schuldverschreibungen und erhaltenen strukturierten Einlagen berücksichtigt das Kreditrisiko des Konzerns. Wenn ein solches Instrument einen notierten Preis auf einem aktiven Markt hat, ist die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value durch den Betrag der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert, bestimmt. Hat ein solches

Instrument keinen notierten Preis auf einem aktiven Markt, wird der Fair Value durch eine Bewertungsmethode bestimmt, die das Kreditrisiko durch eine Diskontierung der vertraglich festgelegten Zahlungsströme der Verbindlichkeit auf Basis einer risikoadjustierten Zinskurve, die das Zinsniveau berücksichtigt, zu dem der Konzern am Bilanzstichtag ähnliche Instrumente begeben würde. Die den Änderungen des Kreditrisikos zurechenbare kumulative Fair-Value-Änderung der finanziellen Verpflichtungen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 17,7 Mio €. Die im Geschäftsjahr 2007 erfolgte Änderung des Fair Value betrug 17,7 Mio €. Während des Geschäftsjahres 2006 gab es keine Änderung der risikoadjustierten Zinskurve aufgrund von Veränderungen des Kreditrisikos des Konzerns.

Für besicherte Verpflichtungen wie Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) dient die hinterlegte Sicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos des Konzerns. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Repos enthaltenen Kreditrisiko des Konzerns ergab, war aufgrund der hinterlegten Sicherheit unwesentlich.

Das in den nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthaltene Kreditrisiko entspricht in erster Linie dem Kontrahentenrisiko. Die Fair-Value-Änderung, die dem Kontrahentenrisiko zurechenbar ist, das in nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten war, wurde mit dem Kontrahentenrisiko, das in den in Anspruch genommenen Krediten enthalten war, offengelegt.

Zusätzlich zu den Fair-Value-Änderungen von Verpflichtungen aufgrund von Kreditrisikoänderungen des Konzerns gibt es Fair-Value-Änderungen wegen der Kreditrisikoänderungen auf Verpflichtungen, die von rechtlich eigenständigen Gesellschaften begeben wurden. Diese Veränderungen, die im folgenden Absatz beschrieben werden, sind nicht abhängig vom Kreditrisiko des Konzerns, sondern von dem der rechtlich eigenständigen Einheit. Das Kreditrisiko der rechtlich eigenständigen Einheit ist wiederum von den Sicherheiten, die diese zur Verfügung stellt, beeinflusst.

Bestimmte zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen sind strukturierte Verbriefungen, die durch rechtlich eigenständige SPEs begeben werden. Diese SPEs halten Sicherheiten, schließen Derivatekontrakte ab und begeben Schuldverschreibungen, die mit dem Risiko aus den Sicherheiten und den Derivaten verbunden sind. Die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value ist durch den Betrag der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert, bestimmt. Wenn die begebene Schuldverschreibung ein eingebettetes Derivat enthält, wurde die Fair-Value-Änderung, die auf das Kreditrisiko zurückzuführen ist, in der Berechnung nicht berücksichtigt. Das Kreditrisiko in diesen Verpflichtungen bezieht sich überwiegend auf die Fair-Value-Änderung der Sicherheit der Gesellschaft, die auf die Veränderung des Kreditrisikos zurückzuführen ist. Die kumulierte Fair-Value-Änderung aufgrund des in diesen Instrumenten enthaltenen Kreditrisikos betrug zum 31. Dezember 2007 81,2 Mio € (2006: 5,3 Mio €). Der Fair Value für diese Instrumente stieg aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 73,9 Mio € (2006: Anstieg um 5,3 Mio €).

Im Rahmen von strukturierten Verbriefungen halten rechtlich eigenständige Gesellschaften ein Kreditportfolio, Zinsderivate und begeben Schuldverschreibungen. Der Wert der Schuldverschreibungen ist abhängig von den Instrumenten, die eine solche Gesellschaft hält. Der Konzern hält bestimmte von solchen Einheiten begebene Schuldverschreibungen. Einige solcher Gesellschaften wurden vom Konzern gegründet, andere von Dritten. Wie in Note [1] gemäß den „Grundsätzen der Konsolidierung“ beschrieben, werden bestimmte dieser Gesellschaften konsolidiert. Die von diesen Gesellschaften begebenen Kredite werden als Handelsaktiva klassifiziert. Die an Dritte von den konsolidierten Gesell-

schaften begebenen Schuldverschreibungen sind zum Fair Value klassifiziert. Die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value resultiert aus der Fair-Value-Änderung der für den Kredit hinterlegten Sicherheit in der Gesellschaft. Die kumulierte Fair-Value-Änderung aufgrund des in diesen Instrumenten enthaltenen Kreditrisikos betrug zum 31. Dezember 2007 3,5 Mrd €. Der Fair Value für diese Instrumente stieg aufgrund des Kreditrisikos im Geschäftsjahr 2007 um 3,5 Mrd €. Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich bei diesen Instrumenten keine materielle Fair-Value-Änderung aufgrund des Kreditrisikos.

Für die zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen lag der vertragliche Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit zum 31. Dezember 2007 um 29,3 Mrd € und zum 31. Dezember 2006 um 33,8 Mrd € über dem Bilanzwert. Der größte Teil dieser Differenz bezog sich auf nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen, bei denen für den vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit eine volle Inanspruchnahme der Kreditzusage unterstellt wird.

## [12] FAIR VALUE VON FINANZINSTRUMENTEN

### FAIR VALUE VON FINANZINSTRUMENTEN, DIE NICHT ZUM FAIR VALUE AUSGEWIESEN WERDEN

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente, gefolgt von einer allgemeinen Beschreibung der Methoden und Annahmen, die der Ermittlung dieser Fair Values zugrunde gelegt wurden.

in Mio €	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
	31.12.2007		31.12.2006	
<b>Finanzaktiva:</b>				
Barreserve	8.632	8.632	7.008	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.615	21.616	19.199	19.198
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.597	13.598	14.265	14.261
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.961	55.961	62.943	62.943
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	198.892	199.427	178.524	179.644
Sonstige Aktiva <sup>1</sup>	159.462	159.462	123.716	123.729
<b>Finanzpassiva:</b>				
Einlagen	457.946	457.469	411.916	411.670
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	178.741	178.732	102.200	102.196
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.565	9.565	21.174	21.174
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	53.410	53.406	48.433	48.427
Sonstige Passiva <sup>1</sup>	88.742	88.742	85.676	85.679
Langfristige Verbindlichkeiten	126.703	127.223	111.363	112.333
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	6.345	5.765	4.771	4.886

<sup>1</sup> Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten.

Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Für kurzfristige Finanzinstrumente, das heißt Finanzinstrumente mit einer Restlaufzeit von bis zu 90 Tagen, wurde als angemessener Fair Value der Bilanzwert angesetzt. Die folgenden Instrumente besitzen überwiegend kurze Laufzeiten.

<b>Aktiva</b>	<b>Passiva</b>
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für Finanzinstrumente mit Restlaufzeiten von mehr als 90 Tagen wurde der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten hätten erzielt werden können, beziehungsweise, im Fall von Passiva, von Zinssätzen, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Für Kredite wurde der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, zu denen ähnliche Kredite mit den gleichen Restlaufzeiten an Kreditnehmer mit vergleichbarer Bonität hätten vergeben werden können. Darüber hinaus wurde das spezifische Kreditrisiko, einschließlich der werthaltigen Sicherheiten, bei der Ermittlung des Fair Value von Krediten berücksichtigt.

Für Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entlehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere wird der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden, um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes berechnet.

Der Fair Value langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) wurde auf der Grundlage von Marktpreisen beziehungsweise durch Abzinsung der zu leistenden vertraglichen Cashflows ermittelt. Dabei wurden Zinssätze verwendet, zu denen der Konzern Schuldtitel mit vergleichbarer Restlaufzeit am Bilanzstichtag hätte emittieren können.

#### **ZUM FAIR VALUE BEWERTETE FINANZINSTRUMENTE**

Der Konzern nutzt die folgenden Bewertungsmodelle um den Fair Value von Finanzinstrumenten zu bestimmen, die zum Fair Value ausgewiesen werden oder deren Fair Value Änderung im Eigenkapital ausgewiesen wird. Alle zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente des Konzerns haben einen bestimmbaren Fair Value.

Die Fair Values eines wesentlichen Prozentsatzes der Finanzinstrumente des Konzerns basieren auf beobachtbaren Börsenpreisen oder werden aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Börsenpreisen, Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Börsenpreise, Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, Over-the-Counter-Derivate („OTC-Derivate“), die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G7-Währungen –, sowie Aktienswaps und

Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Börsenpreise, Preise oder Parameter verfügbar, kann der Fair Value bestimmt werden, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Bewertungsmodelle zur Preisberechnung von Standardswaps wie das Black-Scholes-Modell oder andere Standardmodelle erfordern normalerweise keine Annahmen und Einschätzungen des Managements, da sie in der Branche weit verbreitet und die Bestimmungsgrößen auf aktiven Märkten beobachtbar sind.

Sind keine beobachtbaren Börsenpreise, Preise oder Parameter verfügbar, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem handelbare Kredite, neue, komplexe und langfristige OTC-Derivate, Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten, notleidende Schuldtitel, nicht marktgängige Eigenkapitaltitel, zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten sowie Private-Equity-Beteiligungen. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des Fair Value erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen wie Korrelationen, vorzeitige Tilgung, nicht beobachtbare Ausfallraten und die Größe der Verluste. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Fair-Value-Bestimmung, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen.

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung beinhaltet das mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehende Kreditrisiko des Konzerns. Bei den zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen handelt es sich in erster Linie um strukturierte Finanzinstrumente, die nicht auf einem aktiven Markt notiert werden. Die Berechnung des Fair Value erfolgt mittels einer Bewertungsmethode, die das Kreditrisiko der finanziellen Verpflichtung durch die Abzinsung der vertraglichen Cashflows mithilfe einer risikolosen Zinsstrukturkurve berücksichtigt, die das Niveau widerspiegelt, auf dem der Konzern ähnliche Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag begeben würde.

Bei zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die besichert sind, wie zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), werden bonitätsverbessernde Maßnahmen in die Fair-Value-Berechnung mit einbezogen.

Der Konzern hält Vermögensgegenstände, die mit Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist verpflichtet, diese Vermögensgegenstände zu nutzen, um den Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der Fair Value für die Verbindlichkeiten aus den Versicherungsverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Versicherungspolice, durch den Fair Value der Vermögensgegenstände bestimmt.

Der Konzern hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten Fair Values sicherzustellen. Basiert der Fair Value auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert und unterliegen einer Prüfung. Fehlen beobachtbare Preis- oder Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des Fair Value anhand von Verfahren ermittelt. Diese Verfahren beinhalten die Prüfung der Bewertungsergebnisse mithilfe geeigneter alternativer Instrumente, die Anwendung von Extrapolationsverfahren und die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Bewertungsergebnisse mit beobachtbaren Marktinstrumenten wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung des Managements.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungsergebnissen durch Ermittlung des Close-out-Gewinns beziehungsweise -Verlusts sowie Value-at-Risk Back-testing. Weitere Informationen zu der Value-at-Risk-Analyse des Konzerns sind in Note [37] des vorliegenden Konzernabschlusses enthalten.

#### **FAIR-VALUE-HIERARCHIE**

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

**NOTIERTE PREISE IN EINEM AKTIVEN MARKT:** Diese Kategorie enthält an wichtigen Börsen gehandelte Eigenkapitaltitel, G7-Staatsanleihen und börsengehandelte Derivate.

**BEWERTUNGSVERFAHREN MITTELS BEOBACHTBARER PARAMETER:** Diese Kategorie beinhaltet die Mehrheit der OTC-Derivate, Unternehmensanleihen, Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen sowie der handelbaren Kredite des Konzerns.

**BEWERTUNGSVERFAHREN MITTELS NICHT BEOBACHTBARER PARAMETER:** Diese Kategorie umfasst komplexere OTC-Derivate, Private-Equity-Beteiligungen, illiquide Kredite und strukturierte Anleihen. Die Parameterangaben für Finanzinstrumente in dieser Kategorie sind nicht beobachtbar und haben einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments oder die aus dem Instrument erzielten Gewinne und Verluste.



Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Im Anschluss folgen eine Analyse und Diskussion der Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie zugeordnet wurden. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

	31.12.2007			31.12.2006		
	Notierte Marktpreise	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode	Notierte Marktpreise	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode
in Mio €						
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:</b>						
Wertpapiere	204.247	225.203	20.234	210.666	194.596	19.861
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	21.401	563.160	18.498	17.396	343.957	14.236
Sonstige Handelsaktiva	1.055	62.613	40.568	391	72.456	2.246
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	13.684	297.423	6.017	1.563	224.556	2.726
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	13.389	26.376	2.529	15.209	20.614	2.214
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte <sup>1</sup>	560	1.667	- 5	478	2.076	105
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt:</b>	<b>254.336</b>	<b>1.176.442</b>	<b>87.841</b>	<b>245.703</b>	<b>858.255</b>	<b>41.388</b>
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:</b>						
Wertpapiere	100.630	4.976	619	108.956	19.434	2.589
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	24.723	567.263	16.542	21.285	360.669	10.512
Sonstige Handelspassiva	21	300	509	-	183	-
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.454	233.944	5.400	2.247	166.286	2.458
Investmentverträge <sup>2</sup>	-	9.796	-	-	-	-
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen <sup>1</sup>	-	3.763	- 3	57	4.573	280
<b>Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt:</b>	<b>126.828</b>	<b>820.042</b>	<b>23.067</b>	<b>132.545</b>	<b>551.145</b>	<b>15.839</b>

1 Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird, werden unter sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Fair-Value-Kategorien aufgeteilt.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen

#### ANALYSE DER FINANZINSTRUMENTE MIT EINEM FAIR VALUE, DER MITHILFE VON BEWERTUNGSMODELLEN ERMITTELT WURDE, DIE WESENTLICHE NICHT BEOBACHTBARE PARAMETER ENTHALTEN

Zu einigen Finanzinstrumenten dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem ist es gefordert, diese als Bruttoforderungen und –verbindlichkeiten in der oben gezeigten Tabelle aufzuführen.

**WERTPAPIERE DES HANDELSBESTANDS:** Wertpapiere des Handelsbestands werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn einige der wesentlichen Risiken in diesen Papieren nicht in aktuellen Markttransaktionen beobachtbar sind und es keine vergleichbaren Instrumente gibt, die zur Berechnung des Fair Value in einer engen Spannbreite herangezogen werden können. Dies ist der Fall, wenn nur selten Transaktionen in diesen Wertpapieren stattfinden, Marktpreise nicht zur Verfügung stehen und die Märkte für diese Wertpapiere somit illiquide sind. Unter diesen Umständen wird der Fair Value mithilfe von Bewertungsmodellen bestimmt, bei denen einige der Parameter nicht beobachtbar sind.

Bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen sind in dieser Kategorie enthalten. Zusätzlich enthält diese Kategorie bestimmte Anleihen, die von Gesellschaften zum Zwecke der Verbriefung emittiert wurden, Commercial Mortgage-backed Securities, Collateralized Debt Obligation Securities („CDO“) und andere Asset-backed Securities.

Der Anstieg der Wertpapiere im Handelsbestand in dieser Kategorie im laufenden Jahr ist hauptsächlich auf bestimmte Asset-backed Securities und Anleihen, die von Gesellschaften zum Zweck der Verbriefung emittiert wurden, verursacht, da die Liquidität der Märkte zurückging. Daraus resultierten verminderte Handelsaktivitäten in diesen Instrumenten. Daher standen auch weniger vergleichbare Instrumente zur Verfügung, was wiederum die in Bewertungsmodellen verwendeten beobachtbaren Parameter reduzierte.

**POSITIVE UND NEGATIVE MARKTWERTE AUS DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN:** Derivate, die dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind, sind im Hinblick auf ihren Aufbau oder in Bezug auf das Basisinstrument von komplexer Natur. Die Bewertungsmodelle für solche Derivate beinhalten einen oder mehrere wesentliche nicht beobachtbare Parameter. Diese Parameter umfassen bestimmte Kredit-, Aktien- und Währungskorrelationen, bestimmte langfristige Volatilitäten sowie bestimmte Annahmen über Tilgungen. Zusätzlich können diese Parameter bestimmte Kreditaufschläge und andere transaktionsspezifische Angaben umfassen.

Die folgenden Derivate sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten: kundenspezifische CDO Derivate, deren zugrunde liegender Referenzpool nicht mit vergleichbaren Indices, die an regulären Märkten gehandelt werden, vergleichbar ist. Alle CDO Squared Derivatives (CDOs, deren Underlying aus Obligationen anderer CDOs besteht) sowie bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist. Bestimmte Basket Options, in denen die Korrelationen zwischen den referenzierten Basiswerten (Aktiva) nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionsderivate und Multifremdwährungsderivate sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die die Risikoaufschläge nicht beobachtbar sind.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde der Anstieg der Derivate, die dieser Kategorie in der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet wurden, im Wesentlichen durch Credit Default Swaps auf Asset-backed Securities verursacht, deren Kreditaufschläge durch die rückläufige Liquidität am Markt nicht beobachtbar waren. Ansonsten blieben die nicht beobachtbaren Parameter der Bewertungsmodelle für Derivate weitgehend unverändert, da die Liquidität auf den meisten Märkten bestehen blieb.

**SONSTIGE HANDELSINSTRUMENTE:** Die sonstigen Handelsinstrumente umfassen hauptsächlich handelbare Kredite. Handelbare Kredite werden dieser Kategorie zugerechnet, wenn keine notierten Marktpreise verfügbar sind, kein angemessenes Vergleichsinstrument besteht und die Bewertungsmodelle wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten.

Der Anstieg der Kreditvolumina in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie im Geschäftsjahr 2007 war insbesondere im Geschäft mit Leveraged Loans und mit verbrieften Wohnungsbaukrediten zu beobachten. Dort gingen die Liquidität und die zugehörigen Marktinformationen zurück.

**ZUM FAIR VALUE KLASSIFIZIERTE VERMÖGENSWERTE/VERPFLICHTUNGEN:** Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche zum Fair Value klassifiziert wurden, sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten. Die zum Fair Value klassifizierten Unternehmenskredite werden bewertet, indem in die Bewertungsmodelle Risikoaufschläge, Rückzahlungswahrscheinlichkeiten und der Ausnutzungsgrad mit einbezogen werden. Handelt es sich bei den Krediten um Kredite im Rahmen revolvingender Kreditzusagen, dann ist der Parameter „Ausnutzungsgrad“ als wesentlich und nicht beobachtbar anzusehen. Daher werden solche Kredite dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet. Die Veränderung im Jahresvergleich ist auf die zunehmende Zahl der Vermögenswerte zurückzuführen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, aber auch auf das Ausmaß der revolvingenden Kreditzusagen, die am Ende der Periode in Anspruch genommen waren. Es gab keinen bemerkenswerten Rückgang in der Beobachtbarkeit der Parameter für die Bewertung von Unternehmenskrediten, die zum Fair Value klassifiziert wurden.

Darüber hinaus enthielten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, eingebettete Derivate mit wesentlichen nicht beobachtbaren Parametern, welche Volatilitäten einzelner Aktien sowie Aktienkorrelationen umfassen. Der Anstieg der Positionen in solchen Instrumenten im Geschäftsjahr 2007 war im Wesentlichen auf zusätzliche Anleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, statt auf einen Rückgang von beobachtbaren Parametern zurückzuführen.

**ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE:** Bestimmte nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als illiquide angesehen wird.

#### SENSITIVITÄTSANALYSE DER NICHT BEOBACHTBAREN PARAMETER

Wenn der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Parametern basiert, kann der präzise Wert dieser Parameter aus einer weiten Spannbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Beim Erstellen des Konzernabschlusses wurden die Parameter aus dieser Spannbreite mithilfe von Beurteilungen durch das Management, die auf bestehenden Marktgegebenheiten beruhen und dem Bewertungskontrollprozess des Konzerns unterliegen, ausgewählt. Wenn der Konzern zum 31. Dezember 2007 alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig so verändert hätte, dass sie die äußeren Werte der Spannbreite umfassen, wäre der ausgewiesene Fair Value um bis zu 3,0 Mrd € gestiegen oder hätte sich um bis zu 2,0 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2006 wäre der Fair Value um bis zu 1,3 Mrd € gestiegen oder um bis zu 631 Mio € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, nutzt der Konzern einen Ansatz, der auf seiner Methode zur Anpassung von Bewertungen basiert.

#### UNREALISIERTE GEWINNE UND VERLUSTE

Unrealisierte Gewinne und Verluste sind die Erträge und Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden, für die aber noch keine Barmittel aufgrund einer Realisierung geflossen sind. Der unrealisierte Gewinn aus Finanzinstrumenten in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie belief sich im Geschäftsjahr 2007 auf 4,0 Mrd €. Im Geschäftsjahr 2006 wurde für Finanzinstrumente in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ein Verlust in Höhe von 48 Mio € ausgewiesen. Der unrealisierte Gewinn und Verlust ist nicht ausschließlich auf die nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen. Viele der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie herangezogen werden, sind beobachtbar und somit basiert die Veränderung der unrealisierten Gewinne und Verluste auf Veränderungen dieser beobachtbaren Parameter im Laufe der Periode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind.

**ERFASSUNG DES „TRADE DATE PROFIT“**

Soweit im Einklang mit dem in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns für Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Abgrenzung des Trade Date Profit, der am Handelstag durch Anwendung der nicht auf Marktdaten basierenden Bewertungsmethode für Finanzinstrumente, die zum Fair Value bewertet wurden, entstand. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2007	2006
<b>Anfangsbestand</b>	<b>473</b>	<b>503</b>
Neue Geschäfte während der Periode	426	271
Abschreibungen	- 132	- 40
Endfällige Geschäfte	- 53	- 94
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 186	- 168
Wechselkursänderungen	- 7	1
<b>Endbestand</b>	<b>521</b>	<b>473</b>

**[13] ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE**

Die folgende Tabelle zeigt den Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Festverzinsliche Wertpapiere:</b>		
Deutsche öffentliche Emittenten	2.466	2.879
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	1.349	1.348
US-Kommunalbehörden	273	1
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.347	3.247
Unternehmen	7.753	7.217
Sonstige Asset-backed Securities	6.847	6.633
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	3.753	4.182
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	4.631	1.065
<b>Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>30.419</b>	<b>26.572</b>
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere:</b>		
Aktien	7.934	7.294
Investmentanteile	306	519
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>8.240</b>	<b>7.813</b>
<b>Sonstiger Anteilsbesitz</b>	<b>1.204</b>	<b>1.182</b>
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft</b>	<b>2.431</b>	<b>2.470</b>
<b>Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>42.294</b>	<b>38.037</b>

**[14] NACH DER EQUITY METHODE BILANZIERTE BETEILIGUNGEN**

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity Methode bilanziert, sofern sie nicht als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert sind. Zwei assoziierte Unternehmen wurden zum 31. Dezember 2007 unter den zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen. Siehe auch Note [22].

Am 31. Dezember 2007 waren folgende Beteiligungen wesentlich – sie repräsentierten 75 % des Buchwerts der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

<b>Beteiligung<sup>1</sup></b>	<b>Anteil am Kapital</b>
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt	26,89 %
Beijing Guohua Real Estate Co., Ltd., Peking	30,00 %
Compañía Logística de Hidrocarburos CLH, S.A., Madrid <sup>2</sup>	5,00 %
DB Global Masters (Fundamental Value Trading II) Fund Ltd, George Town	27,88 %
DB Phoebus Lux S.à.r.l., Luxemburg <sup>3</sup>	74,90 %
Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG, Berlin	45,51 %
Discovery Russian Realty Paveletskaya Project Ltd., George Town	33,33 %
DMG & Partners Securities Pte. Ltd., Singapur	49,00 %
Fincasa Hipotecaria, S.A. de C.V. Sociedad Financiera de Objeto Limitado, Mexiko Stadt	49,00 %
Fondo Immobiliare Chiuso Piramide Globale, Mailand	42,45 %
Force 2005–1 Limited Partnership, St. Helier	40,00 %
Gemeng International Energy Group Company Limited, Taiyuan <sup>2</sup>	19,00 %
Hanoi Building Commercial Joint Stock Bank, Hanoi <sup>2</sup>	10,00 %
K&N Kenanga Holdings Bhd, Kuala Lumpur <sup>2</sup>	16,55 %
Ligusterfonds, Amsterdam	25,85 %
Makkolli Trading Ltd, Hamilton	45,00 %
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	25,03 %
Mountaineer Natural Gas Trust, Wilmington	50,00 %
Paternoster Limited, Douglas	30,99 %
PX Holdings Limited, Stockton on Tees	43,00 %
Redwood Russia PLP1 Limited, St. Helier	40,10 %
Rongde Asset Management Company Limited, Peking	40,70 %
RREEF America REIT III, Inc., Chicago <sup>2</sup>	9,67 %
RREEF Global Opportunities Fund II LLC, Wilmington <sup>2</sup>	9,90 %
STC Capital YK, Tokio	50,00 %
SWIP Multi Manager Global Real Estate Fund, London	24,70 %
SWIP Property Trust, London	37,38 %
SWIP UK Income Fund, London	35,99 %
SWIP UK Smaller Cos, London	34,24 %
VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG, München	36,98 %

1 Alle wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen sind assoziierte Unternehmen.

2 Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien oder durch andere Maßnahmen einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

3 Der Konzern hat keinen beherrschenden Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Finanzinformationen der wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Summe der Aktiva	22.107	20.062
Summe der Verbindlichkeiten	13.272	12.113
Erträge	2.368	2.344
Gewinn/Verlust (-)	528	1.195

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2007	2006
<b>Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen:</b>		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	358	207
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen <sup>1</sup>	9	217
Wertminderungen	- 14	- 5
<b>Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen insgesamt</b>	<b>353</b>	<b>419</b>

<sup>1</sup> Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Beteiligungen enthielten in 2006 einen Gewinn von 131 Mio € aus der Veräußerung der restlichen Beteiligung an der EUROHYPO AG.

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2007 noch kumuliert.

Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen mit einem Buchwert von 160 Mio € zum 31. Dezember 2007 (zum 31. Dezember 2006: 219 Mio €), für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, wiesen einen gesamten Fair Value von 168 Mio € auf (2006: 228 Mio €).

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsgesellschaften ausgesetzt.

Sowohl im Geschäftsjahr 2007 als auch im Geschäftsjahr 2006 unterlag keine der Beteiligungsgesellschaften Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen in Form von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

**[15] FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT**

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Banken und Versicherungen	12.850	12.364
Verarbeitendes Gewerbe	16.067	13.727
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	25.323	25.925
Private Haushalte – Hypothekenkredite	45.540	43.658
Öffentliche Haushalte	5.086	4.153
Handel	8.916	10.515
Gewerbliche Immobilien	16.476	14.042
Leasingfinanzierungen	3.344	3.290
Sonstige	67.086	52.644
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto</b>	<b>200.689</b>	<b>180.318</b>
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	92	124
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge</b>	<b>200.597</b>	<b>180.194</b>
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.705	1.670
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft</b>	<b>198.892</b>	<b>178.524</b>

Weitere Informationen zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft finden sich in der Note [37].

**[16] RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT**

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>985</b>	<b>684</b>	<b>1.670</b>	<b>1.124</b>	<b>708</b>	<b>1.832</b>
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	146	505	651	16	336	352
Nettoabschreibungen	- 149	- 378	- 527	- 116	- 328	- 444
Abschreibungen	- 244	- 508	- 752	- 272	- 460	- 732
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	95	130	225	156	132	288
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 52	- 36	- 88	- 39	- 32	- 70
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>930</b>	<b>775</b>	<b>1.705</b>	<b>985</b>	<b>684</b>	<b>1.670</b>

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>127</b>	<b>129</b>	<b>256</b>	<b>184</b>	<b>132</b>	<b>316</b>
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 32	- 6	- 38	- 56	2	- 53
Veränderungen des Konsolidierungskreises	7	3	10	1	-	1
Wechselkursänderungen	- 1	- 8	- 8	- 2	- 5	- 7
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>101</b>	<b>118</b>	<b>219</b>	<b>127</b>	<b>129</b>	<b>256</b>

#### [17] AUSBUCHUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN

Die Rechnungslegungsgrundsätze des Konzerns für die Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten sowie für die Bilanzierung im Rahmen eines fortgeführten Engagements werden in Note [1] beschrieben.

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, bei denen er aber alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden diese Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Kreditvergabe („Secured Financing“) bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei diesen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, die zugrunde liegenden Transaktionen und die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	31.12.2007	31.12.2006
in Mio €		
<b>Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:</b>		
Wertpapierpensionsgeschäften	170.538	86.655
Wertpapierleihen	30.884	48.558
Total Return Swaps	4.871	3.024
<b>Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt</b>	<b>206.293</b>	<b>138.237</b>
Sonstige Handelsaktiva:	176	2.830
<b>Insgesamt</b>	<b>206.469</b>	<b>141.067</b>
<b>Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit</b>	<b>168.772</b>	<b>98.367</b>

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines fortgeführten Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Cashflows aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt oder Derivatekontrakte mit Verbriefungsgesellschaften eingeht.



Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, in denen der Konzern ein fortgeführtes Engagement eingegangen ist. Die mit dem übertragenen Vermögenswert verbundene Verbindlichkeit entspricht etwa dem Vermögenswert, der weiterhin erfasst wird.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte</b>		
Wertpapiere des Handelsbestands	9.052	6.522
Sonstige Handelsaktiva	3.695	1.257
<b>Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte</b>		
Wertpapiere des Handelsbestands	6.489	5.615
Sonstige Handelsaktiva	1.062	345

#### [18] ALS SICHERHEIT VERPFÄNDETE UND ERHALTENE VERMÖGENSWERTE

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	436	119
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	199.696	129.057
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	866	973
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	14.846	12.434
Sachanlagen	183	249
<b>Insgesamt</b>	<b>216.027</b>	<b>142.832</b>

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesene verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sind in diesen Werten enthalten. Am 31. Dezember 2007 belief sich ihr Wert auf 158 Mrd € (2006: 87 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2007 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 462 Mrd € (2006: 389 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind, ausgeführt. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt.

Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2007 438 Mrd € (2006: 355 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

**[19] SACHANLAGEN**

in Mio €	Eigegenutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
<b>Anschaffungskosten:</b>					
<b>Bestand zum 1. Januar 2006</b>	<b>2.564</b>	<b>2.342</b>	<b>1.314</b>	<b>73</b>	<b>6.293</b>
Veränderung des Konsolidierungskreises	45	13	2	–	60
Zugänge	249	202	73	82	606
Reklassifizierung	3	7	28	– 41	– 3
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–	–	–	–	–
Abgänge	127	159	45	2	333
Wechselkursänderungen/Sonstige	– 90	– 59	– 33	– 1	– 183
<b>Bestand zum 31. Dezember 2006</b>	<b>2.644</b>	<b>2.346</b>	<b>1.339</b>	<b>111</b>	<b>6.440</b>
Veränderung des Konsolidierungskreises	– 219	10	26	–	– 183
Zugänge	26	353	209	87	675
Reklassifizierung	– 2	10	78	– 69	17
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	62	10	–	–	72
Abgänge	742	312	145	2	1.201
Wechselkursänderungen/Sonstige	– 103	– 100	– 63	– 3	– 269
<b>Bestand zum 31. Dezember 2007</b>	<b>1.542</b>	<b>2.297</b>	<b>1.444</b>	<b>124</b>	<b>5.407</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:</b>					
<b>Bestand zum 1. Januar 2006</b>	<b>700</b>	<b>1.746</b>	<b>619</b>	<b>–</b>	<b>3.065</b>
Veränderung des Konsolidierungskreises	3	8	1	–	12
Abschreibungen	53	217	139	–	409
Wertminderungen	–	1	–	–	1
Wertaufholungen	–	–	–	–	–
Reklassifizierung	– 1	–	– 12	–	– 13
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	–	–	–	–	–
Abgänge	29	149	32	–	210
Wechselkursänderungen/Sonstige	– 14	– 41	– 10	–	– 65
<b>Bestand zum 31. Dezember 2006</b>	<b>712</b>	<b>1.782</b>	<b>705</b>	<b>–</b>	<b>3.199</b>
Veränderung des Konsolidierungskreises	39	– 1	1	–	39
Abschreibungen	65	224	142	–	431
Wertminderungen	1	1	10	–	12
Wertaufholungen	–	–	–	–	–
Reklassifizierung	– 3	–	24	–	21
Reklassifizierung in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	49	8	–	–	57
Abgänge	190	250	65	–	505
Wechselkursänderungen/Sonstige	– 14	– 90	– 38	–	– 142
<b>Bestand zum 31. Dezember 2007</b>	<b>561</b>	<b>1.658</b>	<b>779</b>	<b>–</b>	<b>2.998</b>
<b>Bilanzwert:</b>					
<b>Zum 31. Dezember 2006</b>	<b>1.932</b>	<b>564</b>	<b>634</b>	<b>111</b>	<b>3.241</b>
<b>Zum 31. Dezember 2007</b>	<b>981</b>	<b>639</b>	<b>665</b>	<b>124</b>	<b>2.409</b>

Die im Geschäftsjahr 2007 in den „Sachaufwendungen und sonstige Aufwendungen“ ausgewiesenen Wertminderungen resultieren hauptsächlich aus der Renovierung der Konzernzentrale (Tausanlage) in Frankfurt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf 149 Mio€.

## [20] LEASINGVERHÄLTNISSE

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

### FINANZIERUNGSLEASINGVERHÄLTNISSE

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, die im Rahmen der Finanzierungsleasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Grundstücke und Gebäude	97	179
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3	4
Sonstige	–	–
<b>Buchwert am Jahresende</b>	<b>100</b>	<b>183</b>

Darüber hinaus hat der Konzern Untermietverträge mit einem Volumen von 309 Mio€ zum 31. Dezember 2007 und 369 Mio€ zum 31. Dezember 2006 abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungsverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen</b>		
bis 1 Jahr	199	123
1 bis 5 Jahre	186	358
länger als 5 Jahre	347	427
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt</b>	<b>732</b>	<b>908</b>
Abzüglich Zinsanteil	282	323
<b>Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing</b>	<b>450</b>	<b>585</b>

Die Summe der künftigen Mindestzahlungen aus Untermietverhältnissen, deren Erhalt aufgrund von unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wird, belief sich zum Bilanzstichtag 2007 auf 421 Mio€ (2006: 437 Mio€). Zum 31. Dezember 2007 betragen die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen 0,4 Mio€.

**OPERATING-LEASING-VERHÄLTNISSE**

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Operating-Leasing-Verhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen</b>		
bis 1 Jahr	639	564
1 bis 5 Jahre	1.789	1.588
länger als 5 Jahre	1.815	1.112
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt</b>	<b>4.243</b>	<b>3.264</b>
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	253	330
<b>Nettomindestleasingzahlungen</b>	<b>3.990</b>	<b>2.934</b>

Im Geschäftsjahr 2007 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 708 Mio € gezahlt, davon wurden 752 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 21 Mio € für bedingte Mietzahlungen geleistet, abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 64 Mio €.

**[21] GOODWILL UND SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE****GOODWILL****VERÄNDERUNGEN DES GOODWILL**

Der Bilanzwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Goodwill haben sich in den Geschäftsjahren 2007 und 2006 pro Segment wie folgt entwickelt.

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
<b>Bestand zum 1. Januar 2006</b>	<b>3.383</b>	<b>485</b>	<b>2.837</b>	<b>240</b>	<b>100</b>	<b>7.045</b>
Zugänge	171	–	419	235	33	858
Umbuchungen	–	1	–	–1	–	–
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–1	–1	–	–2
Wertminderungen <sup>1</sup>	–	–	–	–	–31	–31
Wechselkursänderungen/Sonstige	–326	–38	–218	–3	–15 <sup>2</sup>	–600
<b>Bestand zum 31. Dezember 2006</b>	<b>3.228</b>	<b>448</b>	<b>3.037</b>	<b>470</b>	<b>87</b>	<b>7.270</b>
<b>Bruttobetrag des Goodwill</b>	<b>3.228</b>	<b>448</b>	<b>3.037</b>	<b>470</b>	<b>294</b>	<b>7.477</b>
<b>Kumulierte Wertminderungen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–207</b>	<b>–207</b>
<b>Bestand zum 1. Januar 2007</b>	<b>3.228</b>	<b>448</b>	<b>3.037</b>	<b>470</b>	<b>87</b>	<b>7.270</b>
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–8	–	–8
Zugänge	177	3	–	514	–	694
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–26	–	–34	–60
Wertminderungen <sup>1</sup>	–	–	–	–	–54	–54
Wechselkursänderungen/Sonstige	–329	–35	–242	–5	1	–610
<b>Bestand zum 31. Dezember 2007</b>	<b>3.076</b>	<b>416</b>	<b>2.769</b>	<b>971</b>	<b>–</b>	<b>7.232</b>
<b>Bruttobetrag des Goodwill</b>	<b>3.076</b>	<b>416</b>	<b>2.769</b>	<b>971</b>	<b>261</b>	<b>7.493</b>
<b>Kumulierte Wertminderungen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–261</b>	<b>–261</b>

<sup>1</sup> Wertminderungen auf Goodwill werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen.

<sup>2</sup> Einschließlich einer Minderung des Goodwill um 13 Mio € im Zusammenhang mit in den vorangegangenen Geschäftsjahren erfolgten Abschreibungen für zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2007 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Private & Business Clients auf die Übernahme der Berliner Bank zurückzuführen, auf die ein Beitrag von 508 Mio€ entfiel. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Corporate Banking & Securities steht im Zusammenhang mit der Akquisition von MortgageIT Holdings Inc., auf die ein Beitrag von 149 Mio€ entfiel.

Im Geschäftsjahr 2006 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Asset and Wealth Management auf die Übernahme von Tilney Group Limited zurückzuführen, auf die ein Beitrag von 419 Mio€ entfiel. Während im Bereich Private & Business Clients die Akquisition der norisbank zu einem Goodwill von 230 Mio€ führte, trug die Übernahme der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“) im Bereich Corporate Banking & Securities 166 Mio€ zum Goodwill bei.

Im ersten Quartal 2007 wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill im Bereich Corporate Investments durchgeführt, nachdem der Bereich einen Gewinn von 178 Mio€ im Zusammenhang mit seiner nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG realisiert hatte. Diese Prüfung ergab eine Wertminderung des Goodwill von insgesamt 54 Mio€.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde im Konzernbereich Corporate Investments eine Wertminderung des Goodwill in Höhe von 31 Mio€ verzeichnet. Diese Wertminderung stand im Zusammenhang mit einer Private-Equity-Beteiligung in Brasilien, die nicht in die zahlungsmittelgenerierende Einheit integriert war. Die Wertminderung war auf Änderungen der lokalen Gesetzgebung zurückzuführen, durch die bestimmte Geschäftsaktivitäten eingeschränkt wurden. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten der Beteiligung wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

#### WERTHALTIGKEITSPRÜFUNG DES GOODWILL

Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten des Konzerns gelten demzufolge Global Markets und Corporate Finance im Segment Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments. Zum Jahresende 2007 wiesen sechs dieser sieben Einheiten Goodwill aus. Die Bilanzwerte des Goodwill für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 in den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die unter der Ebene der Segmente liegen, sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

	Global Markets	Corporate Finance	Corporate Banking & Securities insgesamt	Asset Manage- ment	Private Wealth Manage- ment	Asset and Wealth Manage- ment insgesamt
in Mio €						
<b>Zum 31. Dezember 2006</b>	<b>2.148</b>	<b>1.080</b>	<b>3.228</b>	<b>1.963</b>	<b>1.074</b>	<b>3.037</b>
<b>Zum 31. Dezember 2007</b>	<b>2.098</b>	<b>978</b>	<b>3.076</b>	<b>1.794</b>	<b>975</b>	<b>2.769</b>

Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei werden auch die Höhe des Goodwill sowie nicht abzu-

schreibende immaterielle Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 führte zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für alle zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als ihr entsprechender Bilanzwert.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Goodwill ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

#### ERZIELBARER BETRAG

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten. Da beobachtbare Marktpreise für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns nicht regelmäßig verfügbar sind, basiert der Fair Value auf den verfügbaren Informationen, die am ehesten den Betrag widerspiegeln, welchen der Konzern bei einem Verkauf zu Marktbedingungen unter sachverständigen und vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielen könnte. Dazu zählen Informationen zu Transaktionen und Marktwerten der jüngeren Vergangenheit, die für gleichartige Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten in der maßgeblichen Branche beziehungsweise dem maßgeblichen Markt vorliegen, sowie Bewertungsmethoden wie Discounted-Cashflow-Berechnungen (DCF-Berechnungen).

Für die meisten zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns wird der Fair Value auf der Grundlage von DCF-Berechnungen ermittelt. Für Asset Management wird der Fair Value auf Basis von Marktmultiplikatoren einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen für verschiedene geschäftsspezifische Kenngrößen (wie Ertrags- und Kurs-Gewinn-Multiplikatoren) bestimmt. In diesem Fall wird der Fair Value auf der Grundlage der DCF-Berechnung für die Validierung der Ergebnisse des multiplikatorgestützten Verfahrens berücksichtigt.

Bei der DCF-Methode wendet der Konzern ein den Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtlichem Umfeld angepasstes Dividendendiskontierungsmodell (Dividend Discount Model, DDM) an. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DDM basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Finanzplänen, die vom Management für einen Dreijahreszeitraum beschlossen wurden. Zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill werden die beschlossenen Pläne um zwei weitere Jahre extrapoliert, um ein nachhaltiges Niveau für das geschätzte zukünftige Ergebnis zu ermitteln, welches auf den Barwert abgezinst wird. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen und tatsächlichen Performance sowie der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Bei Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus wird von einem konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Die auf dieser Grundlage ermittelten Fair Values werden darüber hinaus der Sicht von Marktteilnehmern gegenübergestellt. Dies erfolgt zum Beispiel mittels der von Aktienanalysten durchgeführten Bewertungen des Konzerns und seiner Segmente.

#### WESENTLICHE ANNAHMEN UND SENSITIVITÄTEN

Der Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf den Diskontierungszinssatz, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken. Die im Geschäftsjahr 2007 auf die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze liegen zwischen 9,6 % und 10,5 %.

**SENSITIVITÄTEN:** Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Fair Values werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Zusätzlich wurden die für das DDM und das Marktmultiplikatoren-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und langfristige Wachstumsrate einer Sensitivitätsprüfung unterzogen, um die Belastbarkeit der Fair Values zu testen. Vor diesem Hintergrund ist das Management der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns nicht zu einer Wertminderung führen.

#### SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, die ausschließlich intern entwickelte Software umfassen, und erworbene immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden weiter in abzuschreibende und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2007 und 2006.

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Erworbene immaterielle Vermögenswerte						Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
			Abzuschreibende			Nicht abzuschreibende			
			Software	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft	
in Mio €									
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten:</b>									
<b>Bestand zum 1. Januar 2006</b>	<b>391</b>	<b>215</b>	<b>–</b>	<b>436</b>	<b>651</b>	<b>978</b>	<b>8</b>	<b>986</b>	<b>2.028</b>
Zugänge	9	30	–	39	69	–	–	–	78
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	174	–	15	189	–	–	–	189
Abgänge	8	–	–	51	51	–	–	–	59
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursänderungen	– 23	– 19	–	– 22	– 41	– 101	–	– 101	– 165
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Bestand zum 31. Dezember 2006</b>	<b>369</b>	<b>400</b>	<b>–</b>	<b>417</b>	<b>817</b>	<b>877</b>	<b>8</b>	<b>885</b>	<b>2.071</b>
Zugänge	32	122	–	48	170	–	3	3	205
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	40	912	19	971	–	–	–	971
Abgänge	–	–	–	28	28	–	–	–	28
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	4	4	–	–	–	4
Wechselkursänderungen	– 27	– 28	– 49	– 20	– 97	– 91	–	– 91	– 215
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Bestand zum 31. Dezember 2007</b>	<b>374</b>	<b>534</b>	<b>863</b>	<b>432</b>	<b>1.829</b>	<b>786</b>	<b>11</b>	<b>797</b>	<b>3.000</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:</b>									
<b>Bestand zum 1. Januar 2006</b>	<b>329</b>	<b>82</b>	<b>–</b>	<b>321</b>	<b>403</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>732</b>
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	28	28	–	33	61	–	–	–	89 <sup>1</sup>
Abgänge	7	–	–	48	48	–	–	–	55
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursänderungen	– 16	– 7	–	– 14	– 21	–	–	–	– 37
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Bestand zum 31. Dezember 2006</b>	<b>334</b>	<b>103</b>	<b>–</b>	<b>292</b>	<b>395</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>729</b>
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	17	57	8	31	96	–	–	–	113 <sup>2</sup>
Abgänge	–	–	–	19	19	–	–	–	19
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	3	3	–	–	–	3
Wertminderungen	–	2	–	3	5	74	–	74	79 <sup>3</sup>
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wechselkursänderungen	– 23	– 13	–	– 14	– 27	–	–	–	– 50
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Bestand zum 31. Dezember 2007</b>	<b>328</b>	<b>149</b>	<b>8</b>	<b>290</b>	<b>447</b>	<b>74</b>	<b>–</b>	<b>74</b>	<b>849</b>
<b>Bilanzwert:</b>									
<b>zum 31. Dezember 2006</b>	<b>35</b>	<b>297</b>	<b>–</b>	<b>125</b>	<b>422</b>	<b>877</b>	<b>8</b>	<b>885</b>	<b>1.342</b>
<b>zum 31. Dezember 2007</b>	<b>46</b>	<b>385</b>	<b>855</b>	<b>142</b>	<b>1.382</b>	<b>712</b>	<b>11</b>	<b>723</b>	<b>2.151</b>

1 Davon 75 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 14 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

2 Davon 98 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 15 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

3 Davon wurden 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 5 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand erfasst.



**ABZUSCHREIBENDE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE**

Die Zugänge zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen auf die Akquisition von Abbey Life Assurance Limited zurückzuführen. Infolge dieser Akquisition wurde der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts in Höhe von 912 Mio€ aktiviert. Dieser spiegelt den Barwert der zukünftigen Zahlungsströme eines Portfolios langfristiger Versicherungs- und Investmentverträge wider. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Der Abschreibungszeitraum endet voraussichtlich im Jahr 2036 (weitere Informationen sind in Note [1] und in Note [40] enthalten).

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf erworbene Software und kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 3 Mio€ beziehungsweise 2 Mio€ als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Wertminderung auf die erworbene Software wurde im Bereich Asset and Wealth Management erfasst und die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich Global Transaction Banking erfasst.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Note [1] und in Note [40] erläutert, und der Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen). Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus der Verwaltung anfallen, abgeschrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauer der verschiedenen Anlageklassen.

	<b>Nutzungsdauer in Jahren</b>
<b>Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:</b>	
Software	1–3
<b>Erworbene immaterielle Vermögenswerte:</b>	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	1–20
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	1–29
Sonstige	1–30

**NICHT ABZUSCHREIBENDE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE**

Mehr als 98 % beziehungsweise 712 Mio€ der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beziehen sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und werden der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Diese Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft räumen DWS Scudder das ausschließliche Recht ein, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnen wir in absehbarer Zukunft nicht mit einer Beendigung der Verträge. Die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte dürften für einen unbegrenzten Zeitraum Cash-flows generieren. Die immateriellen Vermögenswerte wurden im Geschäftsjahr 2002 zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. durch den Konzern von unabhängiger Seite zum Fair Value bewertet.

Im vierten Quartal 2007 wurden Wertminderungen in Höhe von 74 Mio€ als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Diese Wertminderungen betreffen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft im Segment Asset and Wealth Management. Die Wertminderungen resultierten aus dem Rückgang sowohl laufender als auch künftiger operativer Ergebnisse und Cashflows aus Vermögensverwaltungsverträgen bezüglich bestimmter Geschlossener Fonds und Lebensversicherungsfonds, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Die erzielbaren Beträge der Vermögenswerte wurden auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt. Da Marktpreise für diese Vermögenswerte nicht verfügbar sind, basiert der Fair Value auf den verfügbaren Informationen, die am ehesten den Betrag widerspiegeln, welchen der Konzern bei einem Verkauf zu Marktbedingungen unter sachverständigen und vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielen könnte. Demzufolge wurde der Fair Value anhand des Ertragswertverfahrens („Income Approach“) auf der Grundlage einer Discounted-Cashflow-Methode nach Steuern (Residualwertmethode) ermittelt.

## [22] ZUM VERKAUF BESTIMMTE VERMÖGENSWERTE

Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern drei Veräußerungsgruppen (zwei Tochtergesellschaften und einen konsolidierten Fonds) sowie mehrere langfristige Vermögenswerte zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Im Geschäftsjahr 2007 führte dies zu einem Aufwand von 2 Mio€, der im Vorsteuerergebnis des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) ausgewiesen wurde.

Zwei der drei Veräußerungsgruppen waren dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Dabei handelt es sich zum einen um eine in Italien ansässige Lebensversicherungsgesellschaft, für die im Dezember 2007 ein Verkaufsvertrag unterzeichnet wurde. Der Abschluss der Transaktion wird für das erste Halbjahr 2008 erwartet. Die zweite Veräußerungsgruppe bezieht sich auf einen Immobilienfonds in Nordamerika, der im ersten Quartal 2008 platziert werden soll. Die dritte Veräußerungsgruppe – eine Tochtergesellschaft in CI – war bereits zum 31. Dezember 2006 zum Verkauf bestimmt. Da in 2007 Umstände eintraten, die vorher für unwahrscheinlich erachtet wurden, wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 nicht verkauft. Der Verkauf wird für das Geschäftsjahr 2008 erwartet.

Die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte umfassten zwei in Nordamerika gehaltene Alternative Investments in AWM, mehrere Bürogebäude in CI und im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) sowie Grundbesitz aus Rettungserwerben in Nordamerika im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S). Es ist geplant, diese Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2008 zu verkaufen.

Zum 31. Dezember 2006 waren neben der oben genannten Tochtergesellschaft in CI zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CI zum Verkauf bestimmt. Dies führte zu einem Abschreibungsaufwand von 2 Mio€. Außerdem waren zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CB&S als zur Veräußerung gehalten klassifiziert. Die letztgenannten vier Beteiligungen wurden in 2007 verkauft.

Nachfolgend sind die wesentlichen Komponenten der vom Konzern zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte zum 31. Dezember 2007 sowie zum 31. Dezember 2006 dargestellt.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	417	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte <sup>1</sup>	675	45
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	871	169
Sachanlagen	15	–
Sonstige Aktiva	864	195
<b>Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva</b>	<b>2.842</b>	<b>409</b>
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	417	–
Langfristige Verbindlichkeiten	294	–
Sonstige Verbindlichkeiten	961	149
<b>Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten</b>	<b>1.672</b>	<b>149</b>

1 Zum 31. Dezember 2007 waren minus 12 Mio € direkt im Eigenkapital ausgewiesen (2006: 2 Mio €).

### [23] SONSTIGE AKTIVA UND PASSIVA

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Sonstige Aktiva:</b>		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	34.277	25.258
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	44.389	26.090
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	14.307	11.109
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	58.186	51.543
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	151.159	114.000
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	7.549	6.127
Sonstige	24.189	18.894
<b>Sonstige Aktiva insgesamt</b>	<b>182.897</b>	<b>139.021</b>

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Sonstige Passiva:</b>		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	17.029	15.170
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	39.944	29.136
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	12.535	8.347
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	58.901	54.936
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	128.409	107.589
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	6.785	6.148
Sonstige	36.315	30.392
<b>Sonstige Passiva insgesamt</b>	<b>171.509</b>	<b>144.129</b>

**[24] EINLAGEN**

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Unverzinsliche Sichteinlagen	30.187	30.353
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	144.349	113.540
Termineinlagen	236.071	231.403
Spareinlagen	47.339	36.620
Verzinsliche Einlagen insgesamt	427.759	381.563
<b>Summe der Einlagen</b>	<b>457.946</b>	<b>411.916</b>

**[25] RÜCKSTELLUNGEN**

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten im Geschäftsjahr 2007.

in Mio €	Operationelle Risiken/ Rechtsstreitigkeiten	Sonstige	Insgesamt <sup>1</sup>
<b>Bestand zum 1. Januar 2007</b>	<b>919</b>	<b>593</b>	<b>1.512</b>
Veränderungen des Konsolidierungskreises	15	- 32	- 17
Zuführungen zu Rückstellungen	266	362	628
Verwendungen von Rückstellungen	- 382	- 310	- 692
Auflösungen von Rückstellungen	- 139	- 143	- 282
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	- 62	- 11	- 73
<b>Bestand zum 31. Dezember 2007</b>	<b>617</b>	<b>459</b>	<b>1.076</b>

<sup>1</sup> Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Note [16] des Konzernabschlusses verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

**RÜCKSTELLUNGEN FÜR OPERATIONELLE RISIKEN UND RECHTSRISIKEN**

Der Konzern definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Technologie, Projekten, Vermögenswerten sowie den Beziehungen zu Kunden, anderen Dritten oder Aufsichtsbehörden, die unter anderem durch unvorhersehbare Ereignisse, Geschäftsunterbrechung, unangemessen definierte oder fehlgeschlagene Prozesse beziehungsweise einen Ausfall von Kontrollmechanismen und Systemen ausgelöst werden.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen können. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten. Das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten des Konzerns können hiervon letztlich erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren

werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns sowie der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen und der Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis des Konzerns für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Gesamtfinanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Der Konzern schätzt in Bezug auf die nachstehend dargestellten Rechtsstreitigkeiten, von denen ein Großteil eine Anzahl von Einzelverfahren umfasst, dass alle damit zusammenhängenden möglichen Verluste, welche gebildete Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht bestimmbar sind.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

**STEUERBEZOGENE FINANZPRODUKTE.** Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irregeführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich sowohl auf die Verletzung von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 59 Verfahren wurden beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Rund 28 weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery).

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und 2001 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an.

**KIRCH.** Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft Taurus Holding GmbH & Co. KG., Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Kirch finanziell geschädigt. Am 24. Januar 2006 hat der BGH dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft des Kirch-Konzerns, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der Taurus Holding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Um einen Zahlungstitel gegen die Deutsche Bank zu erhalten, musste Dr. Kirch ein neues Verfahren anstrengen. Im Mai 2007 erhob er Klage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer auf Bezahlung von circa 1,6 Mrd€ zum Zeitpunkt der Klageeinreichung (der Betrag hängt unter anderem von der Entwicklung des Börsenkurses der Aktie der Axel Springer AG ab) nebst Zinsen. In diesen Verfahren muss er im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung des Konzerns ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens in der Klageschrift jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften des Kirch-Konzerns abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank in Bezug auf verschiedene Unternehmen des Kirch-Konzerns. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,1 Mrd€ nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Nach Meinung des Konzerns besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens in der Klageschrift nicht ausreichend dargelegt worden.

#### **SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN**

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene personalunabhängige Rückstellungen, die nicht in den sonstigen speziellen Rückstellungen erfasst werden, einschließlich Restrukturierungsrückstellungen. Restrukturierungsrückstellungen werden im Zusammenhang mit Akquisitionen sowie der Umstrukturierung von Geschäftsaktivitäten aufgestellt. Die sonstigen Kosten beinhalten, unter anderem, insbesondere Aufwendungen für Kündigungen von Mietverträgen und damit verbundene Kosten.

**[26] SONSTIGE KURZFRISTIGE GELDAUFNAHMEN**

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:</b>		
Commercial Paper	31.187	34.250
Sonstige	22.223	14.183
<b>Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen</b>	<b>53.410</b>	<b>48.433</b>

**[27] LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN UND HYBRIDE KAPITALINSTRUMENTE (TRUST PREFERRED SECURITIES)****LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN**

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach vertraglichen Laufzeiten, zusammen.

Restlaufzeiten in Mio €	Fällig in 2008	Fällig in 2009	Fällig in 2010	Fällig in 2011	Fällig in 2012	Fällig nach 2012	Insgesamt 31.12.2007	Insgesamt 31.12.2006
<b>Vorrangige Verbindlichkeiten:</b>								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	14.497	11.829	7.125	7.318	12.472	18.932	72.173	56.239
mit variabler Verzinsung	8.207	6.218	6.035	5.263	8.456	12.205	46.384	44.175
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten:</b>								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	273	721	–	426	47	2.416	3.883	4.910
mit variabler Verzinsung	279	1.362	1.439	499	498	186	4.263	6.039
<b>Summe der langfristigen Verbindlichkeiten</b>	<b>23.256</b>	<b>20.130</b>	<b>14.599</b>	<b>13.506</b>	<b>21.473</b>	<b>33.739</b>	<b>126.703</b>	<b>111.363</b>

In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

**HYBRIDE KAPITALINSTRUMENTE (TRUST PREFERRED SECURITIES)**

Die folgende Tabelle fasst die fest – und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
mit fester Verzinsung	3.911	4.147
mit variabler Verzinsung	2.434	624
<b>Summe der hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)</b>	<b>6.345</b>	<b>4.771</b>

## Zusätzliche Anhangangaben

### [28] VERPFLICHTUNG ZUM ERWERB EIGENER AKTIEN

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien zur Bedienung von Ansprüchen der Mitarbeiter aus der aktienbasierten Vergütung sowie zu Handelszwecken ein. Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern diesen Instrumenten die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Geldbetrag zugrunde liegt. Zum 31. Dezember 2007 belief sich die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien auf 3,6 Mrd € (2006: 4,3 Mrd €) wie in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

	31.12.2007				31.12.2006			
	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit
	in Mio €	in Mio	in €		in Mio €	in Mio	in €	
Terminkäufe	864	13,5	63,84	> 3 Monate – 1 Jahr	866	21,8	39,70	> 3 Monate – 1 Jahr
	2.678	31,8	84,27	> 1 Jahr – 5 Jahre	2.591	36,8	70,53	> 1 Jahr – 5 Jahre
	–	–	–	bis 3 Monate	39	0,4	84,46	bis 3 Monate
geschriebene Verkaufsoptionen	7	0,1	49,73	> 3 Monate – 1 Jahr	642	8,9	74,37	> 3 Monate – 1 Jahr
	4	0,1	80,00	> 1 Jahr – 5 Jahre	189	2,7	74,35	> 1 Jahr – 5 Jahre
<b>Insgesamt</b>	<b>3.553</b>	<b>45,5</b>			<b>4.327</b>	<b>70,6</b>		



**[29] STAMMAKTIE****STAMMAKTIE**

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehend
<b>Stammaktien, 1. Januar 2006</b>	<b>554.535.270</b>	<b>- 48.977.594</b>	<b>505.557.676</b>
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	10.232.739	-	10.232.739
Eingezogene Aktien	- 40.000.000	40.000.000	-
Erwerb Eigener Aktien	-	- 429.180.424	- 429.180.424
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	412.040.283	412.040.283
<b>Stammaktien, 31. Dezember 2006</b>	<b>524.768.009</b>	<b>- 26.117.735</b>	<b>498.650.274</b>
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	5.632.091	-	5.632.091
Eingezogene Aktien	-	-	-
Erwerb Eigener Aktien	-	- 414.516.438	- 414.516.438
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	411.299.354	411.299.354
<b>Stammaktien, 31. Dezember 2007</b>	<b>530.400.100</b>	<b>- 29.334.819</b>	<b>501.065.281</b>

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus wurden Aktienrückkaufprogramme aufgelegt. Im Rahmen dieser Programme erworbene Aktien werden unter anderem für aktienbasierte Vergütungsprogramme verwendet und erlauben es dem Konzern, Kapitalbedarf und -ausstattung auszugleichen. Das vierte Rückkaufprogramm wurde im Juni 2006 abgeschlossen. Im Januar 2006 wurden 40 Millionen Aktien eingezogen. Das fünfte Aktienrückkaufprogramm wurde im Juni 2006 gestartet und im Mai 2007 abgeschlossen, als das sechste Aktienrückkaufprogramm aufgelegt wurde. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

**GENEHMIGTES UND BEDINGTES KAPITAL**

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2007 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 454.000.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Fristen bis zum 30. April 2011 begeben werden kann.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
128.000.000 € <sup>1</sup>	30. April 2008
198.000.000 €	30. April 2009
128.000.000 € <sup>1</sup>	30. April 2011

<sup>1</sup> Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage um bis zu 85.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam. Es kann bis zum 30. April 2012 ausgenutzt werden.

Das bedingte Kapital der Deutschen Bank belief sich auf 156.269.947 €. Es wird für verschiedene Instrumente vorgehalten, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionscheine beigelegt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Für Optionsrechte aus dem DB Global Partnership Plan, die bis zum 10. Mai 2003 gewährt werden konnten, stand ein bedingtes Kapital in Höhe von 51.200.000 € zur Verfügung. Für weitere Optionsrechte, die bis zum 20. Mai 2005 gewährt werden konnten, betrug das bedingte Kapital 64.000.000 €. Zum 31. Dezember 2007 waren 1.636.727 Optionsrechte gewährt und nicht ausgeübt. Nach Maßgabe dieses Plans kann das Kapital daher noch um 4.190.021 € erhöht werden. Außerdem wurde der Vorstand von der Hauptversammlung am 17. Mai 2001 mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2003 bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Deutsche Bank-Aktien auszugeben. Zum 31. Dezember 2007 waren 812.471 von diesen Optionsrechten aus dem DB Global Share Plan (vor 2004) gewährt und nicht ausgeübt. Im Rahmen dieses Plans kann das Kapital daher noch um 2.079.926 € erhöht werden. Diese Pläne werden in Note [31] erläutert.

#### DIVIDENDENZAHLUNGEN

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

	2007 (vorgeschlagen)	2006
Bardividende (in Mio €) <sup>1</sup>	2.387	2.005
Bardividende je Aktie (in €)	4,50	4,00

<sup>1</sup> Die Bardividende für 2007 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2007.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

**[30] VERÄNDERUNG DES EIGENKAPITALS**

in Mio €	2007	2006
<b>Stammaktien</b>		
Bestand am Jahresanfang	1.343	1.420
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	15	25
Einziehung von Stammaktien	–	– 102
Bestand am Jahresende	1.358	1.343
<b>Kapitalrücklage</b>		
Bestand am Jahresanfang	15.246	14.464
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	122	– 258
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	377	663
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	– 44	285
Optionsprämien aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	76	– 81
Gewinne/Verluste aus dem Verkauf Eigener Aktien	28	171
Sonstige	3	2
Bestand am Jahresende	15.808	15.246
<b>Gewinnrücklagen</b>		
Bestand am Jahresanfang	20.451	17.856
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	6.474	6.070
Gezahlte Bardividende	– 2.005	– 1.239
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	277	180
Gewinne aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	191
Einziehung von Stammaktien	–	– 2.667
Sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	3	60
Sonstige	– 84	–
Bestand am Jahresende	25.116	20.451
<b>Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten</b>		
Bestand am Jahresanfang	– 2.378	– 3.368
Käufe von Aktien	– 41.128	– 38.830
Verkäufe von Aktien	39.677	35.998
Einziehung von Aktien	–	2.769
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	1.010	1.053
Bestand am Jahresende	– 2.819	– 2.378
<b>Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien</b>		
Bestand am Jahresanfang	– 4.307	– 4.449
Zugänge	– 1.292	– 2.140
Abgänge	2.047	2.282
Bestand am Jahresende	– 3.552	– 4.307
<b>Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern</b>		
Bestand am Jahresanfang	2.403	2.751
Veränderung unrealisierter Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen <sup>1</sup>	427	466
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern <sup>2</sup>	– 7	– 54
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern <sup>3</sup>	– 1.690	– 760
Bestand am Jahresende	1.133	2.403
<b>Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital zum Bilanzstichtag</b>	<b>37.044</b>	<b>32.758</b>
<b>Minderheitsanteile</b>		
Bestand am Jahresanfang	717	624
Minderheitsanteile am Ergebnis	36	9
Zugänge	1.048	744
Abgänge und Dividendenzahlungen	– 346	– 624
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 33	– 36
Bestand am Jahresende	1.422	717
<b>Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteilen zum Bilanzstichtag</b>	<b>38.466</b>	<b>33.475</b>

1 Davon minus 9 Mio € sowie minus 84 Mio € für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

2 Davon minus 7 Mio € für das Geschäftsjahr 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

3 Davon minus 12 Mio € sowie 1 Mio € für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

**[31] AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN****FÜR NEUBELEGUNGEN IN 2007 GENUTZTE AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGSPLÄNE**

Im Konzern werden aktienbasierte Vergütungen derzeit hauptsächlich unter drei Plänen gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser drei Pläne zusammen:

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate <sup>1</sup>	Nein	Vorstand
		20 % : 42 Monate		
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		25 % : 36 Monate		
		25 % : 48 Monate		
	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung <sup>2</sup>	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
Global Share Plan		100 % : 12 Monate	Nein	Alle Mitarbeiter, Gewährung von bis zu 10 Rechten je Mitarbeiter <sup>3</sup>

1 Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

2 Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Dienstzeit: 21 Monaten.

3 Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die DB Equity Plan Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind. Diese spezielle Regelung gilt dabei nur für Aktienrechte, die als jährliche Vergütungskomponente gewährt wurden.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde in 2007 die Vergütung unter dem DB Equity Plan und dem Global Share Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Der Konzern beabsichtigt, den Global Share Plan im Jahr 2008 nicht mehr fortzuführen. Der Vorstand hat jedoch seine Unterstützung für länderspezifische Belegschaftsaktienprogramme erklärt, die den Global Share Plan ersetzen sollen.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

## FÜR BEGEBUNGEN VOR 2007 GENUTZTE AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGSPLÄNE AKTIENPROGRAMME UND STOCK APPRECIATION RIGHTS PLAN

Vor dem Jahr 2007 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Altprogramme zusammen:

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 48 Monate <sup>1</sup> 20 % : 54 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3 : 6 Monate 1/3 : 18 Monate 1/3 : 30 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
DB Share Scheme	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten	2006
	DB Key Employee Equity (KEEP) Plan	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Führungskräfte	2005
Stock Appreciation Rights (SAR) Plan		Ausübbar nach 36 Monaten Verfall nach 72 Monaten	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter	2002

<sup>1</sup> Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

Der REU Plan, DB Share Scheme und DB KEEP gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Rechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die REU Plan-Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Unter dem SAR Plan erhielten berechtigte Mitarbeiter des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie und einem festgelegten Basispreis. Die letzten unter dem SAR Plan gewährten Ansprüche erloschen in 2007.

### PERFORMANCEOPTIONEN

Die Deutsche Bank hat Performanceoptionen unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) zu Vergütungszwecken eingesetzt. Nach Februar 2004 wurden unter diesen Plänen keine neuen Optionen ausgegeben. Per 31. Dezember 2007 waren alle Optionen ausübbar.

Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale der unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährten Performanceoptionen zusammen.

Plan	Gewährt im Jahr	Ausübungspreis	Zusätzliche Partnership Appreciation Rights	Ausübbar bis	Anspruchsberechtigung
Global Share Plan (vor 2004) Performanceoptionen	2001	87,66 €	Nein	Nov 2007	Alle Mitarbeiter <sup>1</sup>
	2002	55,39 €	Nein	Nov 2008	Alle Mitarbeiter <sup>1</sup>
	2003	75,24 €	Nein	Dez 2009	Alle Mitarbeiter <sup>1</sup>
Global Partnership Plan Performanceoptionen	2002	89,96 €	Ja	Feb 2008	Ausgewählte Führungskräfte
	2003	47,53 €	Ja	Feb 2009	Ausgewählte Führungskräfte
	2004	76,61 €	Ja	Feb 2010	Vorstand

<sup>1</sup> Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Jede der im Rahmen der beiden Pläne gewährten Optionen berechtigt zum Erwerb einer Stammaktie des Konzerns. Der Ausübungspreis beträgt 120 % des Referenzpreises. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktien des Konzerns am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktien des Konzerns an der Frankfurter Wertpapierbörse in einem Zeitraum von zehn Handelstagen bis einschließlich des Tages der Gewährung bestimmt.

Im Rahmen des Global Partnership Plan wurden von 2002 bis 2004 Performanceoptionen an ausgewählte Führungskräfte gewährt. Sämtliche Performanceoptionen sind unverfallbar. Für jede Option wurde den Teilnehmern ein Partnership Appreciation Right (PAR) gewährt. PARs verkörpern das Recht auf eine Barzahlung in Höhe von 20 % des Referenzpreises. Die Feststellung des Referenzpreises erfolgte dabei auf gleiche Weise wie oben für die Performanceoptionen dargestellt. PARs wurden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen unverfallbar. Sie werden automatisch zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang wie die Performanceoptionen ausgeübt.

Unter dem Global Share Plan (vor 2004), einem breit angelegten Mitarbeiterplan, wurden in den Jahren 2001 bis 2003 Performanceoptionen begeben. Der Plan gewährte im Jahr 2001 die Möglichkeit, bis zu 60 Aktien zu erwerben. In 2002 und 2003 konnten bis zu 20 Aktien erworben werden. Für jede erworbene Aktie erhielten die Teilnehmer im Jahr 2001 eine Performanceoption und in den Jahren 2002 und 2003 fünf Performanceoptionen. Performanceoptionen unter dem Global Share Plan (vor 2004) verfallen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Teilnehmer, die in den Ruhestand gehen oder dauerhaft erwerbsunfähig werden, behalten ihren Anspruch auf Ausübung der Performanceoptionen.

#### PERSONALAUFWAND

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden und die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Stammaktien des Konzerns.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Note [1] enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt:

in Mio €	2007	2006
DB Global Partnership Plan	7	9
DB Global Share Plan	49	43
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	1.088	751
Stock Appreciation Rights Plans <sup>1</sup>	1	19
<b>Insgesamt</b>	<b>1.145</b>	<b>822</b>

<sup>1</sup> Hierin enthalten ist für das Geschäftsjahr 2007 ein Nettogewinn von 1 Mio € und für das Geschäftsjahr 2006 von 73 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die genutzt wurden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2007 enthält ungefähr 10 Mio € aus den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2007 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf 8 Mio €. Der gesamte Betrag entfällt auf aktienbasierte Vergütungen, die noch nicht unverfallbar sind.

Zum 31. Dezember 2007 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 1,0 Mrd €.

## ENTWICKLUNG AUSSTEHENDER RECHTE

### AKTIENPROGRAMME

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partner- ship Plan Equity Units	DB Share Scheme/ DB KEEP/REU/DB Equity Plan	Global Share Plan (ab 2004)	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des Fair Value je Recht am Tag der Gewährung
<b>Bestand per</b>					
<b>31. Dezember 2005</b>	<b>290</b>	<b>64.952</b>	<b>534</b>	<b>65.776</b>	<b>51,98 €</b>
Gewährt	93	13.801	555	14.449	76,17 €
Ausgegeben	- 24	- 14.792	- 524	- 15.340	68,19 €
Verfallen	-	- 2.357	- 10	- 2.367	54,43 €
<b>Bestand per</b>					
<b>31. Dezember 2006</b>	<b>359</b>	<b>61.604</b>	<b>555</b>	<b>62.518</b>	<b>53,50 €</b>
Gewährt	92	14.490	600	15.182	95,25 €
Ausgegeben	- 127	- 23.956	- 518	- 24.601	41,17 €
Verfallen	-	- 2.829	- 38	- 2.867	72,85 €
<b>Bestand per</b>					
<b>31. Dezember 2007</b>	<b>324</b>	<b>49.309</b>	<b>599</b>	<b>50.232</b>	<b>71,05 €</b>

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2008 im Rahmen des DB Global Partnership Plan ungefähr 150.000 Aktienrechte mit einem durchschnittlichen Fair Value von 59,60 € je Aktienrecht und ungefähr 14,3 Millionen Aktienrechte mit einem durchschnittlichen Fair Value von 64,56 € je Aktienrecht im Rahmen des DB Equity Plan. Ungefähr 0,3 Millionen der im Rahmen des DB Equity Plan begebenen Rechte wurden unter der Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

## PERFORMANCEOPTIONEN

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der ausstehenden Performanceoptionen, die unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährt wurden.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Performance- optionen	gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis <sup>1</sup>	DB Global Share Plan (vor 2004) Performance- optionen	gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
<b>Bestand per 31. Dezember 2005</b>	<b>16.105</b>	<b>77,82 €</b>	<b>2.510</b>	<b>69,77 €</b>
Ausgeübt	- 9.105	79,21 €	- 1.128	70,33 €
Verfallen	- 24	89,96 €	- 55	74,13 €
<b>Bestand per 31. Dezember 2006</b>	<b>6.976</b>	<b>75,96 €</b>	<b>1.327</b>	<b>69,11 €</b>
Ausgeübt	- 5.339	82,91 €	- 293	69,47 €
Verfallen	-	-	- 154	65,37 €
Abgelaufen	-	-	- 68	87,66 €
<b>Bestand per 31. Dezember 2007</b>	<b>1.637</b>	<b>53,32 €</b>	<b>812</b>	<b>68,14 €</b>

<sup>1</sup> Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Die folgenden beiden Übersichten gliedern die ausstehenden Performanceoptionen zum 31. Dezember 2007 und 2006 nach Ausübungspreisbandbreite.

Ausübungspreisbandbreite	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2007		
	Ausstehende Performance- optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis <sup>1</sup>	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	1.704	48,87 €	13 Monate
60,00 – 79,99 €	522	75,24 €	24 Monate
80,00 – 99,99 €	223	89,96 €	1 Monat

<sup>1</sup> Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreite	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2006		
	Ausstehende Performance- optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis <sup>1</sup>	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	2.757	48,89 €	25 Monate
60,00 – 79,99 €	804	75,34 €	36 Monate
80,00 – 99,99 €	4.742	89,91 €	13 Monate

<sup>1</sup> Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Der gewichtete durchschnittliche Aktienkurs am Ausübungstag betrug 99,70 € im Geschäftsjahr 2007 und 91,72 € im Geschäftsjahr 2006.

Am 1. Februar 2008 erloschen ungefähr 223.000 Global Partnership Plan-Performanceoptionen, die im Jahr 2002 gewährt wurden.



**STOCK APPRECIATION RIGHTS PLAN**

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht über die unter dem SAR Plan begebenen Rechte:

in Tsd Einheiten (ausgenommen Basispreise)	Stock Appreciation Rights Plan	
	Einheiten	Gewichteter durchschnittlicher Basispreis
<b>Bestand per 31. Dezember 2005</b>	<b>7.107</b>	<b>69,79 €</b>
Ausgeübt	- 6.706	69,48 €
Verfallen	-	-
Abgelaufen	-	-
<b>Bestand per 31. Dezember 2006</b>	<b>401</b>	<b>74,83 €</b>
Ausgeübt	- 330	75,82 €
Verfallen	-	-
Abgelaufen	- 71	70,31 €
<b>Bestand per 31. Dezember 2007</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

**[32] LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER**

Der Konzern bietet eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten. Diese leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Die Finanzierungsstrategie des Konzerns zielt darauf ab, eine vollständige Deckung der leistungsdefinierten Verpflichtung im Sinne der „Defined Benefit Obligation“ durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 110 % der Verpflichtung unter Berücksichtigung von spezifischen gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen beizubehalten. Für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen des Konzerns wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

Der Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methode des Ansammlungsverfahrens („Projected Unit Credit Method“) bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des Fair Value des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2007 und 2006 sowie den Finanzierungsstatus zum Ende der jeweiligen Jahre dar. Wie in IFRS 1 gefordert, beginnt die Darstellung der Vergleichswerte mit dem Übergangsstichtag zu IFRS.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2007	2006	2007	2006
<b>Entwicklung der Verpflichtung:</b>				
Verpflichtung zum Jahresbeginn	9.129	9.232	147	191
Laufender Dienstzeitaufwand	265	284	3	5
Zinsaufwand	436	395	8	10
Zuführungen der Planteilnehmer	6	1	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	– 902	– 489	– 21	– 35
Wechselkursänderungen	– 354	– 51	– 15	– 18
Gezahlte Leistungen	– 378	– 386	– 6	– 9
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	11	32	–	–
Akquisitionen <sup>1</sup>	313	41	–	–
Veräußerungen	– 3	– 5	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	– 19	– 35	–	–
Sonstiges <sup>2</sup>	14	110	–	3
<b>Verpflichtung zum Jahresende</b>	<b>8.518</b>	<b>9.129</b>	<b>116</b>	<b>147</b>
<b>Entwicklung des Fair Value des Planvermögens:</b>				
Fair Value des Planvermögens zum Jahresbeginn	9.447	9.323	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	435	413	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	– 266	– 371	–	–
Wechselkursänderungen	– 351	– 44	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	171	354	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	6	1	–	–
Gezahlte Leistungen <sup>3</sup>	– 355	– 338	–	–
Akquisitionen <sup>4</sup>	246	35	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen	– 13	– 23	–	–
Sonstiges <sup>2</sup>	11	97	–	–
<b>Fair Value des Planvermögens zum Jahresende</b>	<b>9.331</b>	<b>9.447</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Finanzierungsstatus zum Jahresende</b>	<b>813</b>	<b>318</b>	<b>– 116</b>	<b>– 147</b>

1 Abbey Life und Berliner Bank (2007), Tilney (2006).

2 Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

3 Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

4 Abbey Life (2007), Tilney (2006).

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es, die Bank im Wesentlichen vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus der Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden. Der Zweck besteht darin, die Erträge innerhalb eines bestimmten, vom Konzern festgelegten Risikotoleranzbereichs zu maximieren.

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 169 Mio € im Jahr 2007 (2006: 42 Mio €). In beiden Geschäftsjahren führten Marktentwicklungen dazu, dass die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen geringer ausfielen als unter den langfristigen versicherungsmathematischen Annahmen erwartet. Allerdings wurde dieser versicherungsmathematische Verlust aus Planvermögen durch einen versicherungsmathematischen Gewinn aus Verpflichtungen, der aus denselben Marktentwicklungen resultierte, überkompensiert.

Die gesamten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2008 voraussichtlich 200 Mio€ betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2008 erfolgen wird.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Geschäftsjahre sowie die Leistungen für die darauf folgenden fünf Geschäftsjahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen wurden geschätzte zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsfürsorgepläne <sup>1</sup>
2008	352	8
2009	373	8
2010	387	9
2011	411	9
2012	435	9
2013 bis 2017	2.400	45

<sup>1</sup> Gekürzt um voraussichtliche Rückerstattungen aus Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente im Rahmen des Versicherungsprogramms Medicare in Höhe von circa 1 Mio € jährlich für die Jahre 2008 bis 2010, 2 Mio € jährlich für die Jahre 2011 und 2012 sowie insgesamt 10 Mio € für die Jahre 2013 bis 2017.

Die nachfolgende Übersicht liefert eine Aufteilung der Verpflichtung in Beträge aus intern finanzierten Plänen und Beträge aus vollständig oder teilweise extern finanzierten Plänen.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Verpflichtung	8.518	9.129	116	147
- intern finanziert	121	141	116	147
- extern finanziert	8.397	8.988	-	-

Bei der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS zum 1. Januar 2006 hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1 alle kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital erfasst. Seitdem wird für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste der 10 %-„Korridor“-Ansatz angewendet.

Die nachfolgende Übersicht stellt eine Überleitung des Finanzierungsstatus auf den Nettobilanzbetrag dar, jeweils zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Finanzierungsstatus	813	318	- 116	- 147
Noch nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-)	- 752	- 115	- 50	- 35
Noch nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Aufgrund der Begrenzung nach IAS 19.58(b) nicht als Vermögenswert erfasster Betrag	- 4	- 2	-	-
Nettobilanzbetrag Vermögen/Schuld (-)	57	201	- 166	- 182

Die Pensionspläne weisen zum 31. Dezember 2007 einen Finanzierungsstatus von 813 Mio€ auf. Durch Anwendung der Korridormethode wird der kumulierte versicherungsmathematische Gewinn von 752 Mio€ nicht sofort, sondern erst in der Zukunft erfolgswirksam erfasst. Dies ist der wesentliche Grund dafür, dass der in der Konzernbilanz ausgewiesene Nettovermögensbetrag für Pensionspläne unter deren Finanzierungsstatus liegt. Im Jahr 2008 werden 10 Mio€ des kumulierten versicherungsmathematischen Gewinns von 752 Mio€ erfolgswirksam erfasst werden.

Zum 31. Dezember 2007 beträgt der kumulierte versicherungsmathematische Gewinn der Gesundheitsfürsorgepläne 50 Mio €. Hiervon werden 5 Mio € im Jahr 2008 erfolgswirksam erfasst werden.

Der Aufwand für leistungsdefinierte Pläne der Geschäftsjahre 2007 und 2006 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen. Alle Komponenten sind Bestandteil des Personalaufwands.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2007	2006	2007	2006
Laufender Dienstzeitaufwand	265	284	3	5
Zinsaufwand	436	395	8	10
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 435	- 413	-	-
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-)	- 1	-	- 3	-
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	11	32	-	-
Amortisation von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Planabgeltungen/Plankürzungen	- 11	- 7	-	-
Auswirkung der Obergrenze nach IAS 19.58(b)	2	-	-	-
<b>Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne</b>	<b>267</b>	<b>291</b>	<b>8</b>	<b>15</b>

Der für 2008 erwartete Aufwand beträgt ungefähr 210 Mio € für die Pensionspläne und ungefähr 4 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne. Dies liegt in erster Linie an den im Vergleich zum Vorjahr höheren Diskontierungszinssätzen zum Bewertungsstichtag und der Amortisation von versicherungsmathematischen Gewinnen.

Der Aufwand für die beitragsdefinierten Pläne summierte sich für das Jahr 2007 auf 203 Mio € (2006: 165 Mio €). Zusätzlich leistete der Konzern im Geschäftsjahr 2007 Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 156 Mio € zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland (2006: 144 Mio €).

Die nachfolgende Tabelle zeigt für die einzelnen Anlagekategorien die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne im Konzern zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006 sowie die Zielallokation.

	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2007	31.12.2006
<b>Anlagekategorien:</b>			
Aktien	5 %	8 %	10 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel)	90 %	89 %	87 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	3 %	3 %
<b>Anlagekategorien insgesamt</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse berücksichtigt. Hierbei wird anstelle der tatsächlichen Allokation die Zielallokation des Plans am Bewertungsstichtag verwendet.

Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite als Maßstab benutzt. Mit Anpassungen bezüglich Duration und andere relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse. Zum Beispiel wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren hinzugefügt wird.

Erwartete Erträge werden um steuerliche Einflüsse korrigiert, allerdings erfolgt keine Berücksichtigung einer erwarteten Überrendite durch aktives Management. Abschließend wird die Angemessenheit der Risikoprämien und der insgesamt erwarteten Renditen durch Vergleich der Werte mit anderen angesehenen veröffentlichten Prognosen und marktüblichen Verfahren bestätigt.

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2007 sind Derivate mit einem negativen Marktwert von 160 Mio€ enthalten. Derivategeschäfte werden sowohl konzernintern als auch mit externen Kontrahenten abgeschlossen. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 30 Mio€ enthalten.

Voraussichtlich werden während des Geschäftsjahres 2008 keine Anteile aus dem Planvermögen an den Konzern zurückgegeben werden.

Den Berechnungen liegen im Wesentlichen folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
<b>Zugrunde gelegte Annahmen zur Ermittlung der Verpflichtung zum Jahresende</b>				
Diskontierungszinssatz	5,5 %	4,8 %	6,1 %	5,8 %
Inflationsrate	2,1 %	2,0 %	N/A	N/A
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,3 %	3,2 %	N/A	N/A
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,7 %	N/A	N/A
<b>Zugrunde gelegte Annahmen zur Ermittlung des Aufwands für das abgelaufene Geschäftsjahr</b>				
Diskontierungszinssatz	4,8 %	4,3 %	5,8 %	5,4 %
Inflationsrate	2,0 %	2,1 %	N/A	N/A
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,2 %	3,3 %	N/A	N/A
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,7 %	1,8 %	N/A	N/A
Erwartete Rendite des Planvermögens <sup>1</sup>	4,6 %	4,4 %	N/A	N/A

N/A – nicht anwendbar

<sup>1</sup> Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Ertrags beträgt für das Jahr 2008 5,0 %.

Annahmen über die Lebenserwartung sind wesentlich zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgen den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. In einigen Ländern wurden zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung berücksichtigt und in die Annahmen mit einbezogen. Die folgende Übersicht zeigt die durchschnittliche Lebenserwartung von Menschen im Alter von 65 Jahren, die heute 65 beziehungsweise 45 Jahre alt sind, zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006, gewichtet auf Basis der Verpflichtungen aus den Pensionsplänen des Konzerns.

in Jahren	Lebenserwartung für einen Mann im Alter von 65		Lebenserwartung für eine Frau im Alter von 65	
	65-jährig	45-jährig	65-jährig	45-jährig
31. Dezember 2007	19,1	21,0	22,5	24,3
31. Dezember 2006	18,4	20,5	22,0	24,0

Die nachfolgende Übersicht bezieht sich auf die Pensionspläne. Sie zeigt Sensitivitäten der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2007 und der Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand für das Jahr 2007 im Hinblick auf wesentliche Annahmen. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

Anstieg in Mio €	Verpflichtung zum 31.12.2007	Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand für das Jahr 2007
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	650	10
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	455	40
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	80	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) <sup>1</sup>	145	10

<sup>1</sup> Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

Eine Herabsetzung der angenommenen erwarteten Rendite des Planvermögens um 50 Basispunkte hätte einen Anstieg des Aufwands für Pensionspläne um 47 Mio € für das Jahr 2007 zur Folge gehabt.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,8 % für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2008 angenommen. Für diese Rate werden ein allmählicher Rückgang auf 4,9 % bis zum Ende des Jahres 2012 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Die Annahmen über die Entwicklung der Gesundheitskosten haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne. Eine Veränderung in der unterstellten Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen auf die Gesundheitsfürsorgepläne des Konzerns gehabt.

Zunahme/Abnahme (-) in Mio €	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	13	17	- 11	- 15
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	1	2	- 1	- 1

### [33] ERTRAGSTEUERN

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2007	2006
<b>Ertragsteueraufwand</b>	<b>2.239</b>	<b>2.260</b>
<b>Laufender Steueraufwand<sup>1</sup></b>	<b>3.157</b>	<b>2.095</b>
Steueraufwand für das laufende Jahr	3.504	2.782
Periodenfremder laufender Steueraufwand	- 347	- 687
<b>Latenter Steueraufwand<sup>1</sup></b>	<b>- 918</b>	<b>165</b>
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	- 651	288
Effekt aus Steuersatzänderungen	- 181	- 7
Periodenfremder latenter Steueraufwand	- 86	- 116

<sup>1</sup> Einschließlich Ertragsteuern, die sich auf langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen beziehen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden. Weitere Informationen befinden sich in Note [22].

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2007 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer „Versicherungsnehmersteuer“ („Policyholder Tax“) in Höhe von 1 Mio€, die durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2007 um 3 Mio€ vermindert (2006: 19 Mio€).

Der latente Steueraufwand ist aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern und der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen sowie aufgrund der Wertaufholung aktiver latenter Steuern in Vorjahren im Geschäftsjahr 2007 per saldo um 71 Mio€ erhöht (2006: 93 Mio€).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand des Konzerns.

in Mio €	2007	2006
<b>Erwarteter Steueraufwand bei einem Ertragsteuersatz von 39,2 % in Deutschland (39,2 % für 2006)</b>	<b>3.429</b>	<b>3.269</b>
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	- 620	- 250
Steuerbefreite Einnahmen	- 657	- 357
Steuereffekt aus mit der Equity-Methode konsolidierten Beteiligungen	- 22	- 51
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	393	372
Nicht temporäre Wertminderungen des Goodwill	21	10
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	68	74
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung	- 181	- 362
Effekt aus der „Policyholder Tax“	- 1	-
Sonstige	- 191	- 445
<b>Ausgewiesener Ertragsteueraufwand</b>	<b>2.239</b>	<b>2.260</b>

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige im Wesentlichen Einmaleffekte aufgrund abgeschlossener Steuerprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2007 30,7 % und 2006 39,2 % betragen.

Im August 2007 beschloss der deutsche Gesetzgeber eine Reform der Unternehmensbesteuerung („Unternehmenssteuerreformgesetz 2008“). Diese sieht ab dem Jahr 2008 eine Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % sowie eine Änderung der Gewerbesteuerberechnung vor. Durch diese Steuergesetzesänderung ermäßigte sich der latente Steueraufwand für 2007 um 232 Mio€. Weitere Steuersatzänderungen, im Wesentlichen in Großbritannien, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhöhten den latenten Steueraufwand 2007 um 51 Mio€.

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Latente Steuerforderungen</b>	<b>10.898</b>	<b>12.194</b>
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvträge	1.219	451
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	132	160
Abzugsfähige temporäre Differenzen		
Handelsaktiva/-passiva	5.313	5.858
Sachanlagen	319	303
Sonstige Aktiva	821	1.890
Bewertung von Wertpapieren	276	697
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	162	193
Sonstige Rückstellungen	1.510	1.576
Sonstige Passiva	1.146	1.066
<b>Latente Steuerverbindlichkeiten</b>	<b>8.250</b>	<b>10.147</b>
Zu versteuernde temporäre Differenzen		
Handelsaktiva/-passiva	5.163	5.641
Sachanlagen	57	190
Sonstige Aktiva	1.370	1.431
Bewertung von Wertpapieren	681	1.119
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	89	104
Sonstige Rückstellungen	734	1.190
Sonstige Passiva	156	472
<b>Latente Steuerforderungen, per saldo</b>	<b>2.648</b>	<b>2.047</b>

Nach Saldierung wurden diese Beträge wie folgt in der Bilanz ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Latente Steuerforderungen	4.772	4.332
Latente Steuerverbindlichkeiten	2.124	2.285
<b>Latente Steuerforderungen, per saldo</b>	<b>2.648</b>	<b>2.047</b>

Die Änderung des Saldos zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand in diesen Jahren. Die Gründe hierfür sind (i) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden. (ii) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (iii) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (iv) die Umgliederungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Positionen Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.



Folgende Ertragsteuern sind als Belastung oder Gutschrift im Eigenkapital bilanziert.

in Mio €	2007	2006
<b>Ertragsteuern, die den im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen (belastet) beziehungsweise gutgeschrieben wurden</b>	<b>215</b>	<b>- 25</b>
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	197	16
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	- 1	22
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital	19	- 63
<b>Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital (belastet) bzw. gutgeschrieben wurden</b>	<b>- 35</b>	<b>195</b>

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2007 (31. Dezember 2006) ausgewiesen.<sup>1</sup>

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Abzugsfähige temporäre Differenzen</b>	<b>- 34</b>	<b>- 24</b>
<b>Nicht genutzte steuerliche Verluste</b>	<b>- 1.510</b>	<b>- 1.479</b>
Unverfallbar	- 1.120	- 1.046
Verfall in der folgenden Periode	-	- 2
Verfall nach der folgenden Periode	- 390	- 431
<b>Nicht genutzte Steuergutschriften</b>	<b>- 100</b>	<b>- 84</b>
Unverfallbar	-	-
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 100	- 84

<sup>1</sup> Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und noch nicht genutzten Steuergutschriften verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise zum 31. Dezember 2006 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 2.582 Mio€ beziehungsweise 345 Mio€ überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, dass es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen die abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Informationen zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf der Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Aufstellung über die Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 255 Mio€ im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2006: 228 Mio€).

Seit 2007 hat die Zahlung von Dividenden an die Deutsche Bank-Aktionäre keine ertragsteuerlichen Konsequenzen für die Bank. In 2006 ergab sich ein Steuerertrag in Höhe von 30 Mio€.

**[34] AKQUISITIONEN UND VERÄUßERUNGEN****IM JAHR 2007 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE**

Im Geschäftsjahr 2007 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von Berliner Bank AG & Co. KG, MortgageIT Holdings, Inc. und Abbey Life Assurance Company Limited einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

**BERLINER BANK AG & CO. KG**

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank AG & Co. KG („Berliner Bank“) ab. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 645 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio € zusammen. Zum Jahresende 2007 führte die Allokation des Kaufpreises zu einem Goodwill von 508 Mio €, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 45 Mio € und einem Nettovermögen von 93 Mio €. Die Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt. Die Berliner Bank ist im Unternehmensbereich PBC enthalten. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieses Unternehmenserwerbs auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
<b>Aktiva</b>			
Barreserve	190	–	190
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	808	–	808
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	1.945	–	1.945
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.443	– 28	2.415
Goodwill	–	508	508
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	45	45
Übrige Vermögenswerte	18	2	20
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>5.404</b>	<b>527</b>	<b>5.931</b>
<b>Passiva</b>			
Einlagen	5.107	–	5.107
Übrige Verbindlichkeiten	133	45	178
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>5.240</b>	<b>45</b>	<b>5.285</b>
Nettovermögen	164	482	646
<b>Summe der Passiva</b>	<b>5.404</b>	<b>527</b>	<b>5.931</b>

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für die Berliner Bank Erträge von 251 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 35 Mio € erfasst.

**MORTGAGE IT HOLDINGS, INC.**

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an der MortgageIT Holdings, Inc. („MortgageIT“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 326 Mio € ab. Zum Jahresende 2007 resultierten aus diesem Unternehmenszusammenschluss ein Nettovermögen von 177 Mio € und ein Goodwill von 149 Mio €. MortgageIT, ein Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ist dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
<b>Aktiva</b>			
Barreserve	29	–	29
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.854	– 5	5.849
Goodwill	9	140	149
Übrige Vermögenswerte	160	– 7	153
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>6.052</b>	<b>128</b>	<b>6.180</b>
<b>Passiva</b>			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	3.390	–	3.390
Sonstige Passiva	2.349	10	2.359
Übrige Verbindlichkeiten	95	10	105
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>5.834</b>	<b>20</b>	<b>5.854</b>
Nettovermögen	218	108	326
<b>Summe der Passiva</b>	<b>6.052</b>	<b>128</b>	<b>6.180</b>

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für MortgageIT negative Erträge von 38 Mio€ und ein Verlust nach Steuern von 212 Mio€ ausgewiesen.

#### ABBEY LIFE ASSURANCE COMPANY LIMITED

Am 1. Oktober 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an der Abbey Life Assurance Company Limited („Abbey Life“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 1.412 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 12 Mio€ ab. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Nettovermögen von 512 Mio€ und sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 912 Mio€. Diese ermittelten immateriellen Vermögenswerte entsprechen dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme aus den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen langfristigen Versicherungs- und Investmentverträgen (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts). Abbey Life ist eine britische Lebensversicherungsgesellschaft, die seit dem Jahr 2000 kein Neugeschäft mehr abschließt. Das Portfolio umfasst vorwiegend fondsgebundene Lebens- und Rentenpolicen sowie Rentenversicherungen. Abbey Life ist Bestandteil des Unternehmensbereichs CB&S. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
<b>Aktiva</b>			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	232	–	232
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	14.145	–	14.145
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.261	–	2.261
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	912	912
Übrige Vermögenswerte	1.317	– 1	1.316
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>17.955</b>	<b>911</b>	<b>18.866</b>
<b>Passiva</b>			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	10.387	–	10.387
Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft	6.339	–	6.339
Übrige Verbindlichkeiten	246	318	564
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>16.972</b>	<b>318</b>	<b>17.290</b>
Nettovermögen <sup>1</sup>	983	593	1.576
<b>Summe der Passiva</b>	<b>17.955</b>	<b>911</b>	<b>18.866</b>

<sup>1</sup> Enthält Minderheitsanteile in Höhe von 152 Mio €.

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für Abbey Life Erträge von 53 Mio€ und ein Gewinn nach Steuern von 26 Mio€ erfasst.

**SONSTIGE IM JAHR 2007 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE**

Im Jahr 2007 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen in einer Bandbreite zwischen 51 % und 100 % verbunden und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 107 Mio€ einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio€. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>104</b>	<b>132</b>	<b>236</b>
Summe der Verbindlichkeiten	87	13	100
Nettovermögen	17	119	136
<b>Summe der Passiva</b>	<b>104</b>	<b>132</b>	<b>236</b>

Diese Akquisitionen wirkten sich mit 2 Mio€ beziehungsweise 1 Mio€ auf die Erträge und das Ergebnis des Konzerns aus.

**MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN DER IN 2007 GETÄTIGTEN UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE AUF DIE GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG**

Wären alle oben aufgeführten in 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2007 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2007 daraus Erträge von 426 Mio€ und ein negatives Ergebnis von 74 Mio€ ausgewiesen.

**IM JAHR 2006 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE**

Im Geschäftsjahr 2006 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Die Übernahmen von United Financial Group, norisbank und Tilney Group Limited waren einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die anderen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

**UNITED FINANCIAL GROUP**

Mit Wirkung zum 27. Februar 2006 schloss der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“) ab, nachdem er bereits 2004 eine Beteiligung von 40 % an dem Unternehmen erworben hatte. Die Transaktion stärkt die Position des Konzerns als eine der führenden Investmentbanken in Russland. Die Kosten für die Akquisition der 60 % setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 189 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio€ zusammen. Weitere 82 Mio€ der Kaufpreissumme wurden auf ein Treuhandkonto gezahlt, bis die aufschiebende Bedingung in 2008 erfüllt ist. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Goodwill von 122 Mio€, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 13 Mio€ und einem Nettovermögen von 138 Mio€. UFG ist in den Unternehmensbereich CB&S eingegliedert.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
<b>Aktiva</b>			
Barreserve	368	33	401
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	745	–	745
Goodwill	–	166	166
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	13	13
Übrige Vermögenswerte	1.227	– 1	1.226
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>2.340</b>	<b>211</b>	<b>2.551</b>
<b>Passiva</b>			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	728	–	728
Übrige Verbindlichkeiten	1.360	–	1.360
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>2.088</b>	<b>–</b>	<b>2.088</b>
Nettovermögen	252	211	463
<b>Summe der Passiva</b>	<b>2.340</b>	<b>211</b>	<b>2.551</b>

Die seit dem Erwerb ausgewiesenen Erträge und der Gewinn nach Steuern der UFG beliefen sich in 2006 auf 171 Mio€ beziehungsweise 95 Mio€.

#### NORISBANK

Am 2. November 2006 schloss der Konzern die Akquisition des Filialgeschäfts der zur DZ Bank-Gruppe gehörenden norisbank sowie der Marke „norisbank“ ab. Die Übernahme, mit welcher der Konzern seine starke Stellung im Konsumentenkreditgeschäft in Deutschland weiter ausbaut, erfolgte durch den Erwerb der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Form einer unmittelbaren Fusion zwischen dem erworbenen und dem erwerbenden Unternehmen. Die fusionierte Einheit firmiert unter dem Namen norisbank. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 414 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio€ zusammen. Der Kaufpreis hängt von einem Preisanpassungsmechanismus ab und wird im Laufe des Jahres 2008 endgültig festgelegt. Seine Allokation führte zu einem Goodwill von 230 Mio€, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 80 Mio€ und einem Nettovermögen von 105 Mio€. Die norisbank ist im Unternehmensbereich PBC enthalten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert des erwerbenden Unternehmens	Zum Fair Value übernommene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	Fair Value
<b>Aktiva</b>			
Barreserve	28	–	28
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	402	– 89	313
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	1.641	1.641
Goodwill	–	230	230
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	4	80	84
Übrige Vermögenswerte	3	4	7
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>437</b>	<b>1.866</b>	<b>2.303</b>
<b>Passiva</b>			
Einlagen	–	1.417	1.417
Übrige Verbindlichkeiten	–	449	449
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>–</b>	<b>1.866</b>	<b>1.866</b>
Nettovermögen	437	–	437
<b>Summe der Passiva</b>	<b>437</b>	<b>1.866</b>	<b>2.303</b>

Im Anschluss an die Akquisition und bis zum 31. Dezember 2007 wurde der Kaufpreis einschließlich Anschaffungsnebenkosten aufgrund von Preisanpassungen und weiterer Übernahmekosten auf 417 Mio € geändert. Die Allokation des Kaufpreises veränderte den Goodwill auf 222 Mio €, die sonstigen immateriellen Vermögenswerte auf 82 Mio € und das Nettovermögen auf 113 Mio €. Die Erträge und der Verlust nach Steuern aus der Akquisition der norisbank beliefen sich in 2006 auf 30 Mio € beziehungsweise 5 Mio €.

#### TILNEY GROUP LIMITED

Am 14. Dezember 2006 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an dem britischen Vermögensverwalter Tilney Group Limited („Tilney“) als Teil einer strategischen Initiative zur Stärkung der Präsenz im britischen Private Wealth Management-Markt ab. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einer Barvergütung von 317 Mio €, der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 11 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 5 Mio € zusammen. Weitere 46 Mio € der Kaufpreissumme werden unter der Voraussetzung gezahlt, dass das Geschäftsergebnis der erworbenen Einheiten in den folgenden drei Jahren bestimmte Zielwerte übertrifft. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Goodwill von 419 Mio €, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 97 Mio € und Nettoverbindlichkeiten von 137 Mio €. Tilney ist dem Geschäftsbereich PWM zugeordnet.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
<b>Aktiva</b>			
Barreserve	47	–	47
Goodwill	163	256	419
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	97	97
Übrige Vermögenswerte	36	2	38
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>246</b>	<b>355</b>	<b>601</b>
<b>Passiva</b>			
Langfristige Verbindlichkeiten	143	8	151
Übrige Verbindlichkeiten	46	25	71
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>189</b>	<b>33</b>	<b>222</b>
Nettovermögen	57	322	379
<b>Summe der Passiva</b>	<b>246</b>	<b>355</b>	<b>601</b>

Im Anschluss an die Akquisition und bis zum 31. Dezember 2007 führte eine Anpassung des Kaufpreises zur Rückzahlung von weniger als 1 Mio € und zu einer entsprechenden Anpassung des Goodwill. Die Erträge und der Verlust nach Steuern aus der Akquisition von Tilney beliefen sich 2006 auf 3 Mio € beziehungsweise weniger als 1 Mio €.

#### SONSTIGE IM JAHR 2006 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Im Jahr 2006 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen in einer Bandbreite zwischen 60 % und 100 % verbunden, und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 168 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio €. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>475</b>	<b>13</b>	<b>488</b>
Summe der Verbindlichkeiten	288	8	296
Nettovermögen	187	5	192
<b>Summe der Passiva</b>	<b>475</b>	<b>13</b>	<b>488</b>

Die Akquisitionen wirkten sich mit 58 Mio € beziehungsweise 47 Mio € auf die Erträge und das Ergebnis des Konzerns aus.

#### MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN DER IN 2006 GETÄTIGTEN UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE AUF DIE GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

Wären die oben aufgeführten in 2006 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2006 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2006 daraus Erträge von 396 Mio € und ein Ergebnis von 85 Mio € ausgewiesen.

#### IM JAHR 2008 GETÄTIGTE UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Am 31. Januar 2008 gab der Konzern bekannt, dass er eine Beteiligung von 100 % an dem Hedgefondsadministrator HedgeWorks, LLC mit Sitz in den Vereinigten Staaten erworben hat. Die vorläufige Kostenschätzung für den Unternehmenszusammenschluss ging von einer Barvergütung in Höhe von 20 Mio € sowie einer weiteren von 20 Mio € aus, die unter der Voraussetzung gezahlt wird, dass das erworbene Unternehmen in den nächsten drei Jahren bestimmte Ziele übertrifft. HedgeWorks wird dem Unternehmensbereich GTB angehören.

Am 20. Dezember 2007 gab der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management die Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Erwerb eines Mehrheitsanteils von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co., Ltd. bekannt. Die Übernahme soll im März 2008 abgeschlossen werden.

## VERÄUSSERUNGEN

In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftseinheiten. Eine Liste und weitere Einzelheiten zu diesen Veräußerungen finden sich in Note [2]. Der gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenwert betrug in den Jahren 2007 und 2006 375 Mio € beziehungsweise 544 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2007	2006
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	52	107
Übrige Vermögenswerte	885	2.810
<b>Summe der veräußerten Aktiva</b>	<b>937</b>	<b>2.917</b>
<b>Summe der veräußerten Verbindlichkeiten</b>	<b>463</b>	<b>1.958</b>

## [35] DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

### DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE UND SICHERUNGSGESCHÄFTE

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und von Hedge Accounting, wie sie in Note [1] beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

### ZU HANDELSZWECKEN GEHALTENE DERIVATE

#### VERKAUFS- UND HANDELSAKTIVITÄTEN

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um ihnen zu ermöglichen, gegenwärtige oder zukünftige Risiken zu übernehmen, zu übertragen, zu modifizieren oder zu reduzieren. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.



### RISIKOMANAGEMENT

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Kredit- und Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

### DERIVATIVE, DIE DIE ANFORDERUNGEN AN HEDGE ACCOUNTING ERFÜLLEN

Für Derivate, welche für Zwecke des Risikomanagements gehalten werden und welche Teil einer Transaktion sind, für die die Anforderungen von Note [1] erfüllt sind, wendet der Konzern Hedge Accounting an.

### FAIR VALUE HEDGES

Der Konzern wendet Fair Value Hedge Accounting mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des Fair Value festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Fair Value Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2007	Passiva 2007	Aktiva 2006	Passiva 2006
Derivate als Sicherungsinstrumente in Fair Value Hedges:	2.323	961	1.507	1.987

Im Geschäftsjahr 2007 wies der Konzern Gewinne von 147 Mio€ (2006: Verluste von 340 Mio€) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum beliefen sich die Verluste aus den abgesicherten Grundgeschäften, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, auf 213 Mio€ (2006: Gewinne von 356 Mio€).

### CASH FLOW HEDGES

Der Konzern sichert die Zahlungsströme über Terminkontrakte auf Aktien, Zinsswaps und Devisentermingeschäfte ab, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Aktienindizes, Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Cash Flow Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2007	Passiva 2007	Aktiva 2006	Passiva 2006
Derivate als Sicherungsinstrumente in Cash Flow Hedges:	14	0	26	18

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Cashflows gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
<b>zum 31. Dezember 2007</b>				
Cashflow aus Aktiva	56	163	80	129
Cashflow aus Passiva	- 2	- 57	- 5	- 3
Nettocashflow	54	106	75	126
<b>zum 31. Dezember 2006</b>				
Cashflow aus Aktiva	11	71	5	9
Cashflow aus Passiva	- 3	- 64	- 4	- 7
Nettocashflow	8	7	1	2

Von den erwarteten zukünftigen Zahlungsströmen tritt der größte Teil im Zusammenhang mit der Akquisition von Abbey Life Assurance, Limited, auf. Unter den Bestimmungen der fondsgebundenen Verträge wird den Versicherungsnehmern eine jährliche Managementgebühr belastet, welche als Prozentanteil des verwalteten Vermögens ausgedrückt wird. Der Konzern ist, um sich gegen die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen Zahlungsströme der Managementgebühren abzusichern, 3-Monats-rollierende FTSE-Future-Kontrakte eingegangen. Andere Cashflow Hedge-Programme nutzen Zinsswaps und FX Forwards als Sicherungsinstrumente.

Im Geschäftsjahr 2007 wies der Konzern einen Saldo von minus 79 Mio€ (2006: minus 73 Mio€) im Zusammenhang mit Cash Flow Hedges im Eigenkapital aus. Von diesen Beträgen gehen im Jahr 2007 minus 67 Mio€ (2006: minus 44 Mio€) auf bereits beendete Programme zurück. Diese Beträge werden zu gegebener Zeit erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Verluste von 19 Mio€ (2006: Verluste von 68 Mio€) wegen effektiver Cash Flow Hedges im Eigenkapital berücksichtigt, es wurde ein Verlust von 13 Mio€ (2006: Gewinn von 8 Mio€) vom Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung überführt sowie ein Verlust von 3 Mio€ (2006: Gewinn von 3 Mio€) wegen Hedgeineffektivität erfolgswirksam erfasst.

Mit Stand vom 31. Dezember 2007 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2017 fällig.

#### NET INVESTMENT HEDGES

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2007	Passiva 2007	Aktiva 2006	Passiva 2006
Derivate als Sicherungsinstrumente in Net Investment Hedges:	193	1.354	550	71

Im Geschäftsjahr 2007 wies der Konzern Verluste von 72 Mio€ (2006: Verluste von 77 Mio€) aus Hedgeineffektivität aus.

## [36] AUFSICHTSRECHTLICHES KAPITAL

### KAPITALMANAGEMENT UND KAPITALADÄQUANZ

Treasury verantwortet das konzernweite sowie das lokale Kapitalmanagement. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value des Konzerns aufweisen. Aus diesem Grund ordnet Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf des Kapitals unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das nach den Empfehlungen des Basel Committee on Banking Supervision, dessen Sekretariat von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gestellt wird, ermittelte aufsichtsrechtliche Kapital sowie schließlich das Ökonomische Kapital. Unter Basel I betrug der Zielkorridor der BIZ-Kernkapitalquote 8 bis 9 % und dieser wird auch zukünftig mit der Einführung von Basel II seit dem 1. Januar 2008 angestrebt.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten der Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Das Kapitalmanagement im Jahr 2007 umfasste den Abschluss des Aktienrückkaufprogramms 2006/07 und den Start des Aktienrückkaufprogramms 2007/08. Im Rahmen des im Mai 2007 abgeschlossenen Programms 2006/07 wurden 14,1 Millionen Aktien zurückgekauft. Auf Basis der auf der ordentlichen Hauptversammlung 2007 erteilten und Ende Oktober 2008 auslaufenden Ermächtigung, 10 % der insgesamt emittierten Aktien zurückzukaufen, wurde im Mai 2007 das Aktienrückkaufprogramm 2007/08 gestartet. Das Programm dient unter anderem dazu, Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsprogrammen zu bedienen, und ermöglicht es, Kapitalbedarf und -ausstattung des Konzerns in Einklang zu bringen. Die Rückkäufe wurden durch laufende Gewinne finanziert. Bis zum 31. Dezember 2007 wurden 6,3 Millionen Aktien (ungefähr 1,2 % des Gezeichneten Kapitals des Konzerns) im Rahmen des Programms 2007/08 zurückgekauft. Insgesamt wurden 2007 im Zuge der Aktienrückkaufprogramme des Konzerns 11,3 Millionen Aktien zurückgekauft (2006: 28,8 Millionen).

Im Geschäftsjahr 2007 hat der Konzern hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 1,3 Mrd € begeben (2006: 1,1 Mrd €). Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital belief sich am 31. Dezember 2007 auf insgesamt 5,6 Mrd €, verglichen mit 4,5 Mrd € am 31. Dezember 2006.

Eine Innovation in 2007 war die erstmalige Contingent-Capital-Emission des Konzerns. Dem Konzern steht es frei, diese Form des Kapitals bei Bedarf in hybrides Tier-1-Kapital umzuwandeln und somit flexibles Kapital zu bilden, um der ratingabhängigen Bemessung der Risikoposition unter Basel II zu entsprechen. Der Konzern hat in 2007 zwei Emissionen in Höhe von 200 Mio € und 800 Mio US-\$ begeben.

Die für den Konzern maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften beruhen auf Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und auf den Richtlinien der Europäischen Union, die in deutsches Recht umgesetzt wurden, insbesondere dem Kreditwesengesetz und den entsprechenden Verordnungen und Richtlinien.

In 2007, im Jahr des Übergangs von den Empfehlungen des Basler Ausschusses in 1988 („Basel I“) zum überarbeiteten Kapitalregelwerk, das 2004 vom Basler Ausschuss verabschiedet wurde („Basel II“), hat die Deutsche Bank weiterhin Kapitalquoten in unmittelbarer Anwendung des Basel-I-Regelwerks berechnet und veröffentlicht. Ab 2008 wird die Deutsche Bank auf Konzernebene Kapitalquoten gemäß dem Kreditwesengesetz und der Solvabilitätsverordnung, die Basel II ins deutsche Recht umsetzen, berechnen und veröffentlichen.

Die BIZ-Kapitalquote ist die zentrale Messgröße für die Kapitaladäquanz internationaler Banken. Mit dieser im Basel I-Regelwerk definierten Quote wird das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank in ein Verhältnis zu ihren Adressenausfall- und Marktpreisrisiken (im Konzern insgesamt als „Risikoposition“ bezeichnet) gesetzt. Die Deutsche Bank berechnet diese Quote anhand ihres nach IFRS erstellten Konzernabschlusses. Das Kontrahentenrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Kreditrisiko zu Kategorien mit entsprechender Risikogewichtung zusammengefasst werden. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Mehrfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage der konzerninternen Modelle berechnet wird. Diese Modelle wurden von der BaFin zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition der Bank anerkannt.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank ist in die drei Bestandteile Kern- beziehungsweise Tier-1-Kapital, Ergänzungs- beziehungsweise Tier-2-Kapital und Drittrangmittel beziehungsweise Tier-3-Kapital aufgeteilt. Das Kern- beziehungsweise Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Gezeichneten Kapital (ausgenommen Aktien, die mit einem nachzuzahlenden Vorzug bei der Verteilung des Gewinns ausgestattet sind – kumulative Vorzugsaktien), den Kapital- und Gewinnrücklagen, hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulativen Vorzugsaktien („Noncumulative Trust Preferred Securities“) und Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, abzüglich Goodwill und sonstiger immaterieller Vermögenswerte sowie anderer Abzugsposten wie Eigene Aktien im Bestand. Ergänzungs- oder Tier-2-Kapital besteht im Wesentlichen aus kumulativen Vorzugsaktien, Genussrechtskapital, kumulativen Vorzugsanteilen („Cumulative Trust Preferred Securities“), langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, unrealisierten Gewinnen aus börsennotierten Wertpapieren und den sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken. Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und darf nur zur Unterlegung von Marktpreisrisiken verwendet werden. Banken dürfen zur Unterlegung von Marktpreisrisiken auch Tier-1- und Tier-2-Kapital verwenden, das den Mindestbedarf zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken überschreitet. Die Mindestgesamtkapitalquote gemäß BIZ (Tier-1 + -2 + -3) beträgt 8 % der Risikoposition. Die Mindestkernkapitalquote gemäß BIZ (Tier-1) beträgt 4 % der risikogewichteten Positionen und 2,29 % des Marktrisikooäquivalents. Die Mindestkernkapitalquote für die gesamte Risikoposition hängt daher von dem gewichteten Durchschnitt der risikogewichteten Position und des Marktrisikooäquivalents ab. Nach Maßgabe der BIZ-Richtlinien können nachrangige Verbindlichkeiten nur in Höhe von maximal 50 % des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt. Das Tier-3-Kapital ist begrenzt auf 250 % des nicht zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken benötigten Tier-1-Kapitals.

Die folgende Tabelle zeigt die Berechnung der Kapitaladäquanz des Konzerns nach Maßgabe der BIZ-Richtlinien sowie das durchschnittliche Active Equity zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 31. Dezember 2006.

in Mio € (ausgenommen Prozentangaben)	31.12.2007	31.12.2006
Risikogewichtete Positionen	314.845	263.871
Marktrisikoäquivalent <sup>1</sup>	13.973	11.588
<b>Risikoposition</b>	<b>328.818</b>	<b>275.459</b>
Kernkapital (Tier-1)	28.320	23.539
Ergänzungskapital (Tier-2)	9.729	10.770
Nutzbare Drittrangmittel (Tier-3)	–	–
<b>Aufsichtsrechtliches Kapital insgesamt</b>	<b>38.049</b>	<b>34.309</b>
Kernkapitalquote (Tier-1)	8,6 %	8,5 %
Eigenkapitalquote (Tier-1 + -2)	11,6 %	12,5 %
<b>Durchschnittliches Active Book Equity</b>	<b>29.846</b>	<b>25.468</b>

<sup>1</sup> Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Den BIZ-Richtlinien entsprechend muss der Konzern seine Marktpreisrisiken per 31. Dezember 2007 mit aufsichtsrechtlichem Eigenkapital (Tier-1 + -2 + -3) in Höhe von 1.118 Mio€ unterlegen (31. Dezember 2006: 927 Mio€). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt.

Das Ergänzungskapital (Tier-2) des Konzerns belief sich am 31. Dezember 2007 auf 9,7 Mrd€ und entsprach 34 % des Kernkapitals, verglichen mit 10,8 Mrd€ und 46 % zum 31. Dezember 2006.

Am 31. Dezember 2007 lag die BIZ-Eigenkapitalquote des Konzerns mit 11,6 % beträchtlich über der Mindesteigenkapitalquote gemäß BIZ von 8 %.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Kern- und Ergänzungskapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften des Konzerns zum 31. Dezember 2007 nach den BIZ-Richtlinien aufgeführt.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Kernkapital (Tier-1)</b>		
Stammaktien	1.358	1.343
Kapitalrücklage	15.808	15.246
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile in Fremdbesitz	17.717	13.631
Nicht kumulative Vorzugsaktien	5.602	4.496
In Abzug gebrachte Posten (unter anderem Immaterielle Vermögensgegenstände)	– 12.165	– 11.177
<b>Kernkapital insgesamt</b>	<b>28.320</b>	<b>23.539</b>
<b>Ergänzungskapital (Tier-2)</b>		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	1.472	1.235
Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken	358	359
Kumulative Vorzugsaktien	841	759
Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	7.058	8.417
<b>Ergänzungskapital insgesamt</b>	<b>9.729</b>	<b>10.770</b>

Während die Deutsche Bank die BIZ-Kapitalquote als zentrale Messgröße für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken ansieht, erfüllt sie auch die deutschen Kapitaladäquanzvorschriften.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin oder anderer Aufsichtsbehörden nach sich ziehen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2007 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

Die zentralen Berechnungsmethoden für die Risikoposition und das aufsichtsrechtliche Kapital nach den BIZ-Vorschriften und nach dem Kreditwesengesetz, jeweils gemäß der in 2007 gültigen Fassung, sind eng aufeinander abgestimmt. Zu den Unterschieden in der Definition des aufsichtsrechtlichen Kapitals nach den BIZ-Richtlinien beziehungsweise dem Kreditwesengesetz gehören unterschiedliche Regelungen für den Abzug von First-Loss-Positionen bei Verbriefungen und den Abzug bestimmter Beteiligungen an anderen Finanzinstituten und -unternehmen sowie Versicherungsgesellschaften, die unterschiedliche Erfassung bestimmter bei der Konsolidierung entstehender Posten und unterschiedliche aufsichtsrechtliche Amortisationsfristen für nachrangige Verbindlichkeiten. Diese Unterschiede führten in ihrer Gesamtheit zu keiner wesentlichen Differenz im aufsichtsrechtlichen Kapital und der Gesamtrisikoposition des Konzerns im Jahr 2007.

Zu den für das bankaufsichtsrechtliche Meldewesen konsolidierten Gesellschaften zählen nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen sowie Anbieter von Nebendienstleistungen einzustufen sind. Davon ausgeschlossen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Versicherungsgesellschaften werden jedoch in die Berechnung der Kapitaladäquanz für Finanzkonglomerate einbezogen. Der Konzern ist nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited in Großbritannien im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingeordnet worden. Nachdem die BaFin die anzuwendende Berechnungsmethode bestimmt hat, wird die Kapitaladäquanzberechnung für das Finanzkonglomerat erstmals in 2008 durchgeführt. Es wird erwartet, dass diese Berechnung bestätigt, dass die Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert wird.

### [37] RISIKOANGABEN

Der Konzern verfügt über eine dedizierte und integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion, die unabhängig von den Konzernbereichen ist. Der Konzern steuert die Risiken und das Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind. Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Chief Risk Officer, ein Mitglied des Vorstands, trägt die Verantwortung für das Risikomanagement in Bezug auf die Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft das Risiko- und Kapitalprofil in regelmäßigen Zeitabständen.

### KREDITRISIKO

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit allen Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Das Kreditrisiko ist für den Konzern das größte Einzelrisiko.

Es werden drei Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- Ausfallrisiko ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
- Länderrisiko ist das Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Im Länderrisiko ist das Transferrisiko enthalten. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
- Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

Der Konzern steuert Kreditrisiken in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die der Konzern üblicherweise innerhalb eines Rahmenwerks für Handelsengagements steuert. Das Kreditrisikomanagement des Konzerns baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung der einzelnen Kreditengagements des Konzerns müssen im Rahmen der Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien erfolgen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Die Kreditengagements des Konzerns gegenüber einer Kreditnehmergruppe werden auf weltweit konsolidierter Basis erfasst. Als „Kreditnehmergruppe“ wird eine Gruppe von Kreditnehmern betrachtet, die durch mindestens ein vom Konzern festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrechte, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder die gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile der vom Konzern gewährten Kredite haften.

### **KREDITRISIKOEINSTUFUNG**

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos werden sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken berücksichtigt. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Der Konzern verfügt über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität aller Geschäftspartner. Die 26-stufige Ratingskala des Konzerns ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf der Basis statistischer Analysen historischer Ausfälle der Konzernportfolios gebildet wurde. Mit dieser Skala werden eine Vergleichbarkeit der internen Ratings mit der Marktpraxis und eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Unterportfolios des Konzerns ermöglicht. Einige Ausfallratings ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken.

Die Kreditengagements werden generell einzeln bewertet. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen werden die Einschätzungen des Konzerns nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für die Geschäftspartner der Bank vergebenen externen Risikoratings verglichen.

### KREDITLIMITE

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die der Konzern bereit ist, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren.

### ÜBERWACHUNG DES AUSFALLRISIKOS

Die Kreditengagements des Konzerns werden mithilfe diverser Risikomanagementinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen Verfahren zur Verfügung, mit denen der Konzern frühzeitig Kreditengagements identifizieren kann, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung der konzerneigenen Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, werden frühzeitig identifiziert, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen noch zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Problemkredite ist ein Grundprinzip der Kreditkultur des Konzerns und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. Wurden Kunden identifiziert, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

### MAXIMALES KREDITRISIKO

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Kreditrisiko des Konzerns ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung infrage kommen.

in Mio € <sup>1</sup>	31.12.2007	31.12.2006
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	7.458	5.821
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.615	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.597	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.961	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte <sup>2</sup>	1.343.257	974.927
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte <sup>2</sup>	32.850	29.042
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	200.597	180.194
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	84.761	54.678
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten <sup>3</sup>	49.905	43.047
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen <sup>3</sup>	128.511	141.331
<b>Maximales Kreditrisiko</b>	<b>1.938.511</b>	<b>1.525.447</b>

1 Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

2 Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

3 Finanzgarantien, sonstige kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (inklusive zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

### GEHALTENE SICHERHEITEN

Der Konzern vereinbart in Kreditverträgen mit Kreditnehmern regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse optimieren. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, mindern oder kompensieren sie nicht eine fragwürdige Reputation eines Kreditnehmers oder eine fragwürdige Struktur.



Der Konzern unterteilt die erhaltenen Sicherheiten in zwei Kategorien:

- Finanzielle Sicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers abdecken, seine Verpflichtungen unter dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die als solche von Dritten bereitgestellt werden. In diese Kategorie fallen in der Regel Akkreditive, Versicherungsverträge, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.
- Physische Sicherheiten, die es dem Konzern ermöglichen, das gesamte oder Teile des ausstehenden Engagements zu vereinnahmen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptleistungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Bausicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Bestände, Sachmittel (Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.

Zusätzlich steuert der Konzern aktiv das Kreditrisiko seiner Kredite und ausleihebezogenen Zusagen. Eine spezialisierte Einheit innerhalb des Konzerns, die Loan Exposure Management Group, konzentriert sich auf zwei wesentliche Initiativen, um die Risikomanagementdisziplin weiter zu verbessern, die Rendite zu steigern und das Kapital effizienter einzusetzen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mithilfe von besicherten Kreditverbriefungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Um sein derivativebezogenes Kreditrisiko besser steuern zu können, geht der Konzern Sicherheitenvereinbarungen ein. Diese führen in der Regel zur Risikominderung durch die periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der besicherten Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt.

#### **KONZENTRATION DES KREDITRISIKOS**

Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos ergeben sich, wenn der Konzern substantielle Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhält, im Rahmen derer diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos verwendet der Konzern ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Kreditlimite beziehen sich auf Geschäftspartner, Länder, Produkte sowie sonstige Faktoren und legen die Obergrenzen für Kreditengagements fest.

Die größte Konzentration des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten besteht gegenüber Westeuropa und Nordamerika mit einem bedeutenden Anteil privater Haushalte. Die Konzentration in Westeuropa liegt in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst.

**KREDITQUALITÄT VON VERMÖGENSWERTEN, DIE WEDER ÜBERFÄLLIG NOCH WERTGEMINDERT SIND**

Die folgende Tabelle unterteilt das Firmenkreditengagement des Konzerns nach den Bonitätsklassen der Geschäftspartner für mehrere der wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien. Für das derivativebezogene Kreditrisiko ist der Konzern üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit den Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag der International Swaps and Derivatives Association für Derivate). Mithilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte genettet werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (sogenanntes „Close-out Netting“). Für Teile unseres Geschäfts mit Derivaten schließt der Konzern auch sogenannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen für sämtliche dieser Vereinbarung unterliegenden Transaktionen die fälligen Zahlungen eines Tages in derselben Währung zur Verringerung unseres Kapitalausfallrisikos verrechnet werden. Für das Kreditrisiko aus OTC-Derivaten in der nachfolgenden Tabelle hat der Konzern das Netting nur dann angewendet, wenn der Konzern davon ausgeht, dass es für die jeweilige Rechtsprechung und Geschäftspartner anwendbar ist.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse in Mio €	Kredite <sup>1</sup>		Unwiderrufliche Kreditzusagen <sup>2</sup>		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate <sup>3</sup>		Insgesamt	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
AAA-AA	22.765	20.225	28.969	34.172	7.467	5.774	54.164	28.255	113.366	88.427
A	30.064	17.615	31.087	38.356	15.052	13.548	21.092	16.238	97.294	85.757
BBB	30.839	31.893	35.051	34.986	13.380	13.364	8.706	7.194	87.975	87.436
BB	26.590	26.301	25.316	26.536	9.146	6.170	10.018	5.351	71.069	64.358
B	6.628	5.271	7.431	6.254	4.252	3.589	2.601	1.060	20.912	16.175
CCC und schlechter	3.342	5.188	657	1.027	609	602	1.300	114	5.908	6.931
<b>Insgesamt</b>	<b>120.228</b>	<b>106.494</b>	<b>128.511</b>	<b>141.331</b>	<b>49.905</b>	<b>43.047</b>	<b>97.881</b>	<b>58.212</b>	<b>396.525</b>	<b>349.084</b>

1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie CCC und schlechter IFRS wertgeminderte Kredite über 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 1,6 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen im Konsumentenkreditengagement über 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen für OTC-Derivate, soweit anwendbar.

Die nachstehende Tabelle zeigt das Konsumentenkreditengagement, unterteilt nach dem Engagement innerhalb und außerhalb Deutschlands.

in Mio €	Gesamtengagement	
	31.12.2007	31.12.2006
Konsumentenkreditengagement Deutschland	56.504	53.446
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	14.489	12.261
Immobilienfinanzierungen	42.015	41.185
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	23.864	20.253
<b>Konsumentenkreditengagement insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>80.368</b>	<b>73.699</b>

1 Beinhaltet IFRS wertgeminderte Kredite über 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2007 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2006.

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung, das heißt neu verhandelte Kredite, die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	43	43

Die nachstehende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach der Anzahl an überfälligen Tagen.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	8.644	6.268
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	1.511	1.093
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	502	280
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	333	352
<b>Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt</b>	<b>10.990</b>	<b>7.993</b>

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze bei ausstehenden Transaktionen –, die der Konzern zur Absicherung seiner überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite hält.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Finanzielle Sicherheiten	915	292
Physische Sicherheiten	3.724	3.577
<b>Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt</b>	<b>4.639</b>	<b>3.869</b>

#### WERTGEMINDERTE KREDITE

Der Konzern beurteilt Kredite unter IFRS als wertgemindert, wenn objektive Hinweise auf einen Wertminderungsverlust vorliegen. Während der Konzern die Wertminderung des Firmenkreditengagements einzeln ermittelt, werden kleinere standardisierte homogene Kredite als wertgemindert betrachtet, sobald der Kreditvertrag mit dem Kunden gekündigt wurde.

Die folgenden Tabellen zeigen eine Aufteilung der wertgeminderten Kredite nach deutschen und ausländischen Kreditnehmern entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
<b>Einzeln ermittelte wertgeminderte Kredite:</b>		
Inländische Kunden	957	1.194
Ausländische Kunden	559	431
<b>Einzeln ermittelte wertgeminderte Kredite insgesamt:</b>	<b>1.516</b>	<b>1.625</b>
<b>Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite:</b>		
Inländische Kunden	817	852
Ausländische Kunden	312	241
<b>Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite</b>	<b>1.129</b>	<b>1.092</b>
<b>Wertgeminderte Kredite insgesamt</b>	<b>2.645</b>	<b>2.717</b>

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze analog dem Transaktionsvolumen –, die der Konzern zur Absicherung seiner wertgeminderten Kredite hält.

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Finanzielle Sicherheiten	26	55
Physische Sicherheiten	874	757
<b>Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt</b>	<b>899</b>	<b>812</b>

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die der Konzern während der Berichtsperiode in die Bilanz aufgenommen hat, indem er als Sicherheiten dienende Wertpapiere übernommen oder andere Kreditverbesserungen wie Garantien in Anspruch genommen hat.

in Mio €	2007	2006
Gewerbliche Immobilien	–	1
Private Immobilien	533	15
Sonstige	723	–
<b>In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt</b>	<b>1.255</b>	<b>16</b>

Die erhaltenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzt der Konzern erhaltene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

In den in 2007 übernommenen Privaten Immobilien sind 396 Mio€ an übernommenen Privaten Immobilien enthalten, die von unter IFRS konsolidierten Securitization Trusts gehalten werden, in denen aber die Bank weder den Mehrheitsanteil noch die Kontrolle innehat. Vielmehr kontrolliert der Treuhänder für Rechnung sämtlicher Anleihe- und Kapitalinhaber die Übernahme und den Verkaufsvorgang. Die von diesen Trusts wie erläutert übernommenen Sicherheiten repräsentieren Jahresendsalden. Ein Großteil der in 2007 übernommenen sonstigen Sicherheiten gehört zu einer einzelnen strukturierten Transaktion, bei der der Konzern ursprünglich Wertpapiere als Sicherheit unterhielt und anschließend den größten Anteil dieser Sicherheit vor Jahresende wieder veräußert hat.

## STAATLICHE UNTERSTÜTZUNG

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig staatliche Unterstützung in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies [„ECAs“]). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Emerging Markets sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die in unserem Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in seinem Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung („OECD“) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird. Der Großteil der von uns erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurde von der Euler-Hermes Kreditversicherungs AG vergeben, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist. Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern als Sicherheit auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen.

## MARKTRISIKO

Nahezu alle Geschäfte des Konzerns unterliegen dem Risiko, dass Änderungen bei Marktpreisen und Kursen zu Gewinnen oder Verlusten führen. Der Konzern unterscheidet vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat (einschließlich Credit Spread-Risiken).

### GRUNDKONZEPT DES MARKTRISIKOMANAGEMENTS

Der Konzern geht Marktrisiken sowohl bei Handels- als auch Nichthandelsgeschäften ein. Der Konzern übernimmt Risiken durch Market-making und das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Der Konzern nutzt eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen für das Ökonomische Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, mit der alle Marktrisiken sowohl in den Handels- als auch Nichthandelsportfolios beschrieben und aggregiert werden. Value-at-Risk stellt die primäre Metrik zur Steuerung der handelsbezogenen Marktrisiken dar. Die Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital reflektieren auch Basisrisiken im Handelsgeschäft.

Der Vorstand und das Risk Executive Committee, unterstützt vom Market Risk Management als Teil der unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, legen ein konzernweites Value-at-Risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter aufgeteilt. Das Value-at-Risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag Anfang 2007 bei 90 Mio€ und wurde am 27. Februar 2007 auf 105 Mio€ angehoben. Das Value-at-Risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns betrug Anfang 2007 92 Mio€ und wurde am 27. Februar 2007 auf 110 Mio€ erhöht (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 %, wie weiter unten beschrieben, und einer Haltedauer von einem Tag).

### BEWERTUNG DES MARKTRISIKOS IN HANDELSPORTFOLIOS

Der Value-at-Risk-Ausweis für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis des konzerneigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, das interne Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt. Das Modell wurde seither periodisch verfeinert und die Modellgenehmigung wurde aufrechterhalten.

Der Value-at-Risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für die Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-Risk ermöglicht es uns, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der Marktrisikoschätzungen über die Zeit und mit den tatsächlichen täglichen Handelsergebnissen.

Der Konzern berechnet den Value-at-Risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99 % gemäß den Bestimmungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Für interne Meldezwecke wird eine Haltedauer von einem Tag zugrunde gelegt. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Das Value-at-Risk-Modell des Konzerns ist dafür konzipiert, alle wesentlichen Risikofaktoren unter Annahme normaler Marktbedingungen zu berücksichtigen. Beispiele solcher Risikofaktoren sind Zinssätze (einschließlich Credit Spreads), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird. Die Value-at-Risk-Berechnungen erfolgen mithilfe des Monte Carlo-Simulationsverfahrens, wobei angenommen wird, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen. In 2007 wurden alle Risiken, die bisher mithilfe der Varianz-Kovarianz-Methode quantifiziert wurden, so die spezifischen Zinsrisiken in einigen Portfolios wie beispielsweise im Credit Trading, in das Monte Carlo-Verfahren einbezogen.

Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzt der Konzern historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikofaktoren. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken wird hingegen angenommen, dass beide Risikokomponenten unkorreliert sind.

#### **GRENZEN DER KONZERNEIGENEN RISIKOMODELLE**

Wenngleich der Konzern davon überzeugt ist, dass die eigenen Marktrisikomodelle einen hohen Standard aufweisen, werden diese Modelle ständig weiterentwickelt und es werden beträchtliche Ressourcen für ihre Überprüfung und Verbesserung bereitgestellt.

Die Ergebnisse der Stresstests und die Abschätzungen für das Ökonomische Kapital sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Anzahl der Stresstests und durch die Tatsache limitiert, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl die Risikomanager Worst-Case-Szenarien nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definieren, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus den Marktrisikopositionen größer ausfällt als durch das Ökonomische Kapital abgeschätzt. Darüber hinaus überprüft und verbessert der Konzern die Stresstests fortwährend, um sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken erfasst und mögliche extreme Marktveränderungen im Modell abgebildet werden.

Bei den Value-at-Risk-Analysen sollten ferner die Grenzen der zugrunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden. So sollte der Value-at-Risk nicht als Maß für den Maximalverlust verstanden werden, der bei den Marktrisikopositionen auftreten kann.

Zu den begrenzenden Faktoren der Value-at-Risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-Risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum geschlossen oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos während illiquider Zeitperioden, in denen ein Schließen oder Absichern der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99 % werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Der Konzern berechnet den Value-at-Risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements werden keine untertägigen Value-at-Risk-Berechnungen vorgenommen.
- Value-at-Risk erfasst nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios und kann demzufolge zu einer Unterschätzung potenzieller Verluste führen. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in das Value-at-Risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

Im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-Risk-Methode ergänzt der Konzern die Value-at-Risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

#### MARKTRISIKO IN HANDESPORTFOLIOS

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen einfach addieren, so würde dies die Annahme widerspiegeln, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

<b>Value-at-Risk der Handelsbereiche</b>		
in Mio €	<b>31.12.2007</b>	<b>31.12.2006</b>
Zinsrisiko	90,8	50,3
Aktienkursrisiko	49,5	53,0
Währungsrisiko	11,3	12,2
Rohwarenpreisrisiko	8,7	5,4
Diversifikationseffekt	– 59,7	– 44,0
<b>Insgesamt</b>	<b>100,6</b>	<b>76,9</b>

Neben dem selektiven Ausbau von Zinsrisikoengagements und/oder Aktienkursrisikopositionen in der ersten Jahreshälfte 2007, erklärt sich der Value-at-Risk-Anstieg in 2007 hauptsächlich durch die steigende Volatilität der Märkte sowie in einem geringeren Maß durch eine verfeinerte Value-at-Risk-Messung in der zweiten Jahreshälfte. Zum Jahresende 2007 betrug der Value-at-Risk 101 Mio€ und lag somit um 31 % über dem Wert von 77 Mio€ zum Jahresende 2006.

#### **MARKTRISIKO IN NICHTHANDELSPORTFOLIOS**

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt die Aktivitäten des Konzerns im Bereich der Nichthandelsportfolios. Es ist zuständig für die Koordination der konzernweiten Risikoneigung, der Kapitalerfordernisse und des Refinanzierungsbedarfs, basierend auf den Geschäftsstrategien für den Konzern, die Konzernbereiche und die untergeordneten Geschäftsbereiche. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die regelmäßige Überprüfung der Engagements der Nichthandelsportfolios sowie der damit zusammenhängenden Stresstestergebnisse, die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Akquisitionen und Beteiligungen, die Zuteilung von Risikolimiten für die Geschäftsbereiche im vom Vorstand vorgegebenen Rahmen sowie die Genehmigung von Richtlinien in Bezug auf die Nichthandelsportfolios, die durch das Risk Executive Committee ratifiziert werden. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen den beiden Komitees gewährleistet wird.

Das dedizierte Investment & Asset Risk Management Team ist auf die Risikoaspekte der Nichthandelsaktivitäten des Konzerns spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der Nichthandelsportfolios, einschließlich von Buchwerten, Schätzungen des Ökonomischen Kapitals, Limitauslastungen, Ertragsprüfungen und geplanter Aktivitäten.

#### **BEWERTUNG DES MARKTRISIKOS IN NICHTHANDELSPORTFOLIOS**

Aufgrund der besonderen Eigenschaften der Nichthandelsportfolios und der teilweise fehlenden Preistransparenz wird für die Nichthandelsportfolios des Konzerns als Risikomaß nicht der Value-at-Risk benutzt. Stattdessen werden zur Bewertung des Marktrisikos in den Nichthandelsportfolios Stresstestverfahren verwendet, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mit dessen Hilfe das Marktrisiko in den Nichthandelsportfolios aktiv überwacht und gesteuert wird. So werden beispielsweise für die Industriebeteiligungen individuelle Preisschocks in Höhe von 23 % bis 51 % benutzt, die auf historisch beobachteten Marktwertänderungen basieren. Bei Private-Equity-Engagements werden alle Positionen Stressbewegungen unterworfen, die sich zum einen aus der Anwendung des Ökonomischen Kapitalmodells für Kreditrisiken und zum anderen aus Marktpreisschocks bis zu 100 %, je nach Vermögensgegenstand, ableiten.

Das größte Marktrisiko in den Nichthandelsportfolios des Konzerns ist das Aktienkursrisiko. Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Geschäftsbereich Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und ist in die handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen einbezogen. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken im Allgemeinen durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur minimale Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten ergeben.



Alle Konzernbereiche halten und steuern nicht handelsbezogene Marktrisiken. Gemessen am Ökonomischen Kapital, geht der Konzernbereich Corporate and Investment Bank das größte nicht handelsbezogenen Marktrisiko im Konzern ein, das hauptsächlich aus Principal Investments stammt. Der Konzernbereich Corporate Investments geht nicht handelsbezogene Marktrisiken durch Industriebeteiligungen, Private Equity Investments und sonstige Unternehmensbeteiligungen ein. Das nicht handelsbezogene Marktrisiko im Konzernbereich Private Clients and Asset Management resultiert vor allem aus Eigenanlagen in Immobilien, Hedge- und Investmentfonds, die der Unterstützung des Client-Asset-Management-Geschäfts dienen und vorwiegend die Form von Minderheitsbeteiligungen bei Fondsgründungen oder als Kapitalbeteiligungen bei bestehenden Fonds annehmen.

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für die wichtigsten Industriebeteiligungen, sonstigen Unternehmensbeteiligungen sowie Alternative Assets des Konzerns.

Nichthandelsportfolios in Mrd €	Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1</sup>
Wichtigste Industriebeteiligungen	0,1	0,2
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	0,7	0,6
Alternative Assets	0,9	0,6
<b>Insgesamt</b>	<b>1,7</b>	<b>1,4</b>

<sup>1</sup> Änderungen der Buchwerte und des Ökonomischen Kapitalbedarfs reflektieren die Umstellung auf IFRS.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2007 auf insgesamt 1,7 Mrd € und fiel somit um 329 Mio € oder 24 % höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2006. Der Anstieg steht hauptsächlich mit dem höheren Risiko des Alternative Assets-Portfolios in Verbindung.

- **WICHTIGSTE INDUSTRIEBETEILIGUNGEN.** Der Ökonomische Kapitalbedarf von 75 Mio € zum Jahresende 2007 war in erster Linie auf die neu erworbene indirekte Beteiligung an EADS N.V. zurückzuführen, deren Marktwert sich zum Jahresende 2007 auf 133 Mio € belief. Der Ökonomische Kapitalbedarf für die übrigen Industriebeteiligungen ist aufgrund weiter gestiegener unrealisierter Gewinne bei der Beteiligung an Daimler AG, die den Hauptbeitrag zum Ökonomischen Kapitalbedarf des Vorjahres lieferte, sowie des Abbaus der Beteiligungen an Allianz SE und Linde AG weiter gesunken.
- **SONSTIGE UNTERNEHMENSBEILIGUNGEN.** Der Ökonomische Kapitalbedarf von 729 Mio € für die sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2007 ist weiterhin überwiegend durch Eigenanlagen in Investmentfonds sowie einige andere Unternehmensbeteiligungen verursacht. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 144 Mio € im Vergleich zum Jahresende 2006 spiegelt in erster Linie den Kauf von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wider.
- **ALTERNATIVE ASSETS.** Die Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out Funds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out Funds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Der Anstieg im Ökonomischen Kapitalbedarf resultierte hauptsächlich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem Infrastructure Asset im Geschäftsbereich Asset Management (für das ein Weiterverkauf gegenwärtig beabsichtigt ist) sowie aus dem wachsenden Private-Equity-Portfolio im Geschäftsbereich Global Markets. Das Alternative-Assets-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei risikoärmeren Infrastructure Assets auf, bleibt aber insgesamt gut diversifiziert und besteht weiterhin überwiegend aus Principal Investments und Immobilieninvestments.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationsnutzen zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt.

## LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern, basierend auf zugrunde liegenden Richtlinien, welche regelmäßig von dem Capital and Risk Committee überprüft und genehmigt werden. Zur Sicherung der Liquidität und einer soliden Finanzierungsstruktur für den Konzern verwendet Treasury verschiedene interne Methoden und Systeme, die maßgeschneidert konzipiert wurden, um die konzernspezifischen Managementanforderungen zu unterstützen.

Das Liquiditätsrisikomanagement der Bank beginnt untertägig mit der Steuerung der Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und dem Zugang zu Zentralbanken (operative Liquidität). Das Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit kann der Konzern die kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt sowie nach Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows der bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Der Konzern modelliert das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres tatsächlichen Verhaltens. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen den Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement der Bank, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften des Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Instrument, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Capital and Risk Committee setzt für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite, um den Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern. Mit der Komponente Liquidität der Aktiva bestimmt der Konzern die Volumina und Verbuchungsorte des konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die genutzt werden, um Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette von Wertpapierklassen zusammen. Zunächst werden in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren getrennt. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

Die strategische Komponente umfasst das Aufstellen eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in der Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung der Emissionsstrategie. Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht damit die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für den jährlichen Emissionsplan des Konzerns, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee die Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Das Rahmenwerk wird ergänzt durch Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf die Liquiditätsposition. Diese Szenarien wurden entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den

Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen basiert. Diese Szenarien beinhalten jetzt auch die Herausforderungen, die sich in der Finanzmarktkrise 2007 ergeben haben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, mangelnde Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen. Die hypothetischen Modelle beinhalten interne Szenarien wie operationelle Risiken, Bonitätsherabstufung der Bank durch die Ratingagenturen um drei Stufen sowie externe Szenarien wie Marktrisiko, Emerging-Markets-Krise und systemischen Schock. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Verkauf von Wertpapieren, ein Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung und eine Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten.

#### ANALYSE DER FÄLLIGKEIT FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN

In der folgenden Tabelle werden die Fälligkeiten der frühestmöglichen nicht diskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2007 beziehungsweise 2006 analysiert.

31.12.2007	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	30.187	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.787	206.046	38.067	22.538	17.290
Handelsspassiva <sup>2</sup>	715.583	–	–	–	–
Erfolgswirksam zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	78.648	127.122	34.001	9.628	30.480
Investmentverträge <sup>3</sup>	–	638	285	1.687	7.186
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen <sup>2</sup>	2.315	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	6.130	16.200	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.204	93.119	18.815	452	821
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.132	266	7	160	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.876	50.025	478	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	4.221	1.759	19.911	70.189	30.879
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	–	4.526	1.819
Sonstige Finanzpassiva	140.005	5.739	495	22	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	94.190	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.444	–	–	–	–
<b>Insgesamt<sup>1, 4, 5</sup></b>	<b>1.292.722</b>	<b>500.914</b>	<b>112.059</b>	<b>109.202</b>	<b>88.524</b>

1 Die Beträge in den Tabellen stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt.

2 Die einzigen Ausnahmen hier sind die Handelsspassiva und die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, für die die Barwerte aller zukünftigen Cashflows dargestellt sind. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstehen, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie Täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Management am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Perioden ausdehnen.

3 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

4 Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für die Gruppe dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für ein solches Ereignis für gering.

5 Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2006	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	30.354	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	113.533	194.712	37.449	21.926	14.167
Handelspassiva <sup>2</sup>	523.628	–	–	–	–
Erfolgswirksam zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	73.422	72.155	23.383	1.645	34.260
Investmentverträge <sup>3</sup>	–	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen <sup>2</sup>	2.076	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	11.961	14.850	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45.664	29.337	188	200	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	20.912	262	–	–	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.661	40.724	5.130	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	2.852	2.893	15.401	58.475	32.278
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	120	–	–	2.807	1.963
Sonstige Finanzpassiva	119.000	7.804	540	75	139
Unwiderrufliche Kreditzusagen	113.757	–	–	–	–
Finanzgarantien	23.442	–	–	–	–
<b>Insgesamt<sup>1, 4, 5</sup></b>	<b>1.083.382</b>	<b>362.737</b>	<b>82.091</b>	<b>85.128</b>	<b>82.807</b>

1 Die Beträge in den Tabellen stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt.

2 Die einzigen Ausnahmen hier sind die Handelspassiva und die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, für die die Barwerte aller zukünftigen Cashflows dargestellt sind. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstehen, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie Täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Management am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Perioden ausdehnen.

3 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

4 Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für die Gruppe dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückgezahlt sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für ein solches Ereignis für gering.

5 Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

## VERSICHERUNGSRISSKO

Das Versicherungsrisiko des Konzerns erhöhte sich mit der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007. Abbey Life wurde im Jahr 2000 für Neugeschäft geschlossen mit Ausnahme der Fälle, in denen sie aus bestehenden Verträgen dazu verpflichtet ist, neue Verträge einzugehen. Das Versicherungsrisiko, das kein Finanzrisiko ist, resultiert daraus, dass der Konzern bei Eintritt eines ungewissen Ereignisses vertraglich zur Zahlung an einen Versicherungsnehmer verpflichtet ist.

Die Versicherungsaktivitäten des Konzerns können wie folgt beschrieben werden:

- **RENTENVERSICHERUNGEN** – Verträge mit fest vereinbarten und garantierten Bedingungen, die über einen Zeitraum, der den der Beitragszahlung überschreitet, einem Sterblichkeits- oder Invaliditätsrisiko ausgesetzt sind.
- **UNIVERSALLEBENSVERSICHERUNGEN** – langfristige Verträge ohne fest vereinbarte und garantierte Bedingungen, die entweder Todesfall- oder Rentenleistungen gewähren.
- **INVESTMENTVERTRÄGE**, die kein Versicherungsrisiko beinhalten.

Der Konzern hält ferner eine Eigenkapitalbeteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen, das die Risiken aus leistungsdefinierten Pensionsplänen sowie die Verantwortung für künftig zu leistende Pensionszahlungen übernimmt.

Der Konzern ist folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **STERBLICHKEITS- UND INVALIDITÄTSRISIKEN.** Die Anzahl der Versicherungsansprüche im Todesfall ist höher/niedriger als erwartet, und es werden ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht. Ferner übersteigt/unterschreitet die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen. Diese Risiken werden durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren gemindert. Die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten werden jährlich überprüft.
- **LANGLEBIGKEITSRISIKO.** Die Lebenserwartung steigt schneller/langsamer als angenommen und wirkt sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen aus. Dieses Risiko wird unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchenkennzahlen und aufkommender Trends sorgfältig beobachtet.
- **KOSTEN.** Die Verwaltung von Versicherungsverträgen verursacht höhere/niedrigere Kosten als erwartet. Diese werden durch Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget überwacht. Die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen werden untersucht und Abhilfemaßnahmen ergriffen. Das Kostenrisiko wird auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcingvereinbarung reduziert, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- **BESTANDSFESTIGKEITSRISIKO.** Der Prozentsatz der stornierten Verträge ist höher/niedriger als erwartet. Die Bestandsraten werden unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren bewertet.

Der Konzern vergleicht die tatsächlichen Ansprüche sowie den Bestand mit den zugrunde gelegten Annahmen und modifiziert diese Annahmen für die zukünftige Bemessung der Verbindlichkeiten. Die Erfahrungswerte können von den ursprünglichen Einschätzungen abweichen – umso mehr, je weiter in die Zukunft projiziert wird. Der Wert der Verbindlichkeiten wird mindestens jährlich überprüft.

Sollten die bisherigen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde liegenden Annahmen sein oder mehr Rückstellungen infolge verschlechterter Annahmen erforderlich werden, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Die Rentabilität des nicht fondsgebundenen langfristigen Versicherungsgeschäfts hängt in hohem Maße von dem Verhältnis der in Zukunft zu erfüllenden Ansprüche zu den bis zum Anspruchsdatum akkumulierten Vermögenswerten ab. In den ersten Laufzeitjahren eines Vertrags übersteigen die Versicherungsbeiträge und Anlageerträge in der Regel die Anspruchskosten und müssen zurückgestellt werden, um künftige Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Höhe dieser künftigen Verpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Basis von Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken ermittelt.

Bei fondsgebundenen Investmentverträgen beruht die Rentabilität darauf, dass die eingenommenen Gebühren ausreichend sind, um die Aufwendungen und Gewinne abzudecken. Die Höhe der Prämien und Gebühren wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bemessen, denen Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken zugrunde liegen.

Wie oben erwähnt, werden Rückversicherungsverträge als Maßnahme zur Reduzierung des Risikos verwendet. Es ist Strategie des Konzerns, Rückversicherungen auch weiterhin in angemessener Weise einzusetzen.

**[38] GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN DRITTEN**

Dritte Parteien gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Dritten des Konzerns gehören

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahe stehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

**GESCHÄFTE MIT PERSONEN IN SCHLÜSSELPOSITIONEN**

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt die Vergütung der Personen in Schlüsselpositionen in 2007 und 2006:

<b>Vergütung von Personen in Schlüsselpositionen:</b>		
in Mio €	<b>2007</b>	<b>2006</b>
Kurzfristig fällige Leistungen	30	27
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4	4
Andere langfristig fällige Leistungen	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	8
Aktienbasierte Vergütungen	8	9
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>48</b>

Am 31. Dezember 2007 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 4 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 1 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

## GESCHÄFTE MIT TOCHTERGESELLSCHAFTEN, JOINT VENTURES, ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN UND SONSTIGEN NAHE STEHENDEN DRITTEN

Geschäfte zwischen der Deutsche Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahe stehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie im Konzernabschluss nicht offengelegt. Eine Liste der wesentlichen Tochtergesellschaften des Konzerns ist in Note [39] enthalten.

### KREDITE

In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 stellte der Konzern Dritten Kredite zur Verfügung und ging im Auftrag von bestimmten nahe stehenden Dritten Garantien ein. Die folgende Tabelle enthält die Beträge der gewährten Kredite, die ausstehenden Salden zum jeweiligen Jahresende und die im Auftrag von nahe stehenden Dritten gewährten Garantien:

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	2007	2006
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand</b>	<b>622</b>	<b>1.934</b>
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	728	565
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	161	664
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 1	- 121
Wechselkursänderungen	- 36	- 5
Sonstige Änderungen	- 107	- 1.087
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand<sup>1,2</sup></b>	<b>1.045</b>	<b>622</b>
<b>Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:</b>		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	-	22
Garantien und sonstige Verpflichtungen <sup>3</sup>	233	190

1 Davon waren in 2007 3 Mio € und in 2006 20 Mio € überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. Dezember 2007 24 Mio € auf Joint Ventures.

2 Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2007 Sicherheiten in Höhe von 616 Mio € (2006:27 Mio €).

3 Die Garantien beinhalten Kredit- und Finanzierungsgarantien, in Anspruch genommene und bereitgestellte Akkreditive sowie mit Leasingtransaktionen im Zusammenhang stehende Garantien.

### EINLAGEN

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	2007	2006
<b>Einlagen, Anfangsbestand</b>	<b>855</b>	<b>917</b>
Einlagenzuflüsse	294	736
Einlagenabflüsse	89	23
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 43	- 789
Wechselkursänderungen	- 55	14
Sonstige Änderungen	-	-
<b>Einlagen, Endbestand<sup>1</sup></b>	<b>962</b>	<b>855</b>

1 Die oben genannten Einlagen wurden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs getätigt. Die Einlagen sind unbesichert. Zum 31. Dezember 2007 waren im Bestand 3 Mio € Einlagen von Joint Ventures enthalten.

**SONSTIGE GESCHÄFTE**

In 2007 wurden Handelstransaktionen in Höhe von 67 Mio€ mit assoziierten Unternehmen durchgeführt. Weitere Transaktionen mit nahe stehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

**XCHANGING ETB GMBH:** An der Xchanging etb GmbH hält der Konzern einen Anteil in Höhe von 44 % und bilanziert diesen nach der Equity Methode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der vier Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und ein Mitglied des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die 2004 zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten einen Auslagerungsvertrag über zwölf Jahre mit der XTB über Wertpapierabwicklungsdienstleistungen, der auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequalität abzielt. 2007 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 95 Mio€ (2006: 100 Mio€). In 2007 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetreuungsdienstleistungen) im Volumen von 28 Mio€ (2006: 35 Mio€) zur Verfügung.

**GRUNDBESITZ-EUROPA:** 2005 hat grundbesitz-europa, vorher grundbesitz-invest („Grundbesitz“), ein offener Immobilienfonds, der durch eine Tochtergesellschaft des Konzerns gefördert und geleitet wird, vorübergehend bis zu einer Neubewertung seines Grundbesitzvermögens die Ausgabe und Rücknahme seiner Anteile ausgesetzt. Nach der Wiedereröffnung am 3. März 2006 hat Grundbesitz die Ausgabe und Rücknahme erneut aufgenommen. Der Konzern verpflichtete sich anlässlich der Wiedereröffnung zur Unterstützung der Liquidität von Grundbesitz mittels verschiedener Maßnahmen. Im Dezember 2006 verkaufte der Fondsmanager erfolgreich einen größeren Anteil des deutschen Immobilienportfolios der Grundbesitz an Eurocastle. Aus diesem Verkauf realisierte Grundbesitz signifikante Buchwertgewinne für seine Investoren. Im Ergebnis daraus und bis zum heutigen Tag erwartet der Konzern keine weiteren materiellen Risiken aus früher eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Grundbesitz. In 2006 hat der Konzern Rückstellungen in Höhe von 111 Mio€ aufgelöst. Zum Dezember 2007 betragen die erfassten Rückstellungen 5 Mio€.

**GESCHÄFTE MIT PENSIONSPLÄNEN**

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahe stehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahe stehenden Pensionsplänen.

in Mio €	
<b>Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen am 31. Dezember 2007:</b>	
Aktien	–
Verzinsliche Wertpapiere	9
Sonstige Wertpapiere	21
<b>Insgesamt</b>	<b>30</b>
Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten am Jahresende 2007	– 98
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten am Jahresende 2007	4.441
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren im Jahr 2006	23
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren im Jahr 2007	22



**[39] INFORMATIONEN ZU TOCHTERGESELLSCHAFTEN**

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

**WESENTLICHE TOCHTERGESELLSCHAFTEN**

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation <sup>1</sup>	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas <sup>2</sup>	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. <sup>3</sup>	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft <sup>4</sup>	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Capital Markets (Deutschland) GmbH <sup>5</sup>	Frankfurt am Main, Deutschland
DWS Investment GmbH <sup>6</sup>	Frankfurt am Main, Deutschland

1 Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

2 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

3 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, die Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) ist und von dieser reguliert wird. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

4 Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

5 Die Gesellschaft ist eine in Deutschland eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung und dient als Holding für verschiedene europäische Tochtergesellschaften, im Wesentlichen für Kapitalanlagegesellschaften in Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Österreich, Italien, Polen, Russland und in der Schweiz.

6 Die Gesellschaft, an der die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH indirekt 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile hält, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Investmentfonds auflegt und verwaltet.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den vorgenannten wesentlichen Tochtergesellschaften, die mit den von ihnen zum 31. Dezember erstellten Jahresabschlüssen in den Konzernjahresabschluss einbezogen sind. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Im Geschäftsjahr 2007 war keine der Tochtergesellschaften des Konzerns bei der Zahlung von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten und Forderungen wesentlich eingeschränkt.

**TOCHTERGESELLSCHAFTEN, AN DENEN DER KONZERN 50 % ODER WENIGER DER STIMMRECHTE HÄLT**

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften („SPEs“), deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu SPEs ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, strukturierten Finanzierungen, Commercial-Paper-Programmen, dem Management von Investmentfonds, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den SPEs, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die SPEs, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die SPEs sowie das Halten von Beteiligungen an den SPEs.

**GESELLSCHAFTEN, AN DENEN DER KONZERN MEHR ALS 50 % DER STIMMRECHTE HÄLT**

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzuberufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2007“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutschebank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

**[40] VERSICHERUNGS- UND INVESTMENTVERTRÄGE****VERBINDLICHKEITEN AUS VERSICHERUNGS- UND INVESTMENTVERTRÄGEN**

in Mio €	31.12.2007			31.12.2006		
	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	6.450	- 119	6.331	1.411	- 187	1.224
Investmentverträge	9.796	-	9.796	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>16.246</b>	<b>- 119</b>	<b>16.127</b>	<b>1.411</b>	<b>- 187</b>	<b>1.224</b>

**BUCHWERT**

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2007		2006	
	Versicherungsverträge	Investmentverträge	Versicherungsverträge	Investmentverträge
<b>Buchwert am Jahresanfang</b>	<b>1.411</b>	<b>-</b>	<b>1.297</b>	<b>-</b>
Reklassifizierung in zum Verkauf bestimmt	- 847	-	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	6.339	10.387	-	-
Zugänge	114	14	128	-
Inanspruchnahmen	- 340	- 214	- 143	-
Sonstige	111	168	129	-
Wechselkursänderungen	- 338	- 559	-	-
<b>Buchwert am Jahresende</b>	<b>6.450</b>	<b>9.796</b>	<b>1.411</b>	<b>-</b>

Die sonstigen Veränderungen enthielten im Geschäftsjahr 2007 Marktwertveränderungen auf Vermögenswerte in Investmentverträgen von 122 Mio €.

### WESENTLICHE ANNAHMEN IM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Cashflows wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Cashflows verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

#### ZINSSÄTZE

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

#### STERBEWAHRSCHEINLICHKEIT

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterrhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

#### AUFWENDUNGEN

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

#### SONSTIGE ANNAHMEN

Es wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 57 % in Anspruch genommen werden.

#### WESENTLICHE ANNAHMEN ZUM WERT DES ERWORBENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFTS

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey Life Geschäfts abgeschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen. Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und sollte der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

#### WESENTLICHE ÄNDERUNGEN DER ANNAHMEN

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf der Basis von UK GAAP berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf der Basis von US GAAP neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich bis zum 31. Dezember 2007 nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

#### SENSITIVITÄTSANALYSE FÜR VERSICHERUNGSVERTRÄGE

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2007	2006	2007	2006
<b>Annahme:</b>				
Sterbewahrscheinlichkeit (Verschlechterung um 10 %) <sup>1</sup>	- 16	- 44	- 16	- 44
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 1	- 2	- 1	- 2
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	- 115	- 25	88	- 25

<sup>1</sup> Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge („Provision for Adverse Deviations“). Für diese Verträge würde gemäß US GAAP eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Falle einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereit gestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftraten.

**[41] KURZ- UND LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN**

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2007 und zum 31. Dezember 2006 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihrer vertraglichen Laufzeit.

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2007
	in 2008	nach 2008	
Barreserve	8.632	–	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.156	459	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	12.193	1.404	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.548	413	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.441.656	32.447	1.474.103
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.168	36.126	42.294
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	3.366	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	73.826	125.066	198.892
Sachanlagen	–	2.409	2.409
Immaterielle Vermögenswerte	–	9.383	9.383
Sonstige Aktiva	180.489	2.408	182.897
Steuerforderungen aus tatsächlichen Steuern	2.014	414	2.428
<b>Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern</b>	<b>1.801.682</b>	<b>213.895</b>	<b>2.015.577</b>
Steuerforderungen aus latenten Steuern			4.772
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>2.020.349</b>

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2007
	in 2008	nach 2008	
Einlagen	417.994	39.952	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	177.468	1.273	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.405	160	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	914.528	51.649	966.177
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	53.410	–	53.410
Sonstige Passiva	168.135	3.374	171.509
Rückstellungen	1.295	–	1.295
Steuerverbindlichkeiten aus tatsächlichen Steuern	2.754	1.761	4.515
Langfristige Verbindlichkeiten	23.255	103.448	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	6.345	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	871	2.682	3.553
<b>Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern</b>	<b>1.769.115</b>	<b>210.644</b>	<b>1.979.759</b>
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			2.124
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>			<b>1.981.883</b>

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2006 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2006
	in 2007	nach 2007	
Barreserve	7.008	–	7.008
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	17.493	1.706	19.199
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.758	507	14.265
Forderungen aus Wertpapierleihen	62.527	416	62.943
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.103.470	1.180	1.104.650
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.019	31.018	38.037
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	2.541	2.541
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	59.281	119.243	178.524
Sachanlagen	–	3.241	3.241
Immaterielle Vermögenswerte	–	8.612	8.612
Sonstige Aktiva	136.159	2.862	139.021
Steuerforderungen aus tatsächlichen Steuern	1.772	348	2.120
<b>Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern</b>	<b>1.408.487</b>	<b>171.674</b>	<b>1.580.161</b>
Steuerforderungen aus latenten Steuern			4.332
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>1.584.493</b>

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2006 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2006
	in 2007	nach 2007	
Einlagen	375.837	36.079	411.916
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	102.000	200	102.200
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	21.174	–	21.174
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	669.274	25.345	694.619
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	48.433	–	48.433
Sonstige Passiva	141.205	2.924	144.129
Rückstellungen	1.768	–	1.768
Steuerverbindlichkeiten aus tatsächlichen Steuern	2.237	1.796	4.033
Langfristige Verbindlichkeiten	16.226	95.137	111.363
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	4.771	4.771
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	1.547	2.780	4.327
<b>Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern</b>	<b>1.379.701</b>	<b>169.032</b>	<b>1.548.733</b>
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			2.285
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>			<b>1.551.018</b>

**[42] ERGÄNZENDE ERLÄUTERUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS GEMÄSS § 315A HGB**

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

**PERSONALAUFWAND**

in Mio €	2007	2006
<b>Personalaufwand:</b>		
Löhne und Gehälter	11.298	10.721
Soziale Abgaben	1.824	1.777
davon: für Altersversorgung	478	471
<b>Insgesamt</b>	<b>13.122</b>	<b>12.498</b>

**MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER**

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 75.047 (2006: 65.745), darunter befanden sich 31.898 (2006: 27.510) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 47.540 (2006: 39.451) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

**BEZÜGE DES VORSTANDS UND AUFSICHTSRATS**

Im Jahr 2007 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 33.182.395 € (2006: 32.901.538 €), davon entfielen 28.832.085 € (2006: 28.294.058 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 33.479.343 € (2006: 27.453.021 €) gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt für 2007 exklusive Umsatzsteuer neben einer festen Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.366.000 € (2006: 998.000 €) eine variable Vergütung in Höhe von 3.656.084 € (2006: 2.390.583 €).

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 2007 insgesamt 176.061.752 € (2006: 193.366.824 €) zurückgestellt.

Am 31. Dezember 2007 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.186.400 € (2006: 1.219.000 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.713.528 € (2006: 1.567.000 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2007 Kredite in Höhe von 1,1 Mio € zurück.

**SONSTIGE PUBLIKATIONEN**

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2007“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutschebank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

**CORPORATE GOVERNANCE**

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft und die Varta AG als derzeitig einziges in den Konzernabschluss einbezogenes deutsches börsennotiertes Unternehmen haben die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

**WESENTLICHE PRÜFUNGSHONORARE UND -LEISTUNGEN**

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 in den folgenden Kategorien:

Kategorie in Mio €	2007	2006
Prüfungshonorare	43	44
davon an KPMG Deutschland	18	18
Honorare für prüfungsnahen Leistungen	8	10
davon an KPMG Deutschland	2	4
Honorare für Steuerberatung	8	7
davon an KPMG Deutschland	2	3
<b>Summe der Honorare</b>	<b>59</b>	<b>61</b>

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind im Corporate-Governance-Bericht enthalten.

**[43] EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG**

Die Finanzmärkte blieben Anfang 2008 weiterhin den außergewöhnlich schwierigen Bedingungen ausgesetzt, die in der zweiten Jahreshälfte 2007 begonnen hatten und die in den direkt davon betroffenen Bereichen zu erheblich niedrigeren Geschäftsvolumina geführt hatten. Zu diesen hauptsächlich betroffenen Bereichen zählt das Geschäftsfeld Leveraged Finance. Der Preisverfall in diesem Marktsegment hat sich auch über den Bilanzstichtag hinaus fortgesetzt. Dies dürfte dazu führen, dass der Konzern zusätzliche Abschreibungen auf seine Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich vornehmen muss, sollte sich keine Verbesserung der Marktbedingungen einstellen. Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern Risikopositionen in diesem Bereich von 36,2 Mrd €. Die Höhe der finanziellen Auswirkung potenziell weiterer Wertanpassungen auf die Ergebnisse in 2008 wird von der Höhe der Risikopositionen und von den Marktpreisen zum jeweiligen Bilanzstichtag abhängen und kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.



**[44] ÜBERLEITUNG ZWISCHEN VORHERIGEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZEN UND IFRS****WESENTLICHE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZEN NACH US GAAP UND IFRS**

Bis zum 31. Dezember 2006 erstellte der Konzern seinen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit US GAAP. Im Folgenden werden die wesentlichen Unterschiede zwischen den bis zu diesem Datum angewandten Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns nach US GAAP und den in Note [1] dargelegten Rechnungslegungsgrundsätzen nach IFRS thematisch zusammengefasst.

US GAAP	IFRS
<b>KONSOLIDIERUNG (A)</b>	
<p>Es werden drei Ansätze verwendet, um eine Konsolidierungspflicht zu ermitteln: Stimmrechte, Variable Interest Entities (VIEs) und Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs).</p> <p>Stimmrechte: Ein direkt oder indirekt gehaltener Mehrheitsanteil an den Stimmrechten (mehr als 50 %) führt zu einer Konsolidierung, es sei denn, die Beherrschung der Gesellschaft liegt nicht bei den Mehrheitseignern.</p> <p>VIEs: VIEs werden von dem Inhaber finanzieller Interessen („Interest Holder“) konsolidiert, der die Mehrheit der erwarteten Verluste („Expected Losses“) der VIEs trägt oder die Mehrheit der erwarteten Überschüsse („Expected Residual Returns“) erhält, das heißt von dem Meistbegünstigten („Primary Beneficiary“).</p> <p>QSPE: Eine Special Purpose Entity (SPE), die den Kriterien einer Qualifying Special Purpose Entity (QSPE) entspricht, wird nicht konsolidiert.</p>	<p>Operative Gesellschaften („Operating Companies“) sind zu konsolidieren, wenn entweder direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte gehalten wird. Potenzielle Stimmrechte sind mit zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Zweckgesellschaft (SPE) ist vom Konzern zu konsolidieren, wenn sie von ihm kontrolliert wird. Folgende Umstände können auf einen Kontrolltatbestand hinweisen: Die SPE führt ihre Geschäfte im Namen des Konzerns durch und/oder der Konzern hält die Mehrheit der Chancen und Risiken aus der SPE.</p> <p>Unter IFRS existiert das Konzept der Qualifying Special Purpose Entities (QSPEs) nicht.</p>
<b>KOSTEN DER KREDITVERGABE (B)</b>	
<p>Alle bei Kreditvergabe anfallenden Kosten, wie zum Beispiel die für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Schuldners entstehenden Kosten, die über eine Stückkostenrechnung ermittelt und damit als der Kreditvergabe direkt zurechenbar gelten, werden abgegrenzt, und zwar unabhängig davon, ob es sich um zusätzliche Kosten handelt oder nicht.</p>	<p>Nur solche Kosten, die der Begebung eines Kredits direkt zurechenbar sind und zusätzlich entstehen, werden zusammen mit den zugehörigen Gebühren abgegrenzt und bei der Berechnung des Effektivzinses berücksichtigt.</p>
<b>FAIR VALUE OPTION (C)</b>	
<p>Der Konzern hat die unter US GAAP zur Verfügung stehende Fair Value Option für die Konzernberichterstattung in keinem Fall ausgeübt.</p>	<p>Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen können bei Ersterfassung beziehungsweise Erstanwendung von IFRS als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden (Fair Value Option), wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— eine Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz („Accounting Mismatch“), die aus der unterschiedlichen Bewertung finanzieller Vermögenswerte oder Verpflichtungen beziehungsweise aus einer unterschiedlichen Erfassung der entsprechenden Gewinne und Verluste entstehen würde, erheblich reduziert wird;</li> <li>— die Vermögenswerte und Verpflichtungen gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des Fair Value gesteuert werden und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen wird und wenn entsprechende Informationen an Mitglieder der Führungsebene ebenfalls auf dieser Basis weitergegeben werden; oder</li> <li>— die Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen ein oder mehrere eingebettete Derivate enthalten, welche die Cashflows aus diesen Finanzinstrumenten erheblich verändern.</li> </ul> <p>Transaktionskosten in Verbindung mit finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden beim erstmaligen Ansatz direkt in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.</p> <p>Die Entscheidung, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option zu bilanzieren, ist unwiderruflich.</p>
<b>NACH DER EQUITY METHODE BILANZIERTE BETEILIGUNGEN (D)</b>	
<p>Es existieren spezifische Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und Gesellschaften ähnlicher Art. Eine Beteiligung von mindestens 3 % muss nach der Equity Methode bilanziert werden, da der mit ihr verbundene Einfluss auf die Gesellschaft als nicht geringfügig gilt („other than minor influence“).</p>	<p>Es existieren keine spezifischen Bilanzierungsvorschriften für Personengesellschaften und ähnliche Gesellschaften. Ein maßgeblicher Einfluss liegt in der Regel bei einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 20 % bis 50 % vor, wobei potenzielle Stimmrechte mit berücksichtigt werden.</p>

US GAAP	IFRS
<b>DEFINITION VON DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTEN (E)</b>	
Derivatekontrakte müssen einen Nominalwert besitzen sowie die Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen oder alternativ muss das Derivat beziehungsweise der dem Derivat zugrunde liegende Basiswert direkt gegen Zahlungsmittel verkauft werden können („readily convertible into cash“), um als Derivat eingestuft werden zu können.	Derivatekontrakte müssen nach IFRS keine Möglichkeit für einen Nettoausgleich vorsehen, um als Derivate eingestuft zu werden.
<b>BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN („HEDGE ACCOUNTING“) (P)</b>	
Unter US GAAP muss bei der Beurteilung der Effektivität einer Sicherungsbeziehung der gesamte Zeitraum bis zur Fälligkeit des abgesicherten Grundgeschäfts beurteilt werden, es kann nicht lediglich ein Teil der Laufzeit des abgesicherten Grundgeschäfts betrachtet werden. In den Fällen, in denen eine Sicherungsbeziehung nur unter IFRS im Rahmen des Hedge Accounting abgebildet werden kann, nicht jedoch unter US GAAP, wurde die Sicherungsbeziehung unter US GAAP revidiert.	Im Vergleich zu US GAAP können nach IFRS mehr Sicherungsbeziehungen gebildet werden. Unter IFRS kann ein Derivat als Sicherungsinstrument für die Absicherung lediglich eines Teils des Zeitraums bis zur Fälligkeit des abgesicherten Grundgeschäfts in einem Fair Value Hedge designiert werden.
<b>REKLASSIFIZIERUNG VON ZUM VERKAUF BESTIMMTEN FORDERUNGEN AUS DEM KREDITGESCHÄFT IN DIE HANDELSAKTIVA (F)</b>	
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum Verkauf bestimmt sind, werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. Erträge und Kosten, die bei der Begebung des Kredits entstehen, werden bei Verkauf des Kredits erfolgswirksam erfasst. Eine temporäre Wertminderung auf zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird unter US GAAP erfolgswirksam erfasst.	Die Kategorie „Zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ existiert nicht. Kredite, bei denen die Absicht besteht, sie kurzfristig zu verkaufen oder zu verbriefen, werden als Handelsaktiva klassifiziert.
<b>ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE („AVAILABLE FOR SALE“) (G)</b>	
<b>EIGENKAPITALTITEL</b> Eigenkapitaltitel, deren Fair Value nicht direkt zu ermitteln ist, und sonstiger nicht verbriefteter Anteilsbesitz werden unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen (enthalten in den sonstigen Aktiva) und zu Anschaffungskosten bewertet, abzüglich nicht temporärer Wertminderungen.	Nicht marktgängige Finanzanlagen und sonstiger nicht verbriefteter Anteilsbesitz werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und zum Fair Value bewertet, sofern der Fair Value verlässlich ermittelt werden kann.
<b>WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“– BEHANDLUNG VON WECHSELKURSÄNDERUNGEN</b> Änderungen des Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren Schuldtiteln aufgrund von Wechselkursänderungen werden im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesen und beim Verkauf des Wertpapiers erfolgswirksam erfasst.	Änderungen des Fair Value von festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ aufgrund von Wechselkursänderungen werden erfolgswirksam ausgewiesen.
<b>WERTMINDERUNG VON ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBAREN VERMÖGENSWERTEN</b> Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren können nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden, wenn das Wertpapier nicht länger als wertgemindert einzustufen ist.	Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Schuldtiteln sind rückgängig zu machen, wenn sich der Fair Value zu einem späteren Zeitpunkt erhöht und die Erhöhung anhand objektiver Kriterien mit einem Ereignis nach Erfassung der nicht temporären Wertminderung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Verbindung gebracht werden kann.
<b>FINANZANLAGEN, DIE EINER VERKAUFSRESTRIKTION UNTERLIEGEN</b> Grundsätzlich werden Finanzanlagen, die einer Verkaufsrestriktion von mehr als einem Jahr unterliegen, unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen und zu Anschaffungskosten, abzüglich nicht temporärer Wertminderungen, bewertet. Wird eine Finanzanlage, die einer Verkaufsrestriktion unterliegt, von einer Gesellschaft gehalten, die in den Vereinigten Staaten als „Broker Dealer“ reguliert wird, dann wird sie zum Fair Value bilanziert und Wertveränderungen werden erfolgswirksam erfasst.	Finanzanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und Wertveränderungen werden im Eigenkapital erfasst.
<b>AUSBUCHUNG FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE (H)</b>	
Die Ausbuchung beruht in erster Linie auf dem Konzept der Verfügungsmacht.  Für die Ausbuchung ist zunächst die Frage des echten Verbrauchs und erst dann die Notwendigkeit der Konsolidierung zu beurteilen.  Für Repos und Reverse Repos gelten spezielle Bilanzierungsregeln: Eine Besicherung von nahezu 100 % ist erforderlich, um die Transaktion als eine Finanzierung behandeln zu können.	Die Ausbuchung basiert auf dem Konzept des Transfers von Risiken und Chancen. Das Konzept der Verfügungsmacht wird nur dann berücksichtigt, wenn die Risiken und Chancen weder im Wesentlichen übertragen noch zurückbehalten wurden.  Vor Anwendung der Ausbuchungskriterien muss der Konsolidierungskreis des Konzerns festgelegt werden.  Eine Teilausbuchung übertragener Vermögenswerte kann erfolgen, wenn der Konzern im Zusammenhang mit der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement zurückbehält („Continuing Involvement“).

US GAAP	IFRS
<b>IMMOBILIEN UND LEASING (I)</b>	
<b>GEWINNE AUS SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN</b> Gewinne aus einer Sale-und-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden abgegrenzt und über die Laufzeit des Leasingvertrags erfolgswirksam erfasst.	Gewinne aus einer Sale-und-Leaseback-Transaktion, die als Operating Lease qualifiziert, werden unmittelbar erfolgswirksam erfasst, sofern der Verkauf zum Fair Value durchgeführt wurde.
<b>LANGFRISTIGE VERKÄUFERPFLICHTEN BEI SALE-UND-LEASEBACK-TRANSAKTIONEN</b> Jegliche Form von langfristigen Verpflichtungen („Continuing Involvement“) des Verkäufers in Bezug auf den Leasinggegenstand verhindert die Erfassung der Transaktion als Verkauf.	Sofern langfristige Verpflichtungen des Verkäufers bestehen, sind diese bei der Klassifizierung des Leasingverhältnisses zu berücksichtigen.
<b>WERTMINDERUNG VON ALS FINANZINVESTITION GEHALTENEN IMMOBILIEN</b> Das Vorliegen einer Wertminderung wird festgestellt, indem die nicht diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows aus der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie beurteilt werden.	Das Vorliegen einer Wertminderung wird anhand einer Barwertmethode beurteilt, wobei ein Diskontierungsfaktor auf die erwarteten zukünftigen Cashflows angewandt wird.
<b>AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG (J)</b>	
<b>AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VORGEZOGENER RUHESTAND</b> Räumt ein Vergütungsplan einem Mitarbeiter ab einem bestimmten Alter und/oder einer bestimmten Dienstzeit das Recht ein, nach dem Ausscheiden aus dem Konzern seine Ansprüche zu behalten, wird der Aufwand vorzeitig bis zu dem Datum vollständig erfasst, an dem der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt. Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand wurden prospektiv für Vergütungen angewandt, die nach dem 1. Januar 2006 gewährt wurden.	Die Regelungen bezüglich des Anspruchs auf einen vorgezogenen Ruhestand (beschleunigte Erfassung des Aufwands) finden auf alle Vergütungen Anwendung, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.
<b>AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG – VERFALLENDEN ANSPRÜCHE</b> Es ist vorgeschrieben, den Personalaufwand auf Basis der gesamten Zahl an Aktien, die voraussichtlich während der Dienstzeit unverfallbar werden (abzüglich der erwarteten verfallenden Ansprüche), zu erfassen. Der Personalaufwand wurde ab dem 1. Januar 2006 nicht mehr auf Basis der tatsächlich verfallenden Ansprüche erfasst.	Das Konzept der voraussichtlich verfallenden Ansprüche ist auf alle aktienbasierten Vergütungen anzuwenden, die nach dem 7. November 2002 gewährt wurden.
<b>PENSIONEN (K)</b>	
<b>PENSIONEN – KUMULIERTE VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE GEWINNE UND VERLUSTE</b> Ab dem 31. Dezember 2006 werden alle nicht berücksichtigten Gewinne/Verluste zum Jahresende als Teil des kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolgs („Accumulated Other Comprehensive Income“, „OCI“) ausgewiesen. Der Konzern wendete den „Korridor“-Ansatz an, bei dem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in Höhe von mehr als 10 % des höheren Werts von Planvermögen und -verbindlichkeiten zu gleichen Beträgen erfolgswirksam über die verbleibenden Dienstzeiten der aktiven Mitarbeiter erfasst werden.	Bei der Umstellung der Rechnungslegung hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1 alle kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital erfasst. Seit der Erstanwendung wird für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste der „Korridor“-Ansatz angewandt.
<b>PENSIONEN – LANGFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN</b> Es gibt keine spezifischen Bewertungsregelungen.	Langfristig fällige Leistungen müssen unter Anwendung einer versicherungsmathematischen Methode bewertet werden.
<b>DERIVATE AUF DEUTSCHE BANK-AKTIE (L)</b>	
Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Derivate klassifiziert.	Kauf- und Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen und bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgen muss, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert. Für geschriebene Verkaufsoptionen auf Deutsche Bank-Aktien, bei denen die Erfüllung durch Lieferung der Aktien erfolgt, wird der Barwert des Rückzahlungsbetrags als Verbindlichkeit erfasst. Die Verbindlichkeit wird über die Laufzeit der Optionen unter Anwendung der Effektivzinsmethode auf den Rückzahlungsbetrag aufgezinst. Die Aufzinsung erfolgt zu Lasten des Zinsaufwands.

US GAAP	IFRS
<b>STEUERN (O)</b>	
<p><b>LATENTE STEUERN AUF AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGEN</b></p> <p>Ist in einem Land ein Steuerabzug für Aufwendungen im Zusammenhang mit aktienbasierter Vergütung erlaubt, kann die Höhe des zulässigen Steuerabzugs von dem in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten kumulierten Personalaufwand abweichen und/oder der Abzug könnte erst in einem späteren Berichtszeitraum erlaubt sein, beispielsweise bei Lieferung der Aktien.</p> <p>Die positive oder negative Differenz zwischen dem steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand und dem im Finanzbericht ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand darf erst bei Lieferung der Aktien an den Mitarbeiter erfasst werden. Tax Benefits sind in der Kapitalrücklage, Tax Shortfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen.</p> <p>Eine Erfassung in der Kapitalrücklage erfolgt nur, wenn die jeweilige Gesellschaft/Steuereinheit tatsächlich Steuern zahlt.</p> <p>Es gibt die Möglichkeit, Tax Shortfalls mit Tax Benefits aus derselben oder aus früheren Berichtsperioden aufzurechnen.</p>	<p>Zusätzlich zu der Erfassung überschüssiger Tax Benefits/Shortfalls bei der Lieferung von Aktien muss die Differenz zwischen dem erwarteten künftigen steuerlich abzugsfähigen Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen und dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand (i) auf Grundlage des aktuellen Aktienkurses geschätzt und (ii) zu jedem Bilanzstichtag berücksichtigt werden.</p> <p>Da gemäß IFRS der Ausweis des erwarteten zukünftig steuerlich abzugsfähigen Personalaufwands zulässig ist, wäre eine Erfassung in der Kapitalrücklage nur dann nicht gestattet, wenn abzusehen ist, dass die Gesellschaft nicht in der Lage sein wird, den höheren steuerlichen Aufwand zu nutzen.</p> <p>Die Möglichkeiten, Tax Shortfalls mit Tax Benefits zu verrechnen, sind begrenzt.</p>
<p><b>LATENTE STEUERN UND AUSGLEICH DES ERTRAGS AUS STEUERSATZÄNDERUNGEN AUF WERTPAPIERE „AVAILABLE FOR SALE“</b></p> <p>Die Auswirkungen von Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind im Gewinn nach Steuern auszuweisen, auch wenn die ursprünglichen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst wurden.</p>	<p>Änderungen des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung sind in Übereinstimmung mit der Transaktion selbst zu bilanzieren. Wurden die zugrunde liegenden temporären Wertunterschiede und zugehörigen latenten Steuern im Eigenkapital erfasst, muss eine durch eine Änderung des Steuersatzes/der Steuergesetzgebung bedingte Anpassung ebenfalls im Eigenkapital erfasst werden.</p>

Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von US GAAP auf IFRS für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006, der Konzernbilanzen zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006 sowie die Überleitung des Konzerneigenkapitals zum 1. Januar 2006 und 31. Dezember 2006.

Während der Erstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2007 wurden Anpassungen bezüglich der Umstellung von US GAAP auf IFRS identifiziert. Die vorher nicht testierten Finanzinformationen nach IFRS, wie im Bericht des Konzerns zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS (der am 19. April 2007 veröffentlicht wurde) sowie in den folgenden Zwischenberichten dargestellt, wurden entsprechend angepasst. Diese Anpassungen beschränken sich auf die Bilanz und haben keine Auswirkung auf den Jahresüberschuss. Sie werden im Folgenden beschrieben und in den anschließenden Überleitungstabellen dargestellt. Die Quartalsangaben im Bericht des Konzerns zur Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS sind daher unter Berücksichtigung der folgenden Anpassungen zu betrachten:

- Das den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital zum Umstellungszeitpunkt 1. Januar 2006 stieg um 91 Mio€.
- Die Summe der Aktiva und die Summe der Verbindlichkeiten erhöhten sich jeweils um 17,5Mrd€ zum 1. Januar 2006 und um 12,7 Mrd€ zum 31. Dezember 2006. Die Quartalsabschlüsse 2007 zeigten vergleichbare Effekte.
- Verschiedene Anpassungen der Reklassifizierungen innerhalb der ausgewiesenen Aktiv- beziehungsweise Passivpositionen blieben je betroffene Position oder Periode unter 16 Mrd€.

Sowohl der Anstieg der Bilanzsumme und der Verbindlichkeiten als auch die Reklassifizierungen zwischen Aktiv- und Passivpositionen resultierten aus der Konsolidierung bestimmter Verbriefungsgesellschaften.

## ÜBERLEITUNG VON GEWINN-UND VERLUST-RECHNUNG UND BILANZ

### US GAAP/IFRS ÜBERLEITUNG

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	US GAAP	Reklassifizierung	Bewertungsanpassungen					
			Kon-solidierung	Kosten der Kreditver-gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	Definition von derivativen Finanz-instrumenten	Hedge Accounting
in Mio €			(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(P)
<b>Geschäftsjahr 2006</b>								
Zinserträge	55.217	572	2.203	91	–	3	–	–
Zinsaufwendungen	48.298	630	2.245	–	–	–	–	–
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>6.919</b>	<b>– 57</b>	<b>– 42</b>	<b>91</b>	<b>–</b>	<b>3</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	330	– 330	–	–	–	–	–	–
<b>Zinsüberschuss nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle</b>	<b>6.589</b>	<b>– 6.589</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	268	– 3	–	– 1	–	–	–
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft</b>	<b>–</b>	<b>6.594</b>	<b>– 38</b>	<b>91</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.995	– 3.995	–	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	5.019	– 5.019	–	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.530	– 2.530	–	–	–	–	–	–
Provisionsüberschuss	–	11.123	76	–	–	–	–	–
Handelsergebnis	8.247	– 8.247	–	–	–	–	–	–
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	–	9.061	53	–	– 44	– 11	61	–
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	407	– 407	–	–	–	–	–	–
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	–	582	2	–	–	1	– 1	–
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	512	– 53	– 27	–	–	– 19	–	–
Sonstige Erträge	709	– 473	24	32	85	–	6	–
<b>Zinsunabhängige Erträge</b>	<b>21.419</b>	<b>41</b>	<b>127</b>	<b>32</b>	<b>41</b>	<b>– 29</b>	<b>66</b>	<b>–</b>
Personalaufwand	12.649	–	–	154	–	–	–	–
Mieten und Aufwendungen für Gebäude	1.020	– 1.020	–	–	–	–	–	–
Betriebs- und Geschäftsausstattung	157	– 157	–	–	–	–	–	–
EDV-Aufwendungen	1.586	– 1.586	–	–	–	–	–	–
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.202	– 1.202	–	–	–	–	–	–
Kommunikation und Datenadministration	634	– 634	–	–	–	–	–	–
Sonstige Aufwendungen	2.412	– 2.412	–	–	–	–	–	–
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	–	6.982	57	4	–	–	–	–
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	67	–	–	–	–	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	31	–	–	–	–	–	–	–
Restrukturierungsaufwand	192	–	–	–	–	–	–	–
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>19.883</b>	<b>37</b>	<b>57</b>	<b>157</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Ergebnis vor Steueraufwand	8.125	8	32	– 34	42	– 26	66	–
Ertragsteueraufwand	2.186	–	– 10	–	–	–	–	–
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen 1999/2000	– 1	–	–	–	–	–	–	–
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	46	–	–	–	–	–	–	–
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>5.986</b>	<b>8</b>	<b>41</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	–	9	–	–	–	–	–	–
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	5.986	–	41	– 34	42	– 26	66	–

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank-Aktien	Währungs-umrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
- 4	-	132	-	-	-	-	-	28	32	2.486	58.275
- 1	-	64	- 1	-	-	19	-	-	13	2.339	51.267
- 3	-	68	1	-	-	- 19	-	28	19	146	7.008
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	1	-	-	-	-	-	34	-	30	298
- 3	-	68	1	-	-	- 19	-	- 5	19	116	6.710
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	- 4	-	-	-	-	-	-	-	72	11.195
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
- 48	- 35	- 65	-	-	-	- 75	1	- 7	-	- 169	8.892
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	7	-	-	-	-	-	-	-	-	9	591
-	-	-	-	-	-	-	2	3	-	- 40	419
-	- 16	22	- 7	-	-	-	- 1	11	-	153	389
- 47	- 45	- 47	- 7	-	-	- 75	2	8	-	26	21.486
-	-	-	-	- 232	- 73	-	-	-	-	- 151	12.498
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	2	1	11	-	-	-	-	13	-	87	7.069
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	67
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	192
-	2	1	11	- 232	- 73	-	-	13	-	- 63	19.857
- 50	- 46	20	- 17	232	73	- 94	2	- 11	19	206	8.339
-	-	-	-	-	-	-	-	-	84	74	2.260
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-
-	-	-	-	- 68	- 8	-	-	-	30	- 46	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 37	85	6.079
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
- 50	- 46	20	- 17	163	65	- 94	2	- 11	- 37	84	6.070

Konzernbilanz	US GAAP	Brutto- darstel- lung	Reklassifi- zierung	Bewertungsanpassungen					
				Kon- solidierung	Kosten der Kreditver- gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteili- gungen	Definition von deriva- tiven Finanz- instrumen- ten	Hedge Accounting
in Mio €				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(P)
<b>Bestand per 1. Januar 2006</b>									
Barreserve	6.571	–	–	297	–	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	11.963	–	–	160	–	–	–	–	–
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	130.993	35.240	– 149.680	–	–	–	–	–	–
Forderungen aus Wertpapierleihen	101.125	16.322	– 64.083	–	–	–	–	–	–
Handelsaktiva	448.393	–	– 448.393	–	–	–	–	–	–
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	313.717	689.321	22.996	–	– 163	1	55	–
Wertpapiere „Available for Sale“	21.675	–	– 21.675	–	–	–	–	–	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	–	7	23.536	9.753	–	–	60	–	–
Sonstige Finanzanlagen	7.382	–	– 7.382	–	–	–	–	–	–
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	–	4.607	– 60	–	–	12	–	–
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	151.355	–	– 283	12.579	– 266	–	–	–	–
Sachanlagen	5.079	– 97	– 1.798	44	–	–	–	–	–
Goodwill	7.045	–	– 7.045	–	–	–	–	–	–
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.198	–	– 1.198	–	–	–	–	–	–
Immaterielle Vermögenswerte	–	–	8.340	1	–	–	–	–	–
Sonstige Aktiva	99.382	42.676	– 29.657	1.333	– 6	–	–	–	–
Steuerforderungen	–	–	5.390	119	–	–	–	–	–
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>992.161</b>	<b>407.865</b>	<b>–</b>	<b>47.222</b>	<b>– 272</b>	<b>– 163</b>	<b>73</b>	<b>55</b>	<b>–</b>
Einlagen	380.787	–	– 1.089	– 568	–	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	143.524	51.561	– 108.386	–	–	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	24.581	–	– 411	–	–	–	–	–	–
Handelspassiva	194.347	–	– 194.347	–	–	–	–	–	–
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	–	314.548	317.117	14.994	–	261	–	63	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	20.549	–	20	23.214	–	–	–	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	81.377	41.756	– 10.932	1.055	– 12	– 18	–	1	–
Rückstellungen	–	–	2.336	– 3	–	– 2	–	–	–
Steuerverbindlichkeiten	–	–	6.893	227	–	–	–	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	113.554	–	– 11.118	3.726	–	–	–	–	– 55
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	– 706	4.628	–	–	–	–	–
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	3.506	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>962.225</b>	<b>407.865</b>	<b>– 623</b>	<b>47.272</b>	<b>– 12</b>	<b>240</b>	<b>–</b>	<b>63</b>	<b>– 55</b>
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.420	–	–	–	–	–	–	–	–
Kapitalrücklage	13.793	–	–	–	–	–	–	–	–
Gewinnrücklagen	22.628	–	–	– 93	– 260	– 285	12	– 8	55
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	– 3.368	–	–	–	–	–	–	–	–
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	– 3.506	–	–	–	–	–	–	–	–
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg	– 1.031	–	1.031	–	–	–	–	–	–
Nicht in der Gewinn-und-Verlust- Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste(–), nach Steuern	–	–	– 1.031	42	–	– 118	61	–	–
<b>Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital</b>	<b>29.936</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 51</b>	<b>– 260</b>	<b>– 403</b>	<b>73</b>	<b>– 8</b>	<b>55</b>
Minderheitsanteile	–	–	624	–	–	–	–	–	–
<b>Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile</b>	<b>29.936</b>	<b>–</b>	<b>624</b>	<b>– 51</b>	<b>– 260</b>	<b>– 403</b>	<b>73</b>	<b>– 8</b>	<b>55</b>
<b>Summe der Passiva</b>	<b>992.161</b>	<b>407.865</b>	<b>–</b>	<b>47.222</b>	<b>– 272</b>	<b>– 163</b>	<b>73</b>	<b>55</b>	<b>–</b>



nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank-Aktien	Währungs-umrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	298	6.869
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	160	12.123
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16.553
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	53.364
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
44	-	1.907	-	-	-	- 357	-	15	-	24.497	1.027.535
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	263	- 564	-	-	-	-	-	1	-	9.513	33.055
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	- 5	-	- 53	4.554
-	- 2	2.094	-	-	-	-	-	- 1	- 67	14.338	165.411
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	44	3.228
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8.341
-	-	- 595	- 74	-	- 909	-	-	-	-	- 253	112.148
-	-	-	-	-	-	-	-	-	741	860	6.250
44	261	2.842	- 74	-	- 909	- 357	-	11	674	49.405	1.449.431
-	-	4.849	-	-	-	-	-	-	-	4.281	383.979
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	86.699
-	-	- 161	-	-	-	-	-	-	-	- 160	24.010
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	- 407	-	-	-	- 220	-	-	-	14.688	646.353
-	-	- 106	-	-	-	-	-	-	-	23.108	43.677
- 3	-	204	- 136	50	133	-	-	6	-	1.281	113.482
-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	- 3	2.333
-	-	-	-	-	-	-	- 36	-	- 460	- 269	6.624
-	-	- 1.499	-	-	-	- 1	-	-	-	2.171	104.606
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.627	3.921
-	-	-	-	-	-	943	-	-	-	943	4.449
- 3	2	2.880	- 136	50	133	722	- 36	6	- 460	50.667	1.420.133
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.420
-	-	-	-	493	-	- 94	-	-	272	671	14.464
47	- 2	- 39	62	- 543	- 1.056	- 41	- 1.344	6	- 1.281	- 4.772	17.856
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 3.368
-	-	-	-	-	-	- 943	-	-	-	- 943	- 4.449
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	261	-	-	-	14	-	1.380	- 1	2.143	3.782	2.751
47	259	- 39	62	- 50	- 1.042	- 1.078	36	5	1.133	- 1.262	28.674
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	624
47	259	- 39	62	- 50	- 1.042	- 1.078	36	5	1.133	- 1.262	29.298
44	261	2.842	- 74	-	- 909	- 357	-	11	674	49.405	1.449.431

Konzernbilanz	US GAAP	Brutto- darstellung	Reklassi- fizierung	Bewertungsanpassungen					
				Kon- solidierung	Kosten der Kreditver- gabe	Fair Value Option	Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligun- gen	Definition von deriva- tiven Finanz- instrumen- ten	Hedge Accounting
in Mio €				(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(P)
<b>Bestand per 31. Dezember 2006</b>									
Barreserve	7.009	- 4	-	3	-	-	-	-	-
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	19.470	-	-	- 279	-	-	-	-	-
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	138.763	34.342	- 159.532	-	-	-	-	-	-
Forderungen aus Wertpapierleihen	108.266	16.897	- 62.220	-	-	-	-	-	-
Handelsaktiva	516.839	-	- 516.839	-	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	-	300.752	778.513	25.590	-	- 113	- 10	89	-
Wertpapiere „Available for Sale“	22.054	-	- 22.054	-	-	-	-	-	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-	28.263	9.355	-	-	89	-	-
Sonstige Finanzanlagen	5.357	-	- 5.357	-	-	-	-	-	-
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	-	-	2.627	- 85	-	-	- 1	-	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	168.134	-	- 7.383	16.786	- 292	-	-	-	-
Sachanlagen	4.149	- 67	- 886	45	-	-	-	-	-
Goodwill	7.144	-	- 7.144	-	-	-	-	-	-
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.267	-	- 1.267	-	-	-	-	-	-
Immaterielle Vermögenswerte	-	50	8.561	1	-	-	-	-	-
Sonstige Aktiva	127.778	53.499	- 41.033	536	- 10	-	-	5	-
Steuerforderungen	-	-	5.751	83	-	-	-	-	-
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>1.126.230</b>	<b>405.468</b>	<b>-</b>	<b>52.035</b>	<b>- 301</b>	<b>- 113</b>	<b>78</b>	<b>94</b>	<b>-</b>
Einlagen	408.782	-	- 1.252	- 898	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	187.129	51.239	- 136.167	-	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	23.240	-	- 669	-	-	-	-	-	-
Handelspassiva	218.854	-	- 218.854	-	-	-	-	-	-
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-	300.834	382.803	12.397	-	139	-	34	-
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	19.793	-	172	28.566	-	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	99.672	53.395	- 9.888	626	- 6	2	-	-	-
Rückstellungen	-	-	1.768	- 1	-	- 3	-	-	-
Steuerverbindlichkeiten	-	-	6.646	158	-	-	-	-	-
Langfristige Verbindlichkeiten	132.495	-	- 24.972	6.114	-	-	-	-	- 55
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-	-	- 304	5.075	-	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	3.457	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>1.093.422</b>	<b>405.468</b>	<b>- 717</b>	<b>52.038</b>	<b>- 6</b>	<b>138</b>	<b>-</b>	<b>34</b>	<b>- 55</b>
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.343	-	-	-	-	-	-	-	-
Kapitalrücklage	14.424	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnrücklagen	25.069	-	-	- 86	- 295	- 250	- 14	61	55
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 2.378	-	-	-	-	-	-	-	-
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	- 3.457	-	-	-	-	-	-	-	-
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg	- 2.193	-	2.193	-	-	-	-	-	-
Nicht in der Gewinn-und-Verlust- Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste(-), nach Steuern	-	-	- 2.193	84	-	- 1	92	-	-
<b>Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital</b>	<b>32.808</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>- 2</b>	<b>- 295</b>	<b>- 251</b>	<b>78</b>	<b>61</b>	<b>55</b>
Minderheitsanteile	-	-	717	-	-	-	-	-	-
<b>Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile</b>	<b>32.808</b>	<b>-</b>	<b>717</b>	<b>- 2</b>	<b>- 295</b>	<b>- 251</b>	<b>78</b>	<b>61</b>	<b>55</b>
<b>Summe der Passiva</b>	<b>1.126.230</b>	<b>405.468</b>	<b>-</b>	<b>52.035</b>	<b>- 301</b>	<b>- 113</b>	<b>78</b>	<b>94</b>	<b>-</b>

nach Bilanzierungsthemen											IFRS
Reklassifizierung von zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft in die Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte	Immobilien & Leasing	Aktienbasierte Vergütung	Pensionen	Derivate auf Deutsche Bank-Aktien	Währungs-umrechnung	Sonstige	Steuern	Bewertungsanpassungen insgesamt	
(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	7.008
-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-271	19.199
-	-	692	-	-	-	-	-	-	-	692	14.265
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	62.943
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-2	-	52	-	-	-	-225	-	3	-	25.385	1.104.650
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	331	-	-	-	-	-	-	-	-	9.775	38.037
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-86	2.541
-3	-1	1.342	-	-	-	-	-	-10	-50	17.773	178.524
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45	3.241
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8.612
-10	-	-1.582	-80	-	-82	-	-	-	-	-1.224	139.021
-	-	-	-	-	-	-	-	-	618	701	6.452
-14	330	504	-80	-	-82	-225	-	-	568	52.795	1.584.493
-	-	5.283	-	-	-	-	-	-	-	4.386	411.916
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-1	102.200
-	-	-1.396	-	-	-	-	-	-	-	-1.397	21.174
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-1.379	-	-	-	-209	-	-	-	10.981	694.619
-	-	-98	-	-	-	-	-	-	-	28.468	48.433
-9	-	335	-125	36	86	-	-	6	1	951	144.129
-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.768
-	-	-	-	-	-	-	-36	-	-450	-328	6.318
-	-	-2.220	-	-	-	-	-	-	-	3.841	111.363
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.075	4.771
-	-	-	-	-	-	870	-	-	-	870	4.327
-9	3	525	-125	36	86	660	-36	6	-449	52.846	1.551.018
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.343
-	-	-	-	344	-	-4	-	-	482	822	15.246
-3	-56	-20	45	-380	-966	-32	-1.328	-5	-1.343	-4.618	20.451
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-2.378
-	-	-	-	-	-	-850	-	-	-	-850	-4.307
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-3	383	-	-	-	798	-	1.364	-1	1.878	4.595	2.403
-6	327	-20	45	-36	-168	-886	36	-6	1.017	-51	32.758
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	717
-6	327	-20	45	-36	-168	-886	36	-6	1.017	-51	33.475
-14	330	504	-80	-	-82	-225	-	-	568	52.795	1.584.493

# Bestätigungen

## 03 //

---

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	251
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	252
Bericht des Aufsichtsrats	253

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 10. März 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Becker  
Wirtschaftsprüfer



Bose  
Wirtschaftsprüfer

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2008



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Anthony Di Iorio



Hermann-Josef Lamberti

## Bericht des Aufsichtsrats

2007 war für die Banken ein Jahr großer Herausforderungen. Das globale Finanzsystem wurde durch die Turbulenzen auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt auf eine harte Probe gestellt. In diesem schwierigen Umfeld hat die Deutsche Bank ein gutes Ergebnis erzielt. Es bestätigt die erfolgreiche Umsetzung der Strategie, das weiterhin richtige Geschäftsmodell und die effektive Corporate Governance der Bank. Zu diesem Erfolg trugen Vorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend bei. Wir danken ihnen sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Im vergangenen Jahr befasste sich der Aufsichtsrat umfassend mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikosituation, der Planung und dem internen Kontrollsystem. Ausführlich haben wir mit dem Vorstand die Strategie und die Umsetzung der Maßnahmen der Managementagenda erörtert. Der Vorstand hat uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung und Ertragslage der Bank, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie Geschäfte und Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren, unterrichtet. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Zwischen den Sitzungen hat uns der Vorstand über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert.

Zum Ende unserer fünfjährigen Amtszeit, die mit Ablauf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 endet, schauen wir zuversichtlich in die Zukunft. Wir sind davon überzeugt, dass die Deutsche Bank gut positioniert ist, um weiterhin erfolgreich zu sein. Hohe Priorität hat dabei, das Potenzial unserer globalen Plattform auszuschöpfen. So soll auch weiterhin konsequent in die Kerngeschäftsfelder investiert werden, sowohl durch Maßnahmen für organisches Wachstum als auch durch zielgerichtete ergänzende Akquisitionen. Die Bereiche Private Clients and Asset Management und Global Transaction Bank, die gerade in einem volatilen Marktumfeld wichtige stabile Ergebnisbeiträge liefern, aber auch unser bereits gut aufgestelltes Investment Banking, sollen weiter ausgebaut und die Synergien zwischen den Geschäftsbereichen sollen weiter verstärkt werden. Zudem soll die Disziplin hinsichtlich Kosten, Risiken und Kapital sowie der strikten Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben konsequent fortgeführt werden.

### SITZUNGEN DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2007 haben fünf Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden.

In der ersten Sitzung des Jahres am 31. Januar 2007 haben wir die Geschäftsentwicklung im Jahr 2006, die Eckdaten des Jahresabschlusses 2006, den Dividendenvorschlag sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2007 bis 2009 erörtert. Außerdem haben wir die Nachfolge von Herrn Dr. von Heydebreck besprochen und beschlossen, seine Zuständigkeiten nach seinem Ausscheiden mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2007 auf die übrigen Vorstandsmitglieder zu übertragen.

In der Bilanzsitzung am 21. März 2007 haben wir unter Leitung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Herrn Dr. Eick, den Jahresabschluss 2006 gebilligt, der damit festgestellt war. Ferner wurden der Corporate-Governance-Bericht und der Compliance- und Antigeldwäschebericht besprochen. Die Anpassung der Aufsichtsratsvergütung wurde ausführlich erörtert und es wurden die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2007 verabschiedet. Außerdem wurden wir über das Risikomanagement im Konzern eingehend unterrichtet.

Am Vorabend der Hauptversammlung haben wir die aktuellen Entwicklungen zu den Tagesordnungspunkten der Hauptversammlung und die angekündigten Gegenanträge erörtert. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst. Außerdem wurde Herr Dr. Börsig für den Fall der Bestätigung seiner Wahl in den Aufsichtsrat durch die Hauptversammlung erneut bis zum Ablauf der Amtszeit des Aufsichtsrats zum Vorsitzenden gewählt.

In der Sitzung am 31. Juli 2007 befassten wir uns mit der geschäftlichen Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2007. Die aktuelle Situation an den Kreditmärkten wurde ausführlich besprochen. Des Weiteren wurden die geschäftliche Entwicklung der durchgeführten größeren Unternehmensakquisitionen der letzten zwei Jahre sowie Gründe für Abweichungen von der ursprünglichen Planung erörtert. Über den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen nach § 13 Absatz 1 d) der Satzung, die nicht der Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, hat uns der Vorstand unterrichtet.

In der letzten Sitzung des Jahres am 30. Oktober 2007 wurden neben der geschäftlichen Entwicklung in den ersten neun Monaten insbesondere die aktuelle Risikosituation und die strategische Weiterentwicklung der Bank mit den entsprechenden Zielen und geplanten Maßnahmen ausführlich besprochen. Aufgrund der von der Regierungskommission im Juni 2007 beschlossenen Ergänzungen im Deutschen Corporate Governance Kodex bildeten wir einen Nominierungsausschuss und beschlossen Anpassungen in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, seiner Ausschüsse sowie des Vorstands und im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand. Darüber hinaus erörterten wir den Personalbericht der Bank zur Nachwuchs- und Nachfolgeplanung.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2007 mit nur wenigen Ausnahmen an den Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

#### **AUSSCHÜSSE DES AUFSICHTSRATS**

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum viermal. Er behandelte in seinen Sitzungen insbesondere Vorstandsangelegenheiten. Hierzu gehörten vor allem die Festsetzung der variablen Bezüge für den Vorstand für das Jahr 2006 und Fragen zur langfristigen Nachfolgeplanung des Vorstands. Zudem bereitete er Beschlüsse des Aufsichtsrats vor und beriet über die Neustrukturierung der Aufsichtsratsvergütung. Soweit erforderlich, stimmte er der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen zu. Außerdem erörterte er die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.



Der Risikoausschuss befasste sich in sechs Sitzungen mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank sowie mit allen größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Krediten und erteilte - sofern erforderlich - seine Zustimmung. Im Ausschuss wurden sowohl Kredit-, Liquiditäts-, Länder- und Marktrisiken als auch operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken behandelt. Ausführlich hat er sich mit der Risikosituation und den Entwicklungen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und deren Auswirkungen befasst. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und eingehend erörtert.

Der Prüfungsausschuss tagte im letzten Jahr siebenmal. An allen Sitzungen nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil. Behandelt wurden die Prüfung und Billigung des Jahres- und des Konzernabschlusses, die Quartalsabschlüsse, die Berichte 20-F und 6-K für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) sowie die Zwischenberichte. Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007, erteilte den Prüfungsauftrag, legte Prüfungsschwerpunkte fest, beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB). Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Ausführlich hat er die Regelungen des Sarbanes-Oxley Act zur Umsetzung des internen Kontrollsystems erörtert und hierzu regelmäßig Fortschrittsberichte erhalten. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung empfohlen. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Aufträgen, über die Arbeit der internen Revision sowie über Rechts- und Reputationsrisiken berichtet. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung wurden dem Prüfungsausschuss nicht angezeigt. Darüber hinaus hat er sich in einer außerordentlichen Sitzung mit der Umstellung der Rechnungslegung von Rechnungslegung (US GAAP) auf internationale Rechnungslegung (IFRS) befasst sowie sich in der letzten Sitzung des Jahres die bevorstehenden Schwerpunktthemen des Jahresabschlusses 2007 wie die Bilanzierung nach IFRS, die Zeitwertbilanzierung, die bilanzielle Behandlung von Kreditzusagen sowie konsolidierten und nicht konsolidierten Zweckgesellschaften vom Vorstand und Abschlussprüfer erläutern lassen.

Der am 30. Oktober 2007 gebildete Nominierungsausschuss tagte erstmals im Dezember 2007. Er analysierte die derzeitige Zusammensetzung der Anteilseignerseite des Aufsichtsrats und definierte Anforderungen an die zukünftige Zusammensetzung der Anteilseignerseite. Außerdem mandatierte er ein externes international tätiges Beratungsunternehmen mit der Unterstützung bei der Suche nach qualifizierten Persönlichkeiten für den Aufsichtsrat.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2007 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse haben dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

## CORPORATE GOVERNANCE

Die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde in mehreren Sitzungen des Aufsichtsrats, des Präsidialausschusses und des Prüfungsausschusses erörtert. Der Aufsichtsrat beschloss, der Empfehlung des Kodex zu folgen und einen Nominierungsausschuss neu zu bilden. Er besteht aus drei Anteilseignervertretern und ist zuständig für die Vorbereitung der Vorschläge des Plenums für die Wahl der Anteilseignervertreter durch die Hauptversammlung und die Vorbereitung von gerichtlichen Bestellungen. Diese Aufgabe war zuvor dem Präsidialausschuss zugewiesen. Zudem wurde klargestellt, dass der Prüfungsausschuss auch Fragen der Compliance behandelt. Die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden entsprechend angepasst.

Die Aufsichtsratsvergütung wurde nach den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex von der Hauptversammlung 2007 neu beschlossen. Nähere Angaben zu den Grundzügen des neuen Vergütungssystems sowie zur individuellen Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 44 ff. des Finanzberichts 2007 zu finden.

Im Oktober 2007 wurde beschlossen, zum Ende der Amtszeit des Aufsichtsrats eine erneute Effizienzprüfung des Aufsichtsrats durchzuführen. Hierfür wurde ein unternehmensspezifischer Fragebogen entworfen, der Ende 2007 an alle Aufsichtsratsmitglieder versandt wurde. Die Antworten haben aufgezeigt, dass Anregungen und Maßnahmen, die in der letzten Effizienzprüfung vorgeschlagen wurden, wirkungsvoll umgesetzt wurden und zu einer Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit geführt haben. Im Detail sind die Ergebnisse in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats ausführlich erörtert worden.

Sitzungen des Aufsichtsrats ohne den Vorstand (Executive Sessions) fanden mehrmals statt.

Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Herr Dr. Bänziger wurde entsprechend den Regelungen in der Geschäftsordnung für den Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden vom Vorstand als Nachfolger von Herrn Dr. von Heydebreck zum Corporate-Governance-Beauftragten der Bank mit Ablauf der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 ernannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt im Oktober 2006 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 30. Oktober 2007 erneuert.

Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 30. Oktober 2007 ist im Finanzbericht auf den Seiten 260 ff. und auf unserer Homepage im Internet unter [www.deutsche-bank.de](http://www.deutsche-bank.de) veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands.

### **INTERESSENKONFLIKTE UND DEREN BEHANDLUNG**

Der Risikoausschuss hat sich mit den nach § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erforderlichen Kreditgenehmigungen befasst. Dabei haben diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teilgenommen, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers waren.

Herr Dr. Börsig hat an der Beschlussfassung des Präsidialausschusses zur Festlegung der variablen Vergütung für den Vorstand für das Geschäftsjahr 2006, soweit sie ihn selbst betraf, nicht teilgenommen. An den Beratungen und Beschlussfassungen zur Feststellung des Jahresabschlusses 2006 hat sich Herr Dr. Börsig weder im Prüfungsausschuss noch im Aufsichtsrat beteiligt. Die Aufsichtsratssitzung zu diesem Punkt wurde von Herrn Dr. Eick geleitet. An einem schriftlichen Umlaufbeschluss des Aufsichtsrats hat Herr Dr. Börsig nicht teilgenommen, da dieser Herrn Dr. Börsigs Tätigkeit als früheres Mitglied des Vorstands betraf. Das Umlaufverfahren wurde unter Leitung von Herrn Todenhöfer durchgeführt.

### **RECHTSSTREITIGKEITEN**

Der Aufsichtsrat hat sich wie in den Vorjahren regelmäßig über die Verfahren Dr. Kirch gegen die Deutsche Bank und gegen Herrn Dr. Breuer informiert und über die weitere Vorgehensweise beraten. Auch die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2003, 2004, 2005, 2006 und 2007 wurden regelmäßig und umfassend erörtert sowie mögliche Folgen beraten. Die Wahl von Herrn Dr. Börsig zum Mitglied des Aufsichtsrats durch die Hauptversammlung am 1. Juni 2006 wurde, nachdem das Landgericht Frankfurt die Wahl in erster Instanz für nichtig erklärt hatte, von der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 bestätigt.

Darüber hinaus haben wir uns fortlaufend über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten lassen.

### **JAHRESABSCHLUSS**

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2007 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2007 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Wir haben dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers sowie eingehender Diskussion und Empfehlung des Prüfungsausschusses zugestimmt.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss haben wir heute festgestellt sowie den Konzernabschluss gebilligt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung und zur Zahlung einer Dividende von 4,50 € je dividendenberechtigter Stückaktie schließen wir uns an.

## PERSONALIA

Herr Dr. von Heydebreck ist mit Wirkung zum Ablauf der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine Aufgaben und Ressortzuständigkeiten wurden von den übrigen Vorstandsmitgliedern übernommen. Herr Lamberti verantwortet das Personalressort einschließlich der Aufgaben des Arbeitsdirektors der Deutschen Bank. Herr Dr. Ackermann hat neben seinen bisherigen Aufgaben den Bereich Corporate Social Responsibility, Herr Dr. Bänziger die Bereiche Recht und Compliance und Herr Di Iorio den Bereich interne Revision übernommen. Wir danken Herrn Dr. von Heydebreck für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit für die Deutsche Bank, sein großes Engagement im Vorstand und seine stets konstruktive Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat.

In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats wurde Herr Stefan Krause mit Wirkung zum 1. April 2008 zum Mitglied des Vorstands bestellt. Herr Krause war seit Mai 2002 Vorstandsmitglied der BMW AG, wo er bis September 2007 das Ressort Finanzen verantwortete und seither für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig war. Im Vorstand der Deutschen Bank AG soll Herr Krause mit dem Ausscheiden von Herrn Di Iorio am 1. Oktober 2008 das Finanzressort übernehmen.

Im Aufsichtsrat gab es während des Berichtsjahres keine Veränderungen.

Frankfurt am Main, den 19. März 2008

Für den Aufsichtsrat



Dr. Clemens Börsig  
Vorsitzender

# Corporate- Governance-Bericht

## 04 //

---

Vorstand und Aufsichtsrat	260
Rechnungslegung und Transparenz	268
Geschäfte mit nahe stehenden Dritten	269
Wirtschaftsprüfung und Controlling	269
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex	271

# Corporate-Governance-Bericht

## VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

### VORSTAND

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die auf der Webseite der Deutschen Bank ([www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance)) zur Verfügung steht.

Am 24. Mai 2007 ist Dr. Tessen von Heydebreck aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine Aufgaben wurden von den übrigen Vorstandsmitgliedern übernommen. Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres Alters (Stand: 31. Dezember 2007), dem Jahr ihrer ersten Bestellung und dem Jahr, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihrem Verantwortungsbereich sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb der Bank, wobei sich unsere Vorstandsmitglieder verpflichtet haben, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Konzerns anzunehmen.

#### DR. JOSEF ACKERMANN

Alter: 59

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2010

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank im Jahr 1996 Mitglied des Vorstands, wo er für den Bereich Investment Banking zuständig war. Am 22. Mai 2002 übernahm er die Funktion des Vorstandssprechers und Vorsitzenden unseres Group Executive Committee. Am 1. Februar 2006 wurde Dr. Ackermann vom Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften an der Universität St. Gallen war er dort am Volkswirtschaftlichen Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte zum Dr. oec. Dr. Ackermann begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit Eintritt in die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), wo er in London, New York und in der Schweiz in verschiedenen Bereichen des Corporate Banking, Foreign Exchange/Money Markets und Treasury, Investment Banking sowie Multinational Services tätig war. Von 1993 bis 1996 war er Präsident der Generaldirektion der SKA, der er seit 1990 angehörte.

Dr. Ackermann ist Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG (zweiter stellvertretender Vorsitzender) und Mitglied im International Advisory Council der Zurich Financial Services Group (seit Januar 2007). Bis April 2007 war er Mitglied des Aufsichtsrats der Bayer AG.

**DR. HUGO BÄNZIGER**

Alter: 51

Erste Bestellung: 2006

Bestellt bis: 2009

Dr. Hugo Bänziger wurde am 4. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank. Er ist unser Chief Risk Officer und Mitglied des Group Executive Committee. Er trat als Leiter Global Markets Credit im Jahr 1996 in die Deutsche Bank in London ein. Im Jahr 2000 wurde er zum Chief Credit Officer und in 2004 zum Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk ernannt.

Dr. Bänziger begann seinen beruflichen Werdegang 1983 bei der Eidgenössischen Bankenkommission in Bern. Von 1985 bis 1996 arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich und London, zunächst im Bereich Retail Banking und anschließend als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance. 1990 wurde er zum Global Head of Credit für CS Financial Products ernannt.

Er studierte Moderne Geschichte, Recht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und promovierte dort anschließend in Wirtschaftsgeschichte.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank ist Herr Dr. Bänziger Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Clearing AG, der EUREX Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der EUREX Zürich AG.

**ANTHONY DI IORIO**

Alter: 64

Erste Bestellung: 2006

Bestellt bis: 2008

Anthony Di Iorio wurde am 4. Mai 2006 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank bestellt und fungiert als unser Chief Financial Officer und Mitglied des Group Executive Committee. Er trat als Leiter Corporate Center Controlling im April 2001 in die Deutsche Bank ein und wurde kurz darauf zum Leiter Controlling mit Sitz in Frankfurt ernannt.

Herr Di Iorio startete seinen beruflichen Werdegang im Wirtschaftsprüfungsbereich der KPMG in New York. Später wechselte er in deren Unternehmensberatungszweig und leitete dort zuletzt die in Chicago ansässige Beratungspraxis der KPMG für Finanzdienstleister des Mittleren Westens der Vereinigten Staaten. Seine Laufbahn in der Finanzindustrie schließt Stationen ein bei Goldman Sachs & Co. (in verschiedenen Positionen des Finanz- und Rechnungswesens, zuletzt Co-Controller mit Sitz in New York), Bank of America (seinerzeit: Nationsbank, Chief Financial Officer der Bereiche Trading & Sales und Corporate Finance mit Sitz in Charlotte/North Carolina) und PaineWebber Group (zu Beginn Executive Vice President in New York, schließlich aus London heraus Chairman/Chief Executive Officer von PaineWebber International, Ltd.).

Herr Di Iorio absolvierte Studiengänge zum Bachelor of Business Administration am Iona College sowie zum Master of Business Administration an der Columbia University und qualifizierte sich als Certified Public Accountant in New York.

**HERMANN-JOSEF LAMBERTI**

Alter: 51

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2009

Herrmann-Josef Lamberti wurde 1999 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank bestellt. Er ist derzeit unser Chief Operating Officer und Mitglied des Group Executive Committee. Er trat als Executive Vice President im Jahr 1998 in die Deutsche Bank in Frankfurt ein.

Herr Lamberti begann seine berufliche Laufbahn 1982 bei Touche Ross in Toronto und wechselte anschließend zur Chemical Bank in Frankfurt. 1985 bis 1998 war er bei IBM tätig, zunächst in Deutschland in den Bereichen Controlling, Interne Anwendungsentwicklung und Sales Banken/Versicherungen. 1993 wurde er zum General Manager der Abteilung Personal Software für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei IBM Europe in Paris bestellt. Als Vice President für Marketing und Brand Management war Herr Lamberti ab 1995 für IBM in den USA tätig. 1997 übernahm er den Vorsitz der Geschäftsführung von IBM Deutschland in Stuttgart.

Herr Lamberti studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Dublin und schloss das Studium 1982 als Diplom-Kaufmann ab.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank übt Herr Lamberti die nachstehenden Funktionen aus: Er ist Mitglied des Aufsichtsrats oder vergleichbarer Gremien der Deutsche Börse AG, BVV Versicherungsverein (seit Juni 2007), BVV Versicherungskasse (seit Juni 2007), der EADS N.V. (seit Oktober 2007) und der Carl Zeiss AG, und war Mitglied des Aufsichtsrats der Fiat S.p.A bis Juli 2007.



### GROUP EXECUTIVE COMMITTEE

Im 2002 gebildeten Group Executive Committee sind die Vorstandsmitglieder, die Business Heads unserer Konzernbereiche CIB und PCAM sowie der Leiter des regional ausgerichteten Managements vertreten. Das Group Executive Committee dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen und hat folgende Aufgaben und Verantwortlichkeiten:

- fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen;
- regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank;
- Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie Beratung desselben;
- Vorbereitung von Vorstandsentscheidungen.

### AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat berät auf Vorschlag des Präsidialausschusses über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand und überprüft sie regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutschen Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er vom Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die auf der Webseite der Deutschen Bank ([www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance)) zur Verfügung steht.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden zum großen Teil auf der Hauptversammlung am 10. Juni 2003 gewählt. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2003. Einige Mitglieder wurden vom Registergericht bestellt oder von einer späteren Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt beziehungsweise rückten als Ersatzmitglied nach, um ausgeschiedene Mitglieder zu ersetzen. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter (Stand: 31. Dezember 2007), dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihrer Haupttätigkeit, ihrer Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstigen Mandaten.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
<b>Dr. Clemens Börsig</b> Alter: 59 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2008	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, Frankfurt	Deutsche Lufthansa AG (bis April 2008); Linde AG ; Heidelberger Druckmaschinen AG (bis März 2007); Foreign & Colonial Eurotrust Plc (bis Dezember 2007); Bayer AG (seit April 2007); Daimler AG (seit April 2007)
<b>Dr. Karl-Gerhard Eick</b> Alter: 53 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2008	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Deutsche Telekom AG, Bonn	DeTe Immobilien Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH; T-Mobile International AG; T-Systems Enterprise Services GmbH; T-Systems Business Services GmbH; Sireo Real Estate Asset Management GmbH (bis Dezember 2007); FC Bayern München AG, Corpus Immobiliengruppe GmbH & Co KG (seit September 2007)
<b>Heidrun Förster*</b> Alter: 60 Erstmals gewählt: 1993 Gewählt bis: 2008	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG; Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Berlin der Deutschen Bank AG	
<b>Ulrich Hartmann</b> Alter: 69 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Vorsitzender des Aufsichtsrats der E.ON AG, Düsseldorf	Deutsche Lufthansa AG; Hochtief AG (bis Juli 2007); IKB Deutsche Industriebank AG (Vorsitzender; bis März 2008); Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Henkel KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses)
<b>Gerd Herzberg*</b> Alter: 57 Gerichtlich bestellt: 2006 Bestellt bis: 2008	Stellvertretender Vorsitzender der ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	Franz Haniel & Cie GmbH (stellv. Vorsitzender); DBV Winterthur Lebensversicherung AG; BGAG – Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG; DAWAG – Deutsche Angestellten Wohnungsbau AG (Vorsitzender); Vattenfall Europe AG
<b>Sabine Horn*</b> Alter: 46 Erstmals gewählt: 1998 Gewählt bis: 2008	Mitarbeiterin der Deutschen Bank AG, Frankfurt	
<b>Rolf Hunck*</b> Alter: 62 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied der Geschäftsleitung PWM Deutschland der Deutschen Bank AG, Hamburg	Fibula Finanz AG; HCI Capital AG (bis Mai 2007); Kühne-Stiftung, Schweiz
<b>Sir Peter Job</b> Alter: 66 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis 2008		Schroders Plc; Tibco Software Inc.; Royal Dutch Shell; Mathon Systems (Advisory Board, seit Januar 2007)
<b>Prof. Dr. Henning Kagermann</b> Alter: 60 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2008	Sprecher des Vorstands der SAP AG, Walldorf	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation (seit Mai 2007)
<b>Ulrich Kaufmann*</b> Alter: 61 Erstmals gewählt: 1988 Gewählt bis: 2008	Deutscher Bankangestellten-Verband Gewerkschaft für Finanzdienstleister	
<b>Peter Kazmierczak*</b> Alter: 50 Erstmals gewählt: 2002 Gewählt bis: 2008	Stellv. Vorsitzender des Betriebsrats Deutsche Bank Region Ruhrgebiet-West	
<b>Maurice Lévy</b> Alter: 65 Erstmals gewählt: 2006 Gewählt bis: 2008	Chairman und CEO Publicis Groupe S.A., Paris	Publicis Conseil SA (France); Publicis USA Holdings, Inc. (bis Dezember 2007); Medias et Régies Europe SA (France); MMS USA Holdings, Inc.; Fallon Group, Inc.; Zenith Optimedia Group Ltd.
<b>Henriette Mark*</b> Alter: 50 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank AG	

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
<b>Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h. Heinrich von Pierer</b> Alter: 66 Erstmals gewählt: 2005 Gewählt bis: 2008		Hochtief AG; Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; ThyssenKrupp AG; Volkswagen AG; Koç Holding A.S. (seit Januar 2008)
<b>Gabriele Platscher*</b> Alter: 50 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank AG	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (seit November 2007)
<b>Karin Ruck*</b> Alter: 42 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Stellvertretende Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank AG	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (seit November 2007)
<b>Dr. Theo Siegert</b> Alter: 60 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2012	Geschäftsführender Gesellschafter de Haen Carstanjen & Söhne, Düsseldorf	E.ON AG (seit Juli 2007); ERGO AG; Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Gesellschafterrats); DKSH Holding AG (Mitglied des Verwaltungsrats)
<b>Tilman Todenhöfer</b> Alter: 64 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2008	Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart	Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Int. Beteiligungen AG (Präsident des Verwaltungsrats); Carl Zeiss AG (Vorsitzender); Schott AG (Vorsitzender)
<b>Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Jürgen Weber</b> Alter: 66 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Lufthansa AG, Köln	Allianz Lebensversicherungs-AG; Bayer AG; Deutsche Post AG (Vorsitzender); Voith AG; LP Holding GmbH (Vorsitzender); Tetra Laval Group; Willy Bogner GmbH & Co. KGaA
<b>Leo Wunderlich*</b> Alter: 58 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank AG, Mannheim	

\* Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

Dr. Clemens Börsig war bis zum 3. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Er wurde vom 4. Mai 2006 bis zum Ablauf der Hauptversammlung am 1. Juni 2006 vom Registergericht zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt und vom Aufsichtsrat zu seinem Vorsitzenden gewählt. Die Hauptversammlung am 1. Juni 2006 wählte ihn bis zum Rest der Amtszeit des Aufsichtsrats in den Aufsichtsrat. Diesen Beschluss hat die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 bestätigt und der Aufsichtsrat hat ihn erneut zu seinem Vorsitzenden gewählt. Herr Dr. Börsig hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den diesbezüglichen Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

### AUSSCHÜSSE DES AUFSICHTSRATS

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden fünf ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats.

**PRÄSIDIALAUSSCHUSS:** Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor und ist zuständig für die Festlegung der Höhe und Struktur der Vorstandsvergütungen sowie den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge des Vorstands. Er gibt seine Zustimmung zu Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Außerdem bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2007 fanden vier Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Heidrun Förster, Ulrich Hartmann und Ulrich Kaufmann.

**NOMINIERUNGSAUSSCHUSS:** Der am 30. Oktober 2007 aufgrund der neuen Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex (Ziffer 5.3.3) gebildete Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Im Geschäftsjahr 2007 fand eine Sitzung des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Ulrich Hartmann und Dr. Jürgen Weber.

**PRÜFUNGSAUSSCHUSS:** Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Leiter der internen Revision berichtet mehrmals im Jahr über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Kontrollen und Fragen der Abschlussprüfung. In seinen Sitzungen wird regelmäßig über Fragen der Compliance berichtet. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahen Dienstleistungen an den Abschlussprüfer (siehe dazu auch wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen auf den Seiten 270 bis 271 des Corporate-Governance-Berichts). Im Geschäftsjahr 2007 fanden sieben Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorsitzender), Dr. Clemens Börsig, Heidrun Förster, Sabine Horn, Rolf Hunck und Sir Peter Job.

**RISIKOAUSSCHUSS:** Der Risikoausschuss ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2% bis 3% unseres haftenden Eigenkapitals. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Im Geschäftsjahr 2007 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Prof. Henning Kagermann und Sir Peter Job. Tilman Todenhöfer und Prof. Dr. Heinrich von Pierer sind Ersatzmitglieder des Risikoausschusses. Sie werden zu allen Sitzungen eingeladen und nehmen regelmäßig an ihnen teil.

**VERMITTLUNGSAUSSCHUSS:** Zusätzlich zu diesen vier Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2007 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Heidrun Förster, Ulrich Hartmann und Henriette Mark.

Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Regelungen zum Präsidialausschuss, zum Nominierungsausschuss, Risikoausschuss und zum Prüfungsausschuss sind in Geschäftsordnungen niedergelegt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat auf der Webseite der Deutschen Bank ([www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance)) veröffentlicht sind.

#### **ERFOLGSORIENTIERTE VERGÜTUNG**

Zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der aufgrund der Bestimmungen des Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetzes auf den Seiten 44 bis 50 des Lageberichts abgedruckt ist.

#### **AKTIENPROGRAMME**

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

## RECHNUNGSLEGUNG UND TRANSPARENZ

## AKTIENBESITZ VON VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSMITGLIEDERN

**VORSTAND.** Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

**AUFSICHTSRAT.** Am 29. Februar 2008 setzte sich der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Ansprüchen auf Aktien gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen und Aktienoptionen) der Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien	Anzahl Derivate	Anzahl Aktienoptionen
Dr. Clemens Börsig <sup>1</sup>	124.834	49.674	–	–
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–	–	–
Heidrun Förster	585	10	–	–
Ulrich Hartmann	–	–	–	–
Gerd Herzberg	–	–	–	–
Sabine Horn	61	10	–	–
Rolf Hunck	–	10.869	2.000	200
Sir Peter Job	–	–	–	–
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–	–	–
Ulrich Kaufmann	85	–	–	100
Peter Kazmierczak	20	10	–	–
Maurice Lévy	–	–	–	–
Henriette Mark	368	10	–	100
Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h. Heinrich von Pierer	295	–	–	–
Gabriele Platscher	729	–	–	–
Karin Ruck	94	8	–	100
Dr. Theo Siegert	–	–	–	–
Tilman Todenhöfer	300	–	–	–
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Jürgen Weber	–	–	–	–
Leo Wunderlich	702	10	–	200
<b>Insgesamt</b>	<b>128.073</b>	<b>60.601</b>	<b>2.000</b>	<b>700</b>

<sup>1</sup> Darin nicht enthalten sind 150 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25% beteiligt ist.

Am 29. Februar 2008 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats 128.073 Aktien, was weniger als 0,03% der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entspricht.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitarbeiter der Bank sind oder waren, erhielten Ansprüche auf Aktien beziehungsweise Optionen auf Aktien gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen, die sie berechtigen, zu einem bestimmten Zeitpunkt Aktien zu beziehen. Eine genaue Beschreibung dieser Programme ist in Note [31] des Konzernabschlusses zu finden. Aktien, die aufgrund dieser Programme an die Aufsichtsratsmitglieder zugeteilt wurden und noch von den jeweiligen Mitgliedern gehalten werden, sind in der Tabelle ebenfalls unter „Anzahl Aktien“ aufgeführt. Aktienansprüche, die aufgrund dieser Programme noch nicht zugeteilte Aktien beinhalten, sind in der Tabelle unter „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ aufgeführt.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle umfasst 49.674 DB Equity Units, die Herr Dr. Börsig im Rahmen des Global Partnership Plans als Teil seiner Vergütung als früheres Vorstandsmitglied erhalten hat und die ihm in

Teilen bis August 2010 zugeteilt werden. Herr Hunck hat Anspruch auf 7.937 Aktien im Rahmen des Restricted Equity Units Plan als Teil seiner Mitarbeitervergütung, die in Teilen jeweils im August der Jahre 2008, 2009, 2010 und 2011 zugeteilt werden und im Rahmen des DB Equity Plans auf weitere 2.922 Aktien, die in Teilen jeweils im Februar der Jahre 2009, 2010, 2011 und 2012 zugeteilt werden. Die übrigen in der Spalte aufgeführten Ansprüche wurden unseren Arbeitnehmervertretern des Aufsichtsrats im Rahmen des DB Global Share Plans 2007 gewährt. Die Aktien werden am 1. November 2008 zugeteilt.

Die Spalte „Anzahl Derivate“ enthält ein von Herrn Hunck im Februar 2008 erworbenes Diskontzertifikat auf Aktien der Deutschen Bank AG.

Die in der Tabelle aufgeführten Aktienoptionen wurden durch die freiwillige Teilnahme der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats am DB Global Share Plan erworben. Die 2002 ausgegebenen DB-Global-Share-Plan-Optionen haben einen Ausübungspreis von 55,39 €, sind seit 2. Januar 2005 ausübbar und verfallen am 13. November 2008. Die 2003 ausgegebenen Optionen haben einen Ausübungspreis von 75,24 €, sind seit 2. Januar 2006 ausübbar und verfallen am 11. Dezember 2009. Alle Optionen beziehen sich auf unsere Stammaktien.

## **GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN DRITTEN**

Informationen zu Geschäften mit nahe stehenden Dritten sind in Note [38] enthalten.

## **WIRTSCHAFTSPRÜFUNG UND CONTROLLING**

### **FINANZEXPERTEN DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES**

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Clemens Börsig und Dr. Karl-Gerhard Eick. Dr. Karl-Gerhard Eick ist als Finanzexperte des Prüfungsausschusses entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 von der Bank „unabhängig“. Dr. Clemens Börsig war bis 3. Mai 2006 als Chief Financial and Risk Officer Mitglied unseres Vorstands. Seit 4. Mai 2006 ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats und Mitglied des Prüfungsausschusses. Sämtliche Vergütungen für seine Position im Vorstand und als CFO/CRO sind vor Wirksamwerden seiner Bestellung zum Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Wahl in den Prüfungsausschuss gezahlt beziehungsweise festgelegt worden oder wurden ohne seine Mitwirkung im Präsidialausschuss festgelegt. Dr. Börsig hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Prüfungsausschusses bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen. Als Finanzexperte des Prüfungsausschusses ist er entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) „unabhängig“.

### **ETHIKKODEX**

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir einen Ethikkodex verabschiedet. Dieser Ethikkodex findet Anwendung auf den „Principal Executive Officer“, den „Principal Financial Officer“, den „Principal Accounting Officer“ oder „Controller“ sowie Personen, die innerhalb des Unternehmens vergleichbare Funktionen ausüben („Senior Financial Officers“). Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank der Vorsitzende des Vorstands, der Finanzvorstand und der Head of Group Accounting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Der Ethikkodex ist auf

der Webseite der Deutschen Bank unter [www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht. Im Berichtsjahr 2007 wurden dem Corporate-Governance-Beauftragten keine Verstöße gegen den Ethikkodex angezeigt.

#### WESENTLICHE PRÜFUNGSHONORARE UND -LEISTUNGEN

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. 2006 und 2007 wählte die Hauptversammlung KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die seit Jahren als unser Abschlussprüfer fungiert, als Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2006 und 2007.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonoraren ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung. In diesen Beträgen sind Aufwendungen und Umsatzsteuer nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2007	2006
Prüfungshonorare	43	44
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	8	10
Honorare für Steuerberatung	8	7
<b>Summe der Honorare</b>	<b>59</b>	<b>61</b>

Die Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Controlling- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen



Leistungen 1 Mio€ nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung dem Prüfungsausschuss.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5% der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2006 und 2007 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5%.

## **EINHALTUNG DES DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX**

### **ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2007**

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 30. Oktober 2007 eine neue Entsprechenserklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes abgegeben. Demnach hat die Bank den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ seit der letzten Entsprechenserklärung vom 31. Oktober 2006 mit der folgenden Ausnahme entsprochen:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bestand eine Directors & Officers-Versicherung (D&O-Versicherung) ohne Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint im Übrigen nicht sachgerecht.

Die Bank wird den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 14. Juni 2007, veröffentlicht im Bundesanzeiger vom 20. Juli 2007, künftig mit folgender Ausnahme entsprechen:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint im Übrigen nicht sachgerecht.

Die Entsprechenserklärung vom 30. Oktober 2007 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Webseite der Deutschen Bank unter [www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht, wo auch der Deutsche Corporate Governance Kodex zu finden ist.

**STELLUNGNAHME ZU DEN ANREGUNGEN DES DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX**

Die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 hat Herrn Dr. Siegert für 5 Jahre zum neuen Mitglied des Aufsichtsrats gewählt, sodass dadurch erstmalig die Anregung in Ziffer 5.4.6 des Kodex umgesetzt wurde. Darüber hinaus entspricht die Bank freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, sodass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

# Ergänzende Informationen

## 05 //

---

Vorstand	274
Aufsichtsrat	275
European Advisory Board	277
American Advisory Board	278
Latin American Advisory Board	279
Asia Pacific Advisory Board	280
Der Konzern im Fünfjahresvergleich	281
Patronatserklärung	282
Glossar	283
Impressum/Publikationen	288

# Vorstand

**Josef Ackermann**

Vorsitzender

**Hugo Bänziger**

**Anthony Di Iorio**

**Hermann-Josef Lamberti**

# Aufsichtsrat

## **Dr. Clemens Börsig**

– Vorsitzender,  
Frankfurt am Main

## **Heidrun Förster\***

– Stellvertretende Vorsitzende,  
Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG,  
Berlin

## **Dr. Karl-Gerhard Eick**

Stellvertretender Vorsitzender  
des Vorstands der  
Deutsche Telekom AG,  
Köln

## **Ulrich Hartmann**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der E.ON AG,  
Düsseldorf

## **Gerd Herzberg\***

Stellvertretender Vorsitzender der  
ver.di Vereinte Dienstleistungs-  
gewerkschaft,  
Hamburg

## **Sabine Horn\***

Deutsche Bank AG,  
Frankfurt am Main

## **Rolf Hunck\***

Deutsche Bank AG,  
Seevetal

## **Sir Peter Job**

London

## **Prof. Dr. Henning Kagermann**

Sprecher des Vorstands  
der SAP AG,  
Hockenheim

## **Ulrich Kaufmann\***

Deutscher Bankangestellten-  
Verband, Gewerkschaft für  
Finanzdienstleister, Ratingen

## **Peter Kazmierczak\***

Deutsche Bank AG,  
Herne

## **Maurice Lévy**

Chairman und Chief Executive  
Officer, Publicis Groupe S.A.,  
Paris

## **Henriette Mark\***

Deutsche Bank AG,  
München

## **Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.**

### **Heinrich von Pierer**

Erlangen

## **Gabriele Platscher\***

Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG,  
Braunschweig

## **Karin Ruck\***

Deutsche Bank AG,  
Bad Soden am Taunus

## **Dr. Theo Siegert**

Geschäftsführender Gesellschafter  
der de Haen Carstanjen & Söhne,  
Düsseldorf

## **Tilman Todenhöfer**

Persönlich haftender  
Gesellschafter der Robert Bosch  
Industrietreuhand KG,  
Stuttgart

## **Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h.**

### **Jürgen Weber**

Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Deutsche Lufthansa AG,  
Hamburg

## **Leo Wunderlich\***

Deutsche Bank AG,  
Mannheim

\* Von den Arbeitnehmern in  
Deutschland gewählt.

## AUSSCHÜSSE

### Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig  
– Vorsitzender

Heidrun Förster\*

Ulrich Hartmann

Ulrich Kaufmann\*

### Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig  
– Vorsitzender

Heidrun Förster\*

Ulrich Hartmann

Henriette Mark\*

### Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick  
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Heidrun Förster\*

Sabine Horn\*

Rolf Hunck\*

Sir Peter Job

### Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig  
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.  
Heinrich von Pierer  
– Ersatzmitglied

Tilman Todenhöfer  
– Ersatzmitglied

### Nominierungsausschuss

(seit 30. Oktober 2007)

Dr. Clemens Börsig  
– Vorsitzender

Ulrich Hartmann

Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Jürgen Weber

\* Von den Arbeitnehmern  
in Deutschland gewählt.

## European Advisory Board

### **Werner Wenning**

– Vorsitzender  
Vorsitzender des Vorstands der  
Bayer AG, Leverkusen

### **Dr. Kurt Bock**

Mitglied des Vorstands der  
BASF Aktiengesellschaft,  
Ludwigshafen

### **Dr. Karl-Ludwig Kley**

Vorsitzender der Geschäftsleitung  
und persönlich haftender  
Gesellschafter der Merck KGaA,  
Darmstadt

### **Francis Mer**

Bourg-la-Reine

### **Alexey A. Mordashov**

Vorsitzender des Vorstands des  
Severstal-Konzerns,  
Russland

### **Dr. h. c. August Oetker**

Persönlich haftender  
Gesellschafter der  
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

### **Eckhard Pfeiffer**

Kitzbühel

### **Dr. Bernd Pischetsrieder**

Volkswagen AG, Wolfsburg

### **Dr. Wolfgang Reitzle**

Vorsitzender des Vorstands der  
Linde AG, München

### **Dr. rer. pol. Michael Rogowski**

Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
J. M. Voith AG, Heidenheim

### **Håkan Samuelsson**

Vorsitzender des Vorstands der  
MAN Aktiengesellschaft,  
München

### **Maria-Elisabeth Schaeffler**

Gesellschafterin und Vorsitzende  
des Aufsichtsrats der  
INA-Holding Schaeffler KG,  
Herzogenaurach

### **Jürgen R. Thumann**

Präsident des Bundesverbandes der  
Deutschen Industrie e.V.,  
Vorsitzender des Gesellschafter-  
ausschusses der  
Heitkamp & Thumann KG,  
Düsseldorf

### **Dr. Dieter Zetsche**

Vorsitzender des Vorstands der  
Daimler AG und Leiter des  
Geschäftsfeldes Mercedes-Benz  
Cars, Stuttgart

# Americas Advisory Board

## **Norman Augustine**

Former CEO & Chairman,  
Lockheed Martin

## **Ellen R. Marram**

President,  
The Barnegat Group LLC

## **Michael Capellas**

Senior Advisor, Silver Lake Partners;  
former President & CEO, MCI

## **Lynn Martin**

President, Martin Hall Group;  
former U.S. Secretary of Labor

## **Anthony W. Deering**

Chairman, Exeter Capital

## **Robert P. May**

CEO, Calpine Corp.

## **Archie Dunham**

Former Chairman, ConocoPhillips

## **George J. Mitchell**

Former Chairman,  
Walt Disney Company;  
former U.S. Senator

## **Benjamin H. Griswold, IV**

Chairman, Brown Advisory

## **Michael E. J. Phelps**

Chairman, Dornoch Capital

## **Robert L. Johnson**

Founder & Chairman,  
the RLJ Companies

## **John Snow**

Chairman,  
Cerberus Capital Management;  
former U.S. Secretary of the  
Treasury

## **Edward Kangas**

Chairman, Tenet Healthcare



## Latin American Advisory Board

### **Maurício Botelho**

Former President and CEO,  
Embraer, Brazil

### **Amalia Lacroze de Fortabat**

Owner and President,  
Grupo Fortabat, Argentina

### **Fernando Henrique Cardoso**

Former President of the  
Federative Republic of Brazil

### **Lynn Martin**

President, Martin Hall Group;  
former U.S. Secretary of Labor

### **Nicolás Eyzaguirre Guzmán**

Former Minister of Finance of the  
Republic of Chile

### **Luis Pagani**

President, Asociación Empresaria,  
Argentina

### **Enrique Iglesias**

Secretary-General,  
Ibero-American Conference

### **Miguel Urrutia Montoya**

Professor at the Universidad de  
los Andes; former Governor of the  
Central Bank of Colombia

### **Pedro Pablo Kuczynski**

Partner & Senior Advisor,  
the Rohatyn Group;  
former Prime Minister of Peru

# Asia Pacific Advisory Board

**Pham Thanh Binh**

Chairman and CEO of  
Vinashin, Vietnam

**Robert E. Fallon**

Former Chairman,  
Korea Exchange Bank, Korea

**Toru Hashimoto**

Chairman,  
Deutsche Securities Inc., Japan

**Nobuyuki Idei**

Founder and CEO of  
Quantum Leaps Corporation,  
Japan

**Dr. Tony Tan Keng Yam**

Former Deputy Prime Minister and  
Co-ordinating Minister for Security  
and Defence of Singapore

**Gang-Yon Lee**

Chairman of the Board,  
Korea Gas Corporation and  
Senior Advisor to Lee International  
IP & Law Group, Korea

**Dr. David K.P. Li**

Chairman and Chief Executive,  
The Bank of East Asia, China

**Dr. Li Qingyuan**

Director-General, Office of Strategy  
and Development Committee at the  
Securities Regulatory Commission,  
China

**Subramaniam Ramadorai**

CEO and Managing Director,  
Tata Consultancy Services Limited,  
India

**Sofjan Wanandi**

Chairman and CEO,  
Gemala Group, Indonesia

**Zhang Yunling**

Professor of International Economics  
at the Chinese Academy of Social  
Science, China

# Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz in Mio €	Zahlen nach IFRS		Zahlen nach US GAAP <sup>1</sup>		
	2007	2006	2005	2004	2003
Bilanzsumme	2.020.349	1.584.493	992.161	840.068	803.614
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	198.892	178.524	151.355	136.344	144.946
Verbindlichkeiten <sup>2</sup>	1.981.883	1.551.018	961.603	813.616	775.065
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	37.044	32.758	29.936	25.904	28.202
Minderheitsanteile <sup>3</sup>	1.422	717	622	548	347
BIZ-Kernkapital	28.320	23.539	21.898	18.727	21.618
BIZ-Eigenkapital insgesamt	38.049	34.309	33.886	28.612	29.871
<b>Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Mio €</b>	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>2003</b>
Zinsüberschuss	8.849	7.008	6.001	5.182	5.847
Risikovorsorge im Kreditgeschäft <sup>4</sup>	612	298	350	307	1.063
Provisionsüberschuss	12.289	11.195	10.089	9.506	9.332
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen <sup>5</sup>	7.175	8.892	7.429	6.186	5.611
Sonstige zinsunabhängige Erträge	2.432	1.399	2.121	1.044	478
<b>Zinsunabhängige Erträge insgesamt</b>	<b>21.896</b>	<b>21.486</b>	<b>19.639</b>	<b>16.736</b>	<b>15.421</b>
Personalaufwand	13.122	12.498	10.993	10.222	10.495
Sachaufwand und sonstiger Aufwand <sup>4,6</sup>	7.954	7.069	7.366	6.681	6.759
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	193	67	52	260	110
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	128	31	–	19	114
Restrukturierungsaufwand	– 13	192	767	400	– 29
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>4,6</sup></b>	<b>21.384</b>	<b>19.857</b>	<b>19.178</b>	<b>17.582</b>	<b>17.449</b>
<b>Ergebnis vor Steuern<sup>6,7</sup></b>	<b>8.749</b>	<b>8.339</b>	<b>6.112</b>	<b>4.029</b>	<b>2.756</b>
Ertragsteueraufwand	2.239	2.260	2.039	1.437	1.327
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000			544	120	215
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern			–	–	151
<b>Jahresüberschuss<sup>8</sup></b>	<b>6.510</b>	<b>6.079</b>	<b>3.529</b>	<b>2.472</b>	<b>1.365</b>
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	36	9			
Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	6.474	6.070			
<b>Kennziffern</b>	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>2003</b>
Ergebnis je Aktie (basic)	13,65 €	12,96 €	7,62 €	5,02 €	2,44 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	13,05 €	11,48 €	6,95 €	4,53 €	2,31 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	4,00 €	2,50 €	1,70 €	1,50 €	1,30 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	18,0 %	20,4 %	12,5 %	9,1 %	4,7 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	24,3 %	28,0 %	21,7 %	14,8 %	9,5 %
Aufwand-Ertrag-Relation	69,6 %	69,7 %	74,7 %	79,9 %	81,8 %
BIZ-Kernkapitalquote (Tier 1)	8,6 %	8,5 %	8,7 %	8,6 %	10,0 %
BIZ-Eigenkapitalquote (Tier 1+2+3)	11,6 %	12,5 %	13,5 %	13,2 %	13,9 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	78.291	68.849	63.427	65.417	67.682

1 Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Kennziffern nach US GAAP sind nur teilweise mit IFRS vergleichbar. Die Darstellung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung nach US GAAP wurde an die IFRS-Definition angepasst.

2 Exklusive Minderheitsanteilen.

3 Nach IFRS sind Minderheitsanteile Bestandteil des Eigenkapitals; unter US GAAP sind sie in den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten.

4 Für US GAAP: Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde aus der Position Sachaufwand und sonstiger Aufwand in die Risikovorsorge im Kreditgeschäft umgliedert.

5 Für US GAAP: Handelsergebnis.

6 Für US GAAP: Beinhaltet den Minderheitsanteilen zurechenbares Ergebnis.

7 Für US GAAP: Ergebnis vor Steueraufwand und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

8 Für US GAAP: Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Ergebnis.

# Patronatserklärung<sup>1</sup>

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Rt., Budapest	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	OOO Deutsche Bank, Moskau
	Schiffshypothekenbank zu Lübeck Aktiengesellschaft, Hamburg

<sup>1</sup> Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

# Glossar

## Aktienemissionsgeschäft

In erster Linie Aktivitäten rund um den Börsengang eines Unternehmens beziehungsweise um die Ausgabe neuer Aktien. Ebenso darunter fallen Privatisierungen von staatseigenen Betrieben.

## Allgemeine Geschäftsrisiken

Risiken, die aufgrund geänderter Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten und technischem Fortschritt entstehen. Diese Veränderungen können unsere Ertragslage beeinträchtigen, wenn wir uns nicht sofort auf die veränderten Bedingungen einstellen.

## Alternative Assets/Investments

Direkte Investitionen in → Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine Kapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged Buy-out Funds, Wagniskapitalfonds sowie → Hedgefonds.

## Anlagebuch

Risikotragende Positionen, die nicht dem → Handelsbuch zugeordnet werden.

## Asset-backed Securities

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Restrukturierung bestimmter Finanzaktiva entstanden (→ Securitization).

## Aufsichtsrechtliche Risikoposition

Die Risikoposition nach → BIZ setzt sich zusammen aus den gewichteten Risikoaktiva, die insbesondere die Adressenausfallrisiken des → Anlage- und → Handelsbuchs umfassen, sowie dem Marktrisikoaquivalent für Zins-, Währungs-, Aktien- und Rohwarenpreisrisiken. Während sich die gewichteten Risikoaktiva nach aufsichtsrechtlich vorgegebenen Standardmethoden errechnen, entspricht das Marktrisikoaquivalent dem 12,5Fachen des auf Basis aufsichtsrechtlich anerkannter interner Risikomodelle berechneten und mit einem institutsindividuell festgeleg-

ten Multiplikator (mindestens 3) hochskalierten → Value-at-Risk (99 % → Konfidenzniveau, zehn Tage Haltedauer).

## Aufwand-Ertrag-Relation

Grundsätzlich: Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

## Ausfallwahrscheinlichkeit

Gibt die erwartete durchschnittliche Wahrscheinlichkeit an, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, basierend auf statistischen Analysen der historischen Ausfälle in unserem → Portfolio.

## Back-testing

Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft des → Value-at-Risk-Konzepts. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

## BIZ

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel.

## BIZ-Eigenkapitalquote

Kennziffer international tätiger Kreditinstitute, die das in Prozent ausgedrückte Verhältnis von Eigenkapital zu → aufsichtsrechtlicher Risikoposition angibt. Die einzuhaltende Mindestkennziffer für die Eigenkapitalquote beträgt 8 % und für die Kernkapitalquote 4 %.

## Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

## Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

## Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

## Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

## Credit Default Swap

Eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, gemäß der eine Partei einen festen Kupon über eine spezifizierte Periode zahlt. Die andere Partei nimmt so lange keine Zahlung vor, bis ein spezifiziertes Ereignis wie zum Beispiel ein Ausfall eintritt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann eine Zahlung getätigt und der Credit Default Swap ist beendet.

## Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

## Derivate

Finanzinstrumente, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preisermutungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere → Swaps, → Optionen und → Futures.

## Durchschnittliches Active Equity

Wir berechnen das Active Equity, um einen Vergleich mit unseren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach → IFRS. Bei einem Vergleich unserer Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir unser durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären

zurechenbares Eigenkapital bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus der Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

#### **Eigenkapital gemäß BIZ**

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalübereinkunft von 1988 (zuletzt geändert im Januar 1996) für international tätige Kreditinstitute. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus:

- Kernkapital oder Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und Hybridkapitalteile;
- Ergänzungskapital oder Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren und sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken;
- Drittrangmitteln oder Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Ergänzungskapital.

Ergänzungskapital kann nur bis zur Höhe des Kernkapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Ergänzungskapital auf 50 % des Kernkapitals beschränkt ist.

#### **Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)**

Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am → durchschnittlichen Active Equity.

#### **Emerging Markets**

Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.

#### **Equitymethode**

Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse (-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berühren.

#### **Ergebnis je Aktie**

Nach → IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der angenommenen Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, noch nicht unverfallbarer zugeteilter Aktienrechte und wandelbarer Schuldtitel und bestimmter Terminkontrakte die Zahl der Aktien erhöhen kann.

#### **Erwarteter Verlust**

Maßeinheit für den Ausfallverlust unseres Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist.

#### **Event-Risk-Szenarien**

Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.

#### **Exposure**

Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.

#### **Fair Value**

Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden.

#### **Forderungen/Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen**

Von der Deutschen Bank zu Clearingzwecken bei → Brokern/Händlern und Clearingunternehmen unterhaltene Salden.

#### **Forderungen/Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften**

Forderungen/Verbindlichkeiten der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Aktivitäten wie der Erbringung von Serviceleistungen als Abwicklungs- und Depotstelle und der Aufstellung von Abschlüssen für bestimmte Kunden (zum Beispiel für Money Manager, → Hedgefonds, Marketmaker und sonstige professionelle Anleger).

#### **Futures**

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

#### **Goodwill**

Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertrags Erwartungen über den → Fair Value der einzelnen identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.

#### **Handelsbuch**

Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und

handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (zum Beispiel zur Absicherung). Nicht zum Handelsbuch zugehörige risikotragende Positionen werden dem → Anlagebuch zugeordnet.

### **Hedge Accounting**

Bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, die an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind.

### **Hedgefonds**

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und → Derivate. Hedgefondsrenditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

### **Hybride Kapitalinstrumente**

(Trust Preferred Securities)

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Kernkapital. Andernfalls sind sie dem Ergänzungskapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).

### **IFRS (International Financial Reporting Standards)/vormals IAS (International Accounting Standards)**

Rechnungslegungsstandards des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

### **Investment Banking**

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren → Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und → Private Equity.

### **Kapitalflussrechnung**

Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.

### **Konfidenzniveau**

Im Rahmen des → Value-at-Risk-Konzepts ist es die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust innerhalb des Intervalls liegt, welches durch den Value-at-Risk angegeben wird.

### **Kreditderivate**

Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene → Kreditrisiko auf als sogenannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.

### **Kreditrisiko**

Risiko, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, Länder- (→ Länderrisiko) und Abwicklungsrisiken.

### **Länderrisiko**

Das Risiko, dass in einem beliebigen Land ein Verlust aufgrund politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung

von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

### **Latente Steuern**

Zukünftig zu zahlende oder zu erstattende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Steuer- und Handelsbilanz resultieren, oder der Wert nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge oder anderer steuerlicher Anrechnungsguthaben. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den Finanzämtern dar.

### **Liquiditätsrisiko**

Bezeichnet die Gefährdung unserer Gewinne und unseres Kapitals bei einer potenziellen Unfähigkeit der Bank, ihre Verpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste einzugehen.

### **Mark-to-market-Bewertung**

Bewertung zu aktuellen Marktpreisen. Gilt zum Beispiel für Handelsaktivitäten.

### **Marktrisiko**

Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

### **Mezzanine**

Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital.

Hier: langfristiges, nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.

### **Monte Carlo-Simulation**

Modell, das den Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion für eine große Zahl (beispielsweise 10.000) von unterschiedlichen Marktszenarien berechnet.

**Namensaktien**

Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.

**Nettingvereinbarungen**

Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Nettingvereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.

**Nettovermögen je ausgegebene****Stammaktie**

Nettovermögen je ausgegebene Stammaktie ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausgegebenen Stammaktien (beide zum Bilanzstichtag).

**Nettovermögen je ausstehende****Stammaktie**

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

**Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (Net gains (losses) not recognized in the income statement)**

Enthält im Wesentlichen unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Währungsumrechnung und aus der Veräußerung

verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Diese unrealisierten Gewinne und Verluste werden nicht im laufenden Ergebnis berücksichtigt, sondern unter den nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

**Ökonomisches Kapital**

Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Es ist streng vom bilanziellen Eigenkapital zu unterscheiden.

**Operationelles Risiko**

Risiko des Verlusts im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Projektmanagement, vertraglichen Spezifikationen und deren Dokumentation, Technologie, Infrastrukturausfällen und Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt unter anderem rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken ein.

**Option**

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

**OTC-Derivate**

Finanzinstrumente (→ Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over the Counter) gehandelt werden.

**Personalaufwandsquote**

Prozentualer Anteil des Personalaufwands an den Erträgen insgesamt, die als Zins

überschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

**Portfolio (Portfeuille)**

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder → Derivaten, unter Preisrisik aspects.

**Private Banking**

Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.

**Private Equity**

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

**Projected Unit Credit Method**

Anwartschaftsbarwertverfahren für die Bewertung von Pensionszusagen; es handelt sich um ein Kapitalansammlungsverfahren nach IAS 19, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Abschlussstichtag erworbenen Versorgungsanspruchs anzusetzen ist. Charakteristisch ist, dass bei dynamischen Pensionszusagen Trendannahmen (zum Beispiel hinsichtlich zu erwartender Gehaltssteigerungen) zu berücksichtigen sind. Der Zinsfuß zur Diskontierung orientiert sich an Zinssätzen für Schuldverschreibungen, die von Unternehmen mit hoher Bonität begeben werden.

**Rating**

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schultitel durch spezialisierte Agenturen.

Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes → Exposure eines Schuldners.



**Repo-****Geschäft (Repurchase Agreement)**

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

**Return on Equity****(RoE)/Eigenkapitalrendite**

Grundsätzlich: Kennziffer zur Ertragslage eines Unternehmens, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt. Hier: Ergebnis in Prozent des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals.

**Sarbanes-Oxley Act (SOX)**

US-Kapitalmarktgesetz aus dem Jahr 2002, das als Reaktion auf eine Anzahl von Bilanzskandalen die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse gelisteten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

**Sachaufwandsquote**

Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

**Securitization (Verbriefung)**

Grundsätzlich: Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen).

Hier: Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

**Segmentberichterstattung**

Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen eines Unternehmens, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).

**Shareholder Value**

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

**Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen (Total recognized income and expense)**

Veränderung des Eigenkapitals ohne Transaktionen mit Aktionären (zum Beispiel Dividendenausschüttungen, Kapitalerhöhungen). Er besteht primär aus dem Jahresüberschuss und den → Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten.

**Swaps**

Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

**US GAAP****(United States Generally Accepted Accounting Principles)**

Rechnungslegungsstandards der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den → IFRS liegt die maßgebliche

Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

**Value-at-Risk-Konzept**

Misst für ein gegebenes → Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten → Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

**Zielgrößendefinition**

Bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Immobilien) oder signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Goodwillabschreibungen oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) werden in unserer Zielgrößendefinition unberücksichtigt gelassen, wenn diese keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder der Deutschen Bank haben.

**Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte**

Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind und nicht als Kredite und Forderungen oder zum Fair Value klassifiziert sind. Sie werden mit ihrem → Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in den → Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Wertminderungen und realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt.

# Impressum/Publikationen

**Deutsche Bank Aktiengesellschaft**  
Theodor-Heuss-Allee 70  
60262 Frankfurt am Main  
Telefon: (0 69) 9 10-00  
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:  
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:  
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:  
(0 69) 9 10 3 80 80  
db.ir@db.com

Jahresbericht 2007 und Finanzbericht 2007  
im Internet:  
www.deutsche-bank.de/07

## Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 26. März 2008 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter [www.deutsche-bank.com/ir](http://www.deutsche-bank.com/ir) verfügbar.

## Gerne senden wir Ihnen die folgenden Publikationen zum Jahresabschluss.

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2007 und dem Finanzbericht 2007, besteht.

**Jahresbericht 2007**  
(in Deutsch und Englisch)

**Finanzbericht 2007**  
(in Deutsch und Englisch)

**Annual Report 2007 on Form 20-F**  
(in Englisch)

**Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2007**  
(in Deutsch und Englisch)

**Verzeichnis der Mandate 2007**  
(in Deutsch und Englisch)

**Verzeichnis des Anteilsbesitzes 2007**  
(in Deutsch und Englisch)

**Verzeichnis der Beiratsmitglieder**  
(in Deutsch)

**Gesellschaftliche Verantwortung – Bericht 2007**  
(ab Mai 2008 in Deutsch und Englisch)

**So können Sie bestellen:**  
– per E-Mail an  
  [service-center@bertelsmann.de](mailto:service-center@bertelsmann.de)  
– im Internet unter  
  [www.deutsche-bank.de/07](http://www.deutsche-bank.de/07)  
– per Fax an (0 18 05) 07 08 08  
– mit Anruf unter (0 18 05) 80 22 00  
– per Post bei  
  arvato logistics services  
  Bestellservice Deutsche Bank  
  Gottlieb-Daimler-Straße 1  
  D-33428 Harsewinkel



## WICHTIGE TERMINE

### 2008

---

29. April 2008	Zwischenbericht zum 31. März 2008
<b>29. Mai 2008</b>	<b>Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)</b>
30. Mai 2008	Dividendenzahlung
31. Juli 2008	Zwischenbericht zum 30. Juni 2008
30. Oktober 2008	Zwischenbericht zum 30. September 2008

---

### 2009

---

05. Februar 2009	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2008
24. März 2009	Geschäftsbericht 2008 und Form 20-F
28. April 2009	Zwischenbericht zum 31. März 2009
<b>26. Mai 2009</b>	<b>Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)</b>
27. Mai 2009	Dividendenzahlung
29. Juli 2009	Zwischenbericht zum 30. Juni 2009
29. Oktober 2009	Zwischenbericht zum 30. September 2009

---